

Künstliche Intelligenz

Immer mehr Daten, die sich dank immer gewiefterer Algorithmen und immer größerer Rechnerleistung immer schneller bewältigen lassen – und Maschinen in die Lage versetzen, selbstständig „zu lernen“: Auf dem Weg zur Datenökonomie ist die Welt an einem wohl alles entscheidenden Punkt angelangt. Maschinelles Lernen verselbstständigt sich, es entsteht Künstliche Intelligenz (KI).

Nicht mehr Software-Ingenieure schreiben die Computerprogramme. Bei der Entwicklung von KI-Anwendungen sind es mittlerweile die Daten, die Programme schreiben, erklärt Ludwig Siegele, Technologie-Ressortleiter beim *Economist*, und warnt: „KI wird in den nächsten zehn Jahren überall auftauchen und die Dinge durcheinanderwirbeln. Ein Land, das diese Entwicklung zu ignorieren versucht, wird an Relevanz verlieren.“ Hinzu kommt: Die Fortschritte wirken sich auch unmittelbar militärisch aus. „KI ist zentraler Bestandteil des ‚digitalen Gefechtsfelds‘ oder, ein bisschen drastischer formuliert, KI kann eine ‚Waffe‘ sein“, sagt Katrin Suder, 2014 bis 2018 Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, die Anfang der Neunziger über neuronale Netze promovierte, im Gespräch mit der *IP*.

Die USA sind dank ihrer Internetgiganten bei KI führend, China will sich mit einem großangelegten Programm binnen zwölf Jahren an die Weltspitze setzen. Deutschland und Europa? Hinken den Entwicklungen bereits hinterher – aber noch ist es nicht zu spät, schreiben Andreas Rinke, Philippe Lorenz und Cécile Boutelet. Noch besteht die Chance, ein eigenes, europäisches Wertengemäßes KI-Ökosystem aufzubauen. Aber nicht mehr lange.

Und zweierlei ist dazu dringend nötig: höheres Tempo und eine aufgeklärte Debatte über Chancen und Risiken von KI, die der Tatsache Rechnung trägt, dass wir es mit einer epochalen Entwicklung zu tun haben. „Die Aufklärung begann mit im Grunde philosophischen Erkenntnissen, die durch eine neue Technologie verbreitet wurden“, schreibt der frühere US-Außenminister Henry Kissinger in der Juni-Ausgabe von *The Atlantic*. „Unser Zeitalter bewegt sich in die entgegengesetzte Richtung. Es hat eine potenziell dominierende Technologie hervorgebracht, die nach einer Leitphilosophie sucht.“ Und er fügt hinzu: „Wenn wir diese Anstrengung nicht jetzt in Angriff nehmen, könnten wir bald feststellen, dass wir damit zu spät begonnen haben.“

Die Redaktion

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

14 Denksport

Seit dem Sieg von Googles AlphaGo über Ke Jie im Jahr 2017 investiert China massiv in Künstliche Intelligenz

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

54 Zahlenspiele

Lässt sich die Frage einer gerechten Lastenteilung im Westlichen Bündnis auf eine einfache Formel bringen?

Inhalt

- 5 IP-Forsa-Frage: Mehr Geld für KI

SCHWERPUNKT

Künstliche Intelligenz

- 8 Ludwig Siegele

Eine Frage der Zeit

Künstliche Intelligenz wird die internationale Politik durcheinanderwirbeln

- 14 Interview mit Katrin Suder

„Es geht um den Kern von Sicherheit“

Die frühere Staatssekretärin im BMVg erklärt, warum wir über KI reden müssen

- 20 Klaus Hardy Mühleck

Lebenslanges Lernen

KI und militärische Führung

- 24 Andreas Rinke

Die neue Souveränitätsfrage

Seit 2016 ist KI Kanzlerinnen-Sache. Doch Merkel bohrt dicke Bretter

- 29 Philippe Lorenz

Komplizierter als gedacht

Anmerkungen zu einer deutschen Strategie für den Umgang mit KI

- 32 Cécile Boutelet

Agil und breitgestreut

So muss eine europäische Strategie für Künstliche Intelligenz angelegt sein

- 36 Finn Mayer-Kuckuk

KI für Xi

Die Partei befiehlt, die Wirtschaft folgt: China will führende KI-Nation werden

Ukraine: Störanfällig

- 42 Nikolaus von Twickel

Eingefrorener Konflikt

In der Ostukraine verfestigen sich die „Quasi-Staaten“ Donezk und Luhansk

- 47 Maxim Starchak

Atomrisiko Ukraine

Angesichts von Krieg und Krise vernachlässigt Kiew die nukleare Sicherheit

- Gegen den Strich**
- 54 Stefan Kornelius
Das 2-Prozent-Ziel
Vier Thesen auf dem Prüfstand
- Nordkorea**
- 60 Jonathan Fenby
Großer Verkäufer, wenig Ware
Kim Jong-uns Erfolge stellen Donald Trumps Jubel in den Schatten
- Naher Osten**
- 64 Roderich Kiesewetter und Stefan Scheller
Viel Einsatz, wenig Wirkung
Die EU muss im Syrien-Konflikt endlich mehr Einfluss gewinnen
- 71 Silke Mertins
Der kommende Krieg
In der Konfrontation mit dem Iran hat Israel neue Verbündete
- 76 Birgit Svensson
Umbruch am Tigris
Die Iraker wählen Veränderung und junge Köpfe
- Europa**
- 80 Jörg Bremer
Bonbons für alle
... aber Saures für Europa: Italiens neue Regierung sucht den Konflikt
- 86 Richard Fraunberger
Ein ganz normales Land
Griechenland braucht Rechtssicherheit und Investitionen aus dem Ausland
- 91 Sarah Wohlfeld
Ein Funken Hoffnung
Der Westliche Balkan ist zurück auf der EU-Agenda
- 96 Michael Martens
Gelähmte Forschung
Die türkische Regierung weitet ihre Kontrolle über die Universitäten aus
- 118 Balanceakt**
Wenn die EU ihr Verhältnis zu Amerika bewahren und gleichzeitig die regelbasierte internationale Ordnung stärken möchte, muss sie strategisch eigenständig handeln
- Debatte**
- 102 Laura Krug und Linda Radau
Jetzt mal ehrlich!
Parteien müssen aufhören, mit dem Souveränitätsmythos zu spielen
- Mexiko**
- 106 Christian Ambrosius
So weit von Gott, so nah an Trump
Das mexikanische Wahljahr steht unter dem Zeichen von „America First“
- Wirtschaftsmetropolen**
- 112 Justus Krüger
Dynamik in viele Richtungen
Kuala Lumpur ist nach Singapur die reichste Stadt in Südostasien
- Essay**
- 118 Anthony Dworkin und Mark Leonard
Ein Multilateralismus, der schützt
Wie Europa die liberale Weltordnung bewahren kann
- 128 **Brief aus... Montevideo** | Marko Martin
Die funktionierende Ausnahme
- 130 **Internationale Presse** | Reinhold Vetter
Polen: „Unsere Eliten schlagen um sich“
- 134 **Buchkritik** | Jan Kuhlmann, Denise Feldner
Die Macht der Narrative
- 144 **Schlusspunkt** | Jochen Bittner
Hass der Hymnen
- 142 Impressum

Friedliche Massenproteste haben in Armenien zu einem Regierungswechsel geführt. Ausgelöst hatte sie der seit 2008 amtierende Präsident, Sersch Sargsjan. Nach dem Ende seiner Amtszeit ließ er sich am 17. April von der Nationalversammlung zum Premierminister wählen, obwohl er einen solchen Ämtertausch zuvor ausgeschlossen hatte. Die Kompetenzen des Premierministers waren 2015 im Zuge einer Verfassungsreform deutlich ausgeweitet worden. Sargsjan wäre so de facto an der Macht geblieben.

Das Wunder von Eriwan

Elf Tage lang protestierten Tausende Armenier im ganzen Land gegen Sargsjan und die politische Elite Armeniens. Ihr Kopf war der oppositionelle Abgeordnete Nikol Paschinjan. Der ehemalige Journalist führte bereits 2008 Proteste gegen Sargsjan an, die **10** Todesopfer forderten. Zehn Jahre später achtete Paschinjan darauf, keine Gewalt zu provozieren. Als er am 22. April festgenommen wurde, demonstrierten **115.000** Menschen friedlich im Zentrum Eriwans. Sargsjan trat am nächsten Tag zurück, Paschinjan kam wieder frei. Nach weiterem Druck von der Straße wurde er am 8. Mai mit **10** Stimmen von Sargsjans Partei zum neuen Premierminister gewählt.



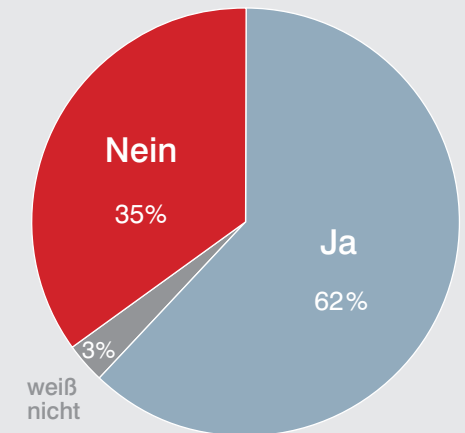
Eine unblutige Revolution ohne Intervention Russlands: Nach den Erfahrungen in anderen postsowjetischen Staaten wirkt das wie ein Wunder. Zur Moskauer Zurückhaltung trug bei, dass die Demonstranten nur innere Probleme wie Korruption und die Macht der Oligarchen kritisierten. Zwar hatte Paschinjan eine stärkere Bindung an die EU gefordert und gegen Armeniens Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion votiert. Bei den Protesten betonte er jedoch, keinen außenpolitischen Kurswechsel anzustreben. Da stand er bereits mit russischen Diplomaten in Kontakt. **6** Tage nach seiner Wahl sprach er mit Wladimir Putin über die Vertiefung der bilateralen Beziehungen.

Eine Abkehr von Moskau wäre für Armenien auch kaum realistisch. Mit einem Exportanteil von **26** Prozent ist Russland der wichtigste Handelspartner des 3 Millionen Einwohner zählenden Landes im Kaukasus. Russisches Erdgas macht **56** Prozent des Energieverbrauchs aus. Und auch im Streit mit Aserbaidschan um die Region Bergkarabach wird die Sicherheit Armeniens durch **2** russische Militärbasen im Land garantiert.

„Das war keine Farbenrevolution. Die Farbenrevolutionen haben Staaten aus Russlands Orbit herausgezogen. Armenien hingegen kann nirgendwo anders hin.“ NORA TOPOR KALINSKIJ, GEOPOLITICAL FUTURES

Sind stärkere Investitionen in Künstliche Intelligenz in Deutschland und Europa sinnvoll?

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sind Mehrausgaben für die Erforschung und Entwicklung Künstlicher Intelligenz auf deutscher und europäischer Ebene vorgesehen. Wie stehen die Bundesbürger dazu? Fast zwei Drittel – 62 Prozent – der Befragten halten das Vorhaben für sinnvoll, ein gutes Drittel – 35 Prozent – hält solche Ausgaben dagegen nicht für sinnvoll.



Mit 74 Prozent ist die Zustimmung bei den 18- bis 29-Jährigen besonders hoch, ebenso bei Befragten mit Abitur bzw. Hochschulabschluss (72 Prozent).

Unter den Hauptschulabsolventen befürworten 52 Prozent mehr Investitionen in KI; Befragte mit mittlerem Schulabschluss lehnen sie hingegen mehrheitlich ab (53 Prozent). Während die Zustimmungswerte in Westdeutschland nah an der Gesamtverteilung liegen (64 Prozent), sind sie in den neuen Bundesländern mit 52 Prozent deutlich niedriger.

Anhänger der	CDU/CSU	SPD	Grünen	Linken	FDP	AfD
Ja	67%	66%	77%	77%	70%	37%
Nein	31%	33%	21%	23%	30%	61%
weiß nicht	2%	1%	2%	–	–	2%

Datenbasis: 1.001 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz: + / – 3 Prozentpunkte.
Erhebungszeitraum: 10. bis 13. Juni 2018. Quelle: Forsa

Mit Blick auf die parteipolitische Präferenz fällt die besonders hohe Zustimmung bei Anhängern der Grünen und Linken (beide 77 Prozent) sowie der Liberalen (70 Prozent) auf. Die Unterstützung ist bei Anhängern der Koalitionsparteien mit 67 Prozent bei CDU/CSU und 66 Prozent bei der SPD deutlich niedriger, aber immer noch überdurchschnittlich hoch. Nur AfD-Wähler sind mit 61 Prozent mehrheitlich dagegen.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Künstliche Intelligenz

In dieser Münze wird Macht bald gezahlt: China und die USA investieren Milliardenbeträge in die Erforschung und Entwicklung von KI, die EU und Deutschland hinken hinterher. Aber noch hat Europa Chancen, ein eigenes KI-Ökosystem zu entwickeln.

Eine Frage der Zeit

Künstliche Intelligenz wird die Weltpolitik durcheinanderwirbeln

Ludwig Siegele | **In den kommenden Jahren wird KI Politik, Wirtschaft und Gesellschaft überall auf der Welt durchdringen und auch die Außenpolitik bestimmen. Deutschland läuft den Entwicklungen hinterher. Aber es hat noch Chancen, sich zu profilieren: bei Fragen der Ethik und der Entwicklung eines smarten, wegweisenden Betriebssystems für die Datenökonomie.**

„Es gibt viele Netze auf der Welt. Aber das World Wide Web übertrifft sie alle.“ Als Hillary Clinton, damals US-Außenministerin, im Januar 2010 versuchte, die außen- und sicherheitspolitische Bedeutung des Internets zu erklären, hielten das viele Experten für Zeitverschwendung. Sollte das wirklich eine Priorität der amerikanischen Außenpolitik sein? Schließlich gab es doch, so die weit verbreitete Meinung, wichtigere Themen wie das Erdbeben in Haiti oder den globalen Terrorismus.

Gut acht Jahre später, nach den Enthüllungen von Edward Snowden, den digital geführten Offensiven des so genannten Islamischen Staates und den Debatten über „fake news“, tut kaum jemand mehr das Internet als Ablenkung von ernsthafter Außenpolitik ab – auch wenn das Netz vielen nun nicht mehr als große Segnung gilt (gerade Clinton durfte das im Präsidentschaftswahlkampf 2016 schmerzhaft erfahren). Außenpolitik ohne Internet ist heute nicht mehr denkbar. Dieser Meinungswandel sollte eine Warnung für all diejenigen sein, die heute eine andere Technologie als wenig relevant für Außenpolitik abqualifizieren: Künstliche Intelligenz (KI). Genauso wie das Internet in den vergangenen zehn Jahren Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend durchdrungen hat, wird KI in den nächsten zehn Jahren überall auftauchen und die Dinge durcheinanderwirbeln. Ein Land, das diese Entwicklung zu ignorieren versucht, wird an Relevanz verlieren.

Wer sich in diesen Tagen im außenpolitischen Berlin und darüber hinaus umtut, der bekommt allerdings schnell den Eindruck, dass KI für viele noch „Neuland“ ist. Entweder hält man es für ein weiteres „buzzword“ aus Kalifornien, nach dem Motto: „Hieß das nicht gestern noch Big Data?“ Oder es wird Weltuntergangsstimmung verbreitet: KI werde bald eine allmächtige Superintelligenz hervorbringen, die versuchen werde, die Menschheit zu unterwerfen wie in der Actionfilm-Reihe „Terminator“.

Solche Fehleinschätzungen fußen auf einem mangelnden Verständnis davon, was KI eigentlich ist. Sie wird oft verwechselt mit der allgemeinen („starken“) Künstlichen Intelligenz, die menschlichem Denken überlegen wäre – aber auf absehbare Zeit (oder, wie manche glauben, für immer) Science Fiction bleiben wird. Die KI von heute lässt sich besser verstehen als „kollektive Intelligenz“: Sie ist oft ein digitales Extrakt von Daten, die von Menschen erzeugt werden. Maschinelles Lernen, worunter fast alle wichtigen KI-Techniken fallen, ist meistens zweistufig. Neuronale Netze, ein statistisches, vom menschlichen Gehirn inspiriertes Verfahren, werden zunächst mit Unmengen von Daten gefüttert (etwa mit Bildern von Katzen), damit sie lernen, Muster zu erkennen (wie Katzen aussehen). In der zweiten Stufe werden ihnen dann neue Daten präsentiert, auf die sie das Gelernte anwenden. Vereinfacht ausgedrückt: KI-Code wird nicht, wie andere Software, von Programmierern geschrieben, sondern von Daten.

**KI-Code wird von
Daten geschrieben,
nicht Programmierern**

Dank der großen Rechenkraft von Cloud-Computing-Firmen wie Amazon und Microsoft können KI-Dienste oft schon besser Objekte und Sprache erkennen als Menschen. Die beste Gesichtserkennungs-Software kann bereits mit einer Erfolgsquote von 99 Prozent Gesichter identifizieren, allerdings nur unter Laborbedingungen. Spracherkennungsdienste verzeichnen fast ebenso gute Resultate. Andere Programme können krakelige Handschriften gut lesen, nachdem sie rund hundert Probeseiten verdaut haben.

Solche Basisdienste lassen sich zu komplizierten Angeboten verbinden, wie der Online-Riese Google im Mai auf einer Konferenz in Kalifornien eindrücklich zeigte. Seine neueste KI-Entwicklung, Google Duplex, schaffte es, einen Friseurtermin zu buchen, ohne dass der Gesprächspartner am anderen Ende der Leitung mitbekam, dass er mit einer Maschine telefonierte. Für diese Demonstration musste Google mindestens drei KI-Dienste kombinieren: Spracherkennung, Satzverständnis und Wortbildung.

KI als Wachstumsfaktor

Große Technologiefirmen dominieren die KI-Branche. Sie verfügen über die besten und meisten Daten, Programmierer und Computersysteme. Aber in jüngster Zeit machen auch andere Unternehmen von KI Gebrauch. Der Textilhändler H&M nutzt sie beispielsweise, um Modetrends zu erkennen. Unilever, ein Hersteller von Haushalts- und Verbrauchsgütern, setzt KI-Anwendungen ein, um Job-Bewerber zu bewerten. Das Energieunternehmen Repsol will seine Raffinerien mit KI effizienter machen, Siemens optimiert damit den Betrieb seiner Gasturbinen.

Wieviel Wachstum KI genau schaffen wird, lässt sich nur schwer vorher-sagen. Aber die Zahlen werden nicht gerade klein sein: Die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers schätzen, dass KI die Weltwirtschaftsleistung bis 2030 um fast 16 Billionen Dollar vergrößern wird – mehr als China und Indien heute gemeinsam jährlich erwirtschaften. Die Zahl entspricht dem Fünffachen des aktuellen deutschen Bruttoinlandsprodukts. Der wichtigste ökonomische Effekt von KI ist, dass sie die Kosten von Vorhersagen stark senkt und damit

Unternehmen produktiver macht, sagt Ajay Agrawal, Professor an der Universität von Toronto und Mitautor des kürzlich erschienenen Buches „Prediction Machines“. Genauso wie Elektrizität Licht viel billiger gemacht hat – im Vergleich zum Beginn des 19. Jahrhunderts sanken die Kosten um das 400-Fache – wird KI es sehr viel einfacher machen, in die Zukunft zu schauen.

„KI ist wie Strom“, heißt es denn auch unter Experten. Irgendwann wird sie überall eingesetzt. Und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das auch in der Außen- und Sicherheitspolitik – und in den Außenministerien – der Fall ist. Aber in welcher Form? In der Anfang des Jahres veröffentlichten Studie „Artificial Intelligence and Foreign Policy“ identifizierte der Berliner Thinktank Stiftung Neue Verantwortung (SNV) drei Schwerpunkte: autonome Waffen, wirtschaftliche Auswirkungen sowie Konsequenzen für Demokratie und Gesellschaft.

Autonome Waffen, die sich mit Hilfe von KI selbst kontrollieren, sind die vielleicht bedrohlichste Folge der technischen Entwicklung. Sie können verschiedenste Formen annehmen, von automatisierten Hacker-Angriffen bis hin zu sich selbst steuernden Drohnen-Schwärmen. Daraus ergeben sich eine Reihe schwieriger Fragen, nicht zuletzt die danach, inwieweit Menschen die Kontrolle über solche Systeme behalten sollen und können. Rüstungsexperten in den USA befürchten vor allem eine ethische Asymmetrie: Länder wie China könnten auf den „human in the loop“ völlig verzichten, während westliche Staaten diese rote Linie unter Umständen nicht überschritten.

Nach langen konzerninternen Diskussionen entschied sich Google im Mai, seine Teilnahme am „Project Maven“ einzustellen. Unter dem Namen entwickelt das Pentagon Software, die Menschen und Dinge in Drohnen-Aufnahmen unterscheiden soll. Chinesische Online-Konzerne wie Alibaba und Tencent haben da weniger Bedenken, schon weil sie eingebunden sind in die „zivil-militärische Fusion“, wie die Regierung in Peking ihre enge Zusammenarbeit mit Technikfirmen nennt.

Nachzügler Deutschland

Was die wirtschaftlichen Folgen von KI angeht, sind die Auswirkungen auf die Außenpolitik schwerer abzuwägen. Einigen Ländern könnte die Technik helfen, ganze Entwicklungsstufen zu überspringen. China will Weltmarktführer der Branche werden und plant, bis 2030 eine KI-Wirtschaft von fast 60 Milliarden Dollar pro Jahr aufzubauen. Andere Länder werden verlieren, wahrscheinlich auch Deutschland, das als Nachzügler gilt. Überall geht die Angst um, dass viele Jobs verloren gehen werden, obwohl solche Ängste wahrscheinlich übertrieben sind. Das McKinsey Global Institute schätzt, dass mit bisher bekannter Technik nur 5 Prozent aller Berufe wegautomatisiert werden können (allerdings dürften bei mehr als der Hälfte aller Tätigkeiten Maschinen Teilaufgaben übernehmen).

Mehr noch als bisher stellt sich auch die Frage nach wirtschaftlicher Konzentration: Amazon, Google und Co. sind heute schon weltweit dominant; KI könnte sie noch mächtiger machen. Dänemarks Entscheidung, einen Botschaf-

**Sollen oder können
Menschen immer die
Kontrolle behalten?**

Bild nur in Printausgabe verfügbar

ter ins Silicon Valley zu schicken, wurde in vielen Hauptstädten als Werbegag abgetan; sie könnte sich als vorausschauend erweisen.

Die Auswirkungen von KI auf Demokratie und Gesellschaft werden die Außenpolitik voraussichtlich vor die größten Herausforderungen stellen. Schon das Internet hat gezeigt, dass Menschenrechte und Technik nicht immer zueinander passen: Während Hillary Clinton 2010 das „Netz aller Netze“ pries, nutzte es die National Security Agency, um weltweit massenhaft Menschen abzuhören, wie die Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Snowden ein paar Jahre später zeigten.

Bei KI werden diese „Snowden-Widersprüche“, wie es die Autoren der SNV-Studie nennen, noch deutlicher. Die Technik ist nicht nur das perfekte Überwachungswerkzeug: Videokameras, die mit speziellen Chips ausgestattet sind, verfolgen schon heute Menschen automatisch. KI kann auch zur Massenmanipulation eingesetzt werden, die weit über die jüngsten Desinformationskampagnen hinausgeht. Amerikanische Forscher fanden jüngst heraus, dass die chinesische Regierung Quelle von fast 450 Millionen Online-Kommentaren jährlich ist, die oft nur zur Ablenkung dienen. Die meisten werden derzeit noch von Menschen geschrieben, aber in Zukunft dürften mehr und mehr künstlich intelligente „Bots“ zum Einsatz kommen.

Neben solch fundamentalen Problemen drängen sich andere, eher praktische auf. Daten sind der wichtigste Rohstoff für KI. China verfügt über den weltweit tiefsten Datenpool, vor allem, wenn es um Verbraucher geht. Die 772 Millionen Internetnutzer des Landes sind für Neues offen: Viele haben kein Bargeld mehr in der Tasche und zahlen nur noch mit ihrem Smartphone. Andere Länder, gerade auch Deutschland, sind aus kulturellen und rechtlichen Gründen viel datenärmer. In Zukunft dürften Daten, wie andere Rohstoffe, auf natio-

naler Ebene gemanagt werden. Daten-Protektionismus ist ein immer größeres Problem für globale Unternehmen, konstatierte kürzlich die *Financial Times*. Die Zahl von Gesetzen, die Firmen verbieten, Daten zu exportieren, hat sich in den vergangenen zehn Jahren mit 84 fast verdreifacht.

Schließlich stellt sich die Frage, wie Außenpolitik beziehungsweise die Ministerien und sonstige Institutionen, die sie betreiben, selbst KI nutzen. In einer im Juni vom britischen Thinktank Chatham House veröffentlichten Studie werden drei Einsatzmöglichkeiten beschrieben: KI könnte komplizier-

KI hilft Atom- Inspektoren bei ihrer Arbeit im Irak

te internationale Verhandlungen modellieren und vereinfachen; sie könnte geopolitisch wichtige Ereignisse voraussagen; und sie könnte dabei helfen, die Einhaltung von Waffenkontrollverträgen zu überwachen. Zumindest in beiden letzten Fällen ist das keine Zukunftsmusik mehr: Recorded Future, ein schwedisch-amerikanisches Unternehmen, setzt bereits auf maschinelles Lernen, um Hackerangriffe und andere Bedrohungen früh zu erkennen. Die Software von Palantir, einem vom Pentagon mitfinanzierten KI-Unternehmen mit Sitz im Silicon Valley, hilft Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA in Wien bei ihrer Arbeit im Irak.

Ausgangspunkt: eine gute KI-Innenpolitik

Wie kann die Politik auf diese Vielzahl an Herausforderungen reagieren? Eine gute KI-Außenpolitik beginnt mit einer guten KI-Innenpolitik. Mehrere Länder haben diese Schlüsseltechnologie bereits zur nationalen Priorität erhoben und umfangreiche Strategiepläne veröffentlicht, darunter die Vereinigten Staaten und China, aber auch Frankreich, Südkorea und selbst kleinere Nationen wie Finnland. Im Gegensatz dazu hat die Regierung in Deutschland – das sich generell mit den Fragen der Digitalisierung schwer tut – gerade erst damit angefangen, sich ernsthaft mit dem Thema zu beschäftigen.

Deutschland ist bei der Entwicklung und Nutzung von KI allenfalls Mittelmaß. Laut einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag fördert die Bundesregierung die KI-Forschung mit ungefähr 27 Millionen Euro im Jahr, was im Vergleich zu anderen Industrienationen wenig sein dürfte (genaue Vergleichszahlen gibt es nicht). Mit wenigen Ausnahmen sind auch deutsche Unternehmen nicht vorne mit dabei. Die Expertenkommission Forschung und Innovation kam Anfang 2018 in einer Studie zu dem Schluss, dass andere Länder in vielen Bereichen der KI eine „deutlich größere Dynamik“ aufweisen.

Nicht Pionier zu sein, bedeutet, dass Deutschland von den Erfahrungen anderer Länder lernen kann, argumentiert die SNV in einem weiteren, Anfang Juni veröffentlichten Papier („Eckpunkte einer nationalen Strategie für KI“). Die Bundesregierung müsse wesentlich ambitionierter werden, als nur die Erforschung von einzelnen KI-Technologien stärker zu fördern. Stattdessen sollte sie „den Aufbau und die Förderung eines starken und international wettbewerbsfähigen KI-Ökosystems in den Mittelpunkt stellen“.

Kurz: Benötigt wird ein Werk mit vielen Rädern. Forschungsförderung ist sicherlich eines davon, aber wahrscheinlich nicht das wichtigste. Bedeutender ist ein stabiles Fundament. KI-Kompetenzen müssen nicht nur in der Infor-

matik, sondern auch in vielen anderen Studiengängen vermittelt werden. Ausreichende Rechenleistung und Wagniskapital müssen leichter verfügbar sein. Statt wie China und die USA auf Datenquantität zu setzen, sollte in Deutschland die Datenqualität im Vordergrund stehen, da sich mit wenigen, aber gut standardisierten und relevanten Daten oft bessere Ergebnisse erzielen lassen. Wenn die Mischung stimmt, wird ein solches Ökosystem wettbewerbsfähige KI-Dienste schaffen – schneller als staatliche Forschungsprogramme. Für die Außenpolitik muss ein solcher Handlungsleitfaden erst noch geschrieben werden. Aber einige Grundsätze lassen sich schon erkennen. Der wichtigste ist, dass Alleingänge in einer Sackgasse enden werden. Deutschland ist zu klein, um auf sich allein gestellt im internationalen KI-Wettbewerb mithalten zu können. Eine deutsche Strategie muss in eine europäische eingebunden sein. Als Partner bietet sich vor allem Frankreich an, das bei der Entwicklung und Anwendung von KI schon viel weiter ist.

**Deutschland braucht
in Sachen KI ein
stabiles Fundament**

Wettbewerb um Spitzenkräfte

Deutschland muss sich auch darüber klar werden, für welche Art von KI es stehen will. Zwischen Chinas staatskapitalistischem Ansatz und den amerikanischen Daten-Monopolisten liegt ein weites Feld, das noch kaum beackert ist. Dort kann sich Deutschland profilieren. Dabei geht es nicht nur um die Ethik der Anwendung von KI, sondern um ein neues, smartes Betriebssystem für die Datenökonomie. Wie lassen sich Märkte mit diesem ungewöhnlichen Rohstoff organisieren? Wie lassen sich personenbezogene Daten sicher anonymisieren? Sollen Menschen für die von ihnen erzeugten Daten bezahlt werden?

Die Antworten werden Folgen auch für das Angebot an Spitzenkräften haben. Bei KI geht es um Rechenkraft und mehr noch um Daten, aber ohne eine kritische Masse von Datenwissenschaftlern wird sich Deutschland schwer tun, mit dem Rest der Welt mithalten. Sie ins Land zu locken und dort zu halten, ist nicht nur eine Frage des Gehalts (obwohl sie nicht vernachlässigt werden darf: Selbst OpenAI, eine gemeinnützige Organisation im Silicon Valley, zahlt seinen Spitzenforschern fast zwei Millionen Dollar Jahresgehalt). Wichtiger ist, ob Deutschland im Ausland als attraktiver KI-Standort gilt. So verhält es sich nicht zuletzt auch bei Außenministerien: Wer keine Mitarbeiter mit KI-Wissen anzieht oder sie ausbildet, wird auf Dauer an Bedeutung verlieren.

Die von Hillary Clinton früh beschriebenen außenpolitischen Folgen des Internets wurden zunächst nur langsam deutlich; dann aber entfaltete das Netz seine globale politische Wirkung mit voller Wucht. Mit Künstlicher Intelligenz wird es wahrscheinlich ähnlich kommen. Außenpolitiker sollten sich besser jetzt darauf einstellen, als später den Ereignissen hinterherrennen zu müssen.



Ludwig Siegele
ist Technologie-Resortleiter beim britischen Wirtschafts magazin The Economist.

„Es geht um den Kern von Sicherheit“

Die frühere Staatssekretärin Katrin Suder über Künstliche Intelligenz

Unendliche Datenmengen, immer stärkere Rechnerleistungen, immer weiter verbesserte Algorithmen: Diese Entwicklungen und ein möglicher Durchbruch beim Quanten-Computing bereiten den Boden für Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie, erklärt die ehemalige Verteidigungs-Staatssekretärin Katrin Suder im IP-Gespräch. Eine Debatte darüber ist überfällig.

IP: *Frau Suder, was ist Künstliche Intelligenz und warum spielt das Thema auf einmal in der Sicherheitspolitik so eine große Rolle?*

Katrin Suder: Schwierige Frage, denn schon für menschliche Intelligenz gibt es keine klare, weithin akzeptierte Definition. Aber ich würde es so sagen – Künstliche Intelligenz ist der Versuch, Funktionen menschlicher Intelligenz wie lesen, Muster erkennen, Fragen beantworten usw. mit Maschinen nachzubilden. Das ist ein ganz alter Menschheitstraum, denken Sie an die Geschichte vom Golem aus der jüdischen Mythologie. Ein bisschen technischer formuliert bezeichnet man mit KI Computerprogramme, die auf Rechnern laufen. Diese Computerprogramme sind so genannte (Deep) Learning Algorithm-Programme, die in gewisser Weise den Aufbau des Gehirns in Form von neuronalen Netzen nachbilden. Diese neuronalen Netze werden mit vielen Daten gefüttert, lernen und adaptieren sich dabei selbst ...

IP: *... um den Menschen zu ersetzen?*

Suder: In bestimmten Funktionen und Aufgaben? Ja. Aber umfassend? Nein. Die Form von KI, die wir derzeit haben, nennt man „schwache KI“, ein Werkzeug, das alle möglichen, allerdings sehr spezifischen Aufgaben erledigen kann, zum Beispiel die Vorhersage, wann ein bestimmtes Bauteil ausfällt („predictive maintenance“ genannt) oder die Sprachsteuerung Ihres Handys. Sie können einer Maschine das Go-Spielen beibringen, aber sie kann dann noch lange kein Schach. Wenn Sie einer Maschine eine komplexe Frage stellen, kommt womöglich nur „42“ als Antwort heraus wie im Roman „Per Anhalter durch die Galaxis“ von Douglas Adams, wenn „nach dem Leben, dem Universum und dem ganzen Rest“ gefragt wird.

Sollte allerdings tatsächlich irgendwann die Entwicklung echter, so genannter „starker KI“ gelingen, also einer, die der Intelligenz des Menschen eben-

bürtig oder sogar überlegen wäre, würde das eine völlig neue Realität schaffen und sich auf alle Bereiche des Lebens auswirken.

IP: *Trotzdem ist die Sorge mit Blick auf die Sicherheitspolitik schon jetzt sehr groß – warum?*

Suder: Weil gerade verschiedene Entwicklungen zusammenkommen. Wenn wir über KI reden, reden wir im Wesentlichen über vier Komponenten – wie eben beschrieben die Algorithmen oder Programme, dazu „computing power“, also Rechnerleistung, dann braucht man Daten und man braucht Menschen, also Programmierer, Anwendungsentwickler. Blickt man auf jüngste Entwicklungen in den Algorithmen von Künstlicher Intelligenz, kann man erst einmal nichts Revolutionäres feststellen. Ich habe Ende der 1990er Jahre über neuronale Netze promoviert; im Vergleich zu damals hat man jetzt verbesserte mathematische Modelle und auch mehr Ebenen solcher Netze, aber diese methodischen Innovationen alleine bedeuten keinen Quantensprung.

IP: *Was wäre ein Quantensprung?*

Suder: Neben der oben beschriebenen Entwicklung von „starker KI“ wäre eine andere Nichtlinearität der Sprung zum Quanten-Computing. Und dieser scheint mir übrigens deutlich wahrscheinlicher, denn letztlich sind „nur“ noch Ingenieursfragen zu lösen. Um die Relevanz dieser Nichtlinearität im Bereich Rechnerleistung zu verdeutlichen. Quantencomputer würden in der Kryptologie von heute auf morgen alles verändern. Verschlüsselungen, die derzeit auch in Millionen Jahren nicht zu knacken sind, knackt ein Quantencomputer in einer Millisekunde. Alles vollzieht sich in einer Geschwindigkeit, die beispiellos ist ...

IP: *... und das wirkt sich auf Sicherheitspolitik aus?*

Suder: Aber ja – signifikant! Stellen Sie sich ein Szenario vor, in dem plötzlich die existierende Verschlüsselung nicht mehr sicher ist. Das ist übrigens einer der Gründe, warum Deutschland und insbesondere auch die Bundeswehr so stark in das Thema investieren. Richtigerweise. Aber zurück zur KI – was in jüngster Zeit passiert, ist, dass es unfassbar viel mehr Daten gibt, weil inzwischen überall Sensoren sind. Alles ist vernetzt, überall sind Chips, im Handy, im Auto, in all den Kameras, bald vielleicht standardmäßig in unserer Kleidung. Gleichzeitig gibt es zu geringen Kosten Rechnerleistung, um diese Datenmengen zu bewältigen. KI lebt von Daten, damit sie lernen kann. Denn das macht eine KI – Unmengen an Daten verarbeiten und abgleichen, immer besser werden, um ein spezifisches Problem zu lösen. Je mehr Daten, je schneller

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

DR. KATRIN SUDER war von August 2014 bis April 2018 Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung. Dort leitete sie u.a. die Abteilungen Ausrüstung und Cyber/Informationstechnik. Zuvor war sie Direktorin und Leiterin des Berliner Büros der Unternehmensberatung McKinsey, für die sie seit 2000 tätig war.

die Computer, desto besser die KI; und dazu die Menschen, die diese Methode, diese Chance nutzen. Gerade entstehen praktisch täglich neue Anwendungen – auch im militärischen Bereich mit entsprechenden sicherheitspolitischen Implikationen. KI ist zentraler Bestandteil des „digitalen Gefechtsfelds“ oder, ein bisschen drastischer formuliert, KI kann eine „Waffe“ sein.

IP: *Dann sind wir schnell bei den so genannten „Killerrobotern“.*

Suder: Da muss man unterscheiden. Was sind eigentlich Killerroboter? Letztlich geht es um Automatisierung und um autonome Entscheidungen von Waffensystemen. Automatisierung einzelner Funktionen von Waffensystemen gibt es natürlich heute schon und in großer Anzahl, von der automatischen Temperaturregulierung über Notfallprozeduren bis hin zur Flugstabilisierung. Der Eurofighter kann nicht stabil fliegen ohne einen Computer; tatsächlich sind in ihm über 80 verbaut. Das findet vermutlich kaum jemand problematisch. Worum es in der Diskussion eigentlich geht, ist der automatisierte und insbesondere der autonome Einsatz von kinetischer Wirkung gegen Menschen. Es ist wichtig, hier klar in der Definition zu sein. Die Flugabwehrsysteme auf Schiffen, die Rolling Airframe Missile (RAM)-Systeme schießen auch automatisiert und adjustieren ihre Ziele autonom. Diese Ziele sind allerdings keine Menschen, sondern mit hoher Geschwindigkeit und Präzision anfliegende Raketen, und RAMs sind der menschlichen Reaktionsfähigkeit deutlich überlegen. Auch das wird, zumindest mehrheitlich, nicht als problematisch angesehen. Aber die entscheidende Frage ist in der Tat – wird beim Einsatz kinetischer Gewalt gegen Menschen autonom entschieden bzw. wie geht man mit derartigen Entwicklungen um? Die Bundesregierung hat dazu ganz klar „nein“ gesagt. Es braucht immer „the man in the loop“ – ein Mensch ist in solche Entscheidungen eingebunden. Was andere Länder machen werden, ist – leider – nicht unter unserer Kontrolle. Aber Deutschland hat es ausgeschlossen und setzt sich, zu Recht, sehr dafür ein, hier mehr internationale Regulierung zu erwirken, so schwer das ist – auch weil es aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung immer neue Fragen zu lösen gilt, immer mehr Grauzonen entstehen.

IP: *Was KI als Waffe bzw. das digitale Gefechtsfeld angeht – welche Entwicklungen sehen Sie?*

Suder: Auch dort gibt es immer mehr Sensoren, insbesondere Kameras, aber auch Satellitenbilder, Informationen aus dem Internet, Mobilfunkdaten und so weiter. Es werden immer mehr Daten und Informationen gewonnen und ausgewertet. Und dadurch, durch die Digitalisierung der Erhebung, Verarbeitung und Präsentation all dieser Daten, kann man Wirkungsüberlegenheit erlangen. Wer bessere Informationen hat, wem es gelingt, all diese Informationen zusammenzufügen, der gewinnt. Weil man mehr sieht; weil man genauer sieht, wo der Angreifer ist, was er tut, wie er ausgerüstet ist, usw. Umgekehrt wird man durch die stärkere Vernetzung und Digitalisierung – ob wir jetzt vom Eurofighter oder vom Schützenpanzer Puma sprechen, der ein stark digitalisiertes Fahrzeug ist, oder von der Abhängigkeit von Lageinformationen – auch immer verwundbarer. Digitalisierung heißt ja letztlich, dass alles mit-

einander (digital) verbunden ist. Und die Kehrseite ist Cyber – alles wird gehackt. Deshalb spielt Cybersicherheit, also der Schutz vor Angriffen auf Computer und Programme, so eine große, wenn nicht die zentrale Rolle. Damit sind wir beim Thema Cyberraum und der Frage, welche Rolle KI darin einnimmt. KI lässt sich zum Beispiel als Tool einsetzen, um Cyberangriffe zu fahren oder sich dagegen zu verteidigen. KI kann Cyberangriffsmuster erkennen, und wer es schafft, die beste KI zu entwickeln, hat wiederum einen Verteidigungs- oder gar Angriffsvorteil. Deshalb spielt KI sicherheitspolitisch eine so bedeutende Rolle – wie bei jeder Technologie geht es um Vorherrschaft. Wir befinden uns mitten in einem globalen Wettstreit, vor allem zwischen den USA und China. Vor etwa einem Jahr hat China seine KI-Strategie veröffentlicht – ein ausgesprochen ambitionierter Plan, in dem ganz klar das Ziel formuliert wird, bis 2025 Weltspitze werden zu wollen.

IP: *Dass Googles AlphaGo den weltbesten Spieler Ke Jie im Mai 2017 in Go besiegt hat, soll ja so etwas wie ein Sputnik-Schock für die Chinesen gewesen sein.*

Suder: Ja, ich glaube, genauso ist es. In China gibt es Unmengen von Daten, die Menschen scheinen dort williger zu sein, ihre Daten preiszugeben. Es herrscht ein anderes Verhältnis zur Privatsphäre mit anderen Datenschutzregeln. Gleichzeitig gibt es hochgradig vernetzte Sensorik und Prozessoren überall – Handys, Computer, Kameras usw. Und rund 1,5 Milliarden Chinesen, viele sehr technikaffin; „early adopters“, die jede Neuerung mitmachen. Gerade gegenüber China sollte der Westen seine Haltung überdenken. Bislang bestand in weiten Teilen die Hypothese, dass die Chinesen nur kopieren, aber nichts selbst entwickeln können. Dieses Bild gilt es dringend zu revidieren. Außerdem geht es bei KI jetzt insbesondere um Umsetzung; darum, Anwendungen auf die Schiene zu bringen. Das werden die Chinesen im großen Stil machen. Und wenn sich die Chinesen etwas vornehmen ... man schaue nur auf die Belt and Road Initiative.

IP: *Haben wir es denn bei KI noch mit nationalstaatlichen Entwicklungen zu tun oder sind es große multinationale Konzerne wie Google und Apple? Anders gefragt: Wer steuert die Entwicklung eigentlich?*

Suder: Das ist genau der Kern vieler Debatten und insbesondere der Frage nach dem deutschen bzw. europäischen Weg, auch im Unterschied zu den USA, wo die Entwicklungen überwiegend unternehmerisch getrieben sind, und China, wo der Staat stark dominant ist. Den Umgang mit Daten – von Regulierung über die Bereitstellung von Daten, zum Beispiel des öffentlichen Sektors, bis hin zur Datenkunde an Schulen oder Fortbildungsinstitutionen – gilt es jetzt auszugestalten, mit Offenheit und ausgewogenem Blick auf Chancen und Risiken.

IP: *Gibt es neben den USA und China noch andere wichtige KI-Staaten? Russlands Präsident Wladimir Putin sagte neulich: „Wer KI beherrscht, beherrscht die Welt.“*

Suder: Ich fürchte, das ist wahr. Letztlich kann ich Russland allerdings nicht ausreichend einschätzen. Definitiv haben wir hier einen staatlichen Spieler, der im Cyber- und Informationsraum intensiv unterwegs ist.

IP: *Müsste man KI praktisch mit der Erfindung der Atombombe vergleichen?*

Suder: KI hat definitiv das Potenzial, die gesamte Dynamik im Cyberraum zu verändern. Es handelt sich um eine Fähigkeit, die Wirkungsüberlegenheit herstellen kann. Damit geht es um den Kern von Sicherheit. Zumal es, zumindest bislang, nicht gelungen ist, globale Regulierungen oder Kontrollregime zu etablieren. Es gibt darüber hinaus noch weitere Effekte, die sich sicherheitspolitisch auswirken könnten und zumindest mitgedacht werden sollten. KI verändert die Wirtschaft, in vielen Teilen disruptiv und kurzfristig. Was passiert, wenn ein Land aufgrund von KI auf einmal wirtschaftliche Überlegenheit, ja Monopolstellung genießt? Welche Auswirkungen haben globale Veränderungen in Wertschöpfungsketten?

IP: *Dass technologische Innovationen alles verändern, haben wir ja historisch schon öfter gesehen. Was ist diesmal anders?*

Suder: Richtig, jede industrielle Revolution hat auch sicherheitspolitische Aspekte. Im Unterschied zu früher läuft diesmal alles viel schneller ab. Als neue Produktionsmethoden wie das Fließband erfunden wurden, hat sich das natürlich auch auf den militärischen Sektor ausgewirkt; nun konnte man schneller mehr Waffen produzieren. Oder als Flugzeuge erfunden wurden, wurde der Luftraum zu einer militärischen Dimension. Bei der technologischen Entwicklung von KI hat das im Gegensatz dazu viel unmittelbarere, schnellere und globalere Auswirkungen – so als stünde Ihnen, nachdem Sie gerade Pfeil und Bogen zur Seite gelegt haben, ein hochmoderner Kampfjet zur Verfügung, der auch noch kaum etwas kostet und ebenso einfach wie unbemerkt einzusetzen ist. Deshalb bereitet mir das Thema auch solche Sorgen. Insbesondere weil auch eine Terrorgruppe sich solcher Technologien bemächtigen könnte. Das Missbrauchspotenzial ist enorm. Und KI „missbräuchlich“ einzusetzen, kostet im Zweifelsfalle nichts. Es fällt auch nicht auf, wenn jemand KI entwickelt oder stiehlt. Man sieht nichts, man hört nichts, man riecht nichts, man kann es nicht auf einem Satellitenbild erkennen.

IP: *Meinen Sie damit einen Angriff auf Infrastruktur, der diese physisch zerstört? Oder eher so genannte „Psy-Ops“, psychologische Operationen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung?*

Suder: Alles. Man muss die ganze Palette anschauen – das ist zwar oft nicht einfach und wird gerne missverstanden, aber der Auftrag an Beteiligte im Sicherheitsbereich ist es nun einmal, sich mit allen möglichen Szenarien zu befassen. Mich beschäftigen am meisten die physikalischen, die realen Auswirkungen, wenn Netze bzw. Verschlüsselungen und Sicherheitssysteme geknackt würden. Dann könnte ein Gegner Züge entgleisen lassen oder medizinische Geräte kontrollieren oder, wie geschehen in der Ukraine, „einfach nur“ das Licht ausschalten. Die Szenarien sind da endlos, aber potenziell verheerend.

IP: *Nimmt die Politik das Problem ernst genug?*

Suder: Ja. Schauen Sie sich zum Beispiel an, was in der vergangenen Legisla-

tur in der Bundeswehr passiert ist – die Einordnung von Cyber als relevante, eigenständige militärische Dimension, der Aufbau des Cyberkommandos, innovative Experimente wie der Cyber Innovation Hub und Investitionen in das universitäre Forschungsumfeld CODE in München.

IP: *Reicht das?*

Suder: Das ist schwierig abzuschätzen. Aber letztlich ist das genauso wie mit der Entwicklung eines neuen europäischen Kampfflugzeugs – was die Chinesen und die Amerikaner machen, hat ganz andere Dimensionen. Sollte man es deshalb nicht tun? Doch, man sollte.

IP: *KI ist ja auch schon im Kleinen relevant, zum Beispiel bei der Datenverarbeitung zur Erstellung eines Lagebilds ...*

Suder: Ja, völlig richtig. An sich ist KI nichts Schlimmes und erstmal auch nicht gefährlich. Im Gegenteil, es bieten sich unglaubliche Vorteile und Chancen. Zum Beispiel lässt sich die Zivilbevölkerung besser schützen, ein Gebot der Genfer Konvention. Auch kann die Bundeswehr ihre eigenen Leute besser schützen. Mit KI lassen sich Prozesse verbessern – Verwaltungsprozesse, Beschaffungsprozesse und auch militärische Prozesse. Zum Beispiel bei der Krisenfrüherkennung. Heute liest ein Referent Einträge in sozialen Medien wie Facebook, liest jede Menge Papiere und Veröffentlichungen, bestimmt auch die IP. Wie viele Dokumente kann er an einem Tag bewältigen? Vielleicht 100. Eine Maschine kann Tausende, ja Millionen Dokumente „lesen“. Bewerten und insbesondere Handlungsempfehlungen ableiten sowie Entscheidungen treffen, all das muss am Ende ein Mensch tun.

IP: *Müssen wir im Westen unsere Einstellungen zum Datenschutz überdenken?*

Suder: Ich glaube, wir müssen darüber diskutieren, wie wir mit Daten umgehen, aber eben auch mit Algorithmen. Die spannende Frage ist – wie stellen wir eigentlich sicher, dass wir wissen, was die Algorithmen tun? Wer kontrolliert die Algorithmen? Das bedarf einer breiten Diskussion, und natürlich ist dies auch eine sicherheitspolitische Frage. Nehmen wir das Beispiel Krisenfrüherkennung – je nach Algorithmus bestimmen diese oder jene Faktoren das Ergebnis. Und wenn das dann lautet „Mit 35-prozentiger Wahrscheinlichkeit wird in acht Monaten im Land XY eine Krise ausbrechen.“ Was machen wir mit so einer Information? Das heißt, dass wir die Leute ganz anders ausbilden müssen; die meisten können mit Statistiken erst einmal nichts anfangen.

In jedem Fall brauchen wir mehr gesellschaftliche Debatten. Im Moment gibt es leider oft undifferenzierte Sichtweisen, teilweise Unkenntnis oder pauschale Ablehnung. Dabei gibt es kein Unternehmen, das sich nicht damit beschäftigt. An der Digitalisierung führt kein Weg vorbei. Kurz, wir müssen über Daten reden, wir müssen über Algorithmen reden, aber eben auch über die Zukunft der Arbeit und über Bildung. Und wie wir miteinander leben wollen – in einer Welt voller KI.

Die Fragen stellten Henning Hoff, Uta Kuhlmann und Joachim Staron.

Lebenslanges Lernen

Digitalisierung und KI stellen die Bundeswehr vor neue Herausforderungen

Klaus Hardy Mühleck | **Bei der Beschäftigung mit KI haben das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr bereits einiges geleistet. Doch bei manchen neuen Fragen, beispielsweise wie sich KI auf militärische Führungsfähigkeiten auswirken wird, gibt es noch Klärungsbedarf. Solche Fragen müssen ressortübergreifend und mit Partnern angegangen werden.**

Die Bundeswehr beschäftigt sich seit einiger Zeit im Kontext ihrer Digitalisierung mit KI-Einsatzmöglichkeiten sowie den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Cyberraum. Um diesen gerecht werden zu können, wurden 2016 eine ministerielle Abteilung Cyber und Informationstechnik (CIT) und 2017 ein neuer Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum (CIR) aufgebaut mit dem Ziel, die Dimension Cyber- und Informationsraum unter einheitlicher Führung zu steuern. Mit dem Leiter der Abteilung CIT im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hat die Bundeswehr auch erstmalig einen Ressort Chief Information Officer (CIO).

KI-Technologien verbreiten sich schon jetzt rasant – man denke nur an Siri und Alexa, die einem im Alltag begegnen – und haben Multi-Use-Charakter. Das erhöht das Risiko des Missbrauchs für kriminelle, politische oder militärische Zwecke. Mehr noch: Digitalisierung und KI haben das Potenzial, Strukturen und Prozesse jeder Organisation zu verändern – auch die der Bundeswehr. Daher bedarf es einer Leitungs-, Steuerungs- und Gestaltungsstruktur, die der Neuartigkeit und „Querschnittlichkeit“ des Themas gerecht wird. Im Geschäftsbereich des BMVg wird der Themenbereich KI gegenwärtig als Teil des Gesamtthemas Digitalisierung behandelt und damit über das Leitungsboard Digitalisierung auf der Leitungsebene des Ministeriums strategisch gesteuert.

Die Bundeswehr ist damit nicht allein. Überall auf der Welt haben Staaten und ihre Streitkräfte die Chancen und Risiken von Digitalisierung und KI identifiziert. Es stellen sich zahlreiche neue, noch zu klärende Fragen, u.a. wie die Auswirkungen der Digitalisierung und die Anwendung von KI die Bereiche Führungsorganisation und Führungsverfahren in den Streitkräften betreffen. Konkret muss man beispielsweise fragen, welche neuen Abhängigkeiten oder auch Vulnerabilitäten im Bereich der Informationstechnologie entstehen

und wie angesichts einer weiter fortschreitenden Automatisierung – zukünftig gegebenenfalls auch in Waffensystemen – die menschliche Kontrolle gewahrt werden kann. Auch werden sich KI-Konzepte und -Technologien nur in Kooperation entwickeln und anwenden lassen. Dabei ist für die Bundeswehr sowohl die europäische als auch die transatlantische Zusammenarbeit wichtig.

Erste Priorität: Informationsversorgung

Die Anwendungsmöglichkeiten für KI in den Streitkräften sind vielfältig und erstrecken sich über das gesamte Fähigkeitsprofil. Das Sicherstellen der Informationsversorgung unter allen Bedingungen sowohl in Deutschland als auch für die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz ist Grundlage für eine handlungs- und leistungsfähige Bundeswehr. Die Resilienz des IT-Systems der Bundeswehr und die Eventualfallplanung bei Störung oder Ausfall gewinnen dabei ständig an Bedeutung.

Ein kontinuierlich verfügbares, gesichertes, umfassendes und aktuelles Lagebild ist auch weiterhin die unerlässliche Basis für das eigene militärische Handeln und Entscheiden. Für das eigene Handlungs- und Leistungsvermögen, also das Fähigkeitsprofil der Streitkräfte, kann die Implementierung von KI vorhandene Fähigkeiten verbessern, aber auch in der weiteren Perspektive die Entwicklung neuer Fähigkeiten ermöglichen beziehungsweise erforderlich machen. Dieses umfasst beispielsweise die Verwendung extrem leistungsfähiger Lernalgorithmen im Rahmen einer verbesserten Krisenfrüherkennung, die Analyse sehr großer Datenmengen (Big Data) oder auch den Einsatz von KI im Bereich des Personalmanagements, bei der Logistik, dem Energiemanagement oder bei Vorhersagen.

Das enorme Potenzial von KI liegt darin, Entscheidungen effizient und effektiv zu unterstützen und ist aus militärischer Perspektive eine der bedeutendsten Facetten der Digitalisierung. Grundsätzlich lässt die Digitalisierung mit Blick auf KI im militärischen Kontext u.a. eine extreme Beschleunigung des Durchlaufens der Entscheidungszyklen sowie die damit einhergehenden Vorteile eines besseren Lagebilds erwarten. Unstrittig ist ebenso, dass KI das Potenzial hat, menschliche Fehlinterpretationen zu verringern. Zudem ist KI absehbar ein „Enabler“ für eine Vielzahl künftiger Anwendungen und ein Motor für die weitere Automatisierung technischer Systeme. Für die Bundeswehr ist es allerdings wichtig, dass von Beginn an bei der Integration immer auch die Nachvollziehbarkeit der auf KI basierten Entscheidungen mit berücksichtigt wird.

Deutschland muss die mit Digitalisierung und KI verbundenen Herausforderungen ressortübergreifend und gemeinsam mit seinen internationalen Partnern und Verbündeten angehen, um beim bereits begonnenen Wettlauf in den wirtschaftlichen und militärischen Anwendungsbereichen nicht den Anschluss zu verlieren. Ein Miteinander im europäischen Kontext und darüber hinaus ist daher – gerade im Bereich der KI – unabdingbar.

Bereits jetzt werden in der Zuständigkeit des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) Forschungs-

KI kann Entscheidungen effizient und effektiv unterstützen

Bild nur in Printausgabe verfügbar

vorhaben durchgeführt, um das Potenzial der KI für Zwecke der Bundeswehr zu überprüfen. Darüber hinaus werden konkrete mögliche Anwendungsfelder wie Cybersicherheit und Bildauswertung untersucht.

Im Rahmen von Studien und Projekten wendet die Bundeswehr bereits einzeln KI-Techniken an beziehungsweise testet Anwendungen in ersten Pilotprogrammen. Eines dieser Projekte ist das Gemeinsame Lagezentrum für den Cyber- und Informationsraum (GLZ CIR) des Kommandos Cyber- und Informationsraum. Hier werden alle verbindenden und relevanten Aspekte des Cyber- und Informationsumfelds zu einer militärischen Lage zusammengefügt. Durch die gezielte Gesamtschau der Brückenelemente beider „Welten“ können Phänomene oder Ereignisse der jeweiligen Umgebungen besser eingeordnet und bewertet werden.

Der Cyber- und Informationsraum ist nicht nur weltumspannend, sondern bedient sich auch nahezu aller Sprachen. Meinungsbildung vollzieht sich auf der Grundlage menschlicher Sprachen; die Kommunikation im „Internet of Things“ – der vernetzten Gegenstände – und die zwischen anderen Cyberkomponenten selbst basiert auf künstlichen Sprachen, durch die sich IT-Systeme miteinander verbinden. Für die Analyse der Informationen im Cyber- und Informationsraum werden daher leistungsfähige maschinelle Übersetzungstools angewendet, die die Datengrundlage ebenso wie die Aufbereitung der Lage sowohl in Englisch als auch in Deutsch gewährleisten.

Eine weitere grundsätzliche Herausforderung im Cyber- und Informationsumfeld ist die Attributierung. Wer in der Cyber- und IT-Umgebung operiert, hat die Möglichkeit, seine Absichten und Verhaltensweisen in einer enormen Datenflut zu verbergen. Wenn eine Aktion einen Effekt im Cyber- und Informationsraum auslöst, dann bleibt dem Beobachter oftmals nur die Feststellung,

was passiert ist. In der Regel sind im Umfeld beabsichtigte oder unbeabsichtigte Effekte erster, zweiter oder weiterer Ordnung zu messen. Schließt man rein vom gemessenen Effekt auf die Ursache und somit auf die Motivationslage des Verursachers, kann es zu Fehleinschätzungen kommen. Diese Herausforderung der Attributierung lässt sich auch im GLZ CIR nicht umfassend lösen. Allerdings werden dort Ereignisse, auch solche erweiterter Ordnung, mit solchen Daten korreliert, die bereits bekannt sind und bestimmten Akteuren zugewiesen werden können. Durch die mathematische Aufbereitung der Daten und eine komplexe Netzwerkanalyse kann so eine strukturierte Aussage über mögliche Zusammenhänge getroffen werden. Dazu werden Entitäten unter Nutzung von KI-Techniken automatisch aus unstrukturierten und strukturierten Daten extrahiert und schließlich ein Beziehungsgeflecht generiert, das durch soziale und technische Graphen abgebildet wird. Mithilfe von KI wird also das GLZ CIR zukünftig ein ganzheitliches Bild von Problembereichen an der Schnittstelle zwischen Cyber/IT und Informationsraum ermitteln, darstellen und bewerten können.

Die Bundeswehr will auch das Know-how von Start-ups nutzen

Vernetztes Vorgehen

Der politische Gestaltungsanspruch im Bereich der KI wird auch im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien an zahlreichen Stellen hervorgehoben. Die Plattform „Lernende Systeme – Plattform für Künstliche Intelligenz“ soll in ein nationales Forschungskonsortium für KI und maschinelles Lernen aufwachsen. Gemeinsam mit Frankreich soll ein öffentlich verantwortetes KI-Zentrum errichtet werden. Der nationale „Masterplan KI“ soll alle diese Elemente verbinden.

Um auch das Know-how der Start-up-Szene im Bereich KI zu erschließen, wurde im Jahr 2017 das Cyber Innovation Hub (CIH) gegründet, das als Bindeglied zwischen den Start-ups und der Bundeswehr fungiert. Auch das an der Universität der Bundeswehr München seit 2017 im Aufbau befindliche Cyber-Cluster wird sich zukünftig mit mehreren Professuren u.a. dem Thema KI widmen. Unterstützt von einem strukturierten Dialog zwischen dem BMVg und den Industrieverbänden werden die Erkenntnisse sämtlicher Forschungs- und Innovationsaktivitäten mit dem Forschung & Technologie (F&T)- und Innovationsmanagement Cyber/IT in der Bundeswehr gebündelt und mit dem Bedarfsträger in den Streitkräften, dem Kommando Cyber- und Informationsraum sowie den zukünftigen Nutzern in der Bundeswehr bewertet. Ziel ist es, auf dieser Basis die Fähigkeiten bedarfsgerecht und entlang der politischen Vorgaben auszubauen.

Sicher werden Digitalisierung und Künstliche Intelligenz menschliche Tätigkeiten stark verändern. Das Konzept des „lebenslangen Lernens“ wird darum wichtiger denn je sein – auch für die Bundeswehr.



Klaus Hardy Mühl-eck ist Leiter der Abteilung Cyber- und Informationstechnik (CIT) im Bundesministerium der Verteidigung und Ressort Chief Information Officer.

Die neue Souveränitätsfrage

KI ist seit 2016 Kanzlerinnen-Sache. Doch Merkel bohrt dicke Bretter

Andreas Rinke | **Immer deutlicher warnt Angela Merkel, dass Deutschland und die EU bei den Entwicklungen von Künstlicher Intelligenz nicht noch weiter zurückfallen dürfen. Doch Appelle und Initiativen haben bislang wenig gefruchtet. Es wird oft zu kleinteilig gedacht, und in der Öffentlichkeit gibt es kaum ein Bewusstsein für die Bedeutung von Innovationen.**

Immer wenn Angela Merkel ein Thema als vordringlich erachtet, lädt sie dazu Experten ins Kanzleramt. Am Abend des 29. Mai 2018 war es wieder so weit: In der Regierungszentrale traf sie auf eine Runde von 20 Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft, um über das Thema Künstliche Intelligenz zu sprechen. Denn seit Längerem ist Merkel alarmiert, dass Deutschland und die EU diese zukunftsweisende Technologie verschlafen könnten. Und weil ihr Kabinett die dringliche Botschaft der Fachleute mithören sollte, hatte Merkel Kanzleramtschef Helge Braun, Arbeitsminister Hubertus Heil, Verkehrsminister Andreas Scheuer, Wissenschaftsministerin Anja Karliczek, Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Digitalisierungs-Staatsministerin Dorothee Bär dazugebeten. Denn noch vor der Sommerpause sollen die Eckpunkte für eine deutsche KI-Strategie stehen, die bis Ende des Jahres beschlossen werden soll.

Der Kanzlerin ist schon länger klar: Die Vorherrschaft bei der KI dürfte die geopolitische Aufstellung neu ordnen – beziehungsweise die amerikanische und chinesische Vormachtstellung zementieren. Dagegen regt sich Widerstand, vor allem in Berlin und Paris. Denn der französische Präsident, Emmanuel Macron, und Merkel sind sich über die strategische Bedeutung von KI absolut einig. Macron redet seit Amtsantritt davon, dass Europa seine „strategische Souveränität“ verteidigen müsse. Und dass dies ein Kampf an vielen Fronten sei – eben auch im technologischen Bereich. Merkel erinnerte am 3. Juni im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* daran, dass sie schon 2017 gefordert habe, dass Europa sein Schicksal mehr in die eigene Hand nehmen müsse. Das wurde damals vor allem als Hinweis auf die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA unter Donald Trump verstanden. Aber gemeint waren auch die nötigen technologischen Fähigkeiten.

Schon 2013 musste die Kanzlerin in der NSA-Affäre erkennen, wie begrenzt die Handlungsmöglichkeiten eines Landes sind, das bei der Software

am amerikanischen und bei der Hardware am chinesischen Tropf hängt. Und als sie fünf Jahre später Mitte Mai bei ihrem China-Besuch einen Abstecher in die Hightech-Stadt Shenzhen machte, bekam sie beim chinesischen Start-up iCarbonX gezeigt, wie weit die Verwendung von Big Data im Gesundheitssektor bereits gediehen ist. Schmerzlich für eine Kanzlerin, in deren mehr als zwölfjähriger Amtszeit es bisher in Deutschland nicht einmal gelungen ist, eine elektronische Gesundheitskarte einzuführen. Wie jedes Mal nach einer China-Reise kam Merkel deshalb beeindruckt und besorgt vom Tempo der Veränderung zurück – wenn gleich sie betont, dass Erfahrungen im kommunistischen China mit dem Wunsch der Kontrolle aller Staatsbürger und ohne Datenschutzregeln natürlich nicht übertragbar auf eine Demokratie seien. Aber das ändert nichts daran, dass deutsche Firmen auf technologischem Gebiet nun einmal mit den amerikanischen IT-Giganten und den chinesischen Firmen konkurrieren müssen.

Strategische Autonomie schließt auch Technologie ein

Immer lautere Warnungen

Warnungen über die Brisanz des Themas kamen in den vergangenen Jahren immer lauter aus verschiedenen Ecken. Militärs verweisen darauf, dass KI bereits dabei ist, die Kriegsführung zu revolutionieren. Längst wird in den USA und China mit autonom agierenden Waffensystemen und Drohnen- oder Schiffschwärmen experimentiert, die sich selbst organisieren können. Während in Deutschland noch debattiert wird, ob die vorhandenen konventionellen Waffensysteme überhaupt einsatzbereit sind oder die Kleidung der Soldaten passt, werden andernorts Technologien entwickelt, die künftig Kriege entscheiden werden. Die technologische Schere geht immer weiter auseinander – und in der veralteten deutschen Sicherheitsdebatte scheint dies kaum jemand zu merken. Merkel mahnte zwar mehrfach eine Steigerung der deutschen Ausgaben für Verteidigung auch bei ihrem Koalitionspartner an. Aber eine Debatte über Chancen und Gefahren neuer Waffentypen hat auch sie bisher vermieden. Dabei macht sich mittlerweile auch das Außenministerium Gedanken, wie KI die Außenpolitik verändern wird. Denn international ist bereits eine Debatte über die ethischen Grenzen etwa für den Einsatz automatisierter und autonomer Waffen entbrannt.

Merkel hat sich bisher vor allem auf die Mankos im zivilen Sektor der Digitalisierung beschränkt. Schon seit 2012 treibt sie dieses Thema um. Das brachte ihr zunächst Spott ein, weil sie mit dem Begriff „Neuland“ auf die unabhsehbaren Folgewirkungen des Internets auf die gesamte Gesellschaft hinwies. Dann folgte das Werben für die Industrie 4.0 als Weckruf für die deutschen Unternehmen, die digitale Vernetzung von Produktion, Verwaltung, Forschung und Verkauf zu verstehen und voranzutreiben. Schon dabei warnte Merkel, dass die stolze deutsche Industrie zur bloßen Werkbank amerikanischer IT-Konzerne verkommen könnte, wenn sie die Nutzung von Big Data und die mit der Digitalisierung verbundene individuellere Herstellung von Produkten nicht beherrsche.

2016 tauchte schließlich auch die Künstliche Intelligenz im Wortschatz der Kanzlerin auf, weil die Physikerin nach Gesprächen mit Unternehmern und

Wissenschaftlern erkannte, dass KI die Verschmelzung bisher separater Forschungsdomänen massiv beschleunigte. „Ich sage es hier ganz offen: Mir ist nicht ganz klar, in welchen Bereichen wir wirklich top sind, in welchen Bereichen wir uns Wissen dazukaufen müssen, wie sich die Verwebung verschiedenster Bereiche eines Tages darstellen wird und ob wir dann alle strategischen Fähigkeiten in unserer Hand haben, die wir brauchen, um wirklich vorn mit dabei zu sein“, bekannte sie auf dem Forschungsgipfel am 12. Juni 2016. Danach forderte Merkel immer dringlicher, dass Deutschland bei KI in die Offensive gehen und notfalls mit KI befasste Firmen auch vor Übernahmen aus den USA oder China schützen müsse.

Ein Grund für den wachsenden Druck war ein besseres Verständnis der komplexen Auswirkungen der KI, die Merkel mit „disruptiv“ oder „revolutionär“ umschreibt; ein weiterer war die 2017 zum Ende der Legislaturperiode einsetzende Erkenntnis, dass die Digitalisierungsanstrengungen der Großen Koalition nur bedingt erfolgreich waren. Obwohl 2013 etwa der Breitbandausbau zu den Prioritäten der Regierung gezählt wurde, rutschte Deutschland im internationalen Vergleich der Datenverbindungen weiter ab.

Die Bundeskanzlerin hält sich zwar zugute, dass sie für einen steten Anstieg des deutschen Forschungsetats gesorgt habe. Aber die Aktivierung von Wagniskapital kam nur zögerlich voran, und die immer wieder geforderte steuerliche Absetzbarkeit von Forschungsausgaben, die vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wichtig ist, war bis 2017 nicht umgesetzt. Parteiübergreifend wurde zudem im Wahlkampf kritisiert, dass die Konkurrenz von drei für die Digitalisierung zuständigen Ministerien in der Hand von drei koalierenden Parteien das Engagement nicht etwa beschleunigte, sondern eher bremste und für Stückwerk sorgte. Dazu kam, dass die Regierung stark auf die Deutsche Telekom Rücksicht nahm. Dieser wurde beim Breitbandausbau das so genannte Vectoring zur Leistungssteigerung bestehender Kupferkabel erlaubt. Doch dies verzögert nur den eigentlich notwendigen, allerdings viel teureren Ausbau des Glasfasernetzes.

Als Reaktion darauf pochte Merkel im Wahlkampf auf eine künftige Steuerung aller Digitalisierungsaktivitäten aus dem Kanzleramt. In der neuen Großen Koalition hat sie nun mit Kanzleramtschef Braun und Staatsministerin Bär zwei Verantwortliche, die sich um den Bereich kümmern. Dazu wurde eine neue Abteilung für Digitalthemen geschaffen, für die auch Referate aus dem Innenministerium in die Regierungszentrale wanderten. Merkel drängt immer mehr zur Eile. Die KI-Expertenrunde vom Mai 2018 bestärkte sie in der Einschätzung, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Das fängt damit an, mittelständischen Firmen klar zu machen, dass auch sie sich um KI kümmern müssen, wenn sie überleben wollen.

Ihre Unzufriedenheit lässt Merkel immer wieder durchschimmern: Die große Komplexität des Themas werde in dem oft kleinteilig denkenden Deutschland mit vielen unterschiedlichen Zuständigkeiten nicht erkannt. Dabei müssen im Kampf um die Teilrückerobierung technologischer Souveränität viele Stellschrauben gleichzeitig justiert werden. Dies aber passt nicht zum Prinzip

Hat Deutschland die Fähigkeiten, „um vorn mit dabei zu sein“?

Bild nur in Printausgabe verfügbar

der Gewaltenteilung im föderalen Deutschland und der gleichzeitig betonten Distanz zwischen Politik und Wirtschaft. Anders als in Peking kann nicht von oben nach unten „durchregiert“ werden. Anders als in den USA fehlen auch die großen Summen an privatem Geld, die die IT-Giganten oder Wagniskapitalgeber in die Forschung stecken. In Deutschland muss eine Bundesregierung die Länder etwa darum bitten, doch die Ausbildungsgänge an die neuen Erfordernisse anzupassen. Firmenmanager denken eher an ihre eigenen Interessen oder die ihrer Firmen – aber nicht unbedingt an Europas strategische Notwendigkeiten, wenn die lukrativen Märkte in China und den USA locken.

Geschlossene Wertschöpfungsketten

Technologische Souveränität besitzt im IT-Zeitalter nur der Wirtschaftsraum, der eine geschlossene Wertschöpfungskette an digitalen Produkten vorweisen kann. Ob es um Chips, Computer, Batterien oder Software geht – die europäischen Länder haben sich kollektiv von der Weltspitze verabschiedet und sind zu bloßen Kunden der Firmen anderer Staaten geworden. Die USA und China dominieren den Markt für Software, Hardware und soziale Plattformen, die immer mehr Lebensbereiche organisieren. Wo es interessante Neuentwicklungen von deutschen Start-ups oder Firmen gibt, schlagen große Konzerne gerne zu.

Deshalb hat vor allem die chinesische Übernahme des Roboterbauers Kuka in der Bundesregierung eine neue Debatte darüber entfacht, ob der Einstieg ausländischer Investoren in als strategisch erachtete Firmen nach dem Außenwirtschaftsgesetz stärker kontrolliert werden sollte. „Wir müssen aufpassen, dass wir eine Basis behalten, dass uns das nicht alles weggekauft wird“, mahnte Merkel im Mai 2017. Die Kanzlerin forderte auch ein flexibleres EU-Beihilferecht, um KI-Firmen besser fördern zu können.

Doch die Versuche, die europäischen Defizite zu beseitigen, wirken angesichts des Innovationstempos andernorts bescheiden. Seit Jahren arbeitet Merkel im Hintergrund mit einigen ähnlich denkenden EU-Regierungschefs daran, dass Europa wieder eine eigene Chip-, vielleicht auch eine eigene Batteriefabrikation auf die Beine stellt. Doch die Zersplitterung des EU-Binnenmarkts, nationale Vorbehalte und die fehlende strategische Ausrichtung bremsen auch hier. Erst jetzt ist eine Datenschutzgrundverordnung in Kraft getreten, die eine gemeinsame Rechtsgrundlage für IT-Firmen im Umgang mit Daten in der EU schaffen soll. Es mangelt an Tempo, überall.

Merkel und Macron wollen eine neue Forschungsdynamik entfachen – oder zumindest die bestehende Grundlagen- und Anwendungsforschung ergänzen.

Denn die Möglichkeiten der KI sind nach Ansicht der Kanzlerin und des Präsidenten so revolutionär, dass man auch revolutionär forschen muss. Vorbild ist die amerikanische Pentagon-Behörde DARPA, die immer wieder Innovationsschübe auch für den zivilen Sektor hervorgebracht hat. Doch mit dem Risiko des möglichen Scheiterns zu forschen, beißt sich mit dem deutschen Ansatz, wo Haushaltsausschuss und Rechnungshöfe auf die Verwendung jedes Euro schauen.

Die Regierungschefs argumentieren, dass man so aber nicht die „game changer“ oder „Sprungtechnologien“ finden kann, die das Überleben der europäischen Industrie sichern können. Also soll die EU mit dem European Innovation Council riskante Forschungsprojekte fördern – auch wenn neun von zehn Projekten am Ende scheitern. Technologie sei eben auch ein Mittel zum Erreichen ganz unterschiedlicher Politikziele. „Deshalb möchten wir auch in Zukunft im Gebiet der KI ‚Made in Germany‘ als ein Qualitätsprodukt auch im Sinne der Nachhaltigkeit produzieren können“, betonte Merkel am 4. Juni 2018 bei der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung in Berlin.

Ob die Aufholjagd gelingt, ist fraglich. China und auch die amerikanischen IT-Riesen verfolgen seit Langem eine in die Zukunft schauende Strategie und setzen zweistellige Milliardenbeträge ein. In einem alternden Europa dominieren dagegen weiter Debatten über die Verteilung sozialer Wohltaten oder die Ängste vor Migration. Zwar ist die Europäische Union nach dem Austritt Großbritanniens 2019 mit ihren immer noch rund 450 Millionen Menschen der richtige Rahmen, nur gibt es bis heute keinen wirklich funktionierenden europäischen Digitalmarkt. Hinzu kommt das fehlende Bewusstsein für die Bedeutung des Themas Innovation: In der Öffentlichkeit wird zwar leidenschaftlich über die 2-Prozent-Selbstverpflichtung der NATO-Staaten für Verteidigungsausgaben gestritten. Aber niemandem scheint aufzufallen, dass die EU-Staaten eine andere, eigentlich mit dem Zieldatum 2010 gesteckte Selbstverpflichtung bis auf eine Handvoll Länder bis heute grandios verfehlen: Sie sollen 3 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Forschung und Innovation ausgeben.

Europa bräuchte zumindest wieder einen Chiphersteller



Dr. Andreas Rinke
ist politischer Chef-
korrespondent der
Nachrichtenagentur
Reuters in Berlin.

Komplizierter als gedacht

Anmerkungen zu einer deutschen Strategie für den Umgang mit KI

Philippe Lorenz | **Eine deutsche KI-Strategie darf nicht einfach auf Programme zur Forschungsförderung hinauslaufen, sondern sollte auf den Aufbau eines europäisch eingebundenen Ökosystems zielen. Auch der deutschen Außenpolitik wachsen neue Aufgaben zu: bei der Ächtung autonomer Waffen und dem Kampf gegen den repressiven Einsatz von KI-Technologie.**

Frankreich hat bereits eine nationale KI-Strategie verabschiedet, die Europäische Union kündigte Ende April strategische Maßnahmenpakete zur KI-Förderung an. Deutschland dagegen steht bei den politischen Planungen erst am Anfang. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung war ursprünglich beauftragt, bis zum Herbst 2018 eine nationale KI-Strategie auszuarbeiten. Dieser Termin wurde mittlerweile nach hinten korrigiert, auf Dezember. Es ist also komplizierter als gedacht.

Bislang deutet alles darauf hin, dass mehrheitlich bundesweit ausgerichtete Programme zur Forschungsförderung den Mittelpunkt der deutschen KI-Strategie bilden werden. Das allerdings lässt außer Acht, dass im Gegensatz zum Nuklearzeitalter KI-Spitzenforschung sich nicht mehr ausschließlich im staatlichen Einflussbereich, in Universitäten und beim Militär vollzieht, sondern vor allem an Forschungszentren global operierender Technologiekonzerne – mit Hauptsitz entweder in den USA oder in China. Diese Unternehmen verfügen über die relevanten Zutaten für die Entwicklung von KI: Talentpool mit Fachexpertise, Daten und Hardware. Zugleich löst sich die Unterscheidung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung auf. Vielmehr verläuft sie parallel zur Entwicklung neuer Produkte und Geschäftsmodelle. Und zivil gewonnene Erkenntnisse lassen sich leicht ins Militärische transferieren.

Eine deutsche KI-Strategie sollte sich daher nicht nur auf die Erforschung einzelner Technologien fokussieren, sondern darauf abzielen, den Aufbau und die Förderung eines starken, international wettbewerbsfähigen KI-Ökosystems hervorzubringen. Das bedeutet: einen Nährboden zu schaffen, der sowohl die Entwicklung von KI-Technologie fördert, aber auch einen Technologietransfer in den weiteren Wirtschaftskreislauf ermöglicht. Dazu müssen enge Netzwerke entstehen, die einen Austausch zwischen Forschern, Entwicklern, Investoren, Universitäten und Start-ups unterstützen. Das erfordert Maßnahmenpakete in

verschiedenen Politikbereichen – von der Erhöhung der Forschungsausgaben für KI über Konzepte zum Pooling von Daten, strategischer Investitionen in Chiptechnologie oder staatlich geförderter KI-Labore, die den Mittelstand beim Übergang in die nächste Stufe der Digitalisierung unterstützen.

Deutschland sollte bei der Ächtung eine Vorreiterrolle spielen

Aber ein rein deutsches KI-Ökosystem ist zu klein gedacht. Im internationalen Wettbewerb mit China und den USA kann Deutschland nur mit einem europäischen Ansatz bestehen. Dieser sollte die unterschiedlichen Anstrengungen der EU-Mitgliedstaaten bei der KI-Entwicklung bündeln und den gemeinsamen digitalen Binnenmarkt derart gestalten, dass er imstande ist, KI-basierte Geschäftsmodelle zu ermöglichen. Bis die strategischen Ziele der EU formuliert und implementiert sind, vergeht erfahrungsgemäß viel Zeit. Daher sollten zunächst Deutschland und Frankreich enger kooperieren – und Berlin könnte sich einiges vom KI-Cluster anschauen, das derzeit in und um Paris entsteht.

KI als außenpolitische Aufgabe

Hinzu kommt die außenpolitische Dimension. Die USA, China, aber auch Russland verfolgen mit ihren expliziten oder impliziten KI-Strategien auch dezidiert militärstrategische Ziele – und damit ganz unterschiedliche Interessen bei der Verschmelzung von KI und offensiven sowie defensiven Waffensystemen. Diese Verhaltensweisen lassen sich im Rahmen der Gespräche bei den Vereinten Nationen in Genf über ein Verbot autonomer Waffensysteme (Lethal Autonomous Weapon Systems, kurz: LAWS) beobachten, im Rahmen der UN-Waffenkonvention über „Certain Conventional Weapons“. Die USA versuchen ihre militärische Vormachtstellung mithilfe von KI aufrechtzuerhalten und haben bereits angekündigt, sich keinem Verbotssysteme unterwerfen zu wollen. China versucht, KI-Technologie im militärischen Bereich dafür einzusetzen, die amerikanische Vormachtstellung herauszufordern.

Den großen Militärmächten steht die Allianz der Blockfreien Staaten gegenüber. Diese sprechen sich für ein sofortiges, präventives Verbot der weiteren Entwicklung von LAWS aus. Unterstützt werden sie durch eine Reihe wirkmächtiger NGOs – z.B. Campaign to Stop Killer Robots – sowie durch einflussreiche Wissenschaftler, die in offenen Briefen an die Vereinten Nationen für ein präventives Verbot von „Killerrobotern“ plädieren. Deutschland vermittelt zusammen mit Frankreich zwischen diesen Polen. Beide Staaten sprechen sich für ein Verbot von LAWS aus und versuchen, dieses Ziel über einen stufenweisen Verhandlungsprozess zu erreichen, bislang ohne Erfolg. Mehr noch: Es ist zu erwarten, dass der Prozess in Genf – der Einstimmigkeit voraussetzt – noch in diesem Jahr scheitern wird.

Kommt es nicht zu einer politischen Erklärung über die Ächtung dieser Waffensysteme im aktuellen Verhandlungsformat, ist das für die Militärmacht Frankreich vielleicht hinnehmbar – für Deutschland ist dies nicht akzeptabel. Beim Scheitern gibt es zwei Optionen: Entweder muss das Forum derart reformiert werden, dass es wieder handlungs- und beschlussfähig wird. Das wäre nur möglich, wenn die erforderliche Einstimmigkeit durch einen Mehrheitsbeschluss ersetzt wird. Oder Deutschland darf nicht davor zurückschre-

cken, das Thema in anderen Formaten auf die Tagesordnung zu setzen, um zunächst eine Koalition der Willigen für ein Verbot von LAWS zu organisieren. Hier sollte Deutschland, im Zusammenspiel mit Frankreich, aktiv auf andere Mittelmächte mit diplomatischem Gewicht wie Großbritannien, Kanada oder Japan zugehen. Zusammen mit Vertretern der Blockfreien könnte eine Mehrheit der Staaten LAWS politisch ächten und damit notwendigen diplomatischen Druck auf diejenigen Länder ausüben, die den aktuellen Prozess verschleppen. Als Vorbild könnte der Ottawa-Prozess zum Verbot von Antipersonenminen dienen.

Weitere Themen sind Überwachung und Repression: Bei der musterbasierten Bild- und Spracherkennung hat KI enorme Fortschritte gemacht, vor allem in China, wo Datenschutz praktisch nicht existiert. Megvii, ein auf Gesichtserkennung spezialisiertes chinesisches Start-up, trainiert seine neuronalen Netzwerke mit den biometrischen Aufnahmen aus der Datenbank des chinesischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit. Die Datenbank enthält die Gesichtsdaten von 1,3 Milliarden Chinesen. Dass Megviis Gesichtserkennungssoftware zu den besten der Welt gehört, sollte nicht verwundern. Die Möglichkeiten des chinesischen Staates hinsichtlich präventiver Kontrolle und repressiver Überwachung der eigenen Bevölkerung sind international ohne Beispiel. Andere nichtdemokratische Regime könnten dem Vorbild Chinas immer lückenloser werdender Überwachungsmöglichkeiten folgen.

Der deutschen Außenpolitik kommt hier nicht nur die Aufgabe zu, die Weiterentwicklung und den Einsatz von Überwachungstechnologie aktiv zu verfolgen, sondern auch den Weiterverkauf derselben an andere autoritäre Regime zu ächten. Repressiver Einsatz dieser Technologie und Unterstützung der betroffenen Zivilgesellschaft sollten bei befürchteten Menschenrechtsverstößen in internationalen Foren thematisiert werden. Ein weitergehender Schritt – entlehnt aus der Privacy-Debatte der vergangenen Jahre, als es darum ging, Bürgerrechtlern den Zugang zu Verschlüsselungssoftware zu ermöglichen – sähe die Unterstützung einer Zivilgesellschaft mit Technologie vor, die einer Gesichtserkennung vorbeugen kann.

Deutschland sollte hier vorangehen und sich im Kontext der KI-Entwicklung für einen effektiven Schutz der Menschenrechte einsetzen. Aber dieses Engagement muss strategisch und nicht lediglich plakativ sein. Insbesondere sollte die Außenpolitik in Deutschland beheimatete zivilgesellschaftliche Organisationen und NGOs dazu befähigen, mit Institutionen in betroffenen Ländern einen Arbeitskontakt herzustellen, und weltweit diejenigen stärken, die unsere Werte teilen.

Kurz gesagt: Allein mit nationalen Forschungsförderungen kann den angesprochenen Herausforderungen nicht begegnet werden. Daher ist eine deutsche KI-Strategie auch im Zusammenhang mit anderen Politikfeldern zu denken – gerade auch der Außenpolitik.

Kontakte mit denjenigen herstellen, die unsere Werte teilen



Philippe Lorenz
leitet das Projekt
Künstliche Intelligenz
und Außenpolitik bei
der Stiftung Neue
Verantwortung.

Agil und breitgestreut

Auf dem Weg zu einer europäischen Strategie für Künstliche Intelligenz

Cécile Boutelet | Europa hat Chancen, bei der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz führend zu werden, meinen Paris und Berlin. Es hat die nötige Größe und Vielfalt. Und gerade die Beschränkungen durch den EU-Datenschutz könnten zum Wettbewerbsvorteil werden. Dazu müssten allerdings Start-ups und mittelständische Unternehmen stärker gefördert werden.

Wie kann eine europäische Strategie für Künstliche Intelligenz aussehen? Eine wichtige Wegmarke hat im März der französische Abgeordnete Cédric Villani gesetzt. Er ist Autor eines parlamentarischen Berichts mit dem Titel „Der Künstlichen Intelligenz Sinn geben“, der in Frankreich lebhaft Diskussionen ausgelöst hat. Villani ist eine markante Persönlichkeit: ein renommierter Mathematiker, der 2010 die Fields-Medaille erhielt, eine der höchsten Auszeichnungen für Mathematiker. In der politischen Landschaft Frankreichs sind Wissenschaftler wie Villani rar. Sein Kleidungsstil und die Begeisterung, mit der er über technologische Themen spricht, haben ihn zum Star gemacht. „Die KI muss ein Thema in der Öffentlichkeit sein, sonst verliert man den Bezug zur Basis“, sagt Cédric Villani immer wieder.

Seine Strategie hat drei Hauptmerkmale. Sie ist europäisch, weil nur Europa die notwendige Diversität und Größe für eine ideale KI-Entwicklung hat. Sie definiert sich als Querschnittsstrategie, d.h. Experten unterschiedlicher Disziplinen, private Unternehmen und Start-ups sollen gemeinsam zur Forschung beitragen. Dafür sollen vereinfachte Verwaltungsvorschriften gelten. Als dritten Punkt nennt Villani, dass die KI-Strategie inklusiv sein muss. Das bedeutet nicht nur, möglichst viele Menschen an der Debatte zu beteiligen, sondern auch für den Schutz der Bürger und für Investitionen in Bildung zu sorgen. Vier Bereiche werden als strategisch wichtig beschrieben: Verkehr, Gesundheit, Verteidigung und Umwelt. Hier sollte der Staat Unterstützung leisten.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz müsse Priorität haben, betont Villani, der während der vergangenen Monate mehrmals in Deutschland war. Beide Länder hätten Spitzenmathematiker und Informatiker, sagte er Anfang März bei einer Rede in der französischen Botschaft in Berlin. „Deutschland fasziniert seine Nachbarn durch die Macht seiner Industrie und seine Fähigkeit, die Zusammenarbeit von Forschung und

Industrie zu organisieren. Das ist ein Schlüssel für den Erfolg der KI.“ Was Villani allerdings nicht sagte: Die deutsche Industrie wird noch immer von klassischen Produkten – Autos, Chemie, Maschinen – dominiert. Es ist gerade deren Erfolg, der womöglich die Digitalisierung der Wirtschaft bremst, besonders in mittelständischen Unternehmen.

In Frankreich spielt die Industrie keine so führende Rolle wie in Deutschland. Dennoch ist es gelungen, einen sehr dynamischen Modernisierungsprozess in Gang zu bringen. Staatspräsident Emmanuel Macron hat bereits zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht. Zugleich wird diskret immer wieder Druck auf die Firmen ausgeübt, in Frankreich zu investieren. Die Gesamtstrategie der öffentlichen Unterstützung für Start-ups trägt langsam Früchte und verändert das Bild, das man sich im Ausland von der digitalen Innovationsfähigkeit Frankreichs macht. 2018 waren bei der Consumer Electronic Show in Las Vegas, der wichtigsten Messe für technologische Innovationen, 270 französische Start-ups vertreten – das größte ausländische Kontingent.

Bei der Entwicklung von KI könnten sich die Stärken der französischen und deutschen Wirtschaft hervorragend ergänzen. Allerdings leiden beide unter der Abwanderung von KI-Experten. „Der Streit um die Talente, der Streit um Fachkräfte wird eine der großen europäischen Herausforderungen sein“, warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende Mai bei einem Besuch in Porto. Ein Beispiel dafür ist der Franzose Yann LeCun, derzeit Chief AI Scientist für Facebook AI Research (FAIR). Doch nicht alle Experten müssen ihr Land verlassen: Antoine Bordes leitet das AI-Research-Zentrum von Facebook in Paris. Und Google hat angekündigt, ebenfalls in der französischen Hauptstadt ein KI-Labor aufzubauen. Um gegen den Braindrain anzukämpfen, müssen KI-Forscher an europäischen Einrichtungen unbedingt besser bezahlt werden, fordert Villani. Außerdem sollten staatliche Labore exzellente Arbeitsbedingungen bieten.

In Frankreich gibt es bereits einen dynamischen Prozess

Deutsch-französisches Forschungsnetzwerk

Nach der zähen Regierungsbildung sind in Berlin die Dinge endlich in Bewegung gekommen. So wird u.a. über den bereits im Koalitionsvertrag enthaltenen Vorschlag diskutiert, ein Deutsch-Französisches Zentrum für Künstliche Intelligenz zu gründen. Das Rad braucht man dafür nicht neu zu erfinden. Die deutschen Bundesländer im Südwesten, die nahe an der Grenze zu Frankreich liegen, verweisen auf bereits bestehende Strukturen, die sie zu einem grenzüberschreitenden Forschungsnetzwerk mit Frankreich ausbauen wollen.

So gibt es in Saarbrücken das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, das 1998 als öffentlich-private Partnerschaft gegründet wurde. Es gilt als das bestdotierte KI-Zentrum der Welt und erhält nicht nur Mittel aus dem Bundeshaushalt, sondern auch von großen Konzernen wie BMW, Volkswagen, Airbus, Bosch, SAP, der Deutschen Telekom, Google, Intel und Microsoft. Ebenfalls unweit der französischen Grenze, in Baden-Württemberg, wurde 2016 das „Cyber Valley“ gegründet, ein weiteres Forschungsnetzwerk für Künstliche Intelligenz. Es stützt sich vor allem auf das Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme, das über Forschungszentren in Tübingen und Stuttgart

Bild nur in Printausgabe verfügbar

verfügt. Cyber Valley erhält Ländermittel, arbeitet aber auch mit Bosch, Daimler, Porsche, IAV (Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr), ZF Friedrichshafen und dem Internetriesen Amazon zusammen. Es konzentriert sich insbesondere auf autonomes Fahren – ein wichtiges Thema für ein Land wie Deutschland mit seiner großen Abhängigkeit von der Automobilindustrie.

In welchem Bundesland wird das neue Deutsch-Französische Zentrum für Künstliche Intelligenz angesiedelt? Darüber streiten sich derzeit die deutschen Politiker. Dabei müsste man eigentlich eine ganz andere Frage stellen: Ist dieses Zentrum wirklich die beste Antwort auf die Herausforderungen durch KI? Frankreich und Deutschland verfügen doch bereits über herausragende Grundlagenforschung, ohne deswegen aber in der Lage zu sein, marktfähige Innovationen hervorzubringen. Das ist der Grund, warum manche Experten empfehlen, sich nicht nur auf die KI-Forschung, sondern auch auf die Förderung von Start-ups und mittelständischen Unternehmen zu konzentrieren, um die Herausbildung eines wirklich europäischen KI-Ökosystems zu ermöglichen. Dafür setzt sich auch der Wissenschaftler und Abgeordnete Villani ein, der von der Notwendigkeit einer „agilen und breitgestreuten“ Forschung spricht – einer Forschung also, die sich durch größere Marktnähe auszeichnet.

Der Bericht der Beratungsgesellschaft Roland Berger mit dem Titel „Artificial Intelligence – A strategy for European startups“ argumentiert ganz ähnlich. „Nicht die großen Konzerne, sondern die Start-ups sind im Bereich der Künstlichen Intelligenz die Motoren der Innovation. Sie sind es, die Technologien wie Bilderkennung, Sprachverarbeitung und autonomes Fahren entwickelt haben“, schreiben die Autoren. Fast 40 Prozent aller Start-ups, die in der KI tätig sind, befinden sich in den USA. Die Beratungsgesellschaft empfiehlt, einen europäischen Rechtsstatus für Start-ups zu schaffen und Anreize zur

Finanzierung der europäischen KI-Start-ups zu schaffen, die bisher über weniger Kapital verfügen als ihre amerikanischen oder chinesischen Wettbewerber. Auch die Stiftung Neue Verantwortung empfiehlt, Strukturen zur Unterstützung von mittelständischen Unternehmen zu schaffen, um ihnen die Umsetzung von KI-Lösungen zu ermöglichen.

Kernfrage Akzeptanz

Genau an dieser Stelle wird die Kernfrage für die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz in Europa deutlich: Es geht um die Akzeptanz dieser Technologie in der Bevölkerung und in den mittelständischen Unternehmen. Ob man Atomkraft, gentechnisch veränderte Lebensmittel oder, ganz aktuell, die Dieselmotoren nimmt: Keine Technologie kann sich durchsetzen, die von einem großen Teil der Bevölkerung dauerhaft abgelehnt wird. KI fasziniert die breite Öffentlichkeit nicht nur, sondern ängstigt sie auch. Das liegt an den ethischen Fragen, die KI aufwirft, aber auch an den Katastrophenszenarien über die Vernichtung von Abertausenden von Arbeitsplätzen, die die Debatte bislang geprägt haben.

Mittelständische Unternehmen wiederum sorgen sich, dass sie vom technologischen Fortschritt insbesondere bei der Datenverarbeitung abgehängt werden. Auch diese Befürchtungen bedürften einer europäischen Antwort. Die EU-Datenschutzverordnung, die am 25. Mai in Kraft getreten ist, ist ein wichtiger Meilenstein. Sie ermöglicht es Europa, sich gegenüber seinen Konkurrenten als eine Region zu profilieren, in der die Technologie das Privatleben respektiert. Das ist auch eine Schutzgarantie für die Bürger.

Die ethische Dimension trägt zur Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit Europas bei. Vor allem in den USA gibt es zahlreiche KI-Forscher, die sich beunruhigt über den Umgang mit persönlichen Daten gezeigt haben. In Europa ist man davon überzeugt, dass es in den meisten Fällen völlig ausreicht, anonymisierte Datensätze zu verwenden und auf diese Weise den Datenschutz nicht zu gefährden. Das ist nicht nur für die Bürger beruhigend, sondern auch für die Unternehmen. Diese können sicher sein, dass sie Daten verwenden dürfen, ohne dass sie Abstriche bei ihren Ansprüchen an Qualität und den Schutz ihrer Kunden und Geschäftspartner machen müssen. Auf diese Weise können sie zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Ökosystems der Künstlichen Intelligenz werden.

Denn ohne Daten nutzt der beste Algorithmus nichts – und nur diejenigen Unternehmen, die wissen, wie man Daten sammelt und auswertet, sie aber auch schützt, können großen Nutzen daraus ziehen. Die europäischen Werte Sicherheit und Schutz der Menschen müssen gemeinsam nur nachdrücklich genug verteidigt werden. Dann können sie zu einer Grundlage werden, um Künstliche Intelligenz „Made in Europe“ wettbewerbsfähig zu machen.

KI fasziniert die Bevölkerung, ängstigt aber auch



Cécile Boutelet
berichtet seit 2010 als
Wirtschaftskorrespondentin für die französische Tageszeitung
Le Monde aus Berlin.

KI für Xi

Die Partei befiehlt, die Wirtschaft folgt: China will führende KI-Nation werden

Finn Mayer-Kuckuk | **China will die USA bei der Entwicklung Künstlicher Intelligenz ein- und überholen – und spielt in diesem Wettlauf die Vorteile seines autoritären Herrschaftssystems aus. Der Technologiesprung wird nicht nur wirtschaftliche und gesellschaftliche, sondern auch militärische Folgen haben – für die Volksrepublik und den Rest der Welt.**

Das Hochhaus im Pekinger Stadtteil Zhongguancun erhebt sich etwas verloren zwischen der gleichnamigen U-Bahnstation und einem Elektronikkaufhaus. Es trägt den pompösen Namen „Meeresdrachen-Gebäude“, wirkt aber heruntergekommen: Die Schaufenster im Erdgeschoss sind zugeklebt, die Geschäfte offenbar schon seit Langem geschlossen. In den Etagen darüber ballt sich jedoch Chinas Intelligenz. Stockwerk für Stockwerk haben sich Start-ups eingenistet.

Auch Horizon Robotics hat hier seine Bleibe gefunden. Das Unternehmen entwickelt Elektronikbausteine für Künstliche Intelligenz. Es ist erst drei Jahre alt, gilt aber bereits als eine der aussichtsreichsten Firmen der Welt. „Unsere Mission ist es, eine weltweit führende Plattform für Künstliche Intelligenz zu schaffen“, gibt Firmengründer Yu Kai die Richtung vor. Yu hat zuvor das Institut für Neuronale Netze des chinesischen IT-Konzerns Baidu geleitet, bevor er sich mit Gleichgesinnten selbständig gemacht hat. Horizon entwickelt Chips, die auf die Abbildung von gehirnähnlichen Strukturen ausgelegt sind. Diese können Muster und Situationen erkennen und deuten. Diese Fähigkeit ist von unschätzbarem Wert für zahlreiche Branchen wie Automobile, Luftfahrt, Robotik und Sicherheit.

Horizon Robotics ist nur eines von vielen Beispielen für Chinas boomende KI-Szene. Die Volksrepublik ist auf bestem Wege, die Schlüsseltechnik des 21. Jahrhunderts zu dominieren. China soll hier schon 2020 Weltklasseniveau erreichen, hat der Staatsrat im vergangenen Jahr als nationales Ziel vorgegeben. „Die Anwendung der KI soll das Bestreben unterstützen, mit anderen Innovationsführern gleichzuziehen“, schreiben Chinas oberste Planer. „Es handelt sich um den neuen Brennpunkt des internationalen Wettbewerbs und die strategische Technologie der Zukunft.“

Mit ihren KI-Anstrengungen will sich die aufstrebende Weltmacht also nicht nur als Produktionsstandort für die nächste Generation hochentwickel-

ter Elektronik positionieren. Sondern sie will damit auch viel schneller als erwartet mit dem globalen Rivalen USA gleichziehen. Wer die KI beherrscht, sichert sich auch militärische und geostrategische Vorteile. Chinas erklärtes Ziel ist es, eine „technisch-wirtschaftliche Großmacht“ zu werden.

KI ist in China daher Chefsache. Präsident Xi Jinping hat sie 2017 in einer Grundsatzrede zu den wichtigsten Pfeilern seiner Wirtschaftspolitik erklärt. „Es gilt, die tiefgreifende Integration von Internet, Big Data, Künstlicher Intelligenz und der Realwirtschaft zu fördern“, sagte er in seiner Parteitagrede 2017. Wenn China sich so etwas vornimmt, passiert auch etwas. Fördermilliarden fließen, es entsteht ein positives Umfeld für Gründungen, und die Provinzen überbieten sich bei der Ansiedlung von KI-Firmen.

Investitionen in die Ausbildung

Der chinesische Planungsapparat verfolgt auch einen langfristigen Ansatz – und investiert kräftig in Ausbildung. KI ist seit wenigen Monaten landesweit Thema im Informatikunterricht. Eine erste Einführung gibt es schon in der Unterstufe. Zunächst 40 ausgewählte Schulen bieten auch eigene Kurse für die Oberstufe an – auf einem Niveau, das anderswo eher an einer Universität zu erwarten ist. Das Bildungsministerium stellt seit April dafür ein eigenes Schulbuch zur Verfügung, berichtet die *South China Morning Post*. Chinas Hochschulen wiederum bieten verstärkt Lehrveranstaltungen zu KI an und ermutigen ihre Studenten zu Ausgründungen eigener Firmen.

China will „technisch-wirtschaftliche Großmacht“ werden

Die Initiative knüpft an beachtliche Erfolge und erhebliches vorhandenes Wissen an. Allein in der unmittelbaren Nachbarschaft von Horizon Robotics zählt die Pekinger Stadtverwaltung 400 entsprechende Firmen. Einer Studie der japanischen Ingenieursfirma Astamuse zufolge meldet China bereits die weltweit zweitmeisten KI-Patente nach den USA an. Doch was noch wichtiger ist: Die Wachstumsrate an Patentanmeldungen liegt in Fernost höher. Auch sind in China bereits zahlreiche Praxisanwendungen im Gebrauch. Die meistgenutzte ist die Gesichtserkennung. Auch wenn die breite Bevölkerung sich unter dem Stichwort KI einen sehr menschenähnlichen Gesprächspartner vorstellt, sind es bisher vor allem abstraktere Spezialanwendungen, die Experten in Aufregung versetzen.

Auf öffentlichen Toiletten in China geben Automaten das Klopapier vielerorts nur an diejenigen aus, die ihr Gesicht in die Kamera halten – und zwar pro Person nur vier Blatt. Wer es zweimal versucht, den lehnt der Apparat ab. Das soll den grassierenden Toilettenpapierdiebstahl unterbinden. Ebenso praxisch ist die Nutzung für die Aufnahmeprüfungen an Universitäten. Um zu verhindern, dass die Schüler einen Ersatzmann schicken, müssen die Schulen ihre Zöglinge mit biometrischem Foto registrieren. Den Abgleich nimmt bei den Tausenden von Kandidaten der Computer vor.

Der größte Kunde ist jedoch die Polizei. Einer der Auftragnehmer ist die Firma Megvii, die ebenfalls im Pekinger Technik-Stadtviertel Zhongguancun sitzt. Ihre Spezialität ist Software für Gesichtserkennung, die auf neuronalen Netzen basiert. Sie identifiziert Personen auch auf unscharfen Bildern und

in Menschenmengen mit Tausenden von Leuten. In Peking fängt die Polizei inzwischen reihenweise Verbrecher, die einfach nur den Fehler gemacht haben, in Sichtweite einer Kamera die Straße hinunterzugehen. Bei demnächst 400 Millionen öffentlich installierten Kameras im ganzen Land haben Übeltäter bald keine Chance mehr, sich unbemerkt zu bewegen.

Ein autoritär geführter Staat verschafft sich auf diese Weise einen technischen Vorsprung vor dem Westen. Das gab es seit dem „Sputnik-Schock“ von 1957 nicht mehr. Der Gedanke klingt daher für viele Beobachter paradox. Ihrer Erfahrung nach ist es die Demokratie, die mit überlegener Technik einhergeht. „Der Grund für Chinas Erfolge in KI und Data Mining ist jedoch gerade das Fehlen des Datenschutzes“, sagt Dong Tao, China-Ökonom bei der Großbank Credit Suisse. Allein die Kommunikations-App WeChat verarbeitet täglich sieben Milliarden Fotos, die dem Staat und den KI-Forschern potenziell zur Verfügung stehen. „Das schnelle Wachstum der Patentanmeldungen aus China ist auch durch die große digitale Nutzerbasis der Welt möglich“, urteilt das Weltwirtschaftsforum.

Größter Kunde für KI-Anwendungen ist die Polizei

Alibaba schlägt Amazon

Was das konkret bedeutet, zeigt das Beispiel des Handelskonzerns Alibaba. Diesem geht es in erster Linie darum, den Menschen online immer noch mehr Dinge zu verkaufen. Das Unternehmen setzt Methoden des Maschinenlernens ein, um die Vorschläge zu verbessern, die seine Marktplätze wie Taobao.com ihren Kunden für die nächste Anschaffung machen. Die Algorithmen gleichen das tatsächliche Verhalten der Kunden mit den Vorhersagen ab und lernen daraus. Die Qualität der Vorschläge ist daher inzwischen nach eigener Aussage deutlich besser als die bei Amazon.

Horizon Robotics wiederum zielt als erste Anwendung seines KI-Chips auf die Fahrzeugindustrie, und zwar auf den künftigen Markt für selbstfahrende Autos. Den Planern in Peking ist es wichtig, solche Schlüsseltechnologien in chinesischer Hand zu haben. Sie fördern Horizon Robotics zwar nicht direkt, aber doch indirekt: Wer seine Produkte in China absetzen will, muss für hochtechnische Komponenten ein Minimum an Wertschöpfung aus China nachweisen. So interessiert sich das Management des Autoherstellers Audi beim Thema selbstfahrende Autos für Chips von Horizon, während es sich in anderen Märkten von Konkurrenten wie dem US-Anbieter Nvidia beliefern lassen will.

Dabei zeichnet sich ab, dass die chinesische Technik besser sein könnte als die amerikanische. Die Kameras von Horizon erfassen das, was sie sehen, nicht einfach nur in einem Pixel-Muster wie ein herkömmliches Gerät. Sie verstehen, was sie sehen, und ordnen die Bildteile dem entsprechenden Sinn zu. Ein Radfahrer wird erkannt und mit einem entsprechenden Code dargestellt, ebenso wie ein Gebäude, Zebrastreifen oder eine Mutter mit Kinderwagen. Nicht nur das. Die Chips bieten auch Vorhersagen über das Geschehen der nächsten Sekunden an. Die gelbe Ampel wird auf Rot springen (sie stand zuvor auf Grün), der Radfahrer wird einen Meter weiter links sein (er kommt von rechts) und die Mutter wird vermutlich brav stehenbleiben (ihre Fußgängerampel zeigt

Rot). Diese fertig aufbereiteten Daten bieten sie dann dem Bordcomputer an, der damit über das nächste Fahrmanöver entscheidet.

Horizon redet noch nicht viel über künftige Anwendungen, aber es ist klar, dass diese Chips ein weites Einsatzfeld haben – unter anderem im Flugzeugbau. Hier wiederum kommt Chinas Militär ins Spiel, das großes Interesse an der KI hat. Die Volksbefreiungsarmee lässt in ihren eigenen, abgeriegelten Instituten mit Hochdruck an Nutzungsmöglichkeiten forschen und lotet in der Theorie die Folgen für die künftige Kriegsführung aus. Der Offizier Chen Hanghui von der Armeehochschule in Nanjing hat in einem – inzwischen aus dem Netz gelöschten – Aufsatz bereits darüber nachgedacht, wie „Künstliche Intelligenz die Regeln der Kriegsführung verändert“. Sein Fazit: Es stehe eine „technologische Singularität auf dem Schlachtfeld“ bevor. Den Begriff „technologische Singularität“ verwenden Informatiker, um die Folgen einer schnellen Weiterentwicklung zu beschreiben, die kaum absehbar sind. Denkende Systeme können sich zumindest in der Theorie selbst weiterentwickeln oder umprogrammieren und damit eine Kettenreaktion einleiten, an deren Ende eine Superintelligenz steht.

Auf die Kriegsführung bezogen rechnet die Volksbefreiungsarmee also mit einem Moment in der Zukunft, ab dem die Truppe alten Stils keine Chance gegen ein durchautomatisiertes Heer mehr hat, das sich von Künstlicher Intelligenz unterstützen lässt. Die Luftwaffe des Landes sieht die größte Dringlichkeit bei der Einführung von hochintelligenten Assistenzsystemen. „Informationsbeweglichkeit entscheidet künftig über Luftkämpfe, elektromagnetische Eingriffe oder Cyberoperationen“, sagte Yang Wei, Vizechef der Kommission für Wissenschaft und Technik bei der Aviation Industry Corporation of China, einem Staatskonglomerat. Das eröffne „eine Chance für China, den Westen zu überholen“.

Ein Großteil der Publikationen chinesischer Verteidigungsexperten ist allerdings nüchtern gehalten und zählt einfach praktische Anwendungen der neuen Möglichkeiten auf. Die Haltung ist vielfach defensiv: Es gehe darum, für China die Fähigkeit zu erhalten, sich im Fall der Fälle gegen andere zu verteidigen. Denn ähnliche Überlegungen stellen auch andere Militärplaner rund um den Globus an. Die Kampfmaschine der Zukunft ist unverwundbar, weil sie keinen verletzlichen menschlichen Körper mehr hat. Sie unterscheidet in Millisekunden zwischen Freund und Feind und reagiert ohne Zögern und mit minimalen Zweifeln. Diese Eigenschaften sind längst auch als hochgefährlich erkannt.

Doch wer im internationalen Wettbewerb bestehen will, brauche diese Mittel, ist auf Webseiten des chinesischen Militärs immer wieder zu lesen. Schließlich hat Russlands Staatspräsident, Wladimir Putin, kürzlich verkündet: „Wer im Bereich KI führt, wird der Herrscher der Welt.“ Eine solche Herausforderung durch den Nachbarn kann die Volksrepublik China nicht auf sich sitzen lassen.

„Eine Chance für China, den Westen zu überholen“



Finn Mayer-Kuckuk berichtet als Korrespondent u.a. für die DuMont Medien-gruppe aus Peking.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Prussische Rebellen bei der Siegesparade in Donezk
anlässlich des Endes des Zweiten Weltkriegs, 9. Mai 2016

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Störanfällig

Auch wenn die Lage in der Ostukraine die europäische Öffentlichkeit kaum noch beschäftigt: Die von Moskau gesteuerten „Volksrepubliken“ bleiben ein Pfahl im Fleische der Ukraine. Auch der Zustand der Atomanlagen gibt Anlass zur Sorge.

Eingefrorener Konflikt

In der Ostukraine verfestigen sich die „Quasi-Staaten“ Donezk und Luhansk

Nikolaus von Twickel | **Die Uhren sind auf Moskauer Zeit vorgestellt, und es gibt eigene Pässe, Autokennzeichen und Lehrpläne für die Schule. Die abtrünnigen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk setzen sich fest. Militärisch ist der Konflikt eingedämmt, politisch bleibt er ungelöst. Die Ukraine muss hoffen, dass sich ihre größere Wirtschaftskraft als Magnet erweist.**

In diesem Frühjahr ist der Konflikt in der Ostukraine in sein fünftes Jahr gegangen. Ein baldiges Ende der Kämpfe zwischen Regierungstruppen und den von Russland kontrollierten Separatisten ist auch nach über 10 000 Toten nicht in Sicht. Das Abkommen von Minsk von 2014/15, das eine friedliche Rückkehr der Separatistengebiete in die Ukraine vorsieht, wurde noch immer nicht umgesetzt.

Immerhin ist der Konflikt militärisch insofern eingedämmt, als sich beide Seiten hüten, die 500 Kilometer lange Front, die so genannte „Kontaktlinie“, zu überschreiten. Die Ukrainer wissen, dass Russland innerhalb weniger Tage große Verbände über den Abschnitt der ukrainisch-russischen Grenze senden kann, der von den Separatisten kontrolliert wird. Auf der anderen Seite sind sich Moskau und die Separatisten bewusst, dass ein weiterer Vorstoß nach Westen einen hohen Preis haben würde – sowohl militärisch, weil der Gegner mittlerweile gut ausgerüstet und ausgebildet

ist, als auch wirtschaftlich, weil er vom Westen mit schärferen Sanktionen beantwortet werden dürfte.

Diese Situation ist paradox: Einerseits beklagen beide Seiten, dass der Konflikt „eingefroren“ ist, weil sich nichts Grundsätzliches ändert. Andererseits wird beklagt, die Weltöffentlichkeit vergesse, dass hier ein „heißer Krieg“ ausgetragen wird – entsprechend äußerte sich die estnische Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid Anfang Juni nach einem Besuch im Konfliktgebiet. Tatsächlich wird weiter scharf geschossen, aber eben nur von einer Seite der Kontaktlinie auf die andere, meist mit indirektem Feuer, also mit Artillerie und Raketenwerfern, deren Geschosse gekrümmte Flugbahnen haben.

Dabei liegt der Verdacht nahe, dass es bei einigen Gefechten weniger um den militärischen Zweck geht als das Erzielen von Propagandaeffekten. Die Botschaft lautet dann entweder „Schaut her, hier wird die Freiheit Europas verteidigt“ (Ukraine)

oder „Schaut her, hier werden friedliche Zivilisten von Truppen der eigenen Regierung abgeschlachtet“ (Russland/Separatisten). So hing ein schwerer Zwischenfall Ende Januar 2017 im Raum Awdiiwka vermutlich mit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump zusammen. Die Kämpfe mit mindestens 37 Toten (darunter sieben Zivilisten) fanden zwischen Trumps erstem Telefonat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin (28. Januar) und seinem ersten Telefonat mit dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko (4. Februar) statt.

Seit mehr als zwei Jahren setzt das ukrainische Militär darauf, Siedlungen entlang der Kontaktlinie zu besetzen, die in der so genannten Grauzone zwischen den vordersten Stellungen beider Seiten liegen. Im November rückten Truppen in Hladosowe und Trawnewe in der Region Donezk ein, Anfang dieses Jahres in Katerniwka in der Region Luhansk. Zwar betonen die Ukrainer, dass sie sich an die Regeln von Minsk halten, weil sie die Kontaktlinie nicht überschreiten. Doch das Eskalationsrisiko steigt, weil die verfeindeten Truppen näher aneinanderrücken. Mancherorts trennt sie weniger als 100 Meter.

Gestärktes Militär

Nun kommen weitere Risiken hinzu. Am 1. Mai trat das ukrainische Donbass-Reintegrationsgesetz in Kraft, das unter anderem die Kommandogewalt vom Inlandsgeheimdienst SBU an die Streitkräfte überträgt. Dies dürfte das Selbstvertrauen des ukrainischen Militärs steigern, ebenso wie das Eintreffen der lang erwarteten amerikanischen Panzerabwehrwaffen vom Typ „Javelin“. Hinzu kommt, dass 2019 in der Ukraine Par-

laments- und Präsidentschaftswahlen anstehen. Staatschef Petro Poroschenko würde wohl gerne wiedergewählt werden, hat aber mit katastrophalen Umfragewerten zu kämpfen – zuletzt wollten gerade noch 6 Prozent der Ukrainer für ihn stimmen. In dieser Lage wird er auf militärische Stärke setzen, da sind sich die Beobachter einig.

Offensichtlich ist, dass die Ukrainer Hinweise auf Schwächen des Gegners sofort ausnutzen. Als am 11. Mai die Moskauer Mediengruppe RBC den Rücktritt von Putins einflussreichem Donbass-Beauftragten Wladislaw Surkow meldete, rückten Regierungstruppen in Tschyhari ein, eine Grauzonen-Siedlung westlich der von Separatisten kontrollierten Stadt Horliwka. Und als im November ein bewaffneter Putsch den bisherigen Machthaber der Separatisten in Luhansk aus dem Amt fegte, nahmen Regierungstruppen, wie beschrieben, Hladosowe und Trawnewe ein.

Wie in Zukunft die Politik auf Seiten Russlands und der weitestgehend vom Kreml kontrollierten Separatisten aussehen wird, ist schwerer einzuschätzen. Putin selbst hat seit seiner Wiederwahl im März wenig Neues zum Thema Ukraine gesagt. Der Westen wiederum setzt weiterhin auf die Entsendung einer UN-Friedenstruppe, aber nach wie vor stehen sich zwei völlig verschiedene Konzepte gegenüber: Während die Ukraine und ihre Verbündeten eine robuste Truppe wollen, die den gesamten Donbass einschließlich der russischen Grenze kontrolliert, will Putin nur leicht bewaffnete Eskorten zum Schutz der OSZE-Beobachter akzeptieren, und auch nur entlang der Kontaktlinie.

Mancherorts trennt die Feinde weniger als hundert Meter

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Im Herbst 2018 enden in den beiden „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk die vierjährigen Amtszeiten der Anführer und De-facto-Parlamente. Doch nach welchem Recht soll neu gewählt werden? Die Ukraine und der Westen bestehen darauf, dass die Wahlen erst dann abgehalten werden dürfen, wenn die Separatistengebiete wieder komplett unter Regierungskontrolle sind. Schließlich steht im Minsker Maßnahmenpaket vom Februar 2015 (Punkt 4), dass Wahlen unter ukrainischem Recht stattfinden sollen. Das gilt in den „Volksrepubliken“ bislang nicht. Nicht nur endet die Autorität der Kiewer Regierung an den schwer bewaffneten Militärposten entlang der Kontaktlinie; praktisch ist auch allen ukrainischen Politikern, Journalisten und Personen des öffentlichen Lebens der Zugang zu den Separatistengebieten versperrt, sodass auch kein ansatzweise normaler Wahlkampf möglich ist. Die Separatisten dagegen können

auf Punkt 9 desselben Abkommens verweisen, wo es heißt, dass die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die eigene Staatsgrenze am Tag nach der Wahl beginnen soll.

Das Problem ist nicht neu. Bereits 2015/16 hatten die „Volksrepubliken“ Kommunalwahlen abhalten wollen, diese aber – offenbar unter russischem Druck – mehrfach und zuletzt unbefristet verschoben. Ob sich Russland und die Separatisten diesmal mit einer Verschiebung zufriedengeben, ist fraglich. Denn es geht nicht um Bezirksverordnete, sondern um die höchsten „Staatsämter“. Vor allem der Chef der „Volksrepublik“ Luhansk, Leonid Passetschnik, dürfte ein starkes Interesse an einer baldigen Wahl haben, weil er sein Amt dem Putsch vom November verdankt.

Das größte Problem sind jedoch die „Volksrepubliken“ selbst. Denn diese Gebilde, die im Frühjahr 2014 von bis dahin weitgehend unbekanntem Aktivisten ausgerufen wurden,

sind von keinem Staat der Welt anerkannt worden, auch nicht von Russland (die einzige Ausnahme ist Südossetien, das aber selbst nur von sehr wenigen Staaten anerkannt ist). Im Minsker Abkommen kommen sie nicht vor, dort ist von „bestimmten Bezirken“ der Regionen Donezk und Luhansk die Rede. Die Separatistenführer Alexander Sachartschenko (Donezk) und der im November gestürzte Igor Plotnizki (Luhansk), die alle drei Teile des Abkommens (Protokoll, Memorandum und Maßnahmenpaket) unterschrieben haben, taten dies ohne Amtsbezeichnung.

Die Ukraine und ihre Unterstützer verlangen eine Abschaffung der „Volksrepubliken“. Der US-Sonderbeauftragte Kurt Volker erklärte kürzlich, dass ihre Auflösung integraler Bestandteil der Umsetzung des Minsker Abkommens sei. „Minsk umsetzen = diese illegalen Strukturen auflösen. Sie nicht auflösen wollen = Minsk nicht umsetzen wollen“, twitterte Volker am 5. März.

Eigene Pässe und Lehrpläne

Betrachtet man aber die jüngeren Entwicklungen innerhalb der beiden „Volksrepubliken“, wird schnell klar, dass eine baldige Auflösung nicht einfach ist. Je länger sie existieren, desto mehr setzen sich diese Quasi-Staaten fest. Seit mehreren Jahren ist der russische Rubel offizielles Zahlungsmittel, und die Uhren wurden auf Moskauer Zeit vorgestellt. Mittlerweile gibt es eigene Pässe, Kfz-Kennzeichen und Lehrpläne für Schulen. Sowohl in Donezk als auch in Luhansk ist nur selten von einer Rückkehr in die Ukraine im Rahmen des Minsker Abkommens die Rede. Viel lieber und häufiger schwärmen die Separatisten-

führer von der fortschreitenden Integration mit Russland.

Verstärkt wurde diese Entwicklung im Jahr 2017, als ukrainische Aktivisten die verbleibenden Handelswege zwischen den „Volksrepubliken“ und regierungs-kontrolliertem Gebiet blockierten. Im Anschluss verhängten beide Seiten eine offizielle Handels-sperre, sodass die Betriebe in den von Separatisten kontrollierten Gebieten ihre bisherigen Zulieferer und Absatzmärkte verloren. Den vollmundigen Ankündigungen, man werde die Betriebe binnen weniger Monate neu nach Russland ausrichten, sind bislang kaum Taten gefolgt. Ein Grund dafür dürfte die Tatsache sein, dass russische Konzerne, die mit den „Volksrepubliken“ direkt Handel treiben, mit westlichen Sanktionen rechnen müssen.

Trotzdem wird in den Erklärungen der Separatisten und ihren offiziellen Medien unentwegt die unverbrüchliche Freundschaft mit Russland und die Feindschaft mit der Ukraine und dem Westen beschworen. Auch die russischen Staatsmedien sind stramm auf diesem Kurs. So verfestigt sich innerhalb der „Volksrepubliken“ die Vorstellung, enger zu Russland als zur Ukraine zu gehören.

Umstritten ist, wie stark die einheimische Bevölkerung die Separatisten tatsächlich unterstützt. Telefonische Umfragen des Königsteiner IFAK-Instituts im Auftrag des Berliner Zentrums für Osteuropa- und Internationale Studien (2017) sowie des Kiewer „Donbas Think Tank“ (2018) deuten auf eine geringe Identifizierung als „Bürger der Volksrepublik Donezk“ (13 Prozent der Befragten),

**Nur Südossetien
erkennt die „Volks-
republiken“ an**

aber eine relativ große Bereitschaft, sich mit Russland zu identifizieren (zwischen 40 und 50 Prozent).

Wie alle soziologischen Erhebungen in autoritären Systemen sind solche Zahlen mit Vorsicht zu genießen, weil die Befragten Repressionen befürchten müssen (etwa weil ihre Telefone abgehört werden),

wenn sie nicht im Sinne der Machthaber antworten. Dennoch ist es schwer vorstellbar, dass eine Rückkehr der Separatistengebiete – wie auch immer geartet – in die Ukraine leicht wird.

Das Risiko von bewaffnetem Widerstand steigt, je länger die „Volksrepubliken“ ihre prorussische Ideologie in Medien, Schulen und Hochschulen verbreiten und je länger an der Front für sie gestorben wird.

Die Aussichten auf eine baldige Verhandlungslösung sind schlecht. Die größte Hoffnung ukrainischer und westlicher Experten beruht auf der Vermutung, dass die Subventionierung der zwei „Volksrepubliken“ mit ihren knapp drei Millionen Einwohnern für Moskau irgendwann zu teuer werden könnte. Nicht erst seit der Handelsblockade hängen Donezk und Luhansk am Tropf Russlands. Allein 2017 bezahlte Moskau nach ukrainischen Angaben mehr als zwei Drittel des Jahresetats der „Volksrepublik Luhansk“, umgerechnet knapp 500 Millionen Euro. Rechnet man die Subventionen für die deutlich größere „Volksrepublik Donezk“ und die vermutlich umfangreichen Militärausgaben dazu, kommt man auf Kosten von zwei Milliarden Euro und mehr im Jahr.

Eine weitere Hoffnung liegt in den vielen Begegnungen von Men-

schen aus den Regierungs- und Separatistengebieten. Zehntausende Menschen pendeln täglich über die Kontaktlinie, die zahlreiche Siedlungen völlig willkürlich trennt. Im April waren es nach UN-Angaben eine Million. Der ständige Bevölkerungsaustausch ist eine Besonderheit im Donbass-Konflikt, und er lässt die Ukraine deutlich attraktiver erscheinen als die „Volksrepubliken“. Nicht nur ist die Versorgungslage in den regierungskontrollierten Gebieten besser, die Löhne und Gehälter sind es auch. In der „Volksrepublik“ Donezk lag der durchschnittliche Monatslohn Anfang 2018 bei 10 000 Rubel (136 Euro). Das war weniger als die Hälfte des Durchschnittslohns im regierungskontrollierten Teil der Region, der 8927 Hrywna (287 Euro) betrug.

Die Schlussfolgerung für die westliche Staatengemeinschaft ist klar: Das wichtigste Instrument, um den Völkerrechtsbruch in der Ostukraine zu heilen und die „Volksrepubliken“ wieder in die Ukraine zu integrieren, ist die geduldige und beharrliche Stärkung der Ukraine selbst. Dabei geht es weniger um militärische Hilfe als um den Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Bekämpfung der Korruption. Nur so wird es der Ukraine gelingen, Strahlkraft weit über die „Kontaktlinie“ hinaus zu entwickeln.



Nikolaus von Twickel ist Journalist in Berlin. 2015/16 war er Medienverbindungs-offizier für die OSZE-Beobachtungsmission in Donezk.

Die größte Hoffnung ist, dass es Moskau zu teuer wird

Atomrisiko Ukraine

Angesichts von Krieg und Krise vernachlässigt Kiew die nukleare Sicherheit

Maxim Starchak | Veraltete und überlastete Reaktoren, zu wenig Geld und dann noch der Krieg im Osten: Von den ukrainischen Atomanlagen, vor allem ihren vier riesigen Kernkraftwerken, geht für ganz Europa große Gefahr aus. Die internationale Gemeinschaft muss sich dringend um die Probleme der Atomwirtschaft in der Ukraine kümmern.

Seit der Stilllegung des letzten Reaktors von Tschernobyl im Jahr 2000 verfügt die Ukraine noch über vier Atomkraftwerke mit insgesamt 15 Druckwasserreaktoren: Khmelnitsky, Riwne, Saporischschja und Südukraine. Doch die politische und wirtschaftliche Unsicherheit in der Ukraine hat für die Atom- und Strahlungssicherheit äußerst negative Folgen. Im Jahr 2017 kam es in den ukrainischen Atomkraftwerken zu 17 Funktionsstörungen, wie die staatliche Atomaufsicht der Ukraine am 30. März 2018 mitteilte. Dies wirft Probleme auf, um die sich die internationale Gemeinschaft kümmern sollte, denn ein größerer Unfall in der Ukraine hätte Auswirkungen weit über die Grenzen des Landes hinaus.

Schon seit dem Ende der Sowjetunion werden die ukrainischen Atomkraftwerke nur in den allerdringendsten Fällen repariert. Es finden kaum Modernisierungen statt, was zeigt, wie wenig Wert die Ukraine auf Atom- und Strahlungssicherheit

legt. Ohnehin gibt es in jedem Kernreaktor Komponenten, die sich nicht ersetzen lassen. Dazu gehört das Reaktordruckgefäß, dessen Zustand sich im Laufe der Zeit verschlechtert. 13 der 15 Reaktoren in der Ukraine haben ihr Leistungspotenzial erschöpft oder beinahe erschöpft. In dieser Situation hat die Ukraine entschieden, die Laufzeit einiger Kernkraftwerke um acht bis zehn Jahre zu verlängern. Dazu fehlt allerdings die Zustimmung von Rosatom, der Föderalen Agentur für Atomenergie in Russland, die die Reaktoren erbaut hat.

Allein im Jahr 2016 registrierte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) zehn Unfälle in ukrainischen Atomkraftwerken. Am 16. Juli 2016 kam es zu einem Notfall in Block 1 des Atomkraftwerks Khmelnitsky, als sich Druck in der Dampferzeugungseinheit aufbaute. Der erste Kraftwerksblock musste vom Netz genommen werden, um repariert zu werden. Die ukrainische Regierung versicherte zwar, es sei keine Radio-

Soldaten erhielten Schutzausrüstung gegen Strahlung

aktivität freigesetzt worden. Aber der ukrainische Abgeordnete Andrej Artemenko erklärt, die Regierung habe die Schwere des Vorfalls verheimlicht. Sie habe nicht berichtet, dass bei dem Unfall nicht nur Druck im Primärkreislauf des Reaktors freigesetzt wurde und Kühlmittel in den Dampfgeneratorleckte. Es sei außerdem zu einem Druckabfall bei den nuklearen Brennstoffpatronen gekommen. Im Januar 2018 wurde außerdem Block 2 des Atomkraftwerks Khmelnytsky wegen einer technischen Fehlfunktion abgeschaltet.

Müllfässer unter offenem Himmel

Im AKW Saporischschja wurden die verschiedenen Kraftwerksblöcke seit 2014 insgesamt mindestens zehnmal abgeschaltet. Im November 2015 verstärkten Vertreter der Streitkräfte in diesem Verwaltungsbezirk ihre Sicherheitsmaßnahmen, nachdem es in dem AKW zu einem starken Leistungsabfall gekommen war. Alle Soldaten und Offiziere erhielten eine besondere Ausrüstung, um sich vor Strahlung und Chemikalien zu schützen. Im selben Jahr enthüllten Journalisten, dass auf dem Gelände des AKW Saporischschja Metallfässer mit über 3000 verbrauchten nuklearen Brennelementen unter offenem Himmel lagern. Besonders beunruhigend ist, dass das Atomkraftwerk in nicht allzu großer Entfernung des umkämpften Verwaltungsbezirks Donezk liegt. Inzwischen befinden sich nur noch vier der sechs Blöcke des größten Atomkraftwerks der Ukraine am Netz.

Im AKW Riwne wurde Block 3 bereits 2016 mindestens zweimal abgeschaltet, weil es Probleme mit dem

Kühlsystem gab. Das Gleiche ereignete sich in Block 3 und 4 im August und im Oktober 2017. Im April 2017 wurde Block 6 aus nicht bekannten Gründen abgeschaltet. Im November wurde derselbe Reaktor wegen Reparaturen abgeschaltet, ebenso im Januar 2018 wegen eines Versagens der Pumpturbine. Derzeit werden Block 2 und 3 des Atomkraftwerks repariert.

Auch Modernisierungsmaßnahmen, die für die Sicherheit wichtig sind und deren Notwendigkeit in den Stresstests nach dem Unfall im AKW Fukushima festgestellt wurden, werden nicht wie ursprünglich geplant ausgeführt, sondern zum Teil jahrelang aufgeschoben. Das Reaktor-druckgefäß im ersten Block des Atomkraftwerks Südukraine weist eine Reihe von gefährlichen Schwachstellen auf, die Mikrorisse im Metallbehälter des Reaktors verursachen können. Einige Teile des Reaktorbehälters sind offensichtlich bereits zehnmal so stark abgenutzt wie zulässig. Allein 2015 wurden im Block 2 des Atomkraftwerks 33 Abweichungen von den Sicherheitsnormen für Kernkraft und Strahlung festgestellt.

Die Situation wird durch die Tatsache verschlimmert, dass die Auslastung der Atomkraftwerke steigt, weil eine Reihe von kombinierten Heiz- und Stromkraftwerken abgeschaltet wurden und es an Kohle mangelt. Zwischen 2013 und 2017 stieg der Anteil der Atomkraft an der Stromproduktion in der Ukraine von 47 auf 60 Prozent. Dieser Anstieg der Auslastung fand statt, obwohl er die internationalen Normen und Sicherheitsmaßnahmen verletzt, und ohne dass ein Entwicklungsingenieur für Reaktoren eingeschaltet wurde. Vor diesem Hintergrund – und angesichts



des Mangels an Alternativen – wird die Atomwirtschaft in der Ukraine immer mehr zu einer Quelle von Sicherheitsrisiken, die zu gefährlichen Vorfällen führen können.

Noch immer besteht die Gefahr, dass in den ukrainischen Reaktoren nichtautorisierte Brennelemente verwendet werden. 2005 begannen die Atomkraftwerke vor allem aus politischen Motiven, Brennelemente des amerikanischen Unternehmens Westinghouse einzusetzen. Das ist der Grund, warum Russland als Erbauer der Atomkraftwerke nicht mehr bereit ist, ihre Sicherheit zu garantieren. Der amerikanische Brennstoff ist nicht für russische Reaktoren ausgelegt, und trotz aller Verbesserung kommt es immer noch zu Fehlfunktionen. Beispielsweise wurde im September 2017 der zweite Block des AKW der Südukraine, der diesen amerikanischen Brennstoff verwendet, vom Netz genommen, als das Schutzsystem ansprang.

Vor einem Jahr wurde dann Block 3 wegen eines Druckverlusts abgeschaltet. Nach diesem Vorfall wandte sich eine Gruppe von Beschäftigten dieses Atomkraftwerks an den Ministerpräsidenten der Ukraine, um wegen des hohen Risikos für die Atom- und Strahlungssicherheit einen sofortigen Verwendungsstopp für Westinghouse-Brennstoff in dem AKW zu fordern. Trotzdem hat niemand vor, die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Firma zu beenden. Die ukrainische nukleare Aufsichtsbehörde – das State Nuclear Regulatory Inspectorate of Ukraine (SNRIU) – hat auch die Verwendung von Westinghouse-Brennstoff in Block 1 und Block 4 des AKW Saporischschja genehmigt.

Vor dem Hintergrund der politischen Wirren im ersten Halbjahr 2014 wandte sich das ukrainische Außenministerium mit offiziellen Briefen an die NATO, die Vereinigten Staaten und die EU, um Hilfe bei

der Sicherung der nuklearen Anlagen zu erbitten. Mit Unterstützung der USA fand im Oktober 2017 eine Übung statt, um die kritische Infrastruktur des AKW Saporischschja zu schützen. Zur selben Zeit bat die Ukraine um ihre Aufnahme in das NATO-Exzellenzzentrum für Energiesicherheit.

Gefahr eines Terroranschlags

Auch wenn die Sicherheit der ukrainischen Atomkraftwerke von der IAEO in den Blick genommen wird, sind andere atomare und radiologische Infrastrukturen weiterhin unzureichend geschützt. Im März 2017 besetzten Kämpfer des Aidar-Bataillons das Institut für Fragen der Kernkraftwerksicherheit der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine.

Der Staat sorgt nicht für die Cybersicherheit

Weder der staatliche Sicherheitsdienst noch das Innenministerium konnten dies verhindern. Ein weiteres Beispiel: Im September 2017 wurden zwei Strafprozesse eröffnet, bei denen den Angeklagten vorgeworfen wurde, sie hätten eine radioaktive Müllhalde aufgraben wollen, um Metall zu stehlen und später zu verkaufen. Es ist auch eine Tatsache, dass die Chemiefabrik Pridniprowski schlecht eingezäunt ist und nicht von bewaffneten Sicherheitsleuten bewacht wird. Die Gefahr besteht, dass diese Fabrik Ziel eines atomaren Terroranschlags wird.

Cybersicherheit ist ebenfalls nicht gewährleistet, wie der Cyberangriff Ende 2015 auf „Prikarpattja Oblenergo“ im Verwaltungsbezirk Iwano-Frankiwsk zeigte. „In der Ukraine erreicht der Schutz wichtiger Infrastruktureinrichtungen vor Cyberangriffen auf einer Skala von eins bis

zehn sieben Punkte“, sagte Dmitri Dubow, Chef der Abteilung für Informationssicherheit des Nationalen Instituts für Strategische Studien. Wie gut eine Einrichtung geschützt ist, hängt vom Eigentümer ab – nach ukrainischem Recht ist er für die Sicherheit verantwortlich. Der Staat – also die Ukraine – gewährleistet auch nicht die Cybersicherheit wichtiger Einrichtungen der nuklearen Infrastruktur. Dieses Problem könnte gelöst werden, wenn man die Gesetzeslage ändert, aber das steht bislang nicht zur Debatte.

Den Vorschriften zufolge sollen die Atomeinrichtungen in der Ukraine einer unabhängigen staatlichen Atomaufsicht, der SNRIU, unterstellt sein. Tatsächlich aber werden die dortigen Abteilungsleiter vom staatlichen Energoatom-Konzern ernannt. Dies führt dazu, dass die Aufsichtsbehörde de facto dem zu beaufsichtigenden Unternehmen untersteht. Bestechlichkeit führt zu Unverantwortlichkeit und Pflichtvergessenheit im Umgang mit kritischer Infrastruktur. Zudem bleiben viele Stellen in der SNRIU jahrelang unbesetzt. So dauerte es drei Jahre, bis die Stelle des staatlichen Chefinspektors für Atom- und Strahlungssicherheit neu besetzt wurde.

In dieser Situation gibt es keinerlei Druck auf Energoatom, sich bei der Beschaffung an internationale Standards oder auch nur an interne Regeln zu halten. Statt die Verfahren der IAEO zu befolgen und Verträge mit Unternehmen abzuschließen, die die erforderliche Erfahrung nachweisen können, arbeitet Energoatom mit merkwürdigen Unternehmen ohne die nötige Erfahrung und Kompetenz zusammen. So

fand die Nationale Sicherheitsbehörde 2017 heraus, dass technische Berichte über die Konstruktionsanalyse und Erdbebensicherheit von Anlagen, die von einer privaten Firma vorgelegt wurden, zahlreiche Fehler enthielten. Bei der vorgeschriebenen Prüfung durch die staatliche Inspektion für die Atomregulierung fielen diese Berichte durch. Die Inspektion offenbarte, dass die Not-Dieselegeneratoren, die bei einem Stromausfall die Reaktoren kühlen sollten, in der Praxis außerstande sind, ihre Aufgabe zu erfüllen. Außerdem gibt es Beweise dafür, dass Mitarbeiter wegen ihrer politischen Haltung eingestellt oder entlassen wurden.

Die Fachpublikation *Energy Research & Social Science* betonte im Oktober 2017, dass „die meisten Abstürze und Vorfälle im ukrainischen Energiesektor nicht in den Berichten der vergangenen Jahre aufgeführt wurden, obwohl die staatlichen Medien bestätigen, dass es sie gab“. Es sollte auch festgehalten werden, dass der bestehende Finanzengpass der Branche bestimmte Leute nicht davon abhalte, Gelder zu stehlen. Kürzlich wurde dem Generaldirektor des AKW Tschernobyl Igor Gramotkin vorgeworfen, er habe 690 000 Dollar unterschlagen.

Neue Deponie im Sperrgebiet

2001 ratifizierte die Ukraine das Gemeinsame Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente. Es sieht vor, dass sämtlicher radioaktiver Müll auf dem Territorium des jeweiligen Landes gelagert werden muss. Alle Verträge mit Russland über die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen enthalten eine Klausel, nach der die

Ukraine ab 2018 die Abfallprodukte zurücknehmen muss; andernfalls drohen internationale Sanktionen. 2013 billigte die Atomaufsichtsbehörde eine Machbarkeitsstudie für eine zentrale Deponie für abgebrannten Brennstoff im Sperrgebiet von Tschernobyl. Dazu gehört auch der Transport von 95 000 Tonnen verbrauchter ionisierender Strahlungsquellen von der Fabrik in Kiew in das Sperrgebiet um Tschernobyl.

Der Bau der neuen Deponie weist aber mehrere grundlegende Probleme auf. Die Ausschreibung für Bauunternehmen war weder transparent noch offen, und das Unternehmen, das die Ausschreibung 2015 gewann, die amerikanische Firma Holtec International, verfügt weder über die notwendige Erfahrung noch die technologische Ausrüstung für diese Arbeiten. Außerdem ist allein die ukrainische Seite für die Lagerung der Abfälle zuständig, ohne Beteiligung der internationalen Gemeinschaft. Offen ist auch, wie die Einrichtung vor Terroristen und Eindringlingen geschützt werden soll.

Seit 2015 sind die geschätzten Kosten des Projekts von 126 auf 300 Millionen Dollar gestiegen. Der Bau ist mehrmals vertagt worden, weil die staatliche Aufsicht sich weigert, die notwendigen Ausgaben in den Kosten von Energoatom zu berücksichtigen. Zudem gab es Probleme mit der Verteilung von Land im Sperrgebiet um Tschernobyl. Im Oktober 2016 wies das Regierungskabinett der Deponie einen Teil (42,5 Hektar) des Sperrgebiets zu, der zum Verwaltungsbezirk Kiew gehört, also nicht weit von der ukrainischen Hauptstadt Kiew und

Offen ist, wie die Anlage vor Terroristen geschützt wird

dem größten Fluss des Landes, dem Dnjep. Normalerweise werden Deponien für Atommüll weit entfernt von großen Städten und Flüssen angelegt, um radioaktive Kontaminationen zu vermeiden.

Gefährliche Geldnot

Das monatliche Durchschnittsgehalt der Experten in der zentralen Deponie für abgebrannte Strahlungsquellen soll etwa 220 Dollar betragen. Bei Energoatom sind die Gehälter viel höher, und so ist es offensichtlich, dass es schwierig sein wird, qualifiziertes Personal für die Arbeit mit dem Atommüll zu gewinnen. Dies wirkt sich auch auf die Verhaltenskultur aus. Im Juni 2017 verbreitete sich im Atomkraftwerk Tschernobyl Rauch, nachdem ein Arbeiter einen Zigarettenstummel hatte fallen lassen.

Die Infrastruktur des staatlichen ukrainischen Unternehmens Radon – es betreibt integrierte Spezialanlagen, die verbrauchte ionisierende Strahlungsquellen entgegennehmen und zwischenzeitig lagern – wird seit Langem nur aus Restmitteln finanziert. Das Ergebnis ist, dass die integrierte Spezialanlage in Kiew sich in kritischem Zustand befindet, wie die Strahlungsvorfälle auf ihrem Gelände zeigen. Das Problem kann nur gelöst werden, wenn die alten Deponien vollständig aufgelöst werden. Dies erfordert Ressourcen, die die Ukraine nicht hat. Denn ohne eigene Finanzmittel hängen die Einrichtung und der Betrieb der zentralen Deponie in der Ukraine komplett von ausländischen Geldgebern ab.

Für den Bau der ersten Phase der Deponie, die Ende 2018 in Betrieb

gehen soll, ist das Geld aufgetrieben worden. Doch ist auch dieses Projekt nicht vor den systemischen Problemen der Atomindustrie in der Ukraine gefeit. Es fehlt an Geld für Benzin für Transportfahrzeuge, um den Müll aus den veralteten Spezialanlagen zu holen und die Deponie damit zu füllen. Es gibt auch nicht genug Mittel, um allen radioaktiven Abfall sofort in das Sperrgebiet zu bringen. Meist ist es so, dass der radioaktive Abfall in Zwischenlagern aufbewahrt wird, um dort auf Zuwendungen aus dem Ausland und den Weitertransport zur Deponie im Sperrgebiet zu warten. Das Geld ist so knapp, dass der Minister für natürliche Ressourcen angeboten hat, einen Teil des Gebiets von Tschernobyl zu verpachten.

Auch die Atomkraftwerke selbst leiden unter Geldnot. Nach einer Untersuchung der Firma ReMark und des Zentrums für Information und Analyse für Atomenergie (EUAXIS) sind 60 Prozent der befragten ukrainischen Experten der Überzeugung, dass die Abnutzung der Ausrüstung die größte Herausforderung für die Atomindustrie in der Ukraine ist. Nach der anfänglichen Kostenschätzung sind etwa eine Milliarde Dollar erforderlich, um die Laufzeit der 15 Kernkraftblöcke zu verlängern. Der Betreiber der Atomkraftwerke, Energoatom, verfügt aber nicht über so viel Geld. Deswegen nahm man 2014 einen Kredit von über 600 Millionen Euro bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung auf. Es gab auch die Hoffnung auf Unterstützung von Westinghouse. Doch da das US-Unternehmen 2017 in Konkurs ging, wird es schwerlich in der Lage sein, die Modernisierung der ukrainischen Atomkraftwerke zur unterstützen.

Die Verlängerung der Laufzeiten kostet eine Milliarde Dollar

So kommt es, dass die Atomsicherheit Europas davon abhängt, ob es der ukrainischen Regierung gelingt, ausländische Investoren zu finden.

Die Sicherheit nuklearer Einrichtungen in Gebieten außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Regierung hat sich erheblich verschlechtert. In der Ostukraine gibt es zahlreiche Einrichtungen der Atominfrastruktur, die nicht kontrolliert werden können. Dazu gehören 1200 ionisierende Radionuklid-Strahlungsquellen, 65 Einrichtungen, die ionisierende Strahlenquellen benutzen, eine Deponie für radioaktiven Abfall und insgesamt 142 Strahlenquellen in Kohlebergwerken. Zu den meisten dieser Strahlenquellen gibt es überhaupt keine Informationen.

Im Juli 2015 fand die Nationale Sicherheitsagentur heraus, dass Aufständische in Luhansk mehrere Quellen ionisierender Strahlung aus den besetzten Kohlekraftwerken verkauft hatten. Im März 2016 fand die Nationale Sicherheitsagentur drei Quellen ionisierender Strahlung in Saporischja ab, die angeblich durch die unkontrollierten Gebiete an der russisch-ukrainischen Grenze in die Ukraine gebracht worden waren. 15 Strahlungsquellen, die im Flughafen Luhansk und dem dazugehörigen Flugzeugreparaturbetrieb installiert waren, wurden zerstört.

2015 löste die Explosion von Munition in der Nähe des Chemieunternehmens Donezk, die die nahegelegene Deponie für Strahlungsquellen hätte zerstören können, große Beunruhigung aus. Schon in den 2000er Jahren hatte eine Inspektion der Deponie ergeben, dass der Zementbunker, der den radioaktiven Abfall enthält, Risse hat. Inzwischen hat man

damit begonnen, den Abfall neu einzusargen. Dazu sind drei Gebiete vorgesehen, die allerdings in Territorien liegen, die derzeit nicht von der Ukraine kontrolliert werden.

Das Zusammenwirken all dieser Risikofaktoren bedeutet, dass es in der Ukraine eine ernste Bedrohung durch nukleare Unfälle und gewaltige Strahlenkontaminationen gibt. Sie würde auch nicht nur das Land selbst, sondern ganz Europa betreffen. Deswegen muss unbedingt geprüft werden, wie weit die Ukraine die internationalen Atomsicherheitsstandards einhält. Bei Verletzungen muss der Betrieb problematischer Einrichtungen oder nuklearer Anlagen eingestellt werden.

Dringend erforderlich wäre auch, eine internationale Kommission unter Trägerschaft der IAEO einzurichten. Diese sollte die Schritte der ukrainischen Regierung im Umgang mit radioaktivem Abfall überwachen und prüfen, ob sie im Einklang mit dem Gemeinsamen Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle stehen. Zum jetzigen Zeitpunkt können die nationalen Aufsichtsbehörden der Ukraine die notwendige Kontrolle der Atomsicherheit nicht in allen Gebieten des Landes sicherstellen.

Es gibt eine ernste Bedrohung durch nukleare Unfälle



Dr. Maxim Starchak beschäftigt sich als Fellow am Center for International and Defence Policy der kanadischen Queen's University mit nuklearer Nichtverbreitung.

Das 2-Prozent-Ziel

Stefan Kornelius | **Lässt sich die Frage einer gerechten Lastenteilung im Westlichen Bündnis auf eine einfache Formel bringen? Ja, entschieden die NATO-Mitglieder 2014 und verpflichteten sich, 2 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungszwecke zu verwenden. Warum dieses Ziel falsch ist und Deutschland es dennoch ernst nehmen muss.**

„Das 2-Prozent-Ziel ist zum Fetisch verkommen“

Ja, doch zu einem äußerst wirkungsvollen. Die Abschreckungsfähigkeit und der Bündnisgedanke sind das Wertvollste, was die NATO zu bieten hat. Beides scheint die Allianz gerade mit Lust zerstören zu wollen. Das Werkzeug für diese Zerstörung heißt 2-Prozent-Ziel. Militärs und Strategen sind wie Sportfans große Anhänger von Tabellen und Statistiken. Kein Problem, das sich nicht mit einer Zahlenspielerlei verdeutlichen oder widerlegen ließe. Das gilt besonders für die Demonstration von Stärke und Schwäche mit Hilfe von Budgetzahlen, Mannschaftsstärken, Gerätestatistiken oder den Parametern zur Einsatzbefähigung.

Zuweilen gewinnt man den Eindruck, als spielten die politische und auch die militärische Kommandoebene eine Art Hütchenspiel mit den Streitkräften. In immer neuen Konstellationen werden schnelle Eingreiftruppen, Spezialkommandos, Reaktionskräfte, multinationale Einheiten und sonstige Arrangements geschaffen, hinter denen sich allerdings die immer gleichen Soldaten verbergen. Zwar wächst die Zahl der Kommandos, aber die Zahl der Soldaten bleibt unverändert – ebenso wie Einsatzkraft und Kampfesstärke. Macht nichts, denn sobald Zweifel an der Struktur aufkommen, schafft sich der Apparat eine neue.

Strukturdebatten in Bundeswehr und NATO sind wie Baustellen auf der deutschen Autobahn: Sie sind immer da, und es gibt gefühlt immer mehr von ihnen als befahrbare Streckenkilometer. In diesem gewaltigen Gebirge aus Bemessung, Zertifizierung, Normierung und Strukturierung ist das 2-Prozent-Ziel so etwas wie der Mount Everest, oder besser: der K2, weil schwerer zu erklimmen. 2 Prozent ist eine Chiffre, ein Codewort für eine schier unendliche Kette von Argumenten, Gegenargumenten und politischen Fantasien. Lässt sich der politische Achttausender 2 Prozent also jemals erklimmen?

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Die Antwort ist simpel: Nein. Wer auch immer die 2 Prozent vor 16 Jahren erfunden hat (übrigens unter den wachen Augen einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung auf dem Prager Gipfel 2002), der schuf einen Fetisch, den die transatlantische Verteidigungsgemeinde bis heute anbetet.

Welche Form von Teufelsaustreibung nötig sein wird, um den Wahn zu beenden? Das lässt sich nicht sagen. Die Fixierung auf das 2-Prozent-Ziel ist so überwältigend und politisch nützlich, dass sie nicht so schnell enden wird. Sie ist gleichzeitig dumm und irreführend, weil sich die Komplexität von Bündnisverteidigung nicht auf eine einseitige Ziffer reduzieren lässt.

„Irgendeine Formel braucht man, um die Lastenteilung im Bündnis zu gewichten“

Aber nicht diese. Die Formel sagt wenig über die Lastenteilung aus und noch weniger über die Teilung des Risikos. Sie ist willkürlich, ungerecht und schwächt die NATO, statt sie zu stärken. Es gibt zahllose Studien, die nahelegen, das 2-Prozent-Ziel auf den Müllhaufen der schlechten Ideen zu werfen.

Auf den ersten Blick war es ein kluger Schachzug, das ewige Lamento über zu geizige oder risikoscheue Bündnispartner durch eine einfache Forderung zu ersetzen. 2 Prozent des BIP sollten für Verteidigungsaufgaben aufgewendet werden. So einfach. So schlecht. Die Sache wurde nicht besser dadurch, dass die Mitglieder der NATO sie auf dem Wales-Gipfel 2014 in ein bindendes Dokument gossen und als Zieldatum das Jahr 2025 angaben. „Versprochen ist versprochen“, heißt es nun. Aber die Logik dahinter erschließt sich noch immer nicht.

Kritische Fragen sind mit der Zahlenhuberei nicht beantwortet. Was sagen die 2 Prozent über die Sinnfälligkeit der Ausgaben aus? Welcher Anteil an Beschaffung, Entwicklung oder Personal verbirgt sich darin? Wie viel verschlingen die Pensionszahlungen? Was macht eine sicherheitspolitische Leistung aus? Gehören Entwicklungshilfegelder nicht ebenso in diese Kalkulation hinein wie Zahlungen an die Türkei für die Unterbringung syrischer Flüchtlinge oder die Finanzierung der Ausbildung der afghanischen Polizei? Wie lassen sich militärische Leistung, Kampfkraft und Abschreckungsfähigkeit überhaupt messen?

Schon der Bezugsrahmen der Berechnung hängt schief. Das BIP ist eine sehr volatile Größe. Es wächst, es schrumpft, und es mag viel über die Wirtschaftsdynamik eines Landes aussagen. Verteidigung wächst oder schrumpft aber nicht in Relation zur Wirtschaftskraft. Sie bemisst sich an der strategischen Lage, an der Bedrohung, am sicherheitspolitischen Umfeld, an den Ambitionen eines Landes. Die Kurzatmigkeit der Wirtschaftszyklen wäre Gift für eine stabile Sicherheitspolitik.

Außerdem ist das Berechnungsmodell oberflächlich und manipulierbar. Griechenland ist immer noch der Vorzeigeverbündete mit einem Verteidigungsbudget über der 2-Prozent-Marke. Das hat einerseits mit der schrumpfenden griechischen Wirtschaftskraft zu tun, andererseits mit den konstant hohen Personalkosten beim griechischen Militär, das einer der wichtigsten Arbeitgeber im Land bleibt. Über die griechische Kampfkraft, die Beteiligung an NATO-Operationen, die Führungsfähigkeit in Hauptquartieren sagt die Zahl rein gar nichts aus.

Dänemark, das seit Jahren das 2-Prozent-Ziel nicht erreicht, tut sich hingegen mit einer hohen Präsenz bei NATO-Einsätzen hervor, setzt man die Zahl seiner Soldaten im Einsatz mit der Bevölkerungsgröße ins Verhältnis. Andere Statistiken – etwa die Zahl der militärischen Opfer in Relation zur Bevölkerung – stellen dem Land ein nicht weniger beeindruckendes Zeugnis aus.

Wenn sich die NATO schon als Statistikbehörde gebiert: Wie sollte sie also Risikobereitschaft messen? Wie die Einsatzfähigkeit? Die Verlegekapazitäten? Die Bedeutung von Spezialeinheiten? Was geschieht, wenn ökonomische Zyklen negativ ausfallen: Wird dann die Truppe geschrumpft?

Deutschland hat ein Sonderproblem: Die Wirtschaftskraft des Landes verhält sich sichtbar disproportional zur militärischen Kraft. Was aber, wenn das tatsächlich angeglichen würde? Wie würden die Nachbarn auf diesen Militärgiganten in ihrer Mitte reagieren? Würden nicht traumatische Erfahrungen der Geschichte aufleben, wenn Deutschland tatsächlich 72 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgäbe statt wie bisher 37 Milliarden Euro?

*„Das 2-Prozent-Ziel ist eine politische Keule.
Zerschlägt sie die NATO?“*

Das könnte passieren. Als Donald Trump ins Präsidentenamt kam, galt seine Aufmerksamkeit zunächst der NATO. Der größte und mächtigste Bündnispartner stellte den Wert der Allianz und vor allem die Beistandsverpflichtung in-

frage. Was Generationen von US-Präsidenten beklagt hatten, gewann nun eine neue Dramatik: Würde Washington die Schieflage bei der Lastenteilung zum Anlass nehmen, um am Heiligtum der transatlantischen Allianz, dem Artikel 5, zu rütteln? Seit Gründung des Bündnisses hatte kein Präsident derart radikale Worte in den Mund genommen: Aufkündigung der Beistandsverpflichtung, Abzug gar.

Für Trump ist die 2-Prozent-Marke der einzige Maßstab in der Beurteilung der Solidarität. Weder schert er sich um die Feinheiten der Verabredung von Wales wie den Zeitrahmen für das 2-Prozent-Ziel, noch nimmt er es mit den Fakten allzu genau. Zuletzt wiederholte er auf dem Singapur-Gipfel mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un, dass Deutschland nur 1 Prozent ausbebe (statt, wie tatsächlich, 1,3 Prozent), Amerika hingegen mehr als 4 Prozent zahle (was ebenfalls nicht stimmt, denn der US-Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP liegt bei etwas über 3,5 Prozent, allerdings für die globalen Aufwendungen. Eine belastbare Statistik für den europäischen Anteil gibt es nicht).

Trumps Wahrnehmung von Europa lässt sich auf einen Satz reduzieren: Diese Länder sind Trittbrettfahrer, sie nutzen die USA aus, sie verhalten sich unfair. Wie beim Handel fühlt sich Trump übervorteilt – besonders durch Deutschland, das seinen Wohlstand der Ausbeutung der USA verdanke. Die NATO ist für ihn kein Werkzeug zur Projektion amerikanischer Macht, sie bringt keinen Nutzen. Sie ist lediglich ein Schmarotzerverein.

In der NATO glaubte man, dass die Empörungswelle des Präsidenten nach wenigen Monaten – rechtzeitig zum ersten Gipfel mit Trump in Brüssel – ausgelaufen wäre. Das war ein Irrtum. Die Wucht der Welle wurde in der ersten Phase seiner Präsidentschaft noch gemildert durch einen Sicherheitsring aus Ministern und Beratern. Diese Mitarbeiter gibt es nun nicht mehr. Allein Verteidigungsminister James Mattis ist übriggeblieben, um den Präsidenten notfalls mit Hilfe einer Rücktrittsdrohung von Zerstörungsattacken gegen die NATO abzubringen. Allerdings ist fraglich, ob Trump solche Drohungen ernst nehmen würde. Der Präsident fühlt sich so stark wie nie zuvor.

Die NATO sollte sich also auf den Einschlag eines Kometen vorbereiten, wenn der Gipfel näher rückt. Trump ist die Allianz nicht heilig. Und so, wie er die Gruppe der sieben westlichen Verbündeten in Kanada vorgeführt hat, kann er auch den entscheidenden Keil in die NATO treiben. Schockszenarien lassen sich einige denken: der Abzug aller US-Einheiten aus Deutschland (freilich ein logistisch ambitioniertes Unterfangen), die Relativierung der Nukleargarantie, die einseitige Unterstützung ausgewählter Bündnispartner zum Zweck der Spaltung, ein Alleingang etwa bei der Stationierung permanenter Einheiten im Baltikum mit dem Ziel der Eskalation gegen Russland unter Umgehung des Einstimmigkeitsprinzips.

Jeder Ausbruch Trumps wird eine Reaktion auf die Missachtung des 2-Prozent-Zieles sein. Umgekehrt muss Deutschland verstehen, dass die 2-Prozent-Marke längst zum Synonym für die Teilhabe am Bündnis und der nuklearen Verteidigung geworden ist. Gibt es in Deutschland überhaupt noch ein Bündnisinteresse? Verstehen die Deutschen, wie gering der Anteil ist, den sie an der gemeinsamen Last schultern?

Das außenpolitische Fundament der Bundesrepublik ist gegossen aus der Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Union. Donald Trump könnte diesem Fundament schweren Schaden zufügen, indem er der NATO die amerikanische Kraft entzieht. Und die Bundesregierung kann das nicht verhindern. Wenn sich die Regierungskoalition in Berlin für einen Moment aus ihrer parteipolitischen Verhaftung löst, wird sie feststellen, dass die Erfüllung des 2-Prozent-Zieles – so absurd hoch und willkürlich diese Summe auch ist – geringere Kosten ausmacht, als die Zerstörung der Allianz verursachen würde. Diesen politischen Preis wird niemand in Deutschland bezahlen können, vor allem nicht mit ein paar Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts.

„Führt Deutschlands Zurückhaltung in die sicherheitspolitische Katastrophe?“

Ausgeschlossen ist das nicht. Wer in Deutschland sicherheitspolitische Entscheidungen herbeiführen will, stößt auf Probleme, die kein anderer Verbündeter zu lösen hat. Einsatzlogik, die Finanzierung der Streitkräfte, Fragen des Rüstungsexports: Deutschland hat eine eigene sicherheitspolitische Kultur mit außergewöhnlichen Entscheidungswegen entwickelt. Das Unbehagen im Umgang mit allem Militärischen ist eine Konstante im politischen Selbstverständnis. Dafür gibt es gute Gründe, die stets in eine Universalformel gegossen werden: Das Thema sei einer Mehrheit nicht vermittelbar, die historische Prägung des Landes erlaube nur eine begrenzte Annäherung an das Militärische, die verteidigungspolitische Kultur erfordere eine andere militärpolitische Debatte.

Wahr daran ist: Deutschland hat in der Tat eine andere sicherheitspolitische Tradition und eine andere historische Prägung. Hinter diesem Satz verbirgt sich keine billige Absolutionsformel, sondern die DNA einer Nation. Aber kann das noch als Begründung für die sicherheitspolitische Entscheidungsscheu dienen? Wie lassen sich DNA des Landes und sicherheitspolitische Realität angleichen?

Wer in der NATO oder in der sicherheitspolitischen Community der Bundesregierung Verantwortung trägt, der lebt in zwei Welten. In der eigentlichen Bündniswelt geht es um Einsatzfähigkeit, Verlegefähigkeiten, Kampfkraft, Finanzierung. In der Binnendebatte geht es um die Parallelität von Entwicklungshilfe und Bundeswehr, um Flachbildschirme und die Nichtbewaffnung von Drohnen.

Schon als die Bundeswehr nach dem Fall der Mauer erste zaghafte Schritte in die neue sicherheitspolitische Welt tat, waren diese Widersprüche mit Händen zu greifen. Kein Wunder: Die Zerrissenheit der Republik West war ja nur wenige Jahre zuvor während der epischen Nachrüstungsdebatte an hunderttausend Köpfen im Bonner Hofgarten abzulesen gewesen. Der Nachwende-Verteidigungsminister Volker Rühe darf sich zwar als Schöpfer des NATO-Erweiterungsvorgängers „Partnerschaft für den Frieden“ betrachten. Von ihm stammt aber auch die (nicht zu haltende) Doktrin, dass deutsche Soldaten niemals dort eingesetzt werden dürften, wo im Zweiten Weltkrieg die Stiefel der Reichswehr ihre Spuren hinterlassen hätten.

Also fand der erste größere Auslandseinsatz unter grotesken Umständen im somalischen Belet Huen statt. Als amerikanische Black Hawks in Mogadischu abgeschossen wurden, füllte man im Feldlager eilig Sandsäcke für ein paar improvisierte Stellungen – es hätte ja gefährlich werden können.

Die Rüheschen Sensibilitäten waren freilich nicht ganz unangebracht. Bis heute tut sich die Politik schwer, den Umgang mit der von Jürgen Trittin als vulgärpazifistisch beschimpfte Gesellschaftsgruppe der sicherheitspolitischen Generalverweigerer zu klären. Aber es geht nicht nur um einen radikalen Pazifismus oder die Verunglimpfung einer nicht gerade kleinen Bevölkerungsgruppe. Das Unbehagen an Sicherheitspolitik steckt noch immer tief in der Gesellschaft, weil die Auseinandersetzung mit der strategischen Wahrnehmung etwa der großen Nachbarn Frankreich oder Großbritannien gescheut wurde.

Immer wieder hat die politische Kaste bis hin zum Bundespräsidenten eine Modernisierung der strategischen Kultur gefordert, zuletzt Joachim Gauck in seiner Münchner Rede und Frank-Walter Steinmeier mit seiner Verantwortungsmahnung. Die Koalitionsrealität und das Verteilungsklima im Bundestag zwingen indes zu anderen Rücksichtnahmen. Und die bestimmen am Ende auch, wie das Land über 2 Prozent oder ein Bündnis denkt.

Das sicherheitspolitische Vakuum hat inzwischen die rechtspopulistische AfD entdeckt, die nicht nur bei ihrer Klientel hohe Bereitschaft erkennt, in die Klage über die bedingte Verteidigungsbereitschaft angesichts einer faktisch stillgelegten U-Boot-Flotte und katastrophaler Beschaffungsmängel einzustimmen. Die Verteidigungsministerin, im eigenen Haus misstrauisch bis gering-schätzig betrachtet, oszilliert sichtbar zwischen einer bundeswehrskeptischen Mehrheitsstimmung und ihrer Rolle als oberster Advokatin der Truppe.

Die dritte Auflage der schwarz-roten Koalition unter Angela Merkel steckt in einer besonderen Zwickmühle. Obwohl das Verteidigungsdefizit nicht mehr bestritten wird, ist es gerade der SPD schier unmöglich, ihren parteiinternen Zwängen zu entkommen. Die Schmerzen auf dem Weg zur Koalition haben die Partei traumatisiert. Die Selbstzerstörung vor Augen hat die Parteihierarchie die nicht ganz unberechtigte Sorge, dass eine Abkehr von dem in den Koalitions-verhandlungen gefundenem Junktim zwischen Verteidigungsausgaben und Entwicklungspolitik der Sozialdemokratie den letzten Stoß versetzen könnte. Ein Konsens über die Finanzierung der Bundeswehr kann bei einer solch prinzipiellen Konfrontation nicht gefunden werden. Also wird die Bundesregierung sehenden Auges in das sich abzeichnende Desaster auf dem NATO-Gipfel laufen.

Deutschland kann der 2-Prozent-Falle nur entgehen, indem eine substanzielle und schnell spürbare Steigerung des Verteidigungsbudgets beschlossen wird, in der Hoffnung, dass so die politische Zerstörung der NATO ausbleibt. Ob am Ende tatsächlich 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufgewendet werden müssen, ist offen. Vor allem der Wille zählt – aber der ist nicht zu spüren.



Stefan Kornelius
leitet das außen-
politische Ressort
der *Süddeutschen*
Zeitung.

Großer Verkäufer, wenig Ware

Kim Jong-uns Erfolge stellen Donald Trumps Jubel in den Schatten

Jonathan Fenby | **Das Trump-Kim-Treffen von Singapur hat Nordkorea ein wichtiges amerikanisches Zugeständnis eingebracht. Vor allem aber markiert es den Anfang eines Prozesses. Von nun an liegt der Teufel im Detail. China, aber auch Russland wittern ihre Chance, von den Verhandlungen zu profitieren. In Japan und Südkorea sind derweil die Sorgen groß.**

Das Treffen in Singapur von US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un war der Anfang eines Prozesses. Trump erkannte dies an, als er entgegen seiner ursprünglichen Absage doch zustimmte, das Treffen stattfinden zu lassen. Umso wichtiger ist es, nun die Dynamik aufrechtzuerhalten. Dies gilt besonders für die US-Außenpolitik, denn es ist Trumps Glaubwürdigkeit, die auf dem Spiel steht.

Die Amerikaner standen bei dem Gipfel unter erheblichem Druck, gute Nachrichten für das heimische Publikum zu produzieren. So akzeptierten sie, dass sich beide Seiten nur allgemein zur Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel verpflichteten. Auf ihre frühere Forderung nach sofortigen Schritten verzichteten sie. Es gab auch keine Erklärung zu Zeitplan oder Überprüfung von Abrüstungsschritten. Außerdem ist die von Trump nach dem Treffen verkündete Entscheidung, künftig auf die gemeinsamen großen Militärübungen

der USA und Südkoreas zu verzichten, ein Zugeständnis, das seit Langem gehegten politischen Zielen Nordkoreas (und Chinas) entspricht.

In anderen Worten: Trump konnte den Prozess auf höchster Ebene nur durch Zugeständnisse in Gang bringen. Mit Blick auf das Treffen schürte er so hohe Erwartungen, dass er seine Position des „maximalen Drucks“ aufgeben und diplomatischen Leerformeln zustimmen musste. Das Ergebnis ist, dass Kim mit mehreren wirklichen Erfolgen von Singapur nach Hause flog (in einer Boeing 747, die ihm China zu diesem Anlass lieh). Er selbst musste keinerlei Zugeständnisse machen.

Was für ein Halbjahr war das für Nordkoreas „young leader“! Vor sechs Monaten wurde Kim noch international geächtet. Im Februar ergriff er die Initiative, nordkoreanische Athleten zu der Winterolympiade nach Südkorea zu schicken. Gekrönt wurde diese Verwandlung nun durch das prestigeträchtige Vier-Augen-Treffen mit dem

amerikanischen Präsidenten. Nach dem Singapur-Gipfel kann Kim sogar damit rechnen, dass die USA Gespräche über die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zustimmen. US-Außenminister Mike Pompeo war dieses Jahr bereits zu zwei Gesprächsrunden in Pjöngjang. Kims Gesandter wiederum führte Anschlussgespräche bei den Vereinten Nationen und wurde im Weißen Haus zu einem Treffen mit Trump empfangen, das deutlich länger dauerte als geplant. Bei dieser Gelegenheit durfte er dem Präsidenten einen in einem überdimensionierten Umschlag steckenden Brief von Kim überreichen.

Kim im Glück

Die Brutalität des nordkoreanischen Regimes wird kaum thematisiert. Daheim wechselte Kim mehrere hochrangige Militärs aus, um das Risiko abweichender Meinungen zu vermindern. Er hat angekündigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung nun absoluten Vorrang genieße – jetzt, da seiner Behauptung nach das Rüstungsprogramm abgeschlossen ist.

Kim hat zwei Gipfeltreffen mit dem südkoreanischen Staatspräsidenten Moon Jae-in absolviert. Auch die Beziehungen zu China, dem Big Brother jenseits seiner Grenze, hat Kim bei zwei Reisen zu Xi Jinping gekittet. Der Erfolg zeigt sich daran, dass Peking sofort nach dem Singapur-Gipfel vorschlug, die Vereinten Nationen sollten die Sanktionen gegen Nordkorea aussetzen oder aufheben, um weitere diplomatische Fortschritte zu erleichtern.

All dies stellt Trumps Jubel über den einzigen vagen Satz, den die gemeinsame Erklärung von Singapur zur Denuklearisierung enthält, in

den Schatten. Jede Seite interpretiert dieses Wort auf ihre Weise, was noch zu Problemen führen kann. Staatspräsident Moon mag im Moment froh sein, dass seine Entspannungspolitik auf der Koreanischen Halbinsel durch solche absichtliche Mehrdeutigkeit erleichtert wird. Wenn Denuklearisierung aber bedeuten sollte, dass der amerikanische Schutzschirm abgezogen oder reduziert wird, dürften Südkoreas Bürger darüber weniger begeistert sein.

Die Einstellung der Militärmanöver mag ebenfalls in Moons Richtung gehen. Aber wahrscheinlich löst auch sie Befürchtungen in der Region aus: nicht nur durch die Entscheidung selbst, sondern auch, dass sie bei einem amerikanisch-nordkoreanischen Gipfel beschlossen und später von Trump als Zusatz zur gemeinsamen Erklärung verkündet wurde. Gerade Japan wird wissen wollen, was dies für seine eigene Verteidigung und für Trumps Verständnis des US-japanischen Bündnisses bedeutet. Dies gilt umso mehr, weil der Präsident die Rolle des Kostenfaktors in seiner Entscheidung so deutlich unterstrich.

Jetzt sind die Diplomaten und Militärs an der Reihe, spezifische Elemente auszuhandeln, um den allgemeinen Erklärungen Substanz zu verleihen. China wird dabei eine wichtigere Rolle spielen wollen – wegen seiner strategischen Interessen in der Region, aber auch, um an der wirtschaftlichen Entwicklung Nordkoreas teilzuhaben und um sicherzustellen, dass Kim nicht Washington und Peking gegeneinander ausspielt.

Japan wird sich mit einer Zuschauerrolle schwerlich abfinden, wenn die

**Jede Seite versteht
„Denuklearisierung“
auf ihre Weise**

Bild nur in Printausgabe verfügbar

US-Politik in Ostasien in erster Linie durch den Wunsch des Präsidenten bestimmt wird, den Korea-Prozess mindestens bis zu den Zwischenwahlen zum US-Kongress im November am Laufen zu halten. Der schlimmste Albtraum der Regierung in Tokio ist ein US-Abkommen mit Nordkorea, das Langstreckenraketen mit Reichweite bis zum amerikanischen Festland abschafft, aber Raketen mit kürzerer Reichweite, die Ziele in Ostasien vernichten können, außer Acht lässt. Es ist kein Zufall, dass Japan Schritte unternommen hat, um die Spannungen mit China um die jeweiligen Hoheitsgewässer zu verringern. Tokio führt auch mit Peking und Seoul Gespräche auf höchster Ebene, um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erreichen.

Für Japan ebenso wie für die europäischen Zaungäste wird der Umgang mit Trump durch die Konfrontation beim G7-Gipfel in Kanada und durch die Handelskonflikte noch zusätzlich

kompliziert. Die verschiedenen Aspekte von Trumps Politik beeinflussen sich gegenseitig. Sein Wirtschaftsberater Larry Kudrow begründete Trumps nachträgliche Weigerung, die Abschlusserklärung des G7-Gipfels mitzutragen, mit der Notwendigkeit, vor dem Gipfel in Singapur Stärke zu zeigen.

Im Gegensatz dazu kann China mit dem Trump-Kim-Gipfel recht zufrieden sein. Das gilt nicht nur wegen der wirtschaftlichen Chancen und der Beendigung der US-Militärmanöver mit Südkorea, sondern auch, weil es dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping gelingen dürfte, eine wichtige Rolle in dem folgenden Prozess zu spielen. Denkbar ist sogar eine Beteiligung Chinas an möglichen Verhandlungen über einen Friedensvertrag zum Abschluss des Korea-Krieges.

Die Führung in Peking wird die Entwicklungen jedenfalls sehr aufmerksam verfolgen. Sie will sicherstellen, dass der koreanische Prozess

nicht dem eigenen Hauptziel zuwiderläuft, den chinesischen Einfluss in der Region auszubauen. Der ehemalige chinesische Vize-Außenminister Fu Ying, der an den Sechs-Parteien-Gesprächen zu Korea beteiligt war, kommentierte den Gipfel in Singapur in diplomatischer Sprache auf folgende Weise: China spiele eine stabilisierende Rolle, aber um dies tun zu können, müsse Peking „bereit sein, das Boot vor dem Abdriften oder gar vor dem Kentern zu bewahren“.

Auch Russland wird versuchen, eine Rolle zu spielen – wirtschaftlich, indem es den Hafen von Wladiwostok für Handel mit Nordkorea ins Spiel bringt, und strategisch, indem es sich als Teilnehmer der Sechs-Parteien-Gespräche um eine gemeinsame Front mit China bemüht.

Fundamentale Schwächen

Nichts von alledem ändert etwas an den fundamentalen Schwachpunkten des nordkoreanischen Systems. Kim hat einen gewissen Grad an wirtschaftlicher Liberalisierung zugelassen. Aber für ein Regime, das politisch so repressiv ist wie das seine, ist es riskant, allein auf Wachstum zu setzen, das nach chinesischem Vorbild auf billigen Arbeitskräften beruht. Kim wird jede Lockerung mit großer Vorsicht handhaben müssen, wenn seine autokratische Herrschaft Bestand haben soll.

Offenkundig sorgt er sich wirklich um die Sicherheit seines Staates. Trump hat dies durch seine Drohungen während der feindseligen Phase ihrer Beziehungen noch verstärkt. Die Jovialität des Treffens in Singapur wird daran nichts ändern. Und Fragen nach Kims Regime, seinem

Umgang mit den Menschenrechten und seinen Verbindungen zu Ländern wie Syrien können nicht auf ewig verdrängt werden. Kritik aus dem US-Kongress könnte die künftigen Gespräche gerade in einer sensiblen Phase treffen.

Das Wechselbad zwischen den gegenseitigen Beleidigungen, die sich Trump und Kim zu Beginn des Jahres an den Kopf warfen, und dem Lachen und Schulterklopfen in Singapur, waren die diplomatische Überraschung des Jahres. Kim flog ohne große Erklärungen nach Hause und wartete mit der Veröffentlichung der Vereinbarung in den nordkoreanischen Medien sogar noch ab, bis nach seiner Einschätzung der richtige Moment gekommen war.

Trump dagegen begriff den Gipfel als Gelegenheit, all sein Geschick als Verkäufer unter Beweis zu stellen. Und doch gilt: Was er zu verkaufen hatte, ist ein knappes Minimum dessen, was benötigt wird, um den Prozess am Leben zu halten. Im Verlaufe des Sommers wird sich herausstellen, ob die Fundamente, die auf Sentosa Island gelegt wurden, hinreichend tragfähig sind, um Jahrzehnte des Misstrauens auf beiden Seiten und der Täuschung durch den Norden zu überwinden.

Kim wird jede Lockerung mit Vorsicht handhaben müssen



Jonathan Fenby war Chefredakteur des *Observer* und der *South China Morning Post*. Der Autor zahlreicher Bücher über China führt heute die Consulting TS Lombard in London.

Viel Einsatz, wenig Wirkung

Die EU muss im Syrien-Konflikt endlich mehr Einfluss gewinnen

Roderich Kiesewetter und Stefan Scheller | **Deutschland leistet diplomatisch und entwicklungspolitisch im Syrien-Konflikt Enormes. Doch wir brauchen eine gesamteuropäische Vorgehensweise, die die machtpolitischen Realitäten erkennt. Denn unser Handlungsspielraum zur Neuintiierung des politischen Prozesses und Verbesserung der Lage ist sehr begrenzt.**

Deutschland unternimmt erhebliche diplomatische und entwicklungspolitische Anstrengungen, um zu einer politischen Lösung in Syrien und der Stabilisierung der Region beizutragen. Ohne eine gesamteuropäische Strategie, die alle Instrumente systematisch einsetzt, zeigt unser Engagement allerdings viel zu wenig Wirkung. Welche Schritte sind nötig, und wie kann unser großes humanitäres Engagement sicherheitspolitisch stärker unterfüttert werden?

Stabilität im Nahen Osten ist von strategischer Bedeutung für unsere innere und äußere Sicherheit. Wir müssen dem Terror den Nährboden entziehen und Flucht und Vertreibung eindämmen. Das bedeutet, dass wir die Ursachen angehen müssen: den Zerfall von multiethnischen und -religiösen Staaten; regionale und externe Akteure, die ihre Partikularinteressen verfolgen; und die völlige Aushöhlung des internationalen Rechts. Dies ist besonders in Syrien sichtbar. Daher versucht

Deutschland gerade in dieser Region einen umfassenden Beitrag zur Krisenbeilegung, Stabilisierung und Konfliktprävention zu leisten, um zumindest die politische und humanitäre Lage zu verbessern.

Gemeinsam Prioritäten setzen

Unser Engagement bleibt aber weit hinter seinen Zielen zurück, wenn keine an der Realität orientierte, gesamteuropäische Vorgehensweise existiert, die tatsächlich auch gemeinsam umgesetzt wird. Wir müssen in Europa verstärkt um eine gemeinsame Linie ringen. Nur wenn wir zusammen sinnvolle Schwerpunkte für das operative Handeln setzen, können wir aus der Zuschauerrolle herauskommen und unseren Einfluss zu einer sichtbaren Stabilisierung Syriens nutzen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Europa überhaupt an Gewicht gewinnen und Gesicht bewahren kann.

Gleichzeitig muss uns bewusst sein, dass trotz aller in diesem Arti-

kel genannten Vorschläge kein völlig realistischer Masterplan für Frieden und Stabilität in Syrien existiert. Dies entlässt uns allerdings nicht aus der Pflicht, bei der Prioritätenfestlegung und europäischen Abstimmung nachzubessern, um die Ursachen des Konflikts wirksamer einzuhegen, die Eskalation durch andere zu behindern und unsere eigenen europäischen Interessen durchzusetzen.

Europa muss versuchen, den politischen Prozess in Syrien wiederzubeleben. Aus diesem Grunde werden hier auch Impulse für eine stärkere Mittlerrolle Deutschlands und der EU gegeben. Diese kann indes nur erfolgreich sein, wenn Maßnahmen und Teilschritte zur Stabilisierung auf der Grundlage eindeutiger Prioritäten erfolgen. Vor allem auf europäischer Ebene wurde in den vergangenen Jahren keine kohärente Linie verfolgt. Stattdessen wurde die Prioritätensetzung immer wieder durch Ereignisse geändert, die durch außereuropäische Akteure gesteuert und von Europa kaum zu beeinflussen waren: von der Unterstützung der Revolution in der Frühphase (2011) über das Ziel, den Diktator Baschar al-Assad zu stürzen (2013) bis hin zu der politischen Notwendigkeit (seit 2015), die Flüchtlingszahlen möglichst klein zu halten.

Diplomatisches Engagement

Aufbauend auf ihrer Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik beschreibt die EU in ihrer Syrien-Strategie von 2017 den Traum eines demokratischen, vielfältigen, inklusiven, sicheren und stabilen Staates. Diesem Ziel will die EU näherkommen, indem sie die Bemühungen der Vereinten Nationen für eine

dauerhafte politische Lösung, die in Einklang mit der UN-Resolution 2254 steht, in Syrien unterstützt. Ein politischer, alle Seiten einbeziehender Übergangs- und Aussöhnungsprozess soll den Weg zu einem friedlichen, einheitlichen und föderalen Syrien ebnen. Die beschriebenen Maßnahmen sind äußerst vielfältig. Sie betreffen jedoch vor allem den Wiederaufbau, womit sie nicht unbedingt lückenlos an die reale Lage in Syrien anknüpfen.

Doch Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Und weder die von den UN organisierten Genfer Gespräche noch der von Moskau, Teheran und Ankara angestoßene Astana-Prozess haben diese Wirklichkeit im Sinne der EU-Strategie maßgeblich verändert. Vielmehr hat das syrische Regime mit russischer und iranischer Hilfe den Konflikt in weiten Teilen zu seinen Gunsten entschieden. Gleichzeitig ist im Land eine kontrollierte Eskalation zwischen Israel und dem Iran zu beobachten, die erhöhtes Spannungspotenzial besitzt. Die Türkei hält an ihrer Einflusszone in Afrin und ihren Beobachterposten in der Provinz Idlib fest; die USA tun dasselbe östlich des Euphrats.

Es wird also auf europäischer Ebene zuvörderst ein gemeinsamer und mit entsprechenden Fähigkeiten unterfütterter Plan benötigt, um überhaupt den Weg zu einem politischen Prozess zu bereiten. Erst im Anschluss können große Teile der bereits existierenden Strategie implementiert werden. Was genau kann Deutschland beitragen, und wie lässt sich die Lücke zwischen der EU-Strategie

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit

terie und der Wirklichkeit in Syrien schließen?

Die Bundesregierung pflegt den politischen Dialog mit allen beteiligten Kräften und unterstützt den UN-Sondergesandten Staffan de Mistura nach Kräften durch die Abordnung von

Personal, die Bereitstellung technischer Expertise und die politische Flankierung seiner Bemühungen. Diese Bemühungen alleine sind jedoch, wie

sich in der Vergangenheit gezeigt hat, längst nicht ausreichend. De Mistura wurde seit zwei Jahren nicht mehr in Syrien empfangen, und eine Reaktivierung des Genfer Prozesses unter Einbezug der Opposition ist derzeit nicht absehbar.

Vielmehr müssen die Staaten der EU gemeinsam die Frage beantworten, wie sie die Öffnung eines Zeitfensters für die Neuintiierung des politischen Prozesses erwirken können. Wer vorausschauende Diplomatie betreibt, muss jetzt versuchen, Einfluss auf das Kosten-Nutzen-Kalkül der Beteiligten zu nehmen, die ein Interesse an der Fortführung des Konflikts haben bzw. auf eine Ausweitung ihres Einflussbereichs hoffen. Europa wird sein Gewicht nur dann in die Waagschale werfen können, wenn sämtliche diplomatische Initiativen nicht nur untereinander abgestimmt, sondern auch in Gänze gemeinsam vollzogen werden.

Mit Moskau und Teheran umgehen

Wie kann Brüssel vor allem Russland und dem Iran diplomatisch begegnen? Eine gemeinsame Linie gegenüber dem Kreml krankt bisher vor allem an den unterschiedlichen Perspektiven der EU-Mitglieder gegenüber

der russischen Rolle in Syrien. Hier muss auch Deutschland stärker Kompromisse eingehen und zwischen den Partnern vermitteln. Einerseits gibt es klare Differenzen mit Moskau, was die Zukunft des syrischen Regimes betrifft. Russland unterstützt das Regime maßgeblich durch seine Luftangriffe und Zwangsevakuierungen à la „humanitärer Korridor“. Andererseits sind die russischen Versuche zur Restrukturierung der syrischen Armee wenig erfolgreich, und auch auf diplomatischem Parkett zeigt sich der schleichende Machtverlust Russlands gegenüber Assad.

Präsident Wladimir Putin hat ein langfristiges Interesse, sein Engagement zu reduzieren, aber die beiden russischen Militärbasen in Tartus und Latakia zu behalten. Die Sicherung dieser Basen wird allerdings nur dann gelingen, wenn kein Guerillakrieg marginalisierter Gruppen die Kosten des russischen Engagements in die Höhe treibt. Insofern existiert mit dem Kreml eine nicht genutzte Interessenüberschneidung der Stabilisierung, die allerdings erst noch durch einen Dialog zu den konkreten Übergangsschritten verwirklicht werden muss. Im Sinne von pragmatischer Diplomatie sollte Europa – mit geeinter Stimme – Russland stärker die eigenen Bedingungen für Hilfe zum Wiederaufbau Syriens vorlegen.

Auf den Iran lässt sich zugegebenermaßen nur schwer politischer Druck ausüben, seit die USA das Atomabkommen JCPOA aufgekündigt haben. Dennoch wäre es wünschenswert, dass sich die europäischen Außenminister auf wiederkehrende gemeinsame Reisen einigen, statt immer einzeln vorzusprechen. So könnten sie sich dafür einsetzen,

Auch der Kreml hat ein Interesse an der Stabilisierung Syriens

Bild nur in Printausgabe verfügbar

die Ergebnisse des Astana-Prozesses und des Genfer Formats durch einen gemeinsamen Mechanismus zusammenzuführen. Schon im Laufe der jahrelangen Atomverhandlungen mit dem Iran, bei denen die EU und Deutschland eine entscheidende Rolle gespielt haben, wurde klar, dass die europäischen Mächte nur in absoluter Gemeinsamkeit wirksam Druck ausüben können – und dazu noch einen sehr langen Atem benötigen.

Hemmschuh Assad

Der größte Hemmschuh für den Neustart des politischen Prozesses ist allerdings Assad selbst. Solange Damaskus in weiten Teilen des Landes die militärische Oberhand hat, sieht Assad keinen Anlass, eine politische Lösung zu akzeptieren. Allerdings könnte sich seine Bereitschaft dazu perspektivisch vergrößern, wenn sich die regimetreuen Bevölkerungsteile in einer Post-Konflikt-Phase nicht mehr so sehr um das Überleben sorgen, son-

dern Ansprüche wie sauberes Wasser, Infrastruktur, Stromversorgung, ein funktionierendes Gesundheitssystem usw. stellen. Bei Gesprächen zwischen Wissenschaftlern, religiösen und gesellschaftlichen Führungspersönlichkeiten, die allerdings nicht Teil des Regimes sind, sowie Vertretern der Zivilgesellschaft und Oppositionellen muss von europäischer Seite ausgelotet werden, ob und wann sich ein Momentum für die effektive Wiederbelebung des politischen Prozesses herausbildet.

Überschätzt sich die EU politisch, wenn sie eine stärkere Rolle beansprucht, obwohl sie in der aktuellen Lage mehr Zaungast als Gestalterin von Politik ist? Nicht unbedingt, denn der Wiederaufbau Syriens kann nur mit europäischen Geldern stattfinden. Das syrische Regime ist auch mit russischer und iranischer Hilfe dazu nicht in der Lage.

Neben ihren ökonomischen und entwicklungspolitischen Kapazitäten

Ein deutsches Ziel: die Rückkehr von geflohenen Syrern

ist die Möglichkeit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Syrien das letzte Mittel, das den EU-Staaten zur Verfügung steht, um eine politische Lösung und einen Friedens- und Aussöhnungsprozess einzufordern. Die Anerkennung einer legitimen syrischen Regierung muss daran gekoppelt werden, dass sie vollständigen humanitären Zugang gewährt und NGOs wie staatliche Entwicklungsorganisationen unbehindert arbeiten lässt. Es ist von größter Wichtigkeit, dass wir uns nicht von den militärischen Fakten in Syrien erpressen lassen und unsere beiden letzten verbliebenen Mittel vorschnell aus der Hand geben.

Humanitäre Hilfe und Entwicklung

In Syrien herrscht die weltweit größte humanitäre Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Über 13 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die immensen Hilfsmaßnahmen der EU und insbesondere Deutschlands umfassen neben Maßnahmen innerhalb Syriens auch Hilfe für Flüchtlinge und Aufnahmestaaten in der Region, schwerpunktmäßig im Libanon und Irak, in der Türkei und Jordanien. Diese erfolgen vor allem über die Mittelausstattung von UN-Organisationen wie WFP, UNHCR und UNRWA, aber auch über IKRK, DRK und humanitäre NGOs.

Mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro für Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ist Deutschland unter den größten Gebern in der Welt. Die entwicklungspolitischen Vorhaben werden von der GIZ, KfW, NGOs und UN-Organisationen umgesetzt und

hauptsächlich über syrische NGOs implementiert. Es werden alle verfügbaren Zugangsmöglichkeiten genutzt („Whole of Syria“-Ansatz), das heißt die Implementierung findet grenzüberschreitend statt, beispielsweise von Gaziantep, Beirut und Amman aus, aber auch über die Konfliktlinien hinweg. Außerdem ist die Unterstützung multiethnisch und multikonfessionell ausgerichtet.

Das deutsche Engagement steht auf zwei Säulen: Erstens werden stabilisierende Vorhaben in den syrischen Oppositionsgebieten zur Stärkung der lokalen Verwaltungsstrukturen und zur Versorgung der Menschen finanziert. Hier ist eine verstärkte EU-Abstimmung äußerst wichtig, denn eines unserer Ziele ist die Rückkehr von geflohenen Syrern, selbst wenn fehlende russische und iranische Sicherheitsgarantien und das jüngste syrische Enteignungsgesetz für im Ausland befindliche Syrer dies auf absehbare Zeit verhindern. Zweitens werden Projekte verschiedener UN-Organisationen wie UNDP, UNICEF und UN Habitat in ganz Syrien unterstützt, wobei es vor allem um die Finanzierung der Bedarfe geht, die im UN-Hilfsaufruf für Syrien benannt wurden.

Damit ist ein Zielkonflikt zwischen einer sozial und politisch inklusiven Entwicklung, die helfen würde, künftige Krisen zu verhüten, und der kurz- und mittelfristigen Stabilisierung des Landes vorprogrammiert. Außerdem spricht die Höhe des finanziellen Aufwands eher für die Prominenz des Flüchtlingsthemas in der Gebergesellschaft als für die Existenz einer kohärenten Regionalstrategie, die nicht nur Ziele definiert, sondern auch ihre mannigfaltigen Inst-

rumente systematisch nutzt. Immerhin existiert zumindest auf EU-Ebene in der *Syrien-Strategie von 2017* ein ausdifferenzierter Plan für die unterschiedlichen Wiederaufbauleistungen für den Fall einer politischen Lösung des Konflikts.

Zu einer europäischen Gesamtstrategie gehört allerdings eine Einigung, wie genau mithilfe dieser Leistungen vermehrt Druck ausgeübt werden kann – in einer Zeit, in der der Konflikt grundsätzlich entschieden, der Frieden aber alles andere als gewonnen ist.

Sicherheits-Engagement

Im Gegensatz zur humanitären und entwicklungspolitischen Unterstützung entfaltet das deutsche militärische Engagement keine größere Wirkung. Dies hat unterschiedliche Gründe, die vor allem in der Komplexität der Situation und dem hohen militärischen Einsatz anderer Akteure zu suchen sind.

Einerseits setzt Deutschland gemessen an der begrenzten Befähigung seiner Streitkräfte viel daran, sich umfassender zu engagieren. So ist die Bundeswehr in den syrischen Anrainerstaaten durch die „*Operation Counter-Daesh*“ (zur Bekämpfung des so genannten Islamischen Staates), die Ausbildungsunterstützung im Irak und ihren Beitrag zu UNIFIL eingebunden. Auf diese Weise will sie verhindern, dass sich ein weiterer Krisenbogen um Syrien herum bildet. Eine Vielzahl an zwischen den zuständigen Ressorts abgestimmten Projekten im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative ergänzen die Einsätze im Irak und in Jordanien.

Andererseits bildet Deutschland weder genügend Fähigkeiten auf na-

tionaler Ebene heraus, um diese Mandate realitätsgerecht auszuweiten, noch werden die Fähigkeiten auf europäischer Ebene konsequent zusammengeführt, um den hochgesteckten Zielen näher zu kommen. Rhetorik und Praxis klaffen bisher zu weit auseinander. Dies bedeutet auch, dass bei den Missionen nicht gänzlich ersichtlich wird, inwiefern sie die notwendigen Einzelbausteine für eine erfolgsversprechende europäische Gesamtstrategie sind. Zuweilen können sie gar als Stückwerk internationaler Verpflichtungen erscheinen, die man im Nachhinein versucht, einer auf Minimalkonsens beruhenden Strategie zuzuordnen.

Die Ad-hoc-Koalition, die im Rahmen des Anti-IS-Mandats gebildet wurde, müsste durch einen schrittweisen Ausbau integrierter EU-Planungs- und Führungsstrukturen erweitert werden. Im Rahmen dieser Strukturen würden dann die gemeinsamen Fähigkeiten zur Friedenssicherung eingesetzt – mit spezifischen Beiträgen beispielsweise zur Kampfmittelräumung und Grenzsicherung. Das wäre dann eine konkrete Ableitung aus den deutsch-französischen Bemühungen gemeinsamer PESCO-Projekte und einer echten Europäischen Verteidigungsunion. Auf diese Weise könnten zudem frühzeitig Zielkonflikte bereinigt und bilaterale Maßnahmen koordiniert werden. Auch zu einem möglichen UN-Mandat könnte Europa auf diese Weise beitragen.

Der Syrien-Konflikt sollte zudem Anlass sein, über eine Reform der europäischen Krisenmanagement-Strukturen nachzudenken. Mit

Missionen in der Region strategisch verbinden

Bleibt der EU in Syrien nur die Macht der warmen Worte?

der Etablierung eines Sicherheitsrats der EU beispielsweise, der mit qualifizierter Mehrheit entscheidet, ließe sich eine größere strategische Autonomie erzielen. Zur Wahrung europäischer Interessen könnten dann diplomatische und humanitäre Initiativen robust und glaubwürdig mit der

Europäischen Interventionsinitiative über die EU Battle Groups beispielsweise zur Sicherung humanitärer Konvois unterfüttert werden. Diese Europäische Interventionsinitiative gilt es aber noch in die bisherige Struktur der gemeinsamen verteidigungspolitischen Zusammenarbeit einzupflegen. Denn bei der Unterfütterung durch die Interventionsinitiative muss die europäische Verteidigungsunion die Grundlage sein, auf der gemeinsames strategisches Handeln im Einsatz verwirklicht werden kann.

Das Erodieren von Normen

Während gerade das deutsche Engagement für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in Syrien bedeutender ist als gemeinhin wahrgenommen, führt angesichts des seit sieben Jahren anhaltenden Konflikts kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die EU mit einer politischen Lösung bisher gescheitert ist.

Einer der Faktoren betrifft die hier analysierte Unfähigkeit der europäischen Staaten, diplomatisch, entwicklungs- und sicherheitspolitisch an einem Strang zu ziehen. Ferner müssen wir selbstverständlich auf nationaler und europäischer Ebene auf die Herausbildung derjenigen Fähigkeiten – politisch und militärisch – pochen, die wir für die Um-

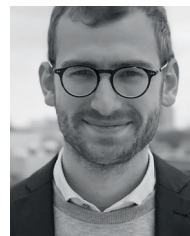
setzung einer gemeinsamen Strategie benötigen. Andernfalls bleibt der EU zur Begrenzung dieses verheerenden Konflikts lediglich die Macht der warmen Worte.

Eines dürfen wir nicht vergessen: Für die deutsche und europäische Außenpolitik steht mehr auf dem Spiel als der Wiederaufbau Syriens und die Stabilisierung der Region. Der syrische Bürgerkrieg ist ein Testfall für außenpolitische Glaubwürdigkeit und die Geltung internationaler Normen – spätestens seit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in diesem Jahr (ähnlich wie 2013 der damalige US-Präsident Barack Obama) den Einsatz von Chemiewaffen zu „roten Linien“ erklärt hat.

Die bislang eher symbolischen Reaktionen auf die Übertretung dieser Linien setzen verheerende Präzedenzfälle und sind vor allem Ausdruck der außenpolitischen Hilfslosigkeit gegenüber einem vom Iran und von Russland gestützten syrischen Regime.



Roderich Kiesewetter, MdB, ist Obmann für Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion.



Stefan Scheller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Roderich Kiesewetter.

Der kommende Krieg

In der Konfrontation mit dem Iran hat Israel neue Verbündete

Silke Mertins | **Israel sieht den Iran als aggressive und expansive Macht, die sich an seinen Grenzen breit macht. Erstmals kam es im Mai zu einer direkten Konfrontation zwischen den Erzfeinden. Premier Netanjahu kann aufgrund des sich ausweitenden Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten nun auf seine Verbündeten zählen: die USA und neuerdings Saudi-Arabien.**

Für ein paar Stunden hielt die Welt den Atem an. Es waren nur 20 Geschosse, die die iranischen Revolutionsgarden am 10. Mai von Syrien aus auf Israel abgefeuert hatten. Doch es war das erste Mal, dass sie es selbst taten und nicht die libanesische Schiitenmiliz Hisbollah vorschickten. Israel, höchst alarmiert, schlug umgehend und hart zurück. Die Luftwaffe bombardierte mit 28 Kampffliegern nahezu alle iranischen Militäreinrichtungen in Syrien. Es war die erste direkte Konfrontation der beiden Regionalmächte des Nahen und Mittleren Ostens, die einander als Erzfeinde und Bedrohung empfinden.

Eine militärische Eskalation ist schon oft prophezeit worden. Bereits vor 13 Jahren titelte der *Spiegel* „Der nächste Krieg?“⁴ Dutzende Experten und Journalisten fürchten seit mindestens 15 Jahren, dass Israel Atomanlagen im Iran bombardieren könnte, um zu verhindern, dass das Mullah-Regime es schafft, eine Atombombe zu entwickeln. 2002 war bekannt

geworden, dass der Iran Atomanlagen in Natanz und Arak vor den Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) verheimlicht hatte. Schon 2005 sagte Mohammed El Baradei, damaliger Chef der IAEO, über die Möglichkeit einer iranischen Atombombe: „Sie haben ohne Zweifel das Know-how und die industrielle Infrastruktur.“

Derzeit haben wir es nicht nur mit einer neuen Runde der üblichen Bedrohungsszenarien zu tun. Die politischen Rahmenbedingungen sind heute völlig anders als noch vor wenigen Jahren. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern dominierte über Jahrzehnte die Wahrnehmung; es war immer Israel gegen den Rest der Region. Wie unvollständig diese Analyse war, hat sich erst in den vergangenen sieben Jahren gezeigt. Die Aufstände in den arabischen Ländern und vor allem der Krieg in Syrien haben einen Konflikt neu aufblenden lassen, der seit Jahrhunderten schwelt: der zwischen Schiiten,

als deren Schutzmacht der Iran sich sieht, und den Sunniten, die zu verteidigen Saudi-Arabien vorgibt. Diese Konfrontation ist so brutal und hat inzwischen so viele Opfer gefordert – mindestens eine halbe Million Tote allein in Syrien –, dass der Nahost-Konflikt im Vergleich fast schon als gemäßigt erscheint.

Israel ist nicht mehr der Hauptfeind

Hisbollah-Milizen geben längst offen zu, dass für sie die Bedrohung durch sunnitische Extremisten, die dem IS oder Al-Kaida nahe stehen, größer sei als durch den jüdischen Staat. Israel ist nicht mehr der Hauptfeind.

„Für mich ist der Kampf in Syrien wichtiger“, sagt ein Hisbollah-Kommandeur mit dem Kampfnamen Abu Dschihad. Die sunnitischen Gotteskrieger „sind die Feinde unserer Religion, sie sind gegen jeden, sie schlachten jeden ab, sie sind schlimmer als die Israelis.“ Um zu verhindern, dass sie auch in den Libanon kämen und die Schiiten dort angriffen, bliebe ihnen nichts anderes übrig, als sie in Syrien zu bekämpfen. Es sei eine Art Präventivschlag zur eigenen Verteidigung. Wer hätte je gedacht, dass ein Hisbollah-Kämpfer einmal so über Israel reden würde?

Saudi-Arabien sieht das ähnlich, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen. Der starke Mann im Königreich, Kronprinz Mohammed bin Salman, empfindet Israel auch nicht mehr als Inbegriff des Bösen wie noch vor einigen Jahren üblich. Eine zarte, aber nicht zu übersehende Annäherung zwischen den beiden theoretisch verfeindeten Staaten ist in vollem Gange. Es hilft, dass sie denselben Feind ha-

ben: den Iran. Die Regierungen in Jerusalem und Riad wollen gleichermaßen verhindern, dass Teheran seinen Einfluss in der Region ausweitet und es den Iranern gelingt, eine Atombombe zu entwickeln. Beide halten nichts von dem Atomabkommen, das Trump jüngst ohne Not aufgekündigt hat. Kein Zweifel: Sollte Israel die iranischen Atomanlagen attackieren, Saudi-Arabien würde das, direkt oder indirekt, unterstützen. Es scheint nicht einmal mehr ausgeschlossen, dass sie gemeinsame Sache machen könnten.

Saudi-Arabien führt nicht nur in Jemen und in Syrien bereits Stellvertreterkriege gegen den Iran. Der junge Kronprinz hat 2017 sogar den Bruderstaat Katar von heute auf morgen zum Paria erklärt und komplett isoliert, weil das Golf-Emirat gute Beziehungen zu Teheran unterhält. Jüngst hat der Bannstrahl aus Riad auch die deutsche Wirtschaft getroffen. Deutsche Unternehmen sollen bei der Auftragsvergabe nicht mehr berücksichtigt werden, vor allem weil Berlin das Atomabkommen mit dem Iran verteidigt und aufrechterhalten will.

In Israel regiert ein Mann, der den Iran schon immer als Hauptfeind und den israelisch-arabischen Konflikt als Nebenkriegsschauplatz angesehen hat. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu warnt die Welt seit seiner ersten Legislaturperiode als Regierungschef in den neunziger Jahren vor dem Iran. „Heute sehen wir, dass er richtig lag“, sagt Zvi Hauser, viele Jahre Netanjahus Kabinettsminister, Medienberater und Vertrauter. „Wenn der Iran es schafft, eine Atombombe zu entwickeln, wird Saudi-Arabien gleichziehen wollen und ebenso die Türkei und Ägypten.“ Diese instabile Region wäre dann mit technolo-

Heute bekämpfen sich Sunniten und Schiiten bis aufs Blut

Bild nur in Printausgabe verfügbar

gischen Waffen des 21. Jahrhunderts ausgestattet, die die Welt zerstören könnten. „Deswegen ist es das Wichtigste im Moment, sich auf den Iran zu fokussieren“, so Hauser.

Unter fokussieren versteht Netanjahu allerdings nicht nur diplomatische Aktivitäten und die theatrale Enthüllung von Regalen mit Geheimdienstmaterial zum Iran. Der Likud-Chef betont immer wieder, dass es mit den Staaten der Region in ihrem jetzigen undemokratischen und unreformierten Zustand keinen echten Frieden geben könne. Deshalb müsse Israel auf Abschreckung setzen. „In absehbarer Zukunft ist der einzige Frieden in der Region unter den Arabern selbst sowie zwischen Arabern und Juden ein Frieden der Abschreckung“, schrieb er in seinem vor 25 Jahren erschienenen Buch „A Place Among the Nations“, eine Art politisches Manifest des rechtskonservativen Politikers. Heute gilt dies für ihn mehr denn je.

Netanjahu vertritt in der Iran-Frage aber keine explizit rechtslastige Position. Die große Mehrheit der Israelis teilt seine Einschätzung und fürchtet nichts so sehr wie das Mullah-Regime. Die ständigen Vernichtungsdrohungen, die Rufe „Tod Israel“ und „Tod Amerika“ gehören zum Standardrepertoire jeder staatlich gelenkten Veranstaltung. Israel wird als „Krebsgeschwür“ bezeichnet, das es zu entfernen gelte. Erst Mitte Mai drohte ein einflussreicher Ajatollah, Ahmad Chatami, beim zentralen Freitagsgebet in Teheran, die israelischen Städte Tel Aviv und Haifa auszulöschen. Eine Nation, die bereits einen Genozid erlitten hat, muss solche Drohungen zwangsläufig ernst nehmen.

Israel ist ein winziges Land. Selbst wenn man die besetzten Gebiete mitzählt, ist der Iran 55 Mal größer. Eine einzige Atombombe würde reichen, um das Land komplett zu zerstören. Ein Gegenschlag wäre dann unmöglich. Deshalb kann man sich aus is-

raelischer Sicht keinen Fehler leisten und kein Risiko eingehen.

Die Regierung in Jerusalem sieht den Iran als aggressive und expansive Macht, die sich an ihren Grenzen breit macht: Im Norden durch den Verbündeten Hisbollah, im Gaza-Streifen

durch die Hamas, die – obwohl sunnitisch – mit Teheran ein Zweckbündnis eingegangen ist (das ihrem Image übrigens in dem Maße schadet, wie

der sunnitisch-schiitische Konflikt sich ausweitet), und nun auch noch iranische Stellungen in Syrien. Dass der Feind immer näher kommt und die direkte Konfrontation sucht, wollen weder das Militär noch die Politik hinnehmen.

Iranische Ängste

Die Iraner dagegen sehen sich zu Unrecht als Aggressoren gebrandmarkt. Sie argumentieren: Haben wir jemals einen Krieg angefangen? War es nicht der irakische Diktator Saddam Hussein, der uns 1980 überfallen und in einen achtjährigen Krieg gezwungen hat? Haben wir jemals einen Regimewechsel erzwungen? War es nicht die CIA, die den 1951 gewählten Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh stürzte, weil er die Ölindustrie verstaatlichen wollte und anschließend den verhassten und unterdrückerischen Schah wieder einsetzte? Und wie glaubwürdig sind die Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten, wenn der Westen gleichzeitig Saudi-Arabien hofiert, ein Land, das den Dschihadismus weltweit gefördert hat?

Vor allem finden es die Iraner ungerecht, wie sich die Weltgemeinschaft zum Atomprogramm verhält.

Es geht nicht nur darum, dass der Iran das 2015 geschlossene Atomabkommen eingehalten hat und nun trotzdem bestraft wird. Es geht auch um Grundsätzliches wie um die Ungleichbehandlung, die der Atomwaffensperrvertrag (NVV) vorsieht: Nur die fünf Atommächte dürfen nukleare Waffen besitzen. Natürlich weiß man auch im Iran, dass der NVV ein globales Wettrüsten verhindern soll. Und er verpflichtet auch die Atommächte zur Abrüstung; doch dieser Verpflichtung sind sie nicht nur nicht nachgekommen, sie haben teilweise ihre Arsenale sogar noch modernisiert.

Hinzu kommt, dass die Staaten, die den NVV unterschrieben haben, benachteiligt sind gegenüber jenen, die sich multilateralen Regeln entziehen. Allen voran: Israel. Der jüdische Staat besitzt Atomwaffen, auch wenn er es nicht offiziell bestätigt hat. Er hat zwar nie damit gedroht, andere Staaten auszulöschen oder auch nur, diese Waffen einzusetzen. Dennoch stört es Teheran ungemein, in diesem Punkt dem Erzfeind unterlegen zu sein. Denn in der eigenen Wahrnehmung fühlt sich der Iran bedroht – von der sunnitischen Mehrheit in der islamischen Welt, von den dschihadistischen Terrorgruppen IS und Al-Kaida, für die Schiiten schlimmer sind als Ungläubige, sowie von den USA und natürlich von Israel.

Tatsächlich sind die iranischen Ängste nicht ganz unbegründet. Besonders in Washington strebt man unverhohlen einen Regimewechsel an. Und in dem aufgekündigten Atomabkommen steckt enorm viel Eskalationspotenzial. Gelingt es den Europäern nicht, die von den USA angekündigten „härtesten Sanktionen aller

Auch der Iran fühlt sich von vielen Seiten ernsthaft bedroht

Zeiten“ abzumildern, könnte auch Teheran den Deal platzen lassen, vielleicht sogar aus dem NVV austreten. Einer ungebremsen Urananreicherung stünde dann nichts mehr im Wege. Angekündigt hat Teheran es bereits, und Israel hat prompt mit Angriffen gedroht.

Selten war die Wahrscheinlichkeit eines Militärschlags gegen das iranische Atomprogramm größer als heute. Israel wird eine ständige Militärpräsenz der Revolutionsgarden in Syrien, unweit der eigenen Grenze, nicht dulden; ebenso wenig die Produktion von hochangereichertem, waffenfähigem Uran. Gleichzeitig hat Netanjahu erstmals seit Langem die USA auf seiner Seite und auch einen Teil der sunnitischen Staaten, allen voran Saudi-Arabien. Eine vereinte Front gegen den Iran – eine solche Konstellation hat es bisher noch nicht gegeben. Netanjahu könnte es als einmalige historische Chance sehen anzugreifen und das iranische Atomprogramm ein für allemal auszuschalten. Schließlich ist Israel genau das auch schon einmal im Irak gelungen: 1981 zerstörte seine Luftwaffe den Osirak-Reaktor und damit das Nuklearprogramm Saddam Husseins.

Im Fall des Iran hat Israel jedoch ein Problem, das zu lösen den Generälen, nach allem, was man weiß, bisher nicht gelungen ist. Eine der beiden wichtigsten iranischen Atomanlagen zur Urananreicherung liegt unterirdisch: Fordo, etwa zwei Autostunden von der Hauptstadt entfernt. Die Anlage, die bis 2009 verheimlicht wurde, haben die Iraner 80 Meter tief in einen Berg hineingebaut. Selbst bunkerbrechende Waffen könnten sie Experten zufolge wahrscheinlich nicht komplett vernichten, höchstens die

Zugänge zerstören, um das Programm eine Zeitlang zurückzuwerfen.

So oder so scheint es sehr schwierig, eine nukleare Bewaffnung des Iran abzuwenden, solange der Wille und das Know-how vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, warum aus amerikanischer Sicht ein Regimewechsel so attraktiv erscheint. Und genau aus demselben Grund würde das Mullah-Regime gerne in der Lage sein, sich nuklear zu bewaffnen oder sich binnen kurzer Zeit bewaffnen zu können. Zu den Atommächten zu gehören, dem Club der Unantastbaren, wäre eine äußerst zuverlässige Lebensversicherung.

Israel, die Heim- und Zufluchtsstätte der Juden in aller Welt, wird unter keinen Umständen zulassen, dass auch nur die Gefahr eines neuen Völkermords entsteht. Netanjahus Besuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Juni hat bei allen Differenzen klar gemacht, dass man sich in diesem Punkt einig ist – im Streit um das Atomabkommens geht es lediglich darum, ob es der richtige Weg zum gemeinsamen Ziel ist.

Deutschland und Europa könnten schnell unter Zugzwang geraten, wenn es um das Überleben Israels geht. Der Krieg gegen den Iran, über den seit Jahren geredet wird, könnte nun tatsächlich kommen.

Erstmals gibt es eine vereinte Front gegen Teheran



Silke Mertins

befasst sich seit 25 Jahren mit dem Nahen Osten und war langjährige Korrespondentin für die *NZZ am Sonntag* und die *Financial Times Deutschland*.

Umbruch am Tigris

Die Iraker wählen Veränderung und junge Köpfe

Birgit Svensson | **Ein schiitischer Prediger gewinnt in einer Allianz mit den Kommunisten, auf Platz zwei landet eine ebenfalls neu gegründete Schiitenmiliz: Die ersten Wahlen im Irak nach dem Sieg über den IS haben eine komplizierte Gemengelage ergeben. Für die Zukunft ist nur eines klar: Das Establishment ist abgewählt – und für die Kurden brechen schwere Zeiten an.**

Die Parlamentswahlen im Irak haben Rosch Nuri Schaways' Lebenswerk zerstört. „Nur wenn wir Kurden uns einig sind, können wir stark sein“, hatte er jahraus, jahrein gepredigt, wenn er wieder einmal als Königsmacher in Bagdad gefragt war.

Seit 2005 hat der 71-jährige Kurde alle Regierungskoalitionen mitverhandelt, war Vizepräsident und drei Mal stellvertretender Ministerpräsident des Irak. Er war stets der Strippenzieher im Hintergrund, ein einflussreicher und gewiefter Taktiker. Regierungschef Ibrahim al-Jaafari (2005/06) sagte einmal über ihn, Rosch sei der einzige kurdische Politiker, der den ganzen Irak und nicht nur die kurdischen Autonomiegebiete im Blick habe. Doch nun sind die Kurden zerstritten und so schwach wie nie seit dem Sturz Saddam Husseins 2003.

In Schaways Haus im amerikanischen Dorf außerhalb der Kurdenmetropole Erbil hängen Drucke von Monet und Renoir, es gibt Filterkaffee und Nusskuchen. Er habe schon

lange nicht mehr Deutsch gesprochen, entschuldigt der in den frühen siebziger Jahren im thüringischen Ilmenau promovierte Elektroingenieur seine Suche nach Worten. 1979 kehrte er in den Irak zurück, wurde Präsident des kurdischen Regionalparlaments und musste erleben, wie die Kurdenführer Dschalal Talabani und Masud Barzani Krieg gegeneinander führten. Als Saddam Hussein nicht mehr Präsident war, beschlossen die Kurden die Aussöhnung miteinander und mit dem Irak. Seitdem sprachen sie mit einer Stimme in Bagdad, prägten die Verfassung maßgeblich mit, stellten Minister und den ersten kurdischen Staatspräsidenten in der Geschichte des Landes. Ohne die Kurden ging in der irakischen Politik nichts mehr. Das ist nun vorbei.

Der Prediger und die Kommunisten

Bei den Parlamentswahlen am 12. Mai verloren die Kurden massiv an Stimmen – anstatt 72 Sitze erhielten sie nurmehr 63. Eine ganze Woche hat-

te es gedauert, bis die Endergebnisse der Wahlen offiziell bekannt gegeben wurden. Das neue elektronische Wahlsystem funktionierte nicht überall. Manche konnten die komplizierten Maschinen nicht bedienen, manchmal fielen sie mangels Strom aus. Die Wähler mussten nämlich kein Häkchen mehr an die gewünschte Partei oder den gewünschten Kandidaten kritzeln, sondern ihnen einen Stempel aufdrücken.

Die Wahlzettel wurden danach in eine Maschine gefüllt, in der die Stimmen gezählt und an einen Zentralcomputer weitergeleitet werden sollten. Doch das klappte nicht überall – vor allem nicht in Kurdistan und auch nicht in Kirkuk. Dort musste wie eh und je von Hand ausgezählt werden. Jetzt wird von Wahlfälschung im großen Stil gesprochen und davon, dass in einigen Provinzen nochmals gewählt werden solle. Die Regierung in Bagdad will den Obersten Gerichtshof darüber entscheiden lassen. Am 1. Juli tritt das alte Parlament zu seiner letzten Sitzung zusammen, um dann den neuen Abgeordneten Platz zu machen, wenn der Oberste Gerichtshof die Ergebnisse als bindend erachtet.

Am Sieg Moktada al-Sadr dürfte es aber nichts ändern. Der schiitische Prediger stand schon nach den Zwischenergebnissen zusammen mit den Kommunisten als Gewinner fest. Der Abstand ihres gemeinsamen Bündnisses Sa'irun (Vormarsch) zu den anderen ist nicht mehr aufzuholen. Doch bei Platz zwei und drei wurde es spannend. Mal lag Premierminister Haider al-Abadi mit seiner Siegesallianz vorne, mal die Liste Fatah (Eroberung) der Schiitenmilizen Hashid al-Shabi.

Im Endergebnis wurde Abadi dritter, Fatah zweiter. Und das ist be-

merkwürdig. Denn sowohl Sa'irun als auch Fatah sind neue Allianzen, die in Reaktion auf die Gewaltherrschaft der Terrormiliz IS entstanden sind. Die Wähler haben ein deutliches Zeichen gesetzt: Sie wollen Veränderung, Wechsel, Schluss mit dem Alten. Deshalb hat Abadi nicht gesiegt. Er hatte zu viele Kandidaten des alten, verhassten Establishments in seinen Reihen. Und deshalb haben auch die Kurden an Stimmen eingebüßt. Diejenigen, die zur Wahl gingen, wählten Veränderung, die anderen blieben zuhause. Vor allem junge Iraker trieb es an die Urnen, derweil insgesamt die Wahlbeteiligung mit 44,5 Prozent historisch niedrig war.

Gewählt wurden neue Parteien und junge Köpfe. Der Irak wird ein junges Parlament bekommen. Doch die beiden Neuen in der politischen Landschaft – Sa'irun und Fatah – könnten kontroverser nicht sein. Während Sa'irun-Chef Moktada al-Sadr auf Distanz zum Iran geht und im Vorfeld der Wahlen sogar ins sunnitische Kernland Saudi-Arabien reiste, ist die Fatah ein Gewächs Teherans. Ihr Chef, Hadi al-Amiri, führte die Schiitenmilizen gegen den IS an und war zuvor Anführer der Badr-Organisation, einer von Exil-irakern zu Zeiten Saddam Husseins in Teheran gegründeten Miliz.

Kampf gegen IS und Korruption

Nach dem Sturz Saddam Husseins kam Badr mit etwa 10 000 Kämpfern in den Irak und gewann seither beständig an Einfluss. Zusammen mit den iranischen Al-Quds-Brigaden, den militärischen Spezialeinheiten für ausländische Einsätze, be-

Vor allem junge Iraker hat es an die Wahlurnen getrieben

fehligte Amiri die Rückeroberung von Saddams Heimatstadt Tikrit und war auch maßgeblich an der Befreiung Mossuls aus den Händen der Dschihadisten beteiligt.

Vor allem im Süden des Irak haben die Leute Fatah gewählt, dort, wo unzählige Särge mit toten Hashid-Kämpfern ankamen, die in den Gefechten mit dem IS ihr Leben gelassen hatten. Für sie sind die Mitglieder von Hashid al-Shabi, der Volksmobilisierungsfront gegen Daesh, wie der IS auf Arabisch heißt, Helden. Keine andere Stadt schickte so viele Freiwillige an die Front gegen das „Kalifat“ wie Basra. Und keine andere Stadt hat so tiefe Verbindungen zum Iran. Nicht umsonst wird die mittlerweile zweitgrößte Stadt des Irak im Volksmund die Provinz Teherans genannt.

Einer, dem große Nähe zum Iran nachgesagt wird, ist Karim al-Nouri. Der Schiit war bis zum Sieg über den IS einer der Sprecher der Schiitenmilizen Hashid al-Shabi, davor ein führendes Mitglied der Badr-Organisation. Er kämpfte in Samarra und auch Mossul, wehrte sich gegen Kritik von Sunniten und Kurden, als Premier Abadi entschied, Hashid als Sondereinheit direkt unter sein Kommando zu stellen.

Nouri ist stolz auf die Leistung der Hashid-Kämpfer und darauf, dass der Auftrag ausgeführt wurde, die heiligen schiitischen Stätten gegen die sunnitischen Dschihadisten zu verteidigen und den Irak vom IS-Terror zu befreien. Offen demonstriert er seine Bindung zu Teheran. Auf dem Tisch in seinem Wohnzimmer steht hinter der Bonboniere für die Gäste ein Foto von Ajatollah Khomeini. Wie Hadi al-Amiri, der Vorsitzende

von Hashid, zog auch Karim al-Nouri seine Uniform aus und ging in die Politik, wurde Mitbegründer der Fatah-Partei, die nun den zweiten Platz bei den Wahlen belegt.

„Wir haben den Kampf gegen den IS gewonnen, nun kämpfen wir gegen die Korruption im Land“, sagt er über seine Motivation, Politiker zu werden. „Ich denke aber, dass der politische Kampf gegen die Korruption gefährlicher ist als der Kampf gegen den IS, da die Terrormiliz ein offen sichtbarer Feind ist. Alle haben uns geholfen, sie zu besiegen – die internationale Gemeinschaft, die Nachbarländer. Doch die Korruption geht tief ins Innere des Landes, in die Gesellschaft, die Parteien. Aber wir schaffen das!“, glaubt al-Nouri.

Zerwürfnis der Kurden

Die Regierungsbildung dürfte sich indes als schwierig erweisen, denn keine der drei stärksten Allianzen und Gruppen konnte sich im 329 Sitze umfassenden Parlament in Bagdad eine entscheidende Vormachtstellung sichern. Sadrs Bündnis Sa'irun kam auf 54 Sitze, die Eroberungallianz Fatah auf 47 und Abadis Sieger-Liste auf 42. Die danach folgenden Allianzen und Bündnisse, etwa von Abadi-Vorgänger Nuri al-Maliki oder dem ersten Übergangspräsidenten Ijad Allawi sind unter 30 Sitzen geblieben. Die stärkste kurdische Partei (KDP) erlangte lediglich 25 Sitze.

Wer ist schuld am Zerwürfnis der Kurden untereinander? Rosch Nuri Schaways sieht vor allem die Patriotische Union Kurdistans (PUK) in der Verantwortung, die Partei Talabani, der einst irakischer Präsident war und im Oktober 2017 in Berlin starb. Sie habe ihre Machtfülle vergrößern

Im Volksmund wird Basra die Provinz Teherans genannt

wollen und sich damit verkalkuliert. Noch immer ist Talabanis Nachfolge nicht geregelt, die Partei zerfällt. Zwar gab es schon 2009 eine Abspaltung, die sich Gorran (Wandel) nennt. Vor allem junge Leute setzten große Hoffnungen in sie. Doch mittlerweile hat auch Gorran an Glaubwürdigkeit verloren, weil sie ihr Versprechen nicht eingelöst hat, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Korruption und Vetterwirtschaft, mangelnde Perspektiven für junge Leute und eine desaströse Wirtschaftslage prägen das Bild in Irakisch-Kurdistan derzeit. Die einstige Boomregion ist in die Abwärtsspirale geraten, die sich immer weiter nach unten dreht, auch wenn Optimisten sagen, dies sei jetzt gestoppt.

Die Uneinigkeit der Kurden ist jedoch nicht das einzige Problem, das den Nordosten des Irak derzeit plagt. Der fünf Jahre anhaltende Streit mit Bagdad ist mindestens ebenso zermürbend, auch wenn aufgrund der Parlamentswahlen zwischendurch Zugeständnisse gemacht wurden. Die über die kurdischen Flughäfen verhängte Luftblockade wurde aufgehoben und ein Millionenbetrag von Bagdad nach Erbil überwiesen. Allerdings sollte dieser zur Zahlung der Gehälter im Bildungs- und Gesundheitswesen verwendet werden, sprich Lehrer, Ärzte und Krankenschwestern sollten ihren über Monate ausstehenden Lohn erhalten. Doch die kurdische Regionalregierung verteilte das Geld auf alle Mitarbeiter im öffentlichen Sektor. Bagdad war erbost, und die Menschen gingen zum ersten Mal in Erbil und Dohuk gegen ihre Regionalregierung auf die Straße.

Vorher hatte es zwar schon Demonstrationen in Suleimaniya gegeben, wenn die Löhne ausblieben. Doch die

übrigen kurdischen Provinzen schienen stramm an der Seite von Kurdenpräsident Barzani zu stehen. Jetzt bröckelt die Zustimmung auch hier.

Verkalkuliert haben sich nicht nur die PUK Talabanis, sondern auch Barzani und seine KDP. Gegen alle internationalen Widerstände rief er seine Landsleute Ende September 2017 auf, für oder gegen ein unabhängiges Kurdistan zu stimmen. Im Nachhinein heißt es nun, man habe einfach den Willen der Kurden feststellen wollen, das Referendum als Anfang eines Prozesses langer Verhandlungen gesehen. Doch die knapp sechs Millionen Kurden in Irakisch-Kurdistan und die Zentralregierung in Bagdad verstanden die Volksbefragung anders und erwarteten die unmittelbare Ausrufung eines eigenständigen Staates, losgelöst von Bagdad und dem Irak.

Die Folge war ein drohender Bürgerkrieg, eine militärische Auseinandersetzung zwischen der irakischen Armee und den kurdischen Peschmerga-Kämpfern, der buchstäblich in letzter Minute verhindert werden konnte. Barzani trat als Präsident der Kurdenregion zurück, aber sonst änderte sich nichts. „Ich habe denen gesagt, dass sie sich erneuern müssen“, kommentiert Rosch Nuri Schaways die Lage der KDP, „aber ...“.

Man erwartete die Ausrufung eines Kurdenstaats



Birgit Svensson berichtet seit Jahren als freie Journalistin aus dem Irak, u.a. für *Die Welt*, *Die ZEIT* und Deutschlandradio.

Bonbons für alle

... aber Saures für Europa: Italiens neue Regierung sucht den Konflikt

Jörg Bremer | **In Rom regieren mit Matteo Salvinis rechtsradikaler Lega und Luigi Di Maios populistischer Fünf-Sterne-Bewegung zwei zuvor konträre politische Kräfte. Doch der Wille zur Macht schweißt „SalviMaio“ zusammen. Zwar ist ein Euro-Austritt vom Tisch. Aber das Kabinett von Giuseppe Conte steuert auf Kollisionskurs mit Brüssel und seinen EU-Partnern.**

Bisher ist die neue populistische „Regierung des Wandels“ in Rom nur mit markigen Worten hervorgetreten. Wird es dabei bleiben, weil es Staatspräsident Sergio Mattarella letztlich doch schaffte, aus dem fragilen Bündnis der Rechtspopulisten von der Lega und ihrer nach Weltanschauung tendenziell linken „Bewegung Fünf Sterne“ ein Kabinett des Pragmatismus zu schmieden? Oder wird das Bündnis Italien und die EU in eine Tragödie führen?

Gewiss hat Italiens 76 Jahre alter Staatspräsident all seine ihm durch die Verfassung zuerteilte Macht ausgeschöpft, um das Wahlergebnis vom 4. März in eine Regierung der Zuverlässigkeit umzuformen. Dabei musste er sich sogar dem populistischen Irrtum stellen, es sei „verfassungswidrig“, wenn nicht wie selbstverständlich der Wählerwille umgesetzt werde. Die beiden Koalitionsführer beugten sich schließlich Mattarella. Doch für politische Mäßigung stehen diese beiden sonst nicht, die von nun an als

Auftraggeber den bisher unbekanntem Regierungschef Giuseppe Conte lenken: Für die Lega sitzt ihr lombardischer Parteichef, der 45 Jahre alte Matteo Salvini als Vize-Ministerpräsident und Innenminister an der Seite des 53-jährigen Privatrechtlers Conte; für die „Bewegung Fünf Sterne“ der 31 Jahre junge Neapolitaner Luigi Di Maio als Arbeits-, Sozial- und Industrieminister.

Berlusconi's Fehlkalkulation

Salvini gilt als Sieger des drei Monate währenden Ringens um eine Regierung. Während er als Juniorpartner in einem Wahlbündnis mit dem 81 Jahre alten Ex-Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und dessen Forza Italia (FI) ins Rennen gegangen war, kam er aus den Wahlen als Stärkerer hervor. Der Politgreis hatte das neue Wahlrecht allein deshalb unterstützt, um nach den Wahlen als Partner der Sozialdemokraten (PD) unter Matteo Renzi eine Regierung gegen die Fünf Sterne einzugehen. Aber

nicht nur seine eigene Niederlage im Lega-FI-Bündnis, auch der PD-Einbruch machte das unmöglich.

Berlusconis Fehlkalkulation ist zentrale Ursache für die jetzige Regierung. Jahrzehntlang hatte Berlusconi die da noch „Lega Nord“ genannte Partei als kleineren Partner an seiner Seite; mit Lega-Gründer und „Padania“-Separatist Umberto Bossi verband ihn eine politische Partnerschaft. 2017 aber wurde dessen Nachfolger Salvini die Gründergarde um Bossi im Zuge eines Korruptionsprozesses los; der charismatische EU-Abgeordnete und EU-Gegner Salvini konnte die Lega Nord von einer „Weg-von-Rom-Partei“ in eine „Anti-EU-Bewegung“ umbauen, die des Weiteren dem „starken Russland“ unter Wladimir Putin zuneigt und Fremde, allemal Flüchtlinge aus Afrika, als Sicherheitsrisiko sieht.

Mit dieser neuen Lega verbindet viele bisherigen Lega-Wähler allerdings kaum etwas. Auch wenn die Region Lombardei und der Großraum Mailand besonders viele Flüchtlinge unterbringen müssen, so lässt sich doch dort allein mit diesem Thema kein Wahlkampf gewinnen. Vielmehr werden die drei nordischen Regionen Lombardei, Venetien und Friaul-Julisch Venetien zum Teil seit Jahrzehnten pragmatisch und erfolgreich von der Lega regiert. Der Regionalpräsident Venetiens, Luca Zaia, ist kein Populist; er wendet sich auch nicht gegen EU-Europa – wie es sein Parteichef Salvini tut –, sondern er will seine Region noch stärker mit den regionalen Nachbarn in Österreich und der Schweiz verbinden. Wohl aber sind in diesen nördlichen Regionen weiter „Weg-von-Rom“-Bewegungen stark, die sich heute frei-

lich nur noch im Rahmen der Verfassung bewegen. Der Norden Italiens ist eigentlich wirtschaftlich stark, aber er sieht sich per Steuer-, Arbeits- und Bankenrecht aus Rom gegängelt. Es gelang auch in der jüngsten Phase des kleinen Wachstums nicht, wettbewerbsfähiger zu werden. Die daraus resultierende Unzufriedenheit war der wichtigste Faktor für den Erfolg der Lega.

Womöglich bleibt mithin Salvini mit seinen populistischen Phrasen in der Lega allein. Schon kritisierte ihn sein Parteikollege, der frühere Innenminister und spätere Regionalpräsident der Lombardei, Roberto Maroni: Immigration sei ein kompliziertes Thema.

Salvini solle „Weisheit walten lassen“. Beim Antritt im Innenministerium wurde Salvini gesagt, Italien brauche zur Zurückführung von Flüchtlingen Partner in deren Heimatländern. Darum sei es wenig dienlich, zum Beispiel Tunesien zu beschimpfen. Mit seinem Tweet, Tunesien exportiere „oft und willentlich Gefängnisinsassen“, hatte Salvini gerade für diplomatische Verstimmung in Tunis gesorgt. Unverzüglich ruderte Salvini zurück: In seinem neuen Ministerium würdigte er die Arbeit von Vorgänger Marco Minniti, und er entschuldigte sich in Tunesien; schließlich wolle er mit Tunis „reden und nicht streiten“.

Nun muss abgewartet werden, ob sich Italien der bisherigen Salvini-Propaganda folgend in der Ausländerpolitik den Visegrád-Staaten anschließt oder ob diese jüngsten Korrekturen des Parteichefs auf eine pragmatische Wende hindeuten. Auch wenn Salvinis Credo Bestand

Parteifreunde raten Salvini, „Weisheit walten zu lassen“

haben dürfte: „Wichtig ist, dass für illegale Migranten weniger Geld ausgegeben und weniger Zeit investiert wird. Für Illegale ist das schöne Leben vorbei. Bereitet euch darauf vor, die Koffer zu packen!“

Hartherzigkeit spricht aus diesen Worten, und so bedauerte Salvini Tage später auch mit keinem Wort den Mord an Soumaila Sacko aus Mali, der in der Nähe von San Ferdinando bei Rosarno in Kalabrien erschossen wurde. Ministerpräsident Conte raffte sich erst zu Worten des Bedauerns auf, nachdem Opposition und Öffentlichkeit das eingefordert hatten. Der mit Arbeitspapieren ausgestattete Sacko hatte als Mitarbeiter seiner Gewerkschaft über Jahre schwarzen Erntearbeitern geholfen, hatte mit italienischen Kollegen zusammen für sie übersetzt und die oft zur Sklavennarbeit erniedrigten Migranten auf ihre Rechte aufmerksam gemacht. Im Übrigen war Sacko ein guter Gesprächspartner für die Presse. Bei der allgemein solidarisch fühlenden Bevölkerung von San Ferdinando beliebt, war er bei den bisweilen zur Mafia gehörenden Arbeitgebern und Raffern verhasst und wegen seiner Hautfarbe ein lässliches Opfer.

Allerliebster Schwiegersohn

Der andere Koalitionsführer ist der nicht weniger ehrgeizige Chef der „Bewegung Fünf Sterne“, Luigi Di Maio. Wie Salvini brach auch er sein Studium ab und erlernte nie einen Beruf. Während Salvini meist hemdsärmelig (und oft verschwitzt) auftritt und fast jeden, auch zufällige Reporter duzt, gibt Di Maio den allerliebsten Schwiegersohn, der sich

in dunklem Anzug und mit Krawatte stets formvollendet im Griff hat. Di Maio setzt dem leicht vulgären Charisma Salvinis das Bild des faltenlosen Politikbetörers entgegen. Für den Gründer der Sterne, den Marktschreier Beppe Grillo, war Di Maio die beste Wahl, um von den Plätzen in die Paläste zu kommen. Seit 2013 konnte sich Di Maio im barocken Palazzo Montecitorio, dem Abgeordnetenhaus, als Vize-Präsident einrichten. Mit acht Sterne-Ministern – zu sechs Lega-Ministern im insgesamt 20 Köpfe umfassenden Kabinett (mit sechs Parteilosen) – sieht sich Di Maio als der stärkere Partner in der Koalition; seine Partei brachte freilich auch deutlich mehr Stimmen als die Rechte in das Bündnis ein.

Anders als Salvini wird Di Maio von der gesamten Bewegung mehr oder weniger vorbehaltlos getragen. Dabei ist diese Unterstützung schwerer messbar. Über die eigene Internetplattform rousseau.movimento5stelle.it wirken die Anhänger bei der Politik mit. Jeden Vorwurf, Internetvoten ließen sich manipulieren, weist die Bewegung zurück. Aber der Siegeszug der Sterne vor allem in Süditalien ist auch über jeden Zweifel erhaben.

Selbst der weithin erfolglose Versuch von Sterne-Bürgermeisterin Virginia Raggi, Rom aus der Krise seiner allgegenwärtigen Straßenlöcher, liegebleibenden Müllberge und auseinanderfallenden Stadtbusse zu verhelten, schadete Di Maio nicht. Der Hass auf die alten Parteiliten ist so groß, dass sich die Sterne fast alles leisten können. Bei einer Jubeldemonstration nach der „Machtergreifung“ wurde die aufgeheizte Stimmung auf Roms Straßen deutlich, als Sterne-Anhänger selbst Journalisten und Polizisten

**Der Hass ist so groß,
dass sich die Sterne
alles leisten können**

Bild nur in Printausgabe verfügbar

als „Vertreter des alten Regimes“ anpöbelten. Im Parlament gebärden sich die Sterne-Vertreter als die verdienten Sieger, mit denen eine neue Zeit beginne.

Zwischen rechts und links

Während die Lega eindeutig als konservativ und national bezeichnet werden kann, lässt sich der Sterne-Bewegung kein entsprechend klares Etikett anheften. Es ist bisweilen gar von „Linkspopulisten“ die Rede; aber das trifft nur in Abgrenzung zur Lega zu. Im EU-Parlament sitzen die Koalitionäre in verschiedenen Fraktionen. Di Maios Bewegung ist vornehmlich als kommunale Kraft ohne Ideologie aktiv, der vor allem die „fünf Sterne“ (Umwelt, sauberes Wasser, technologischer Fortschritt, öffentliche Breitbandkonnektivität und Mobilität) am Herzen liegen. Dazu kommt in Süditalien als weiteres Hauptthema die Arbeitslosigkeit: Sie liegt im Mezzogiorno bei 19 Prozent, gegen-

über 11 Prozent im Landesdurchschnitt. Fast jeder zweite unter 30 Jahren ist im Süden ohne Job. So ist es kein Wunder, dass sich Di Maio als Superminister dieses Themas annehmen will. Dabei denkt der Vizeregierungschef freilich nicht an Reformen zur Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit oder Erleichterungen bei Investitionen – er will mehr von den nicht vorhandenen Staatsgeldern verteilen.

So steht die Rücknahme der vom ehemaligen Regierungschef Matteo Renzi (2014 bis 2016) verabschiedeten Arbeitsmarktreform ganz oben auf Di Maios Programm. Das Kündigungsrecht der Arbeitgeber soll wieder verwässert werden, bisher „unsichere Jobs“ sicher werden. „Wir wollen würdevolle Jobs. Schluss mit Hungerlöhnen“, sagt Di Maio. Wer nach drei Bewerbungen keine Arbeit erhält, soll bald ein Grundeinkommen von 780 Euro erhalten. Diese Maßnahme würde den überschuldeten

Finanzminister Tria erklärt sich zum „kritischen Europafreund“

Staat nach Schätzungen 17 Milliarden Euro jährlich kosten. Eine weitere Di Maio-Idee stößt bei jungen Wählern auf Kopfschütteln, will er doch die Rentenreform von 2011 aushebeln, in deren Rahmen das Pensionsalter von 2019 an auf 67 Jahre angehoben wurde. Das sei mit Mehrkosten von 15 Milliarden Euro verbunden. Allemaal geht es Rentnern, die im Schnitt etwa 70 Prozent ihres letzten Einkommens erhalten, besser als Italiens Jugend.

Das nötige Geld soll Finanz- und Wirtschaftsminister Giovanni Tria eintreiben. Wer das ist? Zunächst muss über Tria gesagt werden, dass er als „Ersatzmann“ in die Regierung kam. Vor allem Salvini wollte den 81 Jahre alten Ökonomen Paolo Savona als Finanzminister. Doch der Staatspräsident legte ein Veto ein; mit Berufung auf die verfassungsmäßige Verankerung Italiens in der EU und die Absicherung des Eigentums der Bürger monierte Mattarella, dass die geplante Politik Savonas gegen die Verfassung verstoßen würde.

Erst einmal ohne „Plan B“

Savona hatte nämlich einen „Plan B“ zum Austritt Italiens aus dem Euro vorgelegt: Der Euro sei nur ein „deutscher Käfig“, hatte er behauptet. Tria, in jungen Jahren Maoist und bis heute chinesisch sprechender Kommentator in Chinas Staatsradio, ist ein Schüler Savonas, „mit dem er völlig übereinstimmt“. Vom „deutschen Käfig“ spricht Tria allerdings nicht. Wohl aber meint er, Deutschland solle die Eurozone verlassen, denn der zu hohe deutsche Außenhandelsüberschuss sei „mit festen Wechselkursen unvereinbar“.

Während Savona nun als Minister für Europäische Angelegenheiten ohne Portefeuille vereidigt wurde, gelobte Tria, er werde mit seinem Mentor eng zusammenarbeiten. Tria begreift sich als „Europeista critico“, als kritischer Europafreund. Nach seiner Vereidigung sagte er allerdings beruhigend: „In Italien will niemand aus dem Euro austreten, das soll die Welt zur Kenntnis nehmen. Das ist die Wahrheit.“

Der 1948 in Rom geborene Jurist und Ökonom Tria hat keine Erfahrung in Politik oder Verwaltung. Er steht wie Savona der Lega nah; das von Di Maios Sternen favorisierte Grundeinkommen lehnte er darum ab, während er sich für das Lega-Projekt drastischer Steuersenkungen stark macht. Die Einführung einer Flat Tax von 15 und 20 Prozent hält Tria für den besten Impuls, um Wachstum zu schaffen. Er will sie aber mit einer Erhöhung der Konsumsteuer finanzieren. Und da das unpopulär wäre, wurde die Flat Tax sofort nach der Regierungsbildung fürs Erste verschoben; es würde dem Vernehmen nach 50 Milliarden Euro pro Jahr kosten.

Insgesamt könnte sich Italien um noch einmal mindestens 100 Milliarden, wenn nicht 125 Milliarden Euro jährlich mehr verschulden. Eine Steueramnestie soll dagegen 35 Milliarden einbringen. Vor seiner Berufung ins Kabinett sagte Tria, noch sei unklar, „welche Budgetvorhaben“ der EU die Regierung in Rom respektieren müsse und welche man brechen könne. So eine Äußerung deutet nicht darauf hin, dass sich Tria im Rahmen europäischer Haushaltsregeln bewegen will. Vielmehr sieht auch er – wie Salvini und Di Maio – vor allem in

mehr Schulden den besten Weg zu neuem Wachstum in Italien. Und so sagen Kritiker, die neue „Fantapolitica“ der Phantasie und Träume werde Italien in den Ruin reißen.

Proeuropäer als Außenminister

Einen eindeutigen Proeuropäer hat die neue italienische Regierung freilich auch: Außenminister Enzo Moavero Milanesi. Der 1954 in Rom geborene Europarechtler war schon von 2011 bis 2014 Minister für Europapolitik. Davor lagen Stationen als Richter am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und als Mitarbeiter der EU-Kommission.

Aber welchen Einfluss wird Milanesi haben? Fürs Erste gibt sich die Regierung mit populistischem Stolz: Zur Vertrauensabstimmung in beiden Kammern sagte der neue Regierungschef Conte: „Wir haben den radikalen Wandel eingeleitet, darauf sind wir stolz.“ Wenn Populismus heiße, dass die Politik den Menschen besser zuhört und wenn „gegen das System zu sein“ meine, alte Machtstrukturen und Privilegien aufzubrechen, dann sei die neue Regierung populistisch und gegen das System, fügte Conte an.

Für die Beobachter war nach der Regierungserklärung deutlich, dass Conte kein eigenes Programm vertritt. Besorgt schaute Di Maio in einem Augenblick im Plenum auf Conte, als dieser für gefühlt viele Minuten seinen Notizblock nicht fand.

Conte sieht sich als Mundschenk des neuen Grals seiner Chefs Di Maio und Salvini. So bedient er beide Partner. Im Sinne der Lega kündigte er

an, Rom werde das „Geschäft mit der Einwanderung“ beenden, das unter dem Deckmantel einer vorgetäuschten Solidarität über das Maß angewachsen ist“. Italien verlange eine „faire Verteilung der Verantwortlichkeiten“ in Europa. Aus Di Maios Stammbuch kommen die Forderungen nach mehr Arbeit und einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Vor allem aber bleibt Conte vage. „Er bot Italien ein Buch der Wünsche und Träume“, hieß es in einer Zeitung: „Bonbons für alle.“ Tatsächlich hat diese Ungenauigkeit ihren Grund auch darin, dass zwei politisch bisher konträre Partner koalieren.

Zwei Szenarien könnten so folgen: Das eine ist der Zusammenstoß mit Europa, das andere der Zusammenbruch des SalviMaio-Konstrukts, das aufgrund interner Streitigkeiten zerfällt. Dieses zweite Szenario ist aber gar nicht so wahrscheinlich. Denn der Wille zur Macht schweißt SalviMaio zusammen. In jedem Fall wäre es hilfreich, hätte Italien eine funktionierende und tatkräftige Opposition. Damit ist jedoch allein schon wegen der weiterhin heillos zerstrittenen Sozialdemokratie nicht zu rechnen.

**Ministerpräsident
Conte verspricht
„radikalen Wandel“**



Dr. Jörg Bremer
ist Journalist und berichtete viele Jahre für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* aus Rom.

Ein ganz normales Land

Griechenland braucht Rechtssicherheit und Investitionen aus dem Ausland

Richard Fraunberger | **Im August endet das dritte Hilfsprogramm der Euro-Länder. Künftig werden sich die Griechen selbst finanzieren müssen. Wird das funktionieren? Ist die Krise überwunden? Offiziell sind alle Beteiligten guter Dinge. Doch das Land krankt weiter an alten Problemen – und der verordnete Sparkurs hemmt die Wirtschaft zusätzlich.**

Umarmung, Küsschen, Schulterklopfen. Wie einen alten Freund begrüßte Ministerpräsident Alexis Tsipras EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im April in Athen. Angesichts des bevorstehenden Endes des dritten Hilfsprogramms im August 2018 war Juncker eigens nach Griechenland gereist. Mitgebracht hatte er viel Lob und Optimismus. Juncker sprach von exzellenten Fortschritten und ermutigenden Aussichten. Das Wachstum in Griechenland sei zurückgekehrt. Im Sommer werde Griechenland zu einem normalen Land der Währungsunion. Stimmt das?

Positive Ausblicke und Champagnerlaune sind kein Garant für die von Griechenland lang ersehnte Rückkehr in die volle Souveränität. Seit Monaten schon senden Athen und Brüssel Signale des Optimismus, um alle an der Krisenbewältigung beteiligten Akteure von einem Happy End zu überzeugen: Rückgang der Arbeitslosenrate auf 20 Prozent; 1,4 Prozent Wirtschaftswachstum für 2017

und geschätzte 2,3 Prozent für 2018; Umsetzung nahezu aller Reform- und Sparvorgaben; erfolgreiche Neuemissionen griechischer Obligationen; Aufwertung griechischer Staatsanleihen von „B-“ auf „B“ mit der Aussicht auf weitere Heraufstufungen. Selbst das von den Geldgebern anvisierte Haushaltsziel für 2017 hat Griechenland übertroffen. Statt 1,75 Prozent erwirtschaftete die Regierung einen Primärüberschuss von 4 Prozent.

Die „Operation Griechenland“ ist geglückt. Der jahrelang am Tropf der Troika hängende Patient steht gesund auf eigenen Füßen. So viel zu den Träumen der Athener Regierung und so mancher Politiker in Brüssel und Berlin. Nach acht Jahren, drei Rettungspaketen, Notkrediten in Höhe von insgesamt 256 Milliarden Euro und einem Reigen aus Kontrollbesuchen, Krisengipfeln, Sondergipfeln und EU-Sonderkrisengipfeln wünscht man sich nichts sehnlicher als ein Ende des ewigen Schuldendramas. Wie also steht es um die Wirtschaft

Griechenlands? Geht es aufwärts?
Und wie geht es den Menschen?

Fragile Lage, positive Ausblicke

Jahrelang war die Leistungsbilanz Griechenlands und anderer südeuropäischer Staaten negativ. Vereinfacht gesagt, es wurde mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Mit der Einführung des Euro verstärkte sich die Schiefelage. Griechenland machte sich stark abhängig von Fremdkapital. Am Ende konnte es sich nicht mehr finanzieren. Mit Hilfe der Rettungspakete und einem Bündel von Reformen wurde das Leistungsbilanzdefizit radikal abgebaut. Mittlerweile erwirtschaftet das Land wieder einen Primärüberschuss: sieben Milliarden Euro für 2017. Hinter dem Überschuss stehen erhöhte Beiträge zur Sozialversicherung sowie vermehrte Einnahmen aus Einkommen- und Mehrwertsteuer, erklärte ein Regierungssprecher.

Die Rekordsumme geht allerdings zu Lasten der öffentlichen Hand, so das Urteil der Kommentatoren. Viele Busse und Straßenbahnen sind außer Betrieb, es mangelt an Ersatzteilen und Geldern für Reparaturen. Auch Gerätschaften beim Militär und im Gesundheitswesen funktionieren nicht, und manche Polizeistelle hat nicht einmal Geld für Benzin. Statt die Verbindlichkeiten von Krankenhäusern, Universitäten und des halbstaatlichen Energieversorgers abzubauen, lässt man die Schuldenberge staatlicher Träger und Körperschaften weiter anwachsen. Auf 3,4 Milliarden Euro belaufen sie sich. Kurz: Der hohe Primärüberschuss reißt an anderer Stelle Löcher auf. Mit Absicht.

Die Regierung will einen Teil des Überschusses für notleidende Bürger ausgeben: 600 Millionen Euro

für Mietzuschüsse, 200 Millionen für kostenloses Mittagessen in Schulen, 150 Millionen für Kitas usw. Auf gut 2,1 Milliarden Euro belaufen sich die so genannten Anti-Memorandum-Maßnahmen. Statt langfristig und nachhaltig zu planen, die Wirtschaft anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen, kauft die Regierung mit ihren Wohlfahrtsprogrammen Wähler, lautet der Vorwurf der Opposition.

Die wirtschaftliche Lage Griechenlands bleibt trotz positiver Ausblicke fragil. Nach Schätzung des griechischen Finanzministeriums werden die Staatsschulden bis Ende 2018 auf 332 Milliarden Euro anwachsen, trotz eines ersten Schuldenschnitts 2012. Das sind fast 180 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung. Schulden in dieser Größenordnung gelten als nicht tragfähig. Was heute in Athen und Brüssel als Erfolg gefeiert wird, kann morgen schon nicht mehr gelten.

Im Mai meldete das Finanzministerium drastisch zurückgehende Steuereinnahmen. Sollte sich diese Situation in den folgenden Monaten fortsetzen, ist mit sinkenden Haushaltseinnahmen zu rechnen. Gründe sind die stark gestiegene Steuerlast, die gesunkenen Löhne und eine weiterhin hohe Arbeitslosigkeit von 20 Prozent. Immer weniger Haushalte und Unternehmen können oder wollen ihre Steuern bezahlen. Zwei von drei Bürgern stehen in der Kreide. Auf insgesamt 102 Milliarden Euro haben sich die Steuerschulden akkumuliert. Davon wurden 2017 vier Milliarden Euro eingetrieben. Rund 14 Milliarden Euro gelten als verloren, weil die Schuldner längst bankrott oder verstorben sind.

Die hohe Staatsverschuldung gilt als nicht tragfähig

Der Tourismus boomt wieder, doch die Löhne sind niedrig

Die fiskalische Schieflage ist auch eine Folge des Steuersystems. Wie chaotisch und ungerecht es ist, zeigt eine Studie des Think Tank Dianeosis: 80 Prozent der direkten Steuern werden von 20 Prozent der Bürger getragen. Ein vernichtendes Urteil für eine linke Regierung, die sich die moralische Revolution auf die Fahnen geschrieben hat, es aber nicht schafft, die galoppierende Steuerhinterziehung in den Griff zu bekommen. 71 Prozent aller Selbstständigen und 93 Prozent aller Landwirte deklarierten 2015 ein Jahreseinkommen von unter 9000 Euro; der Steuerfreibetrag liegt bei 8636 Euro. Während also Ärzte, Rechtsanwälte und Landwirte wenig oder gar keine Steuern zahlen, kommen hauptsächlich Angestellte und Lohnempfänger für den Großteil der Steuerlast auf. An diesen Zahlen hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert.

Obendrein schulden Selbstständige und Arbeitgeber den Sozialkassen Beiträge in Höhe von über 35 Milliarden Euro – angesichts hoher Arbeitslosenzahlen, Überalterung und eines wachsenden Niedriglohnssektors eine tickende Zeitbombe. Hinzu kommen die Bankkredite, die viele Haushalte und Unternehmen nicht mehr tilgen können oder aus Hoffnung auf eine spätere Amnestie nicht tilgen wollen. Die Hälfte aller Bankkredite, gut 50 Milliarden Euro, sind faul. Griechenland hat eine der höchsten Quoten privater Verschuldung in Europa. Das ist schlecht für den inländischen Konsum, der stark geschrumpft ist.

Auch die Baubranche ist zusammengebrochen. Doch der Tourismus boomt. Seitdem sich die innenpoli-

tische Lage beruhigt hat und keine EU-Fahnen mehr verbrannt werden, kommen die Touristen wieder in Scharen. 34 Millionen Besucher werden erwartet, nach 2017 vermutlich ein weiteres Rekordjahr. Die Reisebranche trägt rund ein Fünftel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Es wird kräftig in den Tourismus investiert. 263 000 neue Arbeitsplätze seien geschaffen worden, erklärte Ministerpräsident Tsipras im Herbst. Was er nicht sagte: Die Tourismusindustrie ist mittlerweile Teil des wachsenden Niedriglohnssektors. Mehr als die Hälfte der neu geschaffenen Stellen in der Privatwirtschaft entfällt auf schlecht bezahlte Teilzeitjobs.

Seit Ausbruch der Krise arbeiten immer mehr junge Menschen für ein monatliches Einkommen von unter 500 Euro. Und je höher Steuern und Sozialbeiträge steigen, desto mehr floriert die Schwarzarbeit. Laut IWF ist die Schattenwirtschaft auf 27 Prozent des Bruttosozialprodukts angestiegen. Ein Teufelskreis. Von der Krise weniger hart betroffen sind die Angestellten im öffentlichen Sektor. Die Hälfte aller Staatsbediensteten verdient mehr als 1000 Euro im Monat. Ihr großer Vorteil: Sie müssen um ihre Stelle nicht bangen.

Hohe Arbeitslosigkeit

Noch immer hat Griechenland die höchste Arbeitslosenrate innerhalb der EU. Sie ist zwar um 6 auf 20 Prozent gesunken, doch der Rückgang ist mit Vorsicht zu genießen. Über 420 000 Griechen, überwiegend Akademiker und Fachkräfte, haben ihr Land verlassen. Ihre Beweggründe waren übrigens nicht Armut oder Arbeitslosigkeit, sondern das, was ihnen das Leben im eigenen Land schwer

Bild nur in Printausgabe verfügbar

macht: Vetternwirtschaft, Korruption, eine überbordende Bürokratie und die Tatsache, dass nicht Leistung den Lohn und Aufstieg bestimmt, sondern die richtigen Beziehungen. Dabei könnte man junge, ausgewanderte Wissenschaftler mit mehr Investitionen in Forschungs- und Technologievorhaben zurückholen. Doch der Forschung fehlen Geld und ein zündendes Umfeld aus Hightech-Startups und Universitäten. 85 Prozent aller Forscher griechischer Herkunft leben und arbeiten im Ausland.

Was Griechenland dringend benötigt, sind Planungs- und Rechtssicherheit, Wachstum und damit Investitionen aus dem Ausland. Abgesehen von der Reederei war Griechenland nie ein Land, in dem Großinvestitionen getätigt wurden und Großunternehmen florierten. Das Rückgrat der Wirtschaft sind kleine und mittlere Unternehmen. Bei den ausländischen Direktinvestitionen hinkt Griechenland im europäischen Vergleich bis

heute hinterher. 2002 betrug sie 9,5 Prozent des BIP. Zehn Jahre später lagen sie bei 10 Prozent, während sie im EU-Durchschnitt 30 Prozent erreichten. 2016 lockten vor allem Spanien, Portugal, Irland und Italien ausländische Direktinvestitionen an. Griechenland ist hier nicht vertreten.

Darüber hinaus ist die Regierung nicht willens oder in der Lage, Überregulierungen aufzubrechen und die Bürokratie transparenter und effizienter zu gestalten. Bei den Privatisierungen sind die administrativen Hürden und politischen Auflagen noch immer zu hoch. Privatisierungen gehen schleppend und holprig voran. Die Übernahme des Hafens von Piräus durch das chinesische Unternehmen Cosco ist zwar ein Erfolg, aber das gilt noch lange nicht für alle anderen Projekte. So liegen der kanadische Minenkonzern Eldorado Gold und die Athener Regierung seit Jahren im Streit. Und bei der Privatisierung Ellinikons, dem ehemaligen Flughafen Athens, der seit

2001 brachliegt, geht es auch nicht voran. Deshalb bewertet die OECD das Wirtschaftsklima Griechenlands als wenig unternehmerfreundlich.

Frage an den Propheten

Und wie geht es den Menschen? Spüren sie den Aufschwung? Die Krise geht weiter, ist die Meinung vieler Griechen. Einen „sauberen Exit“, wie ihn Tsipras proklamiert, können die wenigsten erkennen. Vor allem Kleinhandlärer klagen: Die Umsätze sind eingebrochen. Geld zirkuliert in homöopathischen Dosen. Die Liquiditätsprobleme scheinen so groß zu sein, dass selbst ELTA, die griechische Post, von Kunden einbezahlte Stromrechnungen nicht sofort an den Empfänger weiterleitet, sondern die Beträge zurückhält, um eigene Liquiditätsprobleme zu überbrücken.

Rund ein Viertel aller Kleingeschäfte und Kleinunternehmen sind hoch verschuldet. In den vergangenen sechs Monaten wurden die Konten von 81 000 Kleinunternehmen gepfändet; rund 7000 Kleingeschäfte sollen Prognosen zufolge in nächster Zeit schließen. Kein Wunder: Immer mehr Kleinunternehmer und Bürger können ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Finanzamt, den Sozialkassen und den Banken nicht mehr nachkommen. Renten und Löhne wurden gekürzt, Sozialabgaben erhöht, die Privatschulden und die Schulden gegenüber dem Fiskus aber sind geblieben. Die durchschnittliche Steuerlast eines Lohnempfängers mit zwei Kindern stieg 2017 auf 39 Prozent. Lange versäumte es Griechenland, Steuern in voller Höhe einzutreiben und das Fiskalsystem zu

reformieren. Aber jetzt fordert der Staat übermäßig viel Steuern von Bürgern und Unternehmen.

Leere Staatskassen, exorbitante Schuldenberge und eine ruinöse Politik. Griechenland werkelte jahrzehntelang unter den Augen der EU an seinem Absturz und niemand steuerte ernsthaft dagegen. Im Gegenteil. Laxe Kontrollen bei der Verteilung von EU-Geldern, Zementierung eines Klientensystems mit EU-Zahlungen, ein aus dem Ruder gelaufenes Sozialsystem, Vergabe von Ämtern und Großaufträgen nach Gutdünken, zweifelhafte Buchhaltungstricks und die Einführung des Euro beschleunigten ihn. Förderung hilft, wenn ein Staat funktioniert. Tut er das nicht, versickern die Mittel. Seit acht Jahren versucht Griechenland unter dem Druck seiner Geldgeber und gegen den Willen vieler Politiker und Bürger nachzuholen, was es jahrzehntelang versäumt hat. Angesichts eines lahmen Reformwillens, verkrustete Strukturen aufzubrechen und mehr und bessere Anreize für ausländische Investitionen zu schaffen, angesichts verunsicherter und launischer Kapitalmärkte, einem anhaltenden Vertrauensverlust bei den Gläubigern, Investoren und Kapitalmärkten und einer nicht tragfähigen Schuldenlast von 328 Milliarden Euro ist die Frage, wie es mit Griechenland weitergeht, eine Frage für den Propheten.

Die Aussichten für Kleinunternehmen sind eher düster



Richard Fraunberger berichtet unter anderem für die *ZEIT*, die *Süddeutsche Zeitung*, *GEO* und *Mare* aus Griechenland.

Ein Funken Hoffnung

Der Westliche Balkan ist zurück auf der EU-Agenda

Sarah Wohlfeld | **In Brüssel spricht man wieder über den Westlichen Balkan. Aus Angst vor neuer Instabilität in der direkten Nachbarschaft will die Europäische Kommission die EU-Integration der Region mit neuem Schwung vorantreiben. Sie sieht eine „einzigartige historische Chance“, die Länder fest an die EU zu binden. Doch ist dieser Optimismus gerechtfertigt?**

Bereits 2003 versprachen die Staats- und Regierungschefs der EU beim Ratgipfel in Thessaloniki dem Westlichen Balkan eine Zukunft innerhalb der Union. Diesem Versprechen folgten in den vergangenen Jahren wenig Taten: Angesichts interner Konflikte und institutioneller Krisen rutschte die Heranführung potenzieller Mitgliedstaaten weit nach unten auf der EU-Agenda. Erst als im Zuge der Flüchtlingskrise wieder einmal deutlich wurde, wie abhängig die EU von Stabilität im Westlichen Balkan ist, verschob sie die Prioritäten erneut zugunsten der Region.

Doch nicht nur die Tatsache, dass zu Hochzeiten der Krise Hunderttausende Flüchtlinge den Westlichen Balkan als Transitroute vor allem Richtung Deutschland nutzten, hat die EU in Alarmstimmung versetzt. Die enttäuschten Hoffnungen auf eine zügige Integration in europäische Strukturen, mehr Freiheiten und Wohlstand haben ein Vakuum entstehen lassen, das vor allem Russland zu nut-

zen weiß. Gezielt facht Moskau antiwestliche Ressentiments in den slawischen Bevölkerungsgruppen an und stiftet durch Propaganda und die Unterstützung prorussischer Parteien und Akteure Unruhe in der Region. Auch die Bestrebungen der Türkei, die mehrheitlich muslimischen Westbalkan-Staaten enger an sich zu binden, sowie steigende chinesische Investitionen beobachtet man in der EU mit Sorge. So sind es vor allem geostrategische Überlegungen, die den Westlichen Balkan wieder auf die Brüsseler Tagesordnung katapultiert haben.

Dieses wiedererwachte Interesse am Westlichen Balkan in den europäischen Hauptstädten versucht die Europäische Kommission in eine Belebung der EU-Erweiterungspolitik umzumünzen. Bereits im September 2017 kündigte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union an, die EU werde in Zukunft mehr als 27 Mitglieder haben. Auch die neue Erweiterungsstrategie der Kommission, veröffent-

Mazedonien und Albanien sind positive Beispiele

licht im Februar, betont diese klare Beitrittsperspektive und die Bedeutung des EU-Integrationsprozesses für Stabilität in der Region. Um dem Versprechen auf eine europäische Zukunft Nachdruck zu verleihen, nennt das Dokument mit 2025 erstmals ein mögliches Beitrittsdatum für die beiden Spitzenreiter im Integrationsprozess: Serbien und Montenegro.

Gleich im Mai folgte das nächste wichtige Ereignis für die Region. Unter der Ratspräsidentschaft Bulgariens, einem entschiedenen Befürworter einer neuen Erweiterungsrunde, fand in Sofia ein Westbalkan-Gipfel statt – der erste seit 15 Jahren. Gemeinsam erörterten die Staats- und Regierungschefs der EU mit ihren Kollegen aus dem Westlichen Balkan ihre politischen Beziehungen. Nachdem dieser Gipfel nur allgemeinen Konsultationen diene, sollten beim EU-Ratsgipfel am 28./29. Juni konkrete Entscheidungen gefällt werden.

Endlich mal gute Nachrichten

Die Europäische Kommission hat sich für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Albanien und Mazedonien ausgesprochen. Nach Jahren der Stagnation im demokratischen Reformprozess der Region geben die jüngsten Entwicklungen in diesen beiden Ländern Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Insbesondere Mazedonien ist es gelungen, vom Sorgenkind zum Hoffnungsträger zu werden. Im Mai 2017 gelang ein friedlicher Machtwechsel, der die über zwei Jahre andauernde politische Krise im Land beendete. Nachdem durch Abhörprotokolle öffentlich wurde, dass die Staats-

spitze zutiefst in kriminelle Machenschaften verstrickt war und zudem Tausende Bürger bespitzelte, kam es zu teilweise gewaltsamen Konflikten zwischen Regierung und Opposition. Diese konnten erst durch Neuwahlen und internationale Vermittlung beendet werden. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Zoran Zaev zeigt ernsthaften Reformwillen, und auch im Namensstreit mit Griechenland ist ein Durchbruch gelungen: Nach mehrmonatigen Verhandlungen einigten sich Zaev und sein griechischer Kollege Alexis Tsipras auf „Nord-Mazedonien“ als neuen Namen für die ehemalige jugoslawische Republik. Trotz beträchtlichem Gegenwind in beiden Ländern stehen die Chancen für eine Ratifizierung der Vereinbarung durch die nationalen Parlamente sowie ein Referendum in Mazedonien – das eigens seine Verfassung ändern muss – gut. Das Ende der griechischen Blockaden wäre ein Meilenstein sowohl im NATO- als auch im EU-Beitrittsprozess des Westbalkan-Staates.

Auch Albanien schickt sich an, andere Länder in der Region auf dem Weg Richtung EU zu überholen. Die Regierung setzt derzeit eine Justizreform um, die das Potenzial hat, das politische System grundsätzlich zu erneuern. Kernstück der Reform ist der so genannte „Vetting Process“. Insgesamt rund 800 Richter und Staatsanwälte werden unter der Kontrolle der EU von einer Kommission auf persönliche Integrität und professionelle Eignung geprüft. Das Gesetzespaket sichert die Unabhängigkeit der Justiz und schafft so die Grundlage, auch in anderen Bereichen Erfolge zu erzielen, wie beim Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Ge-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

nau hier hat Albanien noch immensen Nachholbedarf. Voraussetzungen sind allerdings eine konsequente Implementierung der Reform und andauernde Unterstützung seitens der EU. So besteht etwa Bedarf an weitreichenden Qualifizierungsprogrammen, um die durch das Vetting freierwerdenden Stellen neu zu besetzen.

Korruption und Kriminalität

Doch trotz dieser positiven Beispiele: Die Probleme im Westlichen Balkan sind nach wie vor gravierend. Nicht nur die Wirtschaftskraft der Westbalkan-Staaten liegt weit unter EU-Niveau. Es sind vor allem Defizite im Bereich der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die es zu überwinden gilt.

Dabei ist es auf dem Papier um die rechtsstaatliche Verfassung der Westbalkan-Staaten gut bestellt. Es ist die Implementierung von Recht und Gesetz, die häufig mangelhaft ist und an bestehenden Machtstrukturen scheitert. Korruption ist nach wie vor weit

verbreitet in der Region. Insbesondere hochrangige Beamte werden nur in Ausnahmefällen angeklagt oder gar verurteilt. Dies verstärkt das Gefühl in der Bevölkerung, dass Regeln nicht für alle gleich verbindlich gelten. Auch organisierte Kriminalität ist weiterhin fest verankert in der Region. Der Handel mit Drogen, Menschen und Waffen verläuft parallel und häufig mit guten Verbindungen zu staatlichen Strukturen. Zwar hat die Europäische Kommission Reformen im Bereich Rechtsstaatlichkeit als Priorität im EU-Annäherungsprozess gefordert; jedoch gibt es gerade hier kaum Fortschritte.

Gleiches gilt für einen nachhaltigen demokratischen Wandel der politischen Systeme. Die Parlamente in der Region verfügen über geringe Einflussmöglichkeiten, die Macht liegt weitestgehend bei der Exekutive. Da innerparteiliche Demokratie schwach ausgeprägt ist, trifft zu meist ein starker Parteiführer zent-

Schwache Demokratie begünstigt autoritäre Strukturen

ralisiert Entscheidungen. Dies hat die Herausbildung autoritärer Strukturen begünstigt. Paradebeispiele für diese Entwicklung sind Serbien und Montenegro, in denen Aleksandar Vucic und Milo Dukanovic als Präsidenten die Macht in ihren Händen konzentrieren. Die Opposition, zivilgesellschaftliche Organisationen und unabhängige Medien leiden unter Repressionen. Dass es gerade Serbien und Montenegro sind, die im EU-Beitrittsprozess am weitesten vorangeschritten sind, macht ein zentrales Problem der Erweiterungspolitik deutlich: Brüssel und die Mitgliedstaaten sind zuallererst an einem stabilen Westlichen Balkan interessiert. Gerade in der Flüchtlingskrise brauchte man durchsetzungsstarke Partner in der Region. Für die „Garanten der Stabilität“ drückte die EU ein Auge bei der innerstaatlichen Demokratie zu und trug so zur Etablierung von autoritären Strukturen mit bei.

Vergangenheit verhindert Zukunft

Neben Problemen bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lastet vor allem das Erbe der Vergangenheit auf dem Westlichen Balkan und verhindert eine zügige Integration in europäische Strukturen. Nationalismus ist überall in der Region präsent, Kriegsverbrecher gelten als Helden und an den Schulen werden verschiedene Versionen der Vergangenheit gelehrt.

Insbesondere Bosnien und Herzegowina leidet unter seiner Geschichte. Das Dayton-Abkommen von 1995 hat den Krieg zwischen den Volksgruppen der Bosniaken, Kroaten und Serben beendet, das Land aber mit einer komplizierten, auf ethnischen Pro-

porz bedachten Verwaltungsstruktur unregierbar gemacht. Das politische Klima ist vergiftet und regelmäßige Drohungen aus der serbischen Teilrepublik, ein Unabhängigkeitsreferendum durchzuführen, halten das Land in Atem. Zudem verhindern gegenseitige Blockaden der regierenden Parteien die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes, das aber für die im Oktober anstehenden Wahlen auf allen Ebenen notwendig ist.

Auch im Falle Serbiens und Kosovos ist kein Ende der territorialen Streitigkeiten in Sicht. Zwar verhandeln Belgrad und Pristina unter EU-Vermittlung über die Normalisierung ihrer Beziehungen, allerdings ist dieser Prozess weitestgehend eingefroren. Eine Anerkennung Kosovos durch Belgrad ist aber Voraussetzung für einen EU-Beitritt beider Länder. Die Bereitschaft, sich in dem Streit zu bewegen, ist dabei sowohl bei Vucic als auch seinem kosovarischen Kollegen Hashim Thacis durchaus vorhanden. Das Thema ist jedoch auf beiden Seiten der Grenze so emotional besetzt, dass die Politiker mit Konzessionen in dem Streit ihr politisches Überleben gefährden würden. Auch wenn der Druck, eine Einigung zu erzielen, seitens der EU wächst, ist eine Lösung des Konflikts nicht absehbar. Und selbst bei einer formalen Einigung wäre der Weg zu einer Aussöhnung der Bevölkerungen noch weit.

Aufgrund dieser vielfältigen Probleme im Westlichen Balkan teilen die EU-Staats- und Regierungschefs den Optimismus der EU-Kommission nur sehr bedingt. Dies wurde beim Westbalkan-Gipfel im Mai deutlich. Fünf EU-Länder erkennen Kosovo nicht an. Und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron machte deutlich, dass für ihn

eine Vertiefung der EU klar Vorrang vor einer erneuten Erweiterung hat.

Um die Skeptiker in den eigenen Reihen zur Unterzeichnung der Abschlusserklärung zu bewegen, formulierte man entsprechend vage. So beschreibt das Dokument aufgrund des ungeklärten Status Kosovos den Westlichen Balkan als „Partner“ und vermeidet das Wort „Staaten“. Zwar wird betont, dass die EU die europäische Perspektive des Westbalkans unterstütze, es fehlen aber neue und konkrete Vorschläge, wie diese Unterstützung aussehen soll. Weder das Wort „Erweiterung“ noch das Zieldatum 2025 für den Beitritt Serbiens und Montenegros finden sich in dem Dokument.

Längst nicht alle EU-Staaten sind davon überzeugt, dass der Westliche Balkan in ihre Gemeinschaft gehört. Die Gefahr ist groß, dass die Region auch in Anbetracht neuer interner Krisen – etwa infolge der Italien-Wahl – wieder auf das Abstellgleis gelangt. Die Verantwortung, dies zu verhindern, liegt auch bei der deutschen Bundesregierung. Stabilität im Westlichen Balkan ist zentral für Deutschlands Sicherheit, zudem bestehen enge gesellschaftliche und wirtschaftliche Verflechtungen. Eine klare EU-Perspektive ist der einzige Weg, die Region dauerhaft zu stabilisieren. Angela Merkel weiß dies und befürwortet von daher deutlicher als viele ihrer EU-Kollegen die Heranführung aller Westbalkan-Staaten an die EU. Gleichzeitig pocht Deutschland auf strikte Beitrittskonditionalität. Berlin hat sich auf diesem Wege Einfluss sowohl in der Region als auch innerhalb der EU gesichert. Diesen Einfluss muss die Bundesregierung weiterhin geltend machen. Zum einen muss sie den Druck auf die Westbalkan-Staa-

ten bei der Umsetzung von Reformen hochhalten und dabei mehr als in der Vergangenheit auf die Einhaltung demokratischer Standards und europäischer Werte bestehen. Zum anderen gilt es die skeptischen EU-Partner von der Notwendigkeit weiterer Integrationschritte zu überzeugen.

Die Europäische Kommission hat hoch gepokert, indem sie von einer „historischen Chance“ für den Westlichen Balkan sprach. Das Ziel war, die Mitgliedstaaten mit pathetischen Worten unter Handlungsdruck zu setzen. Sollte diese Chance jedoch ungenutzt bleiben, hätte die Enttäuschung in der Region ebenfalls historische Ausmaße. Die Folge wäre weniger, dass externe Akteure wie Russland und die Türkei ihre Einflussphäre ausweiten. Weder Ankara noch Moskau können der Region eine echte politische und wirtschaftliche Alternative anbieten.

Die Folge eines nachlassenden EU-Engagements wären neu aufflammende Konflikte, Migrationsbewegungen insbesondere Richtung Deutschland und langfristig Instabilität inmitten Europas. Genau diese Entwicklungen waren in den vergangenen Jahren, in denen der Westliche Balkan nicht auf dem Radar der EU war, zu beobachten und sollten Warnung genug sein.

Der einzige Weg zur Stabilität ist eine klare EU-Perspektive



Sarah Wohlfeld leitet im Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der DGAP ein Programm zur Förderung von Think Tanks im Westlichen Balkan.

Gelähmte Forschung

Die türkische Regierung weitet ihre Kontrolle über die Universitäten aus

Michael Martens | **In der Türkei wurden Tausende Akademiker entlassen, verhaftet oder mit Ausreiseverboten belegt. Die AKP-Regierung beruft sich auf Notstandsgesetze, die nach dem Putschversuch 2016 verhängt wurden. Dieses Vorgehen fügt sich ein in den Prozess der Entdemokratisierung: Erdogan setzt auf Masse und Kontrolle statt auf Klasse und Freiheit.**

Kerem Altıparmak gehört zu den Unerschrockenen. Der Verfassungsrechtler ist einer der wenigen Akademiker in der Türkei, der immer noch öffentlich seine Meinung äußert und Kritik an den Machthabern in Ankara übt. Altıparmak wagt auch, was viele seiner Kollegen schon längst nicht mehr tun: Er trifft sich zu Gesprächen mit ausländischen Menschenrechtlern oder Journalisten und lässt sich von ihnen zitieren – nicht anonymisiert, sondern unter seinem vollen Namen.

Das war zum Beispiel so, als türkische Richter im Januar dieses Jahres eine Entscheidung des Verfassungsgerichts ignorierten, das die Freilassung von zwei unschuldig inhaftierten, regierungskritischen Journalisten angeordnet hatte. Altıparmak war einer der Ersten, die die offene Missachtung des Verfassungsgerichts deutlich kritisierten, unter anderem in einem Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Und als das Istanbul Büro der

Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) für einen umfangreichen Bericht zur Lage an den türkischen Hochschulen recherchierte, war er wiederum einer der wenigen, der sich namentlich zitieren ließ.

In dem Mitte Mai erschienenen Bericht („Turkey: Government Targeting Academics. Dismissals, Prosecutions Create Campus Climate of Fear“) schildert Altıparmak am Beispiel der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara, wie es kurz vor Ende des zweiten Jahres nach Verhängung des Ausnahmezustands im Juli 2016 um die akademische Freiheit in der Türkei bestellt ist. Das Menschenrechtsseminar der Fakultät in Ankara hat in den vorherigen beiden Semestern keine Studenten mehr aufnehmen können, weil 28 Professoren und Dozenten entlassen wurden. Die Arbeitsbelastung des verbliebenen Personals sei einfach zu groß, beschrieb Altıparmak die Zustände. „Die Fakultät ist gelähmt“, bilanzierte er. Obwohl der

Jurist trotz seiner kritischen Haltung zu den wenigen gehört, gegen die noch nicht ermittelt wird, sind die Verfolgungen auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen. Altıparmak darf sein Land nicht verlassen. Fünfmal hat er eine Genehmigung beantragt, um zur Teilnahme an Konferenzen über die Menschenrechtslage in der Türkei ins Ausland zu reisen. Fünfmal wurde sie ihm verweigert.

Ein Klima der Angst

Wer sich dieser Tage mit türkischen Akademikern unterhält, insbesondere mit Geisteswissenschaftlern, wird immer wieder die gleichen Geschichten zu hören bekommen. Es wird berichtet von abgesagten Konferenzen, deren Themen und Fragestellungen den Universitätsleitungen als zu heikel erscheinen. Von verweigerter Auslandsreisen oder gestrichenen Fördergeldern für Forschungsprojekte, die als politisch nicht genehm gelten. Zudem wirkt das allgemeine Klima der Angst längst auch über die Grenzen der Türkei hinweg: Gastsemester an türkischen Universitäten sind schon lange nicht mehr so beliebt bei ausländischen Studenten wie noch vor einigen Jahren.

Das Klima ist vergiftet. Seit ein Teil des türkischen Militärs im Juli 2016 versuchte, gegen Recep Tayyip Erdoğan zu putschen, regiert der Staatspräsident sein Land per Notstandsdekret. Durch solche Dekrete sind schon mehr als 5800 Akademikerinnen und Akademiker entlassen worden. Den meisten wird pauschal vorgeworfen, sie hätten Beziehungen zu „terroristischen Organisationen“. Belastbare Belege oder auch nur Indizien für solche Vorwürfe gibt es in der Regel nicht. Mitunter genügt es

schon, ein Konto bei der mittlerweile geschlossenen Bank Asya gehabt zu haben, um entlassen und mit einem Berufsverbot belegt zu werden.

Die Bank Asya war das inoffizielle Kreditinstitut der Bewegung des im amerikanischen Exil lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen. Ihn und seine Anhänger bezichtigt die türkische Regierung, den Putschversuch organisiert und ausgeführt zu haben. Dass die Führung der Gülen-Bewegung, zumindest aber ein Teil dieser Führung, tatsächlich in den Putsch involviert war, ist nach den bisher vorliegenden Indizien durchaus möglich. Doch die Bank Asya war ein normales Geldhaus, das mit einer regulären Lizenz arbeitete. Wenn seine Kunden jetzt unter einen generellen Terrorverdacht gestellt werden, sagt das viel aus über die Atmosphäre in der Türkei.

An den Hochschulen hat die Repression noch weitere Kreise gezogen. In einigen Fällen werden Repressalien vom Staatspräsidenten persönlich geschürt. Als im März dieses Jahres einige Studierende auf dem Campus der Bogazici-Universität in Istanbul friedlich ihren Protest gegen die türkische Besatzung der kurdisch besiedelten Region Afrin in Syrien zum Ausdruck brachten, bezeichnete Erdoğan die Demonstrierenden als „Landesverräter“ und „Terrorjugend“. Er verlangte ihre Relegation. Wenige Tage später nahm die Polizei 24 Studenten fest, die an den Protesten teilgenommen hatten. 14 von ihnen befinden sich immer noch in Untersuchungshaft – ihnen wird die Verbreitung von Terrorpropaganda vorgeworfen.

Mehr als 5800 Akademiker haben ihre Stelle verloren

**Wer zum „falschen“
Thema forscht, ris-
kiert die Entlassung**

Solche Vorfälle zeigen, dass die Universitäten besonders von dem allgemeinen Prozess der Entdemokratisierung betroffen sind, den die Türkei nicht erst seit dem Putschversuch vom Sommer 2016 erlebt. Die Entlassung Tausender Akademiker und die strafrechtliche Verfolgung Hunderter

weiterer „führt zu Selbstzensur und einer Aushöhlung der Freiheit von Lehre und Forschung“, heißt es dazu in dem erwähnten HRW-Bericht. „Massenentlassungen ohne rechtstaatliche Verfahren“ wirft die Menschenrechtsorganisation der Regierung und der vermeintlich unabhängigen türkischen Justiz vor. Außerdem mische sich der Staat in die Forschung zu umstrittenen Themen ein, etwa zur Kurdenfrage. Wer sich mit dem „falschen“ Forschungsthema befasst, riskiert die Entlassung.

Juristische Finte

Besonders bitter für die betroffenen Akademiker: Sie können sich gegen ihre Entlassung per Notstandsdekret juristisch kaum zur Wehr setzen. Zwar hat die türkische Regierung eine Ad-hoc-Kommission eingesetzt, bei der Entlassene ihre Fälle überprüfen lassen können. Doch tatsächlich war das nur eine Finte. Das Gremium wurde einberufen, um den einheimischen Rechtsweg gleichsam ad infinitum zu verlängern und somit drohenden Verurteilungen der Türkei durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte abzuwenden. Denn dort werden Klagen in der Regel nur angenommen, wenn der einheimische Rechtsweg ausgeschöpft ist – und der führt in der Türkei nun über den Umweg des neu geschaffenen Gremiums.

Nur sind die Resultate der Kommission äußerst bescheiden: 108 000 türkische Staatsbürger haben sich an sie gewandt – entlassene Lehrer, Polizisten, Richter und andere – doch nur 12 000 Fälle wurden bisher entschieden, und kaum mehr als 300 Staatsbürger erhielten recht. Die anderen 107 700 sind demnach allesamt potenzielle Terroristen, zumindest nach der staatlichen Definition. Deshalb fordern viele Türken schon, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte solle diese Kommission nicht als Teil des türkischen Rechtswegs anerkennen, da er andernfalls ein Täuschungsmanöver Ankaras akzeptiere.

Ulrich Schellenberg, Vorsitzender des Deutschen Anwaltvereins, warnte schon im vergangenen Jahr, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dürfe sich angesichts der Verfassungswirklichkeit in der Türkei „nicht hinter formellen Anforderungen wie der Rechtswegerschöpfung verstecken“. Vielmehr seien die Zugangshürden für klagewillige Türken zu senken, da die Türkei aus rechtsstaatlicher Sicht nicht mit anderen Staaten in Europa vergleichbar sei. Wenn in einem Land binnen kürzester Zeit fast ein Drittel aller Richter und Staatsanwälte verhaftet werde und auch eine freie Anwaltschaft faktisch nicht mehr existiere, stelle sich „die Frage der Unzumutbarkeit des Rechtswegs“, so Schellenberg.

Tatsächlich haben die Straßburger Richter bereits 2017 eine mögliche neuerliche Prüfung der Frage angekündigt, wie effektiv und realistisch die Möglichkeit einer Klage gegen die Notstandsgesetze in der Türkei überhaupt sei. In der Türkei ändert das einstweilen nichts, zumal die meis-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

ten der sehr wenigen Akademiker, die von der Kommission recht bekommen haben, die also selbst nach staatlicher Lesart als unschuldig gelten, nicht an ihre alten Arbeitsstellen zurückkehren dürfen. In einem im August 2017 verabschiedeten Notstandsdekret ist festgelegt, dass nachträglich rehabilitierte Entlassene nicht mehr in Istanbul, Ankara oder Izmir arbeiten und auch außerhalb der drei größten Metropolen der Türkei nur an Universitäten beschäftigt werden sollen, die nach 2006 gegründet wurden. Das bedeutet für die Betroffenen nicht nur eine Verbannung in die Provinz, sondern auch die Festlegung auf zweitrangige Hochschulen.

In Einzelfällen hat die Entlassung von Akademikern über den Arbeitsplatzverlust hinaus zu existenziellen Dramen geführt. Manche verlieren ihre Krankenversicherung, und da in der Regel auch ihr Reisepass für ungültig erklärt wird, entfällt die Möglichkeit, sich im Ausland um Anstel-

lung zu bemühen. Diese Menschen sind Freiluftgefangene in der Türkei. Nicht alle halten das aus. Daran hat Umut Özkirimli, ein türkischer Professor und Nationalismusforscher, in einer Zustandsbeschreibung aus der Ferne erinnert.

Özkirimli hatte lange an der Istanbuler Bilgi-Universität gelehrt, ist inzwischen aber am Zentrum für Nahost-Studien der schwedischen Universität Lund tätig. Er wies im vergangenen Jahr darauf hin, dass mindestens zwei entlassene Akademiker Selbstmord begangen haben. Ein weiterer nahm bei dem Versuch, irgendwie Geld zu verdienen, eine Arbeit auf einer Baustelle an und kam dort bei einem Unfall ums Leben. Solche Vorfälle schüchtern auch jene ein, die noch nicht von Repressalien erfasst wurden.

Der Braindrain aus den türkischen Hochschulen droht sich zu verschärfen. Özkirimli berichtet, türkische Akademiker im Ausland erhiel-

Die Regierung verschärft ihre Kontrolle über die Fakultäten

ten „Woche für Woche“ Dutzende E-Mails von den klügsten Köpfen der Türkei mit der Bitte, ihnen einen Job oder ein Stipendium im Ausland zu verschaffen. Wie andere emigrierte türkische Akademiker spricht er sich für einen „gezielten akademischen Boykott“ türkischer Hochschulen aus, die sich

bei Repressalien gegen Akademiker besonders hervortun. Der Vorschlag, solche Hochschulen – und insbesondere die Rektoren, die sich nachweislich an Entlassungen, der Verhängung von Forschungsverbieten oder der Ausladung von kritischen Gastwissenschaftlern beteiligen – zu sanktionieren, stammt von türkischen Wissenschaftlern, die entlassen wurden. Sie wollen damit erreichen, dass türkische Universitäten, in denen die akademische Freiheit mit Füßen getreten wird, international ins Abseits gestellt werden.

Weder mit solchen Universitäten noch mit dem türkischen Hochschulrat Yök und dem Forschungsrat Tübitak dürfe es eine akademische Kooperation geben, solange die Ungerechtigkeiten im türkischen Hochschulwesen andauern, lautet eine Forderung. Wer kritische Akademiker entlasse, müsse im Ausland geächtet werden. Ein festes Programm ist aus solchen Forderungen noch nicht geworden, doch spiegelt sich darin die Wut, die unter türkischen Akademikern herrscht.

Masse statt Klasse

Im April dieses Jahres hat sich die Unzufriedenheit in Istanbul und Ankara sogar in Demonstrationen entladen. Der äußere Anlass dafür waren Pläne der Regierung, etablierte Fakultä-

ten an mehr als einem Dutzend türkischer Universitäten zu schließen und an 16 erst noch zu gründenden Hochschulen neu aufzubauen. Die offizielle Begründung für die geplanten Maßnahmen lautete, dass die etablierten Universitäten mit den wachsenden Studentenzahlen nicht mehr zu recht kämen und eine Umstrukturierung daher unumgänglich sei.

Viele Professoren und Studenten äußern aber den Verdacht, es gehe der Regierung in Wirklichkeit darum, ihre Kontrolle über die Fakultäten zu verschärfen. In Ankara sollen der 1926 gegründeten Gazi-Universität unter anderem die Fakultäten für Literatur und Jura entzogen werden – um sie, wie Gegner der Regierungspläne argwöhnen, an einer neuen Universität im Sinne der Ideologie der Regierungspartei AKP wieder aufzubauen.

Die türkische Oppositionspartei CHP hat im Parlament gegen diese Pläne protestiert. Ihre Begründung: Wenn schon die bestehenden Universitäten nicht angemessen verwaltet werden, müsse es doch zur Aufgabe erklärt werden, diese zunächst besser zu organisieren, anstatt ständig neue Hochschulen zu gründen. Tatsächlich stellt sich die Frage, wie es um die akademische Qualität der geplanten Neugründungen bestellt sein kann, wenn zugleich Tausende Lehrkräfte entlassen werden.

Der türkische Publizist Fehim Tastekin, der in der Emigration lebt, zitierte dazu unlängst Cihangir Islam, einen türkischen Professor, der wegen seiner Kritik am militärischen Vorgehen der Türkei gegen die Kurden in Afrin entlassen wurde. „Dies ist kein Plan, um Bildungsvorgaben zu erreichen, sondern es geht um politische

Ziele“, kommentierte Islam die Pläne der Regierung und warnte vor einer weiteren Schwächung des akademischen Niveaus, sollte es zu der Zerschlagung der Universitäten kommen.

Islam stellte eine Behauptung auf, die man von einem Akademiker nicht unbedingt erwartet: „Es sind zu viele Universitäten eröffnet worden.“ Seine Begründung ist jedoch sinngemäß auch von anderen Akademikern zu hören. Die meisten Universitäten in der Türkei litten an einem Mangel an gut ausgebildetem Lehrpersonal: „Die Qualität der Lehre sinkt täglich und wird sich durch eine weitere Verschwendung begrenzter Ressourcen nur noch verschlechtern. Das Ziel der Regierung ist es, die Universitäten aufzuteilen, um die Kontrolle über die akademische Welt zu verschärfen“, sagt ein Kritiker.

Dass die Regierung auf Masse und Kontrolle statt Klasse und akademische Freiheit setze, wird auch an der 2011 gegründeten Bilim Akademisi (Wissenschaftsakademie) in Istanbul befürchtet. Dabei handelt es sich um eine (noch) unabhängige, privat gegründete Institution, die sich für die Freiheit von Lehre und Forschung in der Türkei einsetzt. Zu den Gründern und Mitgliedern gehören angesehene türkische Wissenschaftler wie der Wirtschaftshistoriker Sevket Pamuk, ein Bruder des Literaturnobelpreisträgers Orhan Pamuk. In einem Bericht der Institution zum Stand der akademischen Freiheit im Lande wird hervorgehoben, dass in der Türkei zwischen 1923 (dem Jahr der Gründung der Republik) und dem ersten Wahlsieg der AKP 2002 insgesamt 79 Universitäten gegründet worden seien. In

den ersten 15 Jahren der AKP-Regierung seien 120 hinzugekommen.

Das wirkt auf den ersten Blick wie ein löbliches Unterfangen, mehr Geld für Bildung auszugeben. Tatsächlich aber sei es unmöglich, innerhalb von so kurzer Zeit genügend gut ausgebildetes Personal für so viele neue Universitäten zu finden, heißt es in dem Bericht der Wissenschaftsakademie. „Akademische Kreise haben die Regierung oft gewarnt, dass ein unkontrolliertes Wachstum zu ungesunden Strukturen und zu einer nepotistischen Einstellungspraxis führen werde“, wird dort gewarnt. In der derzeitigen Lage werde es „immer schwieriger für die Türkei, junge und talentierte Forscher anzulocken“, fügen die Autoren hinzu und halten eine neue Welle der Abwanderung kluger Köpfe für unausweichlich, wenn sich nichts ändere.

Ähnlich fasst es auch Human Rights Watch zusammen: Türkische Hochschulen, berichtet die Organisation unter Berufung auf Gespräche mit Professoren und Studenten, seien „nicht länger Orte, an denen kritische Debatten, kreatives Denken und die Diskussion kontroverser Ideen möglich ist“. Und was ließe sich Schlechteres über Universitäten sagen?

**In 15 AKP-Jahren
wurden 120 Universi-
täten gegründet**



Michael Martens berichtet für die FAZ aus Athen über die griechische Krise, die Türkei und den Balkan. Von 2009 bis 2015 hatte Martens seinen Dienstsitz in Istanbul.

Jetzt mal ehrlich!

Parteien müssen aufhören, mit dem Souveränitätsmythos zu spielen

Laura Krug und Linda Radau | **Deutschlands Parteien formulieren viele Politikansätze auf der Basis einer überholten Annahme – dass die Bundesrepublik stets souverän handlungsfähig ist. Dass dem nicht so ist, müssen die Parteien ihren Wählern offen sagen. Sonst lassen sich weder Lösungen für aktuelle Herausforderungen finden noch der Populismus bekämpfen.**

Im März 2018 forderte Jochen Bittner an dieser Stelle Europas Sozialdemokratie, insbesondere aber die SPD, zu einem „ehrliehen intellektuellen Kassensturz“ auf (*IP* 2/2018, S. 72 ff.). Er wirft ihr eine „Flucht in den supranationalen Fanatismus“ vor und konstatiert zwei angebliche Widersprüche, in die sich die Partei verwickelt habe: offene Grenzen versus Sozialstaat sowie Supranationalität versus Demokratie.

Um diese Widersprüche aufzulösen, empfiehlt Bittner der SPD, eine Gegenwartsanalyse durchzuführen. Dabei übersieht er jedoch, dass nicht nur die SPD betroffen ist. Alle im Bundestag vertretenen Parteien machen überholte Annahmen und politische Mythen der Vergangenheit zur Grundlage ihres politischen Handelns und verstellen damit den Weg für eine zukunftsgerichtete Politik. Das wird besonders deutlich, wenn es um Politikfelder geht, die nur noch vermeintlich nationales Hoheitsgebiet sind, in denen Nationalstaaten also längst nicht

mehr alleine handlungsfähig sind – wie die Migrations- und Asylpolitik.

Politische Allheilmittel

So beharrt die CSU auf einer starren Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen, auf Zurückweisung an der deutschen Grenze und Ankerzentren als Allheilmittel gegen die so genannte „Flüchtlingskrise“. Damit provozierte sie Mitte Juni eine handfeste Regierungskrise, während Bundeskanzlerin Angela Merkel weiter auf eine Einigung im EU-Rahmen setzte. Aber auch in der CDU glauben viele, man bekäme das Problem damit in den Griff, bestimmte Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären.

Auch Parteien des linken Spektrums klammern sich lieber an vereinfachende Grundannahmen als sich an der Realität zu orientieren: So fordert Die Linke in ihrem jüngsten Wahlprogramm 2017 offene Grenzen für Schutzsuchende und eine freie Wahl für Geflüchtete, in welches Land sie einwandern möchten. Zusätzlich

werden Abschiebungen kategorisch abgelehnt. Wie ein Sozialstaat diese Politik verkraften und den Überblick über die hier lebenden Menschen behalten soll, wird nicht erklärt. Kurz: Die Gegenwartsanalyse, die Bittner zu Recht von der SPD fordert, haben alle Parteien nötig.

Darüber hinaus bleibt Bittner etwas schuldig: eine konstruktive Anleitung zur geforderten Gegenwartsanalyse. Deshalb wollen wir das Argument von Bittner weiterentwickeln: Was braucht es für eine Gegenwartsanalyse und wo sollte sie ansetzen?

Deutschland ist keine Insel

Nationale Souveränität im politischen Kontext besagt im Wesentlichen, dass Nationalstaaten alleine handlungsfähig und nicht auf die Kooperation mit anderen Staaten angewiesen sind. Das Festhalten an dieser Idee und dem damit verbundenen Ansatz, dass man mit nationalen Lösungen den politischen Herausforderungen unserer Zeit begegnen kann, bezeichnen wir als „Souveränitätsmythos“. Genau hier sollte Bittners geforderte Gegenwartsanalyse beginnen.

Der Souveränitätsmythos wird insbesondere in Politikfeldern angewendet, die heutzutage ehrlicher Weise nur noch international betrachtet werden können. Besonders eklatant ist die gegenseitige Abhängigkeit aller EU-Mitgliedstaaten und ihren internationalen Partnern in der Asyl- und Migrationspolitik sowie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aber auch bei der Handels-, Umwelt- und Energiepolitik ist Deutschland keine Insel.

Die EU in Sonntagsreden als alternativlos und Teil der deutschen DNA zu beschwören, wie Bundeskanzlerin

Angela Merkel es viele Jahre im Kontext der Asyl- und Migrationspolitik getan hat, reicht nicht mehr. Die Parteien müssen endlich transparent machen, dass Deutschland nicht mehr alleine handlungsfähig ist.

Die Parteien müssen die Bürgerinnen und Bürger schonungslos mit unbequemen Wahrheiten konfrontieren. Dazu gehört auch, einzugestehen, dass Parteien in manchen Politikfeldern praktisch keine Lösungen mehr anbieten können, die ohne internationale Partner umsetzbar sind. Sie sind auf die Kooperation mit anderen Staaten angewiesen. Diese Offenheit mag kurzfristig Wählerstimmen kosten. Langfristig würde sie jedoch zu einer aufrichtigeren Kommunikation der Parteien führen und somit das von Bittner zu Recht kritisierte Gefühl der Entfremdung zwischen Bürgern und Politik verringern.

Paradebeispiel für eine vom Souveränitätsmythos geprägte Debatte ist die um die deutsche Asyl- und Migrationspolitik. Das politische Narrativ, das sich im Umgang mit der „Flüchtlingskrise“ hierzulande durchgesetzt hat, ist ein durch und durch nationales. Die Bundesregierung hatte sich lange nicht um stabile europäische Mechanismen bemüht und ganz im Sinne des Souveränitätsmythos so getan, als ob die Staaten der europäischen Peripherie wie Griechenland und Italien mit dieser Herausforderung alleine zurechtkämen.

Im Sommer 2015 fiel der Bundesregierung diese Herangehensweise auf die Füße. Seitdem verläuft die politische Diskussion in Deutschland aber dennoch fast ausschließlich unter der – falschen – Prämisse, man

Auch wenn sie Stimmen kostet: Offenheit ist notwendig

Bild nur in Printausgabe verfügbar

könne die Herausforderung auf nationaler Ebene meistern. Lösungen in der Asyl- und Migrationspolitik liegen aber nicht im Nationalen. Deutschland ist in seinem Handeln schlicht kein souveräner Akteur mehr. Kein EU-Mitgliedstaat kann alleine Menschen davon abhalten, vor tödlichen Konflikten zu fliehen oder sich auf der Suche nach einem besseren Leben auf den Weg zu machen. Auch kann kein EU-Staat die europäischen Außengrenzen alleine schützen oder sich der Entwicklung einer europäischen Migrations- und Integrationspolitik entziehen, auch wenn oft so getan wird – Versuche in diese Richtung waren stets kontraproduktiv.

Ebenso folgenreich ist der Souveränitätsmythos in der Sicherheitspolitik. Der Abbau des Militärs in vielen EU-Mitgliedstaaten seit Ende des Kalten Krieges hat zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Abhängigkeiten geführt, sowohl gegenüber den USA als auch untereinander.

Diese Abhängigkeiten waren politisch gewollt; sie werden heute aber nicht mehr ehrlich behandelt und kommuniziert.

Keine Partei in Deutschland traut sich, den Bürgerinnen und Bürgern mit aller Offenheit zu sagen, dass wir sicherheits- und verteidigungspolitisch abhängig von unseren europäischen Partnern, in erster Linie aber von den USA sind. Stattdessen wird nationale beziehungsweise europäische Autonomie suggeriert. In Reaktion auf die NATO-kritischen Äußerungen von US-Präsident Donald Trump und die Aufforderung, mehr Geld in Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu investieren, haben die EU-Mitgliedstaaten sich verstärkt um die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik gekümmert.

Herausgekommen sind aber Instrumente, die sicherheits- und verteidigungspolitische Souveränität nur suggerieren. Bisher stehen sie also für nichts mehr als für die Verlagerung

des Souveränitätsmythos von der nationalen auf die europäische Ebene. Das Beharren auf dem Souveränitätsmythos verhindert nicht nur lösungsorientierte Politikvorschläge, sondern zahlt auch auf das Konto populistischer, antieuropäischer Kräfte ein.

Richtige Fragen

Laut dem amerikanischen Politikwissenschaftler Charles Kupchan stellen populistische Parteien häufig die richtigen Fragen, geben aber die falschen Antworten. Die anderen, nichtpopulistischen Parteien müssen sich ebenfalls trauen, die Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben, zu stellen und sich öffentlich mit ihrer konstruktiven Beantwortung auseinanderzusetzen. Dabei müssten sie den Wählern allerdings reinen Wein einschenken und internationale Abhängigkeiten ehrlich benennen. Kurzum, sie müssten sich vom Souveränitätsmythos verabschieden.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist der Antrag „Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen – Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübergang“ der Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland. Darin fordert die AfD, Migranten auch dann zurückzuweisen, wenn sie sich „auf Verfolgung oder Schutzgründe“ berufen. Während die Forderung ein Paradebeispiel für den Souveränitätsmythos ist, stellt die AfD eine richtige Frage – nämlich im Grundsatz die danach, wie mit den weitgehend ungeschützten EU-Außengrenzen umgegangen werden soll. Eben solche Fragen zu stellen und hart und konstruktiv zu debattieren, sollte für die anderen Parteien kein Tabu sein. Dies ist aufgrund des Festhaltens am Souveränitätsmythos bislang jedoch nicht

möglich. So lässt sich weder lösungsorientierte Politik machen noch der Populismus effektiv bekämpfen – von der Rückgewinnung verlorengegangenen Vertrauens ganz zu schweigen.

Für die Parteien wird der Abschied von nationalen Scheinlösungen ein programmatischer und struktureller Kraftakt, der nicht zu unterschätzen ist. Denn wenn Politik nicht mehr rein national gedacht werden kann, muss dies auch personell und organisatorisch reflektiert werden. Damit neue Ideen und talentiertes Personal ihren Weg in die Parteien finden, bedarf es neuer Anreize, sodass Parteiarbeit ohne jahrelanges Engagement in den Ortsverbänden möglich wird.

Wie neue Ideen und neues Personal in die Parteiarbeit eingebunden werden können, wird derzeit in Parteizentralen intensiv diskutiert. Dieser Prozess der Veränderung sollte von den Parteien ernst genommen und mit der notwendigen Ehrlichkeit vorangetrieben werden.

Ein politischer Kraftakt, der nicht zu unterschätzen ist



Laura Krug ist Büroleiterin der Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.



Linda Radau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Abgeordnetenbüro des Deutschen Bundestags.

So weit von Gott, so nah an Trump

Das mexikanische Wahljahr steht unter dem Zeichen von „America First“

Christian Ambrosius | **In seinem dritten Anlauf hat der ehemalige Bürgermeister von Mexiko-Stadt gute Aussichten, die Präsidentschaftswahlen im Juli zu gewinnen. Angesichts des angespannten Verhältnisses zu den USA wird es aber auch für Andrés Manuel López Obrador schwierig, die großen Probleme Drogenhandel, Industrieexporte und Migration anzugehen.**

Armes Mexiko. So weit von Gott, so nah an den USA. Der Satz, der dem mexikanischen Autokraten Porfirio Díaz gegen Ende des 19. Jahrhunderts zugeschrieben wird, fasst prägnant das konfliktreiche Verhältnis zweier ungleicher Nachbarn zusammen. Es sind Worte der Resignation gegenüber der aufstrebenden Großmacht an Mexikos Grenze, die in der Monroe-Doktrin 1823 unter der Devise „Amerika den Amerikanern“ selbstbewusst ihren Machtanspruch auf dem Kontinent formuliert hatte. Zuvor hatte Mexiko nach der Abspaltung Texas' vom mexikanischen Staatsgebiet im Jahr 1836 und den darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen rund die Hälfte seines Staatsgebiets an die USA verloren.

Viele Mexikaner mögen die Worte von Porfirio Díaz im Kopf haben, wenn sie am 1. Juli einen neuen Präsidenten wählen. Kaum eine Person dürfte unter Mexikanern so verhasst sein wie Donald Trump, der damit droht, das für Mexiko so wichtige

Freihandelsabkommen zu kündigen und mexikanische Einwanderer pauschal als Vergewaltiger und Verbrecher bezeichnet hat. Gleichzeitig sind wenige Menschen so wichtig für die Zukunft der zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas. Die USA sind Abnehmer von 80 Prozent aller mexikanischen Exporte, zweite Heimat von 10 Prozent der mexikanischen Bevölkerung und Hauptkonsument der Drogen, die Mexiko auf ihrem Weg in den Norden durchqueren und dem Land einen blutigen Krieg zwischen rivalisierenden Drogenbanden und der Regierung beschert haben. Trumps Politik des „America First“ ist eine Zäsur für die Politik und Wirtschaft Mexikos, dessen Geschehnisse untrennbar mit der Politik des großen Nachbarn verbunden sind.

Fluch und Segen zugleich

In Wahrheit ist die Nähe zu den USA für Mexiko genauso Segen wie Fluch. In der Folge der lateinamerikanischen

Schuldenkrise von 1982 wurde das alte Modell eines allgegenwärtigen Staates abgelöst von einem neuen Marktoptimismus. Im Jahr 1994 tritt das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft, das die Handelsbarrieren zwischen Kanada, Mexiko und den USA weitgehend abschafft. Mexiko verspricht sich das Wachstum arbeitsintensiver Industrien angesichts billiger Löhne und den Import moderner Technologie über massive ausländische Direktinvestitionen in die verarbeitende Industrie. Als Musterschüler der Marktreforment feiert Mexiko zeitgleich mit NAFTA als erstes lateinamerikanisches Land den Eintritt in die OECD, den exklusiven Klub der reichen Länder.

NAFTA und die Polarisierung

Das wirtschaftspolitische Experiment der Handelsintegration zweier ungleicher Partner erfüllt nur sehr bedingt die Hoffnungen eines raschen wirtschaftlichen Aufschwungs. Zwar wird der Handel mit den USA zum wichtigen Treiber der exportorientierten Industrie vor allem im Norden des Landes. Nach Daten der OECD ist der Handel im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt seit Inkrafttreten von NAFTA um fast das Dreifache von 13 auf 37 Prozent gestiegen. Mexiko wird zu einem wichtigen Exporteur unter anderem von Automobilen, Flachbildschirmen und Software. Kein anderes Land Lateinamerikas exportiert mehr Hochtechnologie. Dennoch bleibt der erhoffte gesamtwirtschaftliche Wachstumsschub aus.

Der wirtschaftliche Abstand beider Länder hat sich seit Gründung von NAFTA nicht angeglichen, son-

dern weiter vergrößert. Vor allem die arme und ländliche Bevölkerung Mexikos hat nur wenig von den Wachstumsdynamiken der exportorientierten Industrie profitiert, hat aber unter den Folgen des strukturellen Wandels vor allem in der Landwirtschaft gelitten. Auch im Jahr 2016 lebten im OECD-Land Mexiko noch rund 12 Prozent der Bevölkerung von weniger als 3,20 Dollar pro Tag, der Armutslinie der Weltbank.

Angesichts des weitgehenden Fehlens sozialstaatlicher Sicherung ist die Emigration in die USA das wichtigste Mittel sozialer Abfederung des strukturellen Wandels. Man mag es als Ironie der Geschichte betrachten, dass knapp 150 Jahre, nachdem Mexiko Kalifornien und Texas an die USA abgetreten hat, mehr Mexikaner nördlich des Rio Grande leben als jemals zuvor: Mehr als elf Millionen in Mexiko geborene Einwanderer zählen die USA.

Damit lebt jeder zehnte gebürtige Mexikaner nördlich der mexikanischen Landesgrenze, etwa die Hälfte ohne offiziellen Aufenthaltsstatus und deshalb potenziell von Abschiebungen bedroht. Nach Daten des nationalen Statistikamts INEGI beziehen rund 6 Prozent aller mexikanischen Haushalte regelmäßig Überweisungen von den im Ausland lebenden Landsleuten. Die mexikanische Zentralbank beziffert ihren Wert mit mehr als 2 Prozent des mexikanischen BIP, in einigen Bundesstaaten ist es deutlich mehr. Damit ist Migration für viele Haushalte und Regionen eine ebenso wichtige wirtschaftliche Säule wie der Handel mit dem nördlichen Nachbarn.

Das Freihandelsabkommen hat den Abstand vergrößert

Die Wähler sind von den etablierten Parteien enttäuscht

Wenn die USA einen Schnupfen haben, fängt sich Mexiko eine Lungenentzündung ein, sagt ein verbreitetes Sprichwort. Nachdem es vor wenigen Jahren noch unvorstellbar war, dass gerade die Freihandelsnation USA das exportorientierte Modell Mexikos infrage stellen könnte, so rächt sich nun die einseitige Ausrichtung auf die US-amerikanische Wirtschaft. Aus Sicht Lateinamerikas ist die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA weit mehr als eine vorübergehende Erkältung.

Trump's Politik des „America First“ legt die Verwundbarkeit des mexikanischen Entwicklungsmodells an zwei Flanken offen. Sie stellt nicht nur das Modell eines exportgeleiteten Wachstumsmodells infrage, das vor allem auf niedrige Löhne setzt und von Trump als Sündenbock für die De-Industrialisierung weiter Landstriche in den USA ausgemacht wird. Gleichzeitig bedroht der prekäre und von Abschiebungen bedrohte Status der mehr als fünf Millionen Mexikaner ohne offizielle Papiere den zweiten Pfeiler des mexikanischen Modells einer sozialen Absicherung ungleichen Wachstums. Die Begrenzung der Zuwanderung nimmt Mexiko das Ventil, ohne das sich der soziale und politische Druck und die verbreitete Unzufriedenheit mit der politischen Klasse weiter aufbauen dürften.

Das Jahr 2018 ist ein Schlüsseljahr für Mexiko, das in vielerlei Hinsicht einen Wendepunkt in Politik und Wirtschaft bedeuten könnte. Parallel zur Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens steht am 1. Juli die Wahl des Staatspräsidenten an, der im Präsidialsys-

tem Mexikos weitreichenden Einfluss auf die politischen Entscheidungen der kommenden sechs Jahre hat.

Linker Politikwechsel?

Dank eines effektiven Systems von Klientelismus und Patronage, das der peruanische Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa einst als „perfekte Diktatur“ bezeichnete, hat der alte Dinosaurier PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) 71 Jahre lang durchgehend alle Präsidenten seit ihrer Gründung 1929 gestellt und praktisch auf allen Ebenen die Politik bestimmt.

Nach einer Pause von zwei Wahlperioden zwischen 2000 und 2012 unter konservativen Präsidentschaften der Partei der Nationalen Aktion (PAN) ist die PRI im Jahr 2012 an die Macht zurückgekehrt. Frustration über Korruptionsskandale, neue Rekordzahlen an Morden, die das Land beherrschende Drogenkartelle begangen haben, und enttäuschende Wachstumsraten haben jedoch dazu geführt, dass sich die PRI heute in einem historischen Popularitätstief befindet. Die Marke PRI ist derart beschädigt, dass sie mit Antonio Meade einen parteilosen Kandidaten aufgestellt hat, der bereits unter der konservativen PAN einen Ministerposten hatte. Die Hoffnung der Parteiführung ist, dass die Wählerschaft dies als Signal der Erneuerung und als eine Abgrenzung von alten Praktiken der Korruption und Vetternwirtschaft verstehen möge.

Hinter den etablierten Parteien lauert der linke Andrés Manuel López Obrador (nach seinen Initialen meist schlicht AMLO genannt) als Drohung für das politische Establishment. Vormals charismatische

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Schlüsselfigur der linken Partei der demokratischen Revolution (PRD) hat AMLO im Jahr 2012 seiner ehemaligen Partei den Rücken gekehrt und sich der „Bewegung der nationalen Erneuerung“ (MORENA) angeschlossen. Sie führt wenige Monate vor den Wahlen alle Umfragen komfortabel an, je nach Meinungsforschungsinstitut mit einem Anteil von über 40 Prozent der Stimmen, während die Kandidaten von PAN und PRI beide unter 30 Prozent liegen. Bitter bekämpft wird AMLO nicht nur von der regierenden PRI, sondern auch von seinen eigenen ehemaligen Parteigenossen der PRD, die mit der konservativen PAN ein strategisches Bündnis geschlossen hat, um AMLO zu verhindern.

Der dritte Versuch

Während AMLO für seine Anhänger die einzige Alternative zum korrupten politischen Establishment darstellt, sehen seine Gegner ihn

als eine mexikanische Variante des Venezolaners Hugo Chávez. Für sie verkörpert er einen linken Populisten und selbsternannten Messias, der das Land spaltet, in Unsicherheit führt und die in mehreren Jahrzehnten hart erarbeiteten Marktrefor-men und makroökonomische Stabilität aufs Spiel setzt.

Nach 2006 und 2012 greift AMLO bereits zum dritten Mal nach dem Präsidentenamt. Im Jahr 2006 hatte er als Kandidat der linken PRD nur denkbar knapp verloren. Anhänger glaubten an Wahlbetrug, als der Kandidat der konservativen PAN an einem dramatischen Wahlabend doch noch an AMLO vorbeizog. López Obrador hatte nach den Wahlen von 2006 wochenlang Straßen blockiert und sich von seinen Anhängern als legitimen Präsidenten proklamieren lassen. Von seinen Gegnern wurde dieses Verhalten als Indiz fehlenden Respekts vor den mexikanischen Institutionen gewertet. Vielleicht lag es auch hieran,

dass er bei seinem zweiten Versuch im Jahr 2012 deutlich weniger Wähler überzeugen konnte.

AMLO hat seine Wählerbasis in Mexiko-Stadt, Heimat der progressiven Linken in einem insgesamt eher konservativ und religiös geprägten

Als Bürgermeister war AMLO eher Pragmatiker denn Ideologe

Land. Als Bürgermeister der Hauptstadt hat er die Mega-Metropole mit mehr als 20 Millionen Einwohnern von 2000 bis 2005 in den Augen der meisten „chilangos“ – wie die Bewohner von Mexiko-Stadt auch genannt werden – durchaus erfolgreich regiert. Um dem Verkehrschaos Herr zu werden, haben AMLO und sein Nachfolger Marcelo Ebrard in den Bau von mehrstöckigen Autobahnen, öffentliche Verkehrsmittel und den Ausbau von Fahrradwegen investiert.

Auf AMLO geht außerdem eine Politik der Rückeroberung des öffentlichen Raumes in einer von Kriminalität geprägten Stadt zurück. Unter anderem hat er zur Wiederbelebung des historischen Stadtzentrums beigetragen. Die Stadtregierung organisiert seitdem regelmäßig öffentliche Konzerte auf dem Zócalo, dem gigantischen Platz vor dem Nationalpalast, der sich zur Weihnachtszeit in eine Eislaufbahn verwandelt. Im Großen und Ganzen ist AMLO als Bürgermeister eher als Pragmatiker denn als Ideologe aufgefallen.

Wenn man diese Bilanz als Maßstab nimmt, so steht AMLO weniger für radikale politische Umwälzungen als für die Politik einer pragmatisch-linken Volkspartei, die nicht die Nähe zu den Unternehmern scheut: Die Restaurierung des historischen Stadtzentrums etwa wurde mit Geld des Magnaten Carlos Slim finanziert,

dem zeitweise drittreichsten Menschen der Welt. Dieser verdankte sein Vermögen einem Telefonmonopol, das Mexiko bis zur Liberalisierung des Telefonmarkts eine der teuersten Telefondienstleistungen Lateinamerikas beschert hatte.

Das Schattenkabinett von AMLO besteht vor allem aus Akademikern und politischen Außenseitern, die als Technokraten im Gegensatz zu den üblichen Berufspolitikern weniger der Korruption verdächtigt werden. Gleichzeitig hat AMLO aber auch prominente Abtrünnige von PRI und PAN mit offenen Armen aufgenommen, und er ist ein Parteienbündnis mit der kleinen Partei „Encuentro Social“ eingegangen, der vor allem ultrakonservative Evangelikale angehören. Deren Inhalte weisen zwar kaum Überschneidungen mit dem Parteiprogramm von MORENA auf, die Allianz könnte aber entscheidende Prozentpunkte im Kampf um die Präsidentschaft liefern.

Parteiinterne Kritiker befürchten durch diese politischen Schachzüge den Ausverkauf linker Ideen. Andere fühlen sich darin bestätigt, dass AMLOs Wille zur Macht keinen Halt davor macht, zur Not auch dubiose Figuren etablierter Parteien mit Posten zu versorgen. Im Gegensatz dazu verteidigen AMLOs Unterstützer die Einbindung unterschiedlicher Strömungen und Personen als ein Projekt nationaler Versöhnung. So stünde eine Regierung unter AMLO durchaus in Kontinuität mit ihrem politischen Vorgänger PRI. Schließlich war es die erfolgreiche Einbindung politischer Gegner und Kritiker in das politische System Mexikos, das die Herrschaft der PRI über mehr als sieben Jahrzehnte ermöglicht hat.

Das Dilemma Mexikos besteht darin, dass die drei drängendsten Probleme des Landes von seinem nördlichen Nachbarn als dem Hauptabnehmer von Drogen, Industrieexporten und Migranten bestimmt werden. Selbst die Geldpolitik der mexikanischen Zentralbank und der Wert des Pesos hängen maßgeblich von der Politik des mächtigen Nachbarn ab.

Abhängig vom großen Nachbarn

Das Wahlprogramm von MORENA gibt wenig Hinweise darauf, ob und wie ein Präsident AMLO sich diesen äußeren Zwängen entziehen kann. So ist die stärkere Diversifizierung des Außenhandels zur Reduzierung der Abhängigkeit von den USA ein allenfalls langfristiges Projekt. Auch die Ausweitung des heimischen Marktes durch ein Programm der Umverteilung – ein Vorschlag des linken AMLO – ist mit Problemen behaftet. Selbst ein großzügiger Anstieg des Mindestlohns wird wohl kaum eventuelle Marktverluste im Fall eines Scheiterns von NAFTA kompensieren können. Der für Mexiko so wichtige Automobilsektor beispielsweise ist strukturell auf den Export ausgerichtet und nur in großen Märkten rentabel. Beim Thema Drogengewalt hat AMLO die provokante Idee einer Amnestie für Drogenbosse ins Spiel gebracht. Kritiker halten diesen Vorschlag eher für einen Ausdruck der Ratlosigkeit denn für eine Strategie, die Mexikos Gewaltepemie nachhaltig eindämmen könnte.

Die Krise der 1920er bis 1940er Jahre in den politischen und wirtschaftlichen Zentren des globalen Kapitalismus – der große Börsencrash von 1929, eingerahmt von zwei Welt-

kriegen – war ein wichtiger Impuls für die wirtschaftspolitische Neuausrichtung Lateinamerikas in der Nachkriegszeit. Als Lateinamerika plötzlich ausgeschlossen war von den Industrieimporten aus Europa und den USA, musste sich der Subkontinent auf eigene Stärken besinnen. Die Strategie des Aufbaus einer eigenen Industrie unter staatlichem Schutz als Antwort auf die globale Krise leitete drei goldene Dekaden von steigendem Wohlstand in Mexiko und Lateinamerika ein. Optimisten in Mexiko und anderswo mögen Hoffnung schöpfen aus der manchmal auch erneuernden Kraft der Krisen.

Lucha Libre ist die mexikanische Variante des US-amerikanischen Wrestling. In der populären Arena México treten die meist maskierten Showkämpfer gegeneinander an. In mehreren Runden treffen die „tecnicos“ auf „rudos“, was übersetzt so viel bedeutet wie rüde, plump oder grob. Es ist ein Duell Gut gegen Böse, von filigranen Technikern gegen grobe Kraft. Der meistgehasste Mann des Abends – natürlich ein rudo – ist blond, groß und schwenkt die amerikanische Fahne mit einem Konterfei von Donald Trump. Trotz der wütenden Rufe aus dem Publikum geht zumindest die erste Runde an die rudos.

Drei große Probleme: Drogen, Exporte und Migranten



Dr. Christian Ambrosius ist DAAD-Langzeitdozent für Wirtschaftswissenschaften an der Nationalen Autonomen Universität in Mexiko-Stadt (UNAM).

Dynamik in viele Richtungen

Kuala Lumpur ist nach Singapur die reichste Stadt in Südostasien

Justus Krüger | **Gegründet von chinesischen Wanderarbeitern, bietet die Hauptstadt Malaysias heute ein vielschichtiges Bild, zu dem natürlich die berühmten Petronas Towers gehören. Islam und Online-Shopping, Bankenzentrum und Korruption, Liberalität und paternalistischer Staat – was bedeutet „modern“ im multiethnischen Kuala Lumpur?**

„Vivy, ur hair :((((“ Auf ihrem Blog erzählt Vivy Sofinas Yusof, dass sie auf Instagram hin und wieder solche Kommentare erhält. „Deine Hosen sind zu eng.“ Die 30-jährige Unternehmerin lebt in Kuala Lumpur und leitet das malaysische Online-Modehaus Fashion Valet. „Ich kann immer noch deine Zehen sehen!“

Frau Yusof gründete das Unternehmen 2010 gemeinsam mit ihrem Mann. In den ersten Jahren ging es der Firma zwar schon recht gut, aber sie fiel nicht besonders auf – bis sie 2013 mit einem gewagten Fashion-Statement in Kuala Lumpur so etwas wie eine Sensation auslöste. Yusof veröffentlichte auf ihrem Instagram-Kanal ein Selfie, auf dem sie einen auffällig eleganten Hidschab trägt. Es war das erste Mal, dass sie sich öffentlich mit einem Kopftuch zeigte. Innerhalb weniger Tage hatte sie rund 10 000 neue Follower und wurde mit Kommentaren überschüttet. „Ab heute bist du mein Vorbild!“, schrieb ein neuer Anhänger. „Love

you, lillahi ta’ala“ (um Allahs willen), schrieb eine andere. „May God bless you, sis“, wünschte ihr ein dritter Kommentator.

Hidschab aus dem Online-Store

Fashion Valet verkaufte zwar schon seit Längerem Muslima-Mode. Aber es war erst das Foto mit dem Hidschab, das Yusof in Kuala Lumpur so richtig ins Gespräch brachte. Dabei war die Sache mit dem Kopftuch eigentlich nur als persönliche Geste gemeint. Aber als Yusof bemerkte, welches Echo sie dafür bekam, brachte sie rasch eine ganze Reihe von Luxuskopftüchern heraus.

Die Hidschabs sind aufwändig verpackt, wie Schals von Hermès, und die Preise – ab etwa 30 Euro – unterstreichen den Klassencharakter. Die Kopftücher kommen in Farben mit Namen wie „Diamond Rose“ und „Mint Frosting“. Auf der Homepage heißt es, bei den Hidschabs handele es sich um „das neue Cool für Lifestyle Wear, für die Lady mit Style, die eine

Prise Luxus in ihrem Leben zu schätzen weiß“. Die schicken Kopftücher schlugen ein wie eine Bombe. „Wenn wir früher an den Hidschab dachten“, schrieb eine Kundin, „dann sagten wir uns, ich will doch nicht aussehen wie eine alte Schachtel. Aber jetzt sagen wir uns, es ist ok, modern zu sein.“

Islamische Identität

In der Geschichte von Yusof und ihren Kopftüchern stecken eine Menge Faktoren, die Kuala Lumpur in ganz verschiedene Richtungen ziehen. Da ist zunächst die Islamisierung der ethnischen Malaien in der Stadt. Diese geht inzwischen so weit, dass säkular gesinnte Bürger vor einer „Arabisierung“ warnen. Das Problem: Landesweit sind nur 60 Prozent der Staatsbürger ethnische Malaien und damit Moslems. In Kuala Lumpur beläuft sich der Anteil dieser so genannten Bumiputra – zu Deutsch: Söhne der Erde – sogar nur auf etwa 44 Prozent.

Bürger chinesischer Herkunft stellen rund 43 Prozent der Bevölkerung Kuala Lumpurs, die drittgrößte Gruppe sind Malaien indischer Abstammung, gut 7 Prozent. In dem Maße, in dem die Bumiputra in der Stadt ihre Identität primär als moslemisch auffassen, muss sich der Rest ausgeschlossen fühlen.

Die neuen Puristen in der Stadt haben ihre theologische Ausbildung meist in Saudi-Arabien erhalten, sagt Farouk Musa, Vorsitzender der NGO Islamic Renaissance Front in Kuala Lumpur. „Die beunruhigendste Doktrin, die sie in dieser multikulturellen Stadt predigen, ist Al wala wal bara, Gefolgschaft oder Trennung“, sagt er. „Diese Doktrin bedeutet, dass man

mit Ungläubigen keinen Umgang pflegen soll, sogar wenn es sich um nahe Verwandte handelt. Dass ein Moslem einem Andersgläubigen nicht Frohe Weihnachten wünschen darf, das haben wir in Kuala Lumpur früher nie gehört. Heute ist das fast normal.“

Auch das chinesische Neujahr, es begann im Februar, gilt als problematisch – vor allem in diesem Jahr, dem Jahr des Hundes. Normalerweise schmücken sich die Läden und Shopping Malls der Stadt in der Neujahrszeit mit dem passenden chinesischen Tierkreiszeichen. Aber in diesem Jahr nahm man davon Abstand, aus Angst, dass der Hund die religiösen Empfindlichkeiten der Moslems in der Stadt verletzen könnte.

„Was soll denn das? Wir leben doch in einer multiethnischen Stadt!“, empört sich Frau Tan, die ihren vollen Namen nicht in der Zeitung sehen möchte. Die malaysische Chinesin arbeitet in der Sunway Pyramid Shopping Mall in Kuala Lumpur. „Wieso müssen wir den Schmuck zu unserem größten Fest verstecken? Wo bleibt denn da der Respekt für die chinesische Rasse?“

Derartige ist in Kuala Lumpur immer häufiger zu beobachten. „Für sich genommen sind dies oft nur Kleinigkeiten“, so die malaysisch-chinesische Abgeordnete Maria Chin, „aber in der Summe sind es die Zeichen, an denen sich der fortschreitende Purismus zu erkennen gibt. Die säkulare Gesellschaft ist auf dem Rückzug.“ Auch dass immer mehr Frauen in Kuala Lumpur ein Kopftuch tragen, ist Maria Chin ein Dorn im Auge. Sie wäre sicherlich kein Fan des Online-Kaufhauses von Frau Yusof.

„Die säkulare Gesellschaft ist auf dem Rückzug“

**Der Anteil des
Servicesektors liegt
bei über 80 Prozent**

Aber die Dynamik in Kuala Lumpur hat nicht nur eine Richtung, und es dreht sich längst nicht alles um den Islam. Das zeigt sich ebenfalls an der Geschichte von Yusofs Online-Kaufhaus für moslemische Mode, denn darin steckt auch Kuala Lumpurs ökonomische Modernisierung. Da ist zum einen die Tatsache, dass in Kuala Lumpur immer mehr Frauen in Führungspositionen anzutreffen sind – weit mehr als irgendwo anders in Südostasien. Da ist zum anderen der Aufbruch ins Digitalzeitalter und in die Dienstleistungsgesellschaft in Kuala Lumpur.

Der Servicesektor kommt für über 80 Prozent des Wirtschaftsprodukts der Stadt auf. Was es an produzierendem Gewerbe gibt, dreht sich zu einem erheblichen Teil um die Herstellung von Mikrochips und anderen elektronischen Komponenten. Finanzen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle – und eine wahrhaft gigantische Korruption, in einem Maßstab, der ohne ein anspruchsvolles Bankwesen gar nicht denkbar wäre.

Das Goldene Dreieck

All diese Faktoren sind auch in das Stadtbild Kuala Lumpurs eingeschrieben. Das eigentliche Stadtgebiet hat heute knapp 1,8 Millionen Einwohner. Zählt man die Vororte mit, kommt man auf gut sieben Millionen.

Im Zentrum der Metropole liegt das „Goldene Dreieck“, das Geschäfts- und Bankenviertel, das der damalige – und kürzlich wiedergewählte – Premierminister Mahathir Mohamad in den 1990er Jahren errichten ließ.

Falls sich noch jemand daran erinnert: Malaysia hatte damals Wach-

tumsraten von rund 10 Prozent pro Jahr vorzuweisen. Den boomenden „Tigerstaaten“ Südasiens schien in den Neunzigern die Zukunft zu gehören, so wie sie heute China zu gehören scheint, und Mahathir war ihr lautester Fürsprecher. Ein wichtiger Teil seiner ehrgeizigen Pläne: „to put Kuala Lumpur on the map“. Die Kapitale sollte aufhören, eine malerische und etwas verschlafene Kolonialstadt zu sein. Stattdessen sollte sie sich als wichtiger Knotenpunkt der Weltwirtschaft präsentieren. Vor allem im Goldenen Dreieck im Stadtzentrum, in dessen Mitte die Petronas Towers aufragten. Die Zwillingstürme waren damals die höchsten Gebäude der Welt.

Um diesen inneren Kern von Shopping Malls, Banktürmen und glitzernden Bürohochhäusern legt sich allerdings – zum Glück, möchte man sagen – immer noch ein Ring aus den angestammten chinesischen Geschäftsvierteln mit ihren alten, zweistöckigen Laden- und Wohnhäusern. Und um diesen herum gibt es die Reihenhaussiedlungen, Hochhäuser und Kampungs. „Kampung“ heißt eigentlich „Dorf“. In der Stadt sind damit die schrumpfenden malaiischen Viertel gemeint, die mit ihren auf Stelzen gebauten hölzernen Häusern ein wenig so aussehen wie Dörfer.

Indessen haben sich Malaysia und vor allem Kuala Lumpur besser von der Asien-Krise erholt als der Rest Südasiens. Die fast surrealen Wachstumszahlen der 1990er sind zwar Geschichte, aber das ist vielleicht eine gesunde Entwicklung.

In jüngster Zeit wächst die Wirtschaft in Kuala Lumpur um gut 5 Prozent pro Jahr. Bis 2020, so der Plan, soll Malaysia in die Riege der Länder mit hohem Einkommen aufsteigen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Für Malaysia als Ganzes mag das zu ehrgeizig sein. Aber in der Hauptstadt wirkt der Plan plausibel. Schon heute ist Kuala Lumpur nach dem Sonderfall Singapur die reichste Stadt in Südostasien und braucht auch den Vergleich mit Chinas Metropolen nicht zu scheuen.

Von Zinn, Gummi und Capitan Cina

Dabei liegen Kuala Lumpurs sehr bescheidene Ursprünge noch nicht weit zurück. Die Geschichte der Stadt begann in den 1850er Jahren, als 87 chinesische Wanderarbeiter in den Dschungel zogen, um auf der Suche nach Zinn Löcher in den Boden zu graben. Mitten im Urwald, am Zusammenfluss zweier träger Flüsse, wurden sie fündig und errichteten ihr Lager: Kuala Lumpur, zu Deutsch: schlammige Flussmündung.

Tropische Krankheiten rafften schnell ein Drittel der Männer im Dschungelcamp dahin. Aber die Zinnvorkommen waren so reichhaltig,

dass die übrigen die Sache doch für lohnend hielten und die Bevölkerung, 100 Prozent chinesisch, sogar etwas wuchs. Eine wirkliche Staatlichkeit gab es dort damals kaum. Die Gegend unterstand dem lockeren Zugriff mehrerer Sultanate. Das änderte sich mit der Ankunft der Briten, die sich in den 1850ern für Malaysias Rohstoffe – Zinn und Gummi – zu interessieren begannen. Sie organisierten die Sultanate in die Federated Malay States und unterstellten die neue Föderation ihrer Oberherrschaft.

Weil es in der Gegend immer wieder gewaltsame Unruhen unter chinesischen Einwanderern gab, schufen die Sultane das Amt des „Capitan Cina“ – des chinesischen Anführers. Seine Aufgabe bestand darin, für Ruhe und Ordnung unter den Chinesen zu sorgen. Yap Ah Loy, im Amt von 1868 bis 1885, ist der berühmteste unter diesen Capitan Cina. Er gilt heute als der Gründer Kuala Lumpurs. In den 1890er Jahren war die

Eine hohe Lebens-
qualität, vergleichbar
mit Singapur

Bevölkerung der Stadt auf gut 40 000 angewachsen, 80 Prozent von ihnen Chinesen. 1895 wurde Kuala Lumpur zur Hauptstadt der Federated Malay States. Als Malaysia 1963 die Unabhängigkeit erlangte, wurde Kuala Lumpur die Hauptstadt des neuen Staates. Erst 2010 überstieg der Anteil der Malaien in der Stadt zum ersten Mal knapp den der Chinesen. Die übrigen Bürger sind in der Hauptsache indischer Herkunft. Ihre Vorfahren waren in der britischen Kolonialzeit gekommen, um auf den Gummibaumplantagen zu arbeiten.

Das multiethnische Erbe der Kolonialzeit führte immer wieder zu Unruhen, am schlimmsten im Mai 1969, als mit Dolchen und Macheten bewaffnete Malaien in Kuala Lumpur chinesische Viertel eindrangten und dort ein Massaker anrichteten. Laut offiziellen Angaben starben dabei 196 Menschen, fast alle von ihnen Chinesen.

Eine von Zinn und Gummi abhängige Wirtschaft, dazu ethnische Unruhen, beides in einem jungen Land, das seine Balance noch nicht gefunden hatte – eigentlich waren dies die besten Voraussetzungen, um aus Malaysia einen „failed state“ und aus Kuala Lumpur eine völlig dysfunktionale Stadt zu machen. Erstaunlich, dass dies nicht geschehen ist. Stattdessen wird heute auf Expat-Foren im Internet lebhaft diskutiert, wo es sich denn besser leben lasse, in Singapur oder in Kuala Lumpur. Oft enden die Debatten mit einem Unentschieden – bemerkenswert für eine Stadt, die erst vor wenigen Generationen von einer Handvoll Wanderarbeiter als Dschungelcamp gegründet wurde.

Niemand wird so sehr mit dem jüngeren Aufstieg Kuala Lumpurs bis zur Asien-Krise 1997 identifiziert wie Mahathir Mohamad. Er trat auch stets als der aggressivste Werberedner für „asiatische Werte“ auf. Damit meinte er die Betonung des Kollektivs gegenüber dem Individuum. Auf gut Deutsch: eingeschränkte Bürgerrechte. Dazu ein Staatskapitalismus, dessen sichtbarstes Symbol die Petronas Towers sind. Sie sind das Hauptquartier des gleichnamigen staatlichen Ölkonzerns.

Das Zentrum der Vetternwirtschaft

Dass die Verfilzung von Staat und Unternehmen der Korruption ein weites Feld eröffnet, kann nicht weiter überraschen. Überraschend ist hingegen das Ausmaß. So wurde seit 2015 ruchbar, dass Regierungsbeamte, offenbar bis hinauf zum damaligen Premierminister Najib Razak, zusammen mit Bankern aus dem Umkreis der Petronas Towers den staatlichen Investmentfonds 1MDB missbraucht hatten, um nicht weniger als 4,5 Milliarden Dollar beiseite zu schaffen.

Knapp 700 Millionen davon landeten offenbar auf dem Bankkonto von Premierminister Najib. Er versuchte sich damit herauszureden, dass die 700 Millionen ein Geschenk des saudischen Königshauses an ihn persönlich seien. Dass er dies für eine passable Ausrede hielt, zeigt, wie bedenklich das Ausmaß des saudischen Einflusses auf die Regierung in Kuala Lumpur ist.

Der Skandal kostete Najib die Wiederwahl. Der neue Premierminister und Retter in der Not ist seit Mai 2018 kein anderer als – Mahathir Mohamad. Der starke Mann von einst ist inzwischen 93 Jahre alt und

soll Malaysia zurück auf den Weg des Fortschritts bringen.

Welche Moderne?

Aber was bedeutet Fortschritt? Kuala Lumpur ist Malaysias Zentrum der Finanzen und der Korruption. Die Stadt ist auch der Sitz einer halbautokratischen Regierung, die lästige Blogger mit einer neuen Fake-News-Gesetzgebung ins Gefängnis bringt und aufmüpfige Zeitungen in Grund und Boden klagt.

Aber Kuala Lumpur ist auch die liberalste Stadt im Königreich. Das Land hat zwei Rechtssysteme: ein säkulares für alle Bürger und ein islamisches für die ethnischen Malaien. Diese haben sich von Rechts wegen zum Islam zu bekennen. In weiten Teilen des Landes bedeutet dies zum Beispiel, dass Frauen bestraft werden, die sich ohne Hidschab zeigen. In Kuala Lumpur gibt es weniger Druck. Der Trend in der Hauptstadt geht dahin, „anständiges“ Verhalten zu belohnen statt Abweichungen zu bestrafen.

Die Frage ist, ob diese Freiheitlichkeit in Kuala Lumpur als progressiv gilt – oder gerade als rückständig. Für den alten und ganz neuen Premierminister Mahathir galt zumindest bislang der autoritäre Staat als der Schlüssel zum Fortschritt.

Viele junge Bürger Kuala Lumpurs betrachten einen arabischen Islam als progressiv, denn er steht im Gegensatz zu dem eher entspannten herkömmlichen Islam in ihrem Land. „Der saudische Einfluss auf den Islam in Malaysia“, sagte Marina Mahathir, Vorsitzende der NGO Sisters in Islam und Tochter des Premierministers, „geht auf Kosten unserer Tradition.“

Sie klagte auch darüber, dass Religionsgelehrte in Kuala Lumpur inzwischen „absolut überall ein Wort mitzureden haben, von Kinoprogrammen über Medizin bis zu Versicherungen – alle möglichen Dinge, von denen sie oft gar nichts verstehen“. Für eine multiethnische Stadt wie Kuala Lumpur ist das pures Gift. Die amtliche Antwort auf die Frage, was denn in Kuala Lumpur der rechte Weg des Fortschritts sei, lautet darum „wasatiyyah“ – Ausgewogenheit. Ob das gut geht? Es lässt zumindest vieles offen.

Für Vivy Sofinas Yusof ist das alles kein Problem. Ihre Hidschabs stehen für ganz andere Dinge. Zum Beispiel die „Edition Louvre“, über die sie in ihrem Online-Store folgendes schreibt: „Neulich war ich mal wieder im Louvre, und dieses fantastische Museum weckt so viele gute Erinnerungen! Als Mädchen war ich mit meinem Vater da und als Studentin mit meinen Kommilitonen. Später habe ich dort meinen Ehemann kennengelernt! Aber reden wir nicht mehr von ihm. *blush*“

Das ist banal. Aber gerade das ist das Gute daran. Vielleicht trifft dieser Ton die „wasatiyyah“, die Ausgewogenheit – oder zumindest eine unbekümmerte Stimmung, mit der Kuala Lumpur leben kann.

**Viele betrachten
den arabischen Islam
als progressiv**



Justus Krüger

lebt seit 2005 als freier Korrespondent u.a. für die *Neue Zürcher Zeitung*, *Mare* und *Geo* in China.

Ein Multilateralismus, der schützt

Europa braucht ein Konzept für die Erneuerung der internationalen Ordnung

Anthony Dworkin und Mark Leonard | **Kann Europa die liberale Weltordnung retten? Dazu bräuchten wir ein Konzept, mit dem das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Souveränität und internationaler Ordnung neu austariert wird. Das dies möglich ist, zeigen konkrete Vorschläge, die auch der Sicherheit und dem Wohlstand der Europäer dienen.**

Die Welt wird immer furchterregender. Am Horizont drohen Handelskriege, die Ära der Großmacht Konkurrenz kehrt zurück, Stellvertreterkonflikte häufen sich, und unter Präsident Donald Trump haben sich die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran und dem Pariser Klimaabkommen zurückgezogen. Die Regeln und Allianzen, die einst die internationale Zusammenarbeit und Stabilität garantierten, verlieren offenbar ihre Gültigkeit. An ihre Stelle tritt ein System der internationalen Beziehungen, in dem das Recht des Stärkeren gilt, der Nationalismus wuchert und der Rechtsstaat missachtet wird. Die Hoffnung auf die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten hat sich zerschlagen. Stattdessen sind autoritäre und illiberale Bewegungen auf dem Vormarsch. Bricht die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene liberale Weltordnung zusammen?

Mit der Idee einer regelgestützten internationalen Ordnung ist gerade die Europäische Union historisch eng verbunden. Sie verkörpert die Überzeugung, dass die Staaten durch internationale Zusammenarbeit, Offenheit, Rechtsstaatlichkeit und die Verpflichtung auf Demokratie und Menschenrechte am besten gedeihen. Doch nun braucht sie eine Strategie, um die Kernelemente einer regelbasierten Ordnung zu erhalten. Dieser Essay beschreibt ein Konzept für die Erneuerung der internationalen Ordnung, an dem sich die EU orientieren könnte. Außerdem enthält er Vorschläge, wie die EU dieses Konzept in die Praxis umsetzen könnte.

In der Praxis wollen die europäischen Staaten eine internationale Ordnung, die sie vor externen Bedrohungen schützt und es ihnen ermöglicht, ihren wirtschaftlichen Interessen durch weltweiten Handel und Investitionen nachzukommen. Dieses Ziel kann jedoch nicht durch eine Rückkehr zum alten Ordnungssystem erreicht werden, das auf einer globalen Machtverteilung basiert, die so nicht mehr existiert. Ohnehin war die liberale Weltordnung nie

abgeschlossen und perfekt. Sie war ein sich entwickelndes, vielschichtiges System von Normen, Institutionen und Praktiken mit Schwachstellen und inneren Spannungen. Obwohl sie den beteiligten Staaten viele Vorteile bot, war sie weniger konsistent und integrativ, als ihre Befürworter wahrhaben wollten. Die EU sollte nicht zurückblicken, sondern ein neues Konzept für eine internationale Ordnung entwickeln, die zur heutigen Welt und den heutigen europäischen Interessen passt.

Das Ende der alten Ordnung

Die Sieger des Zweiten Weltkriegs errichteten ein System der kollektiven Sicherheit – mit den Vereinten Nationen im Mittelpunkt –, das auf den Grundsätzen des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen und der friedlichen Beilegung von Konflikten beruhte. Mit Beginn des Kalten Krieges bauten die USA ein Bündnissystem auf, das den demokratischen Kapitalismus in Europa stärken, den Kommunismus eindämmen, den Welthandel liberalisieren und die wirtschaftliche Stabilität durch internationale Institutionen fördern sollte. Dieses System könnte man als „liberale Ordnung 1.0“ bezeichnen. Obwohl sich amerikanische Politiker gern als Verteidiger der freien Welt darstellten, waren einige der von den USA unterstützten Staaten in Wahrheit hauptsächlich antikommunistisch und kapitalistisch und weniger demokratisch. Tatsächlich endete dieses Ordnungsmodell weitgehend an den Grenzen der Staaten und beschäftigte sich kaum damit, wie diese ihre Souveränität im Innern ausübten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelte sich das System weiter. In den neunziger Jahren und zu Beginn des neuen Millenniums trieben die USA die Entwicklung einer „liberalen Ordnung 2.0“ voran. Deren Grundgedanke war es, die im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte regelbasierte Ordnung schrittweise auf weitere Staaten auszuweiten. Gleichzeitig kam es vor allem auf Drängen der Europäer zu einer Vertiefung der Ordnung, um neben den Rechten der Staaten auch die Rechte der Menschen zu berücksichtigen. Damit verbunden waren Einschränkungen der Souveränität.

In dieser zweiten Phase der liberalen internationalen Ordnung wurden die internationalen Regeln und Institutionen erweitert. Dies betraf den Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen, aber auch die Menschenrechte, indem Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof und das Konzept der „Responsibility to Protect“ geschaffen wurden. Zugleich setzte man darauf, dass sich die Staaten der ehemaligen Sowjetunion und aufstrebende Mächte wie China ein Mindestmaß an liberalen Normen zu eigen machen würden. Die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen hätte sich dann auf neue Ziele wie die Abwendung von Gräueltaten oder den Kampf gegen den internationalen Terrorismus konzentrieren können.

Dieses Kalkül ging nicht auf. Zwar rückte die Welt wirtschaftlich enger zusammen und nichtwestliche Mächte gewannen an Reichtum und globalem Einfluss. Doch die liberale Demokratie wurde nicht gestärkt, sondern verlor an Boden. Das lag auch daran, dass die Verfechter der liberalen Ordnung selbst manchmal egoistisch und widersprüchlich handelten. Deswegen verloren sie

Die Grenzen von
Staaten beschränkten
das Modell 1.0

nicht nur die Unterstützung der aufstrebenden Demokratien, sondern auch Rückhalt in der eigenen Bevölkerung. Die liberale internationale Ordnung erwies sich als ein unfertiges Werk, bei dem es auch Rückschritte geben kann. Ihre Ziele werden auf drei Achsen infrage gestellt:

Viele Staaten, die dem System hätten beitreten sollen, betreiben stattdessen eine neue Form alter Großmachtpolitik. Dazu zählen China, Russland, Iran, Saudi-Arabien und die Türkei. Während sich die globale Machtverteilung verschiebt, hängen die aufstrebenden Demokratien noch immer einem postkolonialen Weltbild an. Diese Staaten sind nicht bereit, eine Weltordnung zu unterstützen, die untrennbar mit der Dominanz der USA und des Westens verknüpft scheint. Aus ihrer Sicht mutet die liberale internationale Ordnung wie „eine vom Imperialismus gemachte Welt“ an, wie der Schriftsteller Pankaj Mishra schreibt.

Die Rückkehr zu einer „schlankeren“ Ordnung ist denkbar

Im Westen meinen viele Menschen inzwischen, dass Offenheit und internationales Engagement ihren eigenen Interessen eher schadet. Diese Enttäuschung erklärt, warum die USA nicht mehr willens sind, ihre traditionelle Rolle als militärischer und wirtschaftlicher Anker des Systems zu spielen.

Über die Staatsengrenzen hinweg haben sich neue Herausforderungen und Formen der Unordnung herausgebildet, die von den gegenwärtigen Strukturen nicht bewältigt werden können und die Entwicklung neuer Normen erfordern. Neue Konfliktformen drohen das Völkerrecht zu untergraben. Es fehlen Regeln für den Umgang mit Migration und Flüchtlingen, und die Regulierung des Cyberspace kann mit der Digitalisierung nicht Schritt halten.

Eine mögliche Interpretation dieser Entwicklung ist, dass die Hüter der Weltordnung nach 1989 einfach zu ehrgeizig waren. Der Aufstieg von Mächten wie Russland und China, die die traditionelle Souveränität hochhalten, und kontraproduktive Handlungen der demokratischen Staaten selbst brachten das utopische Projekt der „liberalen Ordnung 2.0“ zum Stillstand. Nach dem Desaster der US-geführten Invasion im Irak 2003, der Finanzkrise in den Jahren 2007/08 und den Wirren der Eurokrise fehlt es an öffentlicher Unterstützung für die liberale Ordnung 2.0. Stattdessen könnte es eine Rückkehr zu einer „schlankeren“ internationalen Ordnung geben – eher vergleichbar mit der liberalen Ordnung 1.0, die sich nicht länger an Menschenrechten und demokratischen Werten orientiert, sondern auf gegenseitiger Nichteinmischung und Mindestregeln für die Koexistenz von Großmächten mit unterschiedlichen politischen Visionen beruht. In dieser Hinsicht stellt Trump nicht einmal einen großen Bruch im Vergleich zu früheren US-Regierungen dar. Nur sehr wenige Vorgängerregierungen waren der Meinung, dass sich die USA verbindlichen Regeln unterwerfen sollten; sie waren nur eher als Trump bereit, diese anderen Ländern aufzuzwingen.

Man kann unsere Situation auch noch sehr viel düsterer sehen. In dieser Interpretation würde nicht einmal mehr die liberale Ordnung 1.0 erhalten bleiben, weil wir nicht nur mit revisionistischen Mächten von außen, sondern auch mit einer politischen Gegenrevolution innerhalb des Westens zu kämpfen haben. In dieser Interpretation bedeutet Globalisierung, die Technologien der Zukunft mit den Kämpfen der Vergangenheit zu verbinden. Militärische Inter-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

ventionen würden weiterhin stattfinden, aber nicht als humanitäre Missionen wie im Kosovo oder in Sierra Leone. Die technologische Entwicklung würde zu vernetzten Kriegen führen, in denen die Staaten den Handel, das Internet und sogar die Migration als Waffen benutzen. In einer solchen Welt werden die multilateralen Institutionen selbst zu Schauplätzen von Konflikten, anstatt diese zu verhindern. Nationale Politiken, die immer mehr von Identitätspolitik, Misstrauen gegenüber Institutionen und Nationalismus geprägt sind, vergrößern die internationale Konfliktbereitschaft.

Europas Aufgabe ist es, eine Alternative zu diesen beiden bedrückenden Szenarien zu finden. Diese Alternative sollte den wachsenden Einfluss der illiberalen Mächte und der globalen Vernetzung berücksichtigen; gleichzeitig muss sie so beschaffen sein, dass sie die Unterstützung der europäischen Bürger gewinnen kann. So wie der französische Präsident Emmanuel Macron ein „Europa, das schützt“ gefordert hat, sollte sich die EU für einen „Multilateralismus, der schützt“ einsetzen. Sie sollte zeigen, wie die von ihr priorisierten Elemente der internationalen Ordnung der Sicherheit und dem Wohlstand der Europäer dienen.

Innerhalb Europas muss die EU deswegen in die Verteidigung der liberalen Ordnung 2.0 investieren. Sie muss ihre Handlungsfähigkeit stärken und sich um einen neuen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Gewinnern und Verlierern bemühen. Zugleich kann und will sich Europa nicht von der Welt abschotten. Deswegen sollte die EU auch jenseits ihrer Grenzen auf eine neue Ordnung hinwirken, die der langfristigen Stabilität und Entwicklung in Europa und darüber hinaus dient. Das wird allerdings nur gehen, wenn sie ein breites Spektrum von Ländern als potenzielle Partner einstuft und bereit ist, einige Prämissen der liberalen Ordnung 2.0 zu überdenken.

**Sicherheit und
Handel sind unter
Druck geraten**

Auf globaler Ebene gibt es Bereiche, in denen es für die EU wichtiger ist, ein Mindestmaß an Regeln aufrechtzuerhalten, als ehrgeizigere liberale Ziele zu verfolgen. Angesichts immer selbstbewussterer und mächtigerer illiberaler Staaten kann selbst ein erneuerter Bund von gleichgesinnten Staaten seine Ziele nicht erreichen. Dies wird es in einigen Fällen erforderlich machen, Kompromisse bei den europäischen Idealen einzugehen und sich auf eine stärker durch einen traditionellen Souveränitätsbegriff geprägte Agenda zurückzuziehen. Welche Prioritäten Europa dabei setzen sollte, lässt sich herausfinden, indem wir die Herausforderungen betrachten. Zwei davon – Sicherheit und Handel – betreffen zentrale Elemente der bestehenden Ordnung, die unter Druck geraten und europäisches Handeln erfordern.

Krieg, Krisen und Menschenrechte

Sowohl Russland als auch China stellen die politische Ordnung in ihrer Nachbarschaft infrage, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Russlands Einmischung in der Ukraine, einschließlich der Annexion der Krim, war ein Angriff auf die europäische Nachkriegsordnung und den Grundsatz, Grenzen nicht gewaltsam zu verändern. In anderen Bereichen versucht Russland, Macht durch hybride Interventionen oder die Unterstützung von zweifelhaften Verbündeten wie dem syrischen Regime zu entfalten. Russland will die Ausbreitung westlicher Institutionen und Normen in seiner Nachbarschaft einschränken und eine internationale Ordnung entwickeln, die auf Realpolitik statt auf liberalen Prinzipien beruht.

Auch China handelt energisch, um das, was es als zentrale Interessen betrachtet, durchzusetzen – unter anderem durch die umfangreiche Landgewinnung im Südchinesischen Meer. China lehnt ein Urteil des Ständigen Schiedshofs in Den Haag gegen seine Ansprüche in den angrenzenden Gewässern ab und verfolgt eine Strategie der rechtlichen Ambiguität hinsichtlich seiner Gebietsforderungen. Zudem hat China sein Militär in den vergangenen Jahren drastisch verstärkt – mit dem offensichtlichen Ziel, in Ostasien mit den USA mindestens gleichzuziehen, wenn nicht gar eine Dominanz zu erreichen.

Die neue Großmacht Konkurrenz entstand zu einem Zeitpunkt, als die westliche Begeisterung für militärische Interventionen nach den teuren und erfolglosen Kriegen im Irak und in Afghanistan nachließ. US-Präsident Barack Obama verlagerte den Schwerpunkt der militärischen Aktivitäten auf wenig sichtbare, wenn auch umfangreiche Anti-Terror-Operationen; Trump verfolgt den gleichen Ansatz, lässt dabei aber verstärkt Gewalt anwenden. Die amerikanischen Kriege im Nahen und Mittleren Osten waren nicht nur erfolglos, sie haben die USA auch unglaublich gemacht. Selbst im Westen glauben viele Menschen nicht, dass die Invasion des Irak der Aufrechterhaltung einer regelbasierten internationalen Ordnung diene, sondern dass sie ein Akt der Aggression war. Viele aufstrebende Demokratien sind auch überzeugt, dass die westliche Militärintervention 2011 in Libyen das Mandat des UN-Sicherheitsrats zum Schutz der Zivilbevölkerung überschritt und zu einem illegitimen Einsatz zum Zwecke des Regimewechsels wurde. Das war ein Grund, warum

sie sich im März 2014 bei einer Abstimmung über die Ukraine in der UN-Generalversammlung enthielten. Die Staaten wollten sich von dem distanzieren, was sie für westliche Doppelmoral halten.

Auch innerhalb des Westens gibt es seit Ende des Kalten Krieges Unterschiede in den militärischen Prioritäten. Die USA sehen keine Notwendigkeit, weiterhin so viel in die Verteidigung Europas zu investieren. Zudem sind sie sehr viel weniger als die EU an der Stabilität der südlichen und östlichen Nachbarschaft Europas interessiert. Dennoch haben sich die anfänglichen Zweifel an Trumps Verpflichtung gegenüber der NATO vorerst gelegt; die Nationale Sicherheitsstrategie seiner Regierung befasst sich vor allem mit der neuen Konkurrenz der Großmächte. Unter Trump hat sich der militärische Teil des westlichen Bündnisses besser entwickelt als viele in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft befürchtet hatten. Dennoch wird Europa mehr Verantwortung für seine eigene Verteidigung übernehmen müssen – als Voraussetzung für das weitere Engagement der USA ebenso wie in seinem eigenen Interesse.

Insgesamt deuten diese Trends auf eine enger begrenzte internationale Ordnung hin, als viele Europäer nach Ende des Kalten Krieges erhofft hatten. In den neunziger Jahren sahen sie im Konzept der völkerrechtlichen Souveränität eine bisweilen bedauerliche Beschränkung der Möglichkeit zur Intervention, um Gräueltaten zu stoppen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Heute erscheint es den Europäern angesichts aggressiver rivalisierender Mächte und wachsender Unordnung wichtiger, die völkerrechtswidrige Gewaltanwendung über Staatsgrenzen hinweg zu reduzieren. Der gewachsene Einfluss Russlands und Chinas bedeutet, dass der UN-Sicherheitsrat dem Westen heute vermutlich kein Mandat mehr erteilen würde für eine Militärintervention gegen einen Staat, der sein eigenes Volk unterdrückt. Wenn der Westen dann trotzdem versuchen würde, internationale Normen durchzusetzen, würde er gleichzeitig das internationale Recht untergraben. Außerdem dürfte es in Zukunft schwieriger werden, den Internationalen Strafgerichtshof per Resolution des Sicherheitsrats mit Ermittlungen zu Kriegsverbrechen zu betrauen.

In einer Welt, in der die Großmächte sehr unterschiedliche Wertesysteme vertreten, kann die EU eher zum Erhalt der internationalen Ordnung beitragen, wenn sie den Wert der staatlichen Souveränität betont. In der Definition des dänischen Politikwissenschaftlers Georg Sørensen heißt das, einen „zurückhaltenden Liberalismus“ („Liberalism of Restraint“) über einen „intervenierenden Liberalismus“ („Liberalism of Imposition“) zu stellen. Ersterer Ansatz ist besser geeignet, um die Unterstützung der nichtwestlichen Demokratien zu gewinnen und könnte die Bildung breiter Koalitionen gegen die Anwendung von Gewalt durch andere Mächte erleichtern. Er würde auch der Realität Rechnung tragen, dass der Westen in einem stärker umkämpften geopolitischen Umfeld immer seltener in der Lage sein wird, die Bedingungen für die Beilegung von Konflikten zu diktieren. Stattdessen wird er einen unvollkommenen und illiberalen Frieden als Preis für das Ende der Gewalt akzeptieren müssen. Das Beispiel Syriens belegt diese These. Es ist derzeit kein Friedensabkommen vorstellbar, das die rasche Ablösung von Präsident Baschar al-As-

Die EU sollte den Wert der staatlichen Souveränität betonen

sad oder eine Anklage gegen ranghohe Vertreter des Regimes wegen Kriegsverbrechen vorsieht.

Vor diesem Hintergrund müssen die Europäer ihre humanitäre Auslegung des Multilateralismus auf andere Weise am Leben erhalten. Der Kurswechsel in der US-Außenpolitik hat zu einem weltweiten diplomatischen Defizit geführt

– die EU sollte versuchen, diese Lücke zu schließen. Sie muss versuchen, das Atomabkommen mit dem Iran zu retten, indem sie Teheran bei der Stange hält und die Auswirkungen neuer US-Sanktionen auf europäische Unternehmen so weit wie möglich begrenzt.

Darüber hinaus muss die EU kreativ darüber nachdenken, wie sie das globale Nichtverbreitungsregime stärken und größere Anstrengungen unternehmen kann, um internationale Spannungen abzubauen und friedliche Lösungen für die Konflikte vom Jemen bis zur Ukraine zu finden.

Die EU sollte sich auch für eine Stärkung der Menschenrechte und der Grundsätze des Völkerrechts im System der Vereinten Nationen einsetzen – gerade zu einem Zeitpunkt, an dem diese immer mehr infrage gestellt werden. Selbst in Konflikten, an denen die Großmächte nicht direkt oder indirekt beteiligt sind, fällt es dem Sicherheitsrat schwer, sich auf friedenserhaltende Maßnahmen zu einigen. Inzwischen ist China bei den Vereinten Nationen sehr aktiv, um seine staatszentrierte Sicht der Menschenrechte anzupreisen und die Menschenrechtsaktivitäten der UNO durch Budgetkürzungen einzuschränken. Angesichts einer US-Administration, die dem Multilateralismus weniger verpflichtet ist als ihre Vorgängerin, muss Europa versuchen, durch die Bildung breiter Koalitionen diesem Trend entgegenzuwirken. Die EU sollte ebenfalls mit gleichgesinnten Staaten zusammenarbeiten, um die Durchsetzung der völkerrechtlichen Prinzipien in bewaffneten Konflikten zu stärken.

Die EU wird den Wertewettbewerb gegen Russland, China und vielleicht auch die USA am ehesten dann gewinnen können, wenn sie überzeugende Argumente für ihr eigenes Modell vorbringen kann. Eine Stärkung des inneren Zusammenhalts und die Überwindung der Spaltung innerhalb der europäischen Länder würden die EU gegenüber externen Störkampagnen widerstandsfähiger machen.

Handel und Investitionen

Im Mittelpunkt der europäischen Vision der internationalen Ordnung steht die Entwicklung von offenen, regelbasierten Wirtschaftsbeziehungen. Die wirtschaftlichen Vorteile aus dem internationalen Handel sind beeindruckend: Zwischen 1950 und 2015 verfünffachte sich das weltweite Pro-Kopf-Einkommen, und der Anteil der Weltbevölkerung, die in extremer Armut lebt, sank von 72 auf 10 Prozent. Inzwischen ist allerdings deutlich geworden, dass die westlich geprägte Wirtschaftsordnung gleichermaßen zu erfolgreich und nicht erfolgreich genug war. Der steigende Wohlstand der Entwicklungsländer hat die dominante Rolle des Westens in der Wirtschaftsordnung unhaltbar gemacht. Die Gewinne aus der marktorientierten Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte waren ungleich verteilt. Viele Europäer und Amerikaner meinen heute, die wirtschaftliche Öffnung habe vor allem den Reichen und den

**Den Wertewettbewerb
mit überzeugenden
Argumenten gewinnen**

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Schwellenländern genutzt – auf Kosten der Arbeiter und der Mittelschicht in den westlichen Ländern.

Trump hat diesem Gefühl Rechnung getragen, als er aus dem Transpazifischen Partnerschaftsabkommen TPP ausgestiegen ist und die Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA gefordert hat. Noch beunruhigender für Europa ist, dass Trump mit seinen Angriffen auf die WTO begonnen hat, die Grundlage des regelbasierten multilateralen Handelssystems zu untergraben. Trump hat die WTO wiederholt als „Katastrophe“ für die USA bezeichnet. Unter der fadenscheinigen Begründung der „nationalen Sicherheit“ hat er zusätzliche Zölle auf Stahl und Aluminium eingeführt und so die Glaubwürdigkeit des Systems weiter geschwächt. Trump hat weitere Strafzölle gegen China angedroht, was die Angst vor einem großen Handelskrieg zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt befeuert.

Trumps Schlag gegen den Freihandel kommt zu einem Zeitpunkt, an dem in Europa wie in den USA die Erkenntnis wächst, dass China das internationale Handelssystem zu seinem Vorteil ausgenutzt hat. Die EU sollte den USA deswegen anbieten, bei der Korrektur von Ungleichgewichten im Welthandel zusammenzuarbeiten. Aber zugleich darf sie keinen Zweifel daran lassen, dass sie sich Maßnahmen zur Schwächung der WTO widersetzen würde. Die Größe des europäischen Marktes gibt der EU die Macht, sich notfalls auch gegen die USA zu behaupten.

Als wirtschaftliches Schwergewicht ist die EU auch in der Lage, einseitig Regulierungsstandards zu setzen, die weltweit großen Einfluss haben. Dieser „Brüsseler Effekt“ beruht darauf, dass der europäische Markt so groß ist, dass weltweit viele Exporteure freiwillig und umfassend die EU-Standards in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz, Chemikalien und Emis-

sionen einhalten. Denn oft ist es zu teuer, verschiedene Produktlinien für verschiedene Märkte herzustellen.

Eine umfassende Strategie

Die EU sollte ihr Konzept einer internationalen Ordnung an die neuen Herausforderungen anpassen. Das bedeutet, dass sie das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Souveränität und internationaler Ordnung neu austarieren muss. Die staatliche Souveränität sollte gestärkt werden, indem Europa sich dafür einsetzt, völkerrechtswidrige Interventionen zu erschweren, eigene Standards durch Regulierung und Handel zu bekräftigen und freiwillige Verpflichtungen als Basis für einige internationale Abkommen zu akzeptieren. Im Gegenzug sollte die EU ihr Bekenntnis zum Multilateralismus als dem Garanten der Sicherheit und des Wohlstands der Europäer erneuern. Sie sollte außerdem versuchen, neue Normen für die stärker vernetzte Welt zu entwickeln sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die Ausgestaltung der internationalen Ordnung einzubeziehen.

Neue Normen für die stärker vernetzte Welt entwickeln

Konkret ergibt sich aus dieser Agenda an mehreren Stellen Handlungsbedarf für die EU: Erstens muss sie ihre eigene Handlungs- und Widerstandsfähigkeit stärken. In der Sicherheitspolitik geht es darum, angesichts des nachlassenden US-Engagements in Europa strategische Autonomie zu erlangen. Dazu sollten die EU-Staaten ihre Verteidigungsausgaben erhöhen, ihre Ressourcen durch Pooling and Sharing besser nutzen und sowohl in der NATO als auch außerhalb ihres Rahmens enger zusammenarbeiten. Dies betrifft insbesondere die im Entstehen begriffene Europäische Interventionsinitiative. In der Wirtschaftspolitik sollten die Europäer in einen neuen Wirtschafts- und Sozialpakt investieren, um denjenigen zu helfen, die sich von der Globalisierung zurückgelassen fühlen. Gleichzeitig braucht es härtere Maßnahmen, um China und andere aufstrebende Akteure an der Verzerrung des Wettbewerbs zu hindern. Zum Beispiel sollten ausländische Direktinvestitionen strenger geprüft werden.

Zweitens muss Europa dazu beitragen, das globale Defizit an Diplomatie wettzumachen, indem es auf eine Vermittlerrolle in den Krisen und Konflikten in der europäischen Nachbarschaft drängt und viel aktiver auf andere Staaten zugeht. In Abstimmung mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) sollten die Mitgliedstaaten Länder wie Brasilien, Indien und Indonesien in die wesentlichen Fragen der internationalen Ordnung einbinden – und den Schutz der regelbasierten Ordnung zum zentralen Thema der EU-Gipfel machen. Die EU sollte ihr finanzielles Engagement in den Konfliktregionen der Welt – darunter Syrien, Irak, Jemen und die Ukraine – nutzen, um mehr Einfluss im Sinne einer Stabilisierung auszuüben.

Drittens sollte die EU ihre wirtschaftliche Hebelwirkung nutzen, um die regelgestützte Ordnung zu erhalten. Sie sollte das Pariser Klimaabkommen stützen, indem sie Umweltstandards in Handelsabkommen einbaut und einen steuerlichen Ausgleich für Kohlenstoffe an den EU-Außengrenzen einführt. Sie kann die Größe des europäischen Marktes nutzen, um Standards für eine

bessere Regulierung des Internets zu definieren und diese international zu exportieren. Infragen der internationalen Ordnung kann die EU eigene Entscheidungsräume schaffen, indem sie gegen die extraterritoriale Wirkung der US-Sanktionen vorgeht. Die EU sollte Unternehmen, die im Iran Geschäfte machen, mit kurzfristigen Maßnahmen wie der Einrichtung von Euro-Kreditlinien und Zweckgesellschaften unterstützen. Schließlich sollte die EU eine Task Force einrichten, die alle relevanten EU-Institutionen zusammenbringt und längerfristige Optionen für eine größere finanzielle Unabhängigkeit von den USA prüft.

**Als unabhängiger
Akteur eigene
Weichen stellen**

Viertens sollte die EU sektorale Strategien zum Schutz der regelbasierten Ordnung entwickeln – im Handel, bei der Rüstungskontrolle und im Umweltschutz. Diese Strategien sollten komplementäre Instrumente umfassen, zu denen das gesamte Spektrum von Diplomatie, Handel, Verteidigung, Entwicklung und Finanzen gehört. Der EAD könnte die Nutzung dieser Instrumente koordinieren, die jeweils von mehreren Mitgliedstaaten bereitgestellt werden sollten. Ein solcher Ansatz würde die Zusammenarbeit zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten in strategischen Fragen verbessern.

Um diese Agenda umzusetzen, muss die EU ihre Arbeitsweise überdenken. Sie muss schneller und flexibler werden, ihre Initiativen aber trotzdem mit ihrem gesamten, kollektiven Gewicht unterlegen. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit wird ebenfalls wichtig sein. Nach außen sollte die EU insbesondere in ihre Beziehungen zu gleichgesinnten Mächten investieren. Gegenüber den USA wird sie dagegen eine eigenständigere Haltung entwickeln müssen. Die EU sollte auch in Zukunft überall dort mit den USA zusammenarbeiten, wo es möglich ist, aber sie sollte ihr Engagement für die regelbasierte Ordnung über den traditionellen Reflex stellen, der amerikanischen Politik zu folgen.

Einige Europäer befürchten nun, dass eine unabhängige und zuweilen trotzige Haltung gegenüber den USA die Sicherheitsgarantien, von denen die EU noch immer abhängig ist, gefährden könnte. Doch Trump hat mehrfach bewiesen, dass er Zugeständnisse nicht honoriert. Unter seiner Führung folgt die US-Sicherheitspolitik nur eigenen Interessen, ohne Rücksicht auf die jahrzehntelange Loyalität der Verbündeten. Die EU kann ihre Beziehungen zu den USA und ihre Anstrengungen zur Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung am besten miteinander vereinen, wenn sie sich zu einem unabhängigen strategischen Akteur entwickelt. Europa muss die eigenen Weichen stellen, wenn es die liberale Weltordnung retten will.



Anthony Dworkin
ist Senior Policy Fellow
am European Council
on Foreign Relations
(ECFR).



Mark Leonard
ist Gründungsdirektor
des European Council
on Foreign Relations
(ECFR).

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Brief aus ... Montevideo

Die funktionierende Ausnahme

Im krisengeschüttelten Südamerika ist Uruguay ein Anker der Stabilität

Marko Martin | In den Buchhandlungen auf der Avenida 18 de Julio finden sich die Biografien über den ehemaligen Präsidenten ebenso wie auf dem sonntäglichen Flohmarkt nahe des Hafens von Montevideo. Dazu die Fotografien und Zeitungsbilder des Nationalhelden: zurückgekämmtes, gewelltes Haar, Bart, weißes Hemd und Frack. Und ein Name, der (falsche) Assoziationen des Pompösen weckt: Señor El Presidente José Pablo Torcuato Batlle y Ordóñez (1856–1929).

Personenkult also selbst hier im sozialliberal regierten Uruguay, das noch immer als „Schweiz Südamerikas“ und zusammen mit Chile und Costa Rica seit Langem in Fragen der Wirtschaftskraft, Lebensqualität und freiheitlichen Gesellschaft als Spitzenreiter gilt? Nicht ohne Grund. Denn Präsident Batlle y Ordóñez hat in seinen zwei Amtszeiten die Grundlagen des bis heute funktionierenden Sozialstaats errichtet: Arbeitslosengeld, allgemeine Haftpflichtversicherung, Trennung von Kirche und Staat, Kreuzifix-Verbot in Krankenhäusern, allgemeines Wahlrecht, 48-Stundenwoche, Altersrente ab 60, kostenloses Schul- und Bildungssystem.

Uruguayer, vom großen Nachbarn Argentinien zuweilen gönnerhaft-herablassend als „die netten Leute vom anderen Flussufer“ bezeichnet, können damit umgehen, notorisch unterschätzt zu werden. Ihr Spott über jene auswärtige Ignoranz, die zu großsprecherischen Polit-Bankrotteuren wie General Perón oder Comandante „Che“ Guevara aufblickt, ist milde – hat es doch ausgerechnet ein Uruguayer ins kollektive internationale Gedächtnis geschafft, der gängige Stereotype bediente: Eduardo Galeano und seine kapitalismuskritische Bibel „Die offenen Adern Lateinamerikas“.

Das uruguayische Wunder – gewaltsam unterbrochen in den Jahren der Militärherrschaft von 1973 bis 1985 – ist derweil weiterhin Realität. Nachdem der zum gewitzten Sozialliberalen gewordene Ex-Guerillero José Mujica vor drei Jahren als Präsident abtrat, ist nun mit Tabaré Vázquez sein politisch ähnlich sozialisierter Amtsvorgänger auch der Nachfolger. Das bedeutet Kontinuität, fortgesetzte wirtschaftliche Prosperität bei beibehaltenem hohem Sozialniveau – und sorgt zugleich bei der jüngeren Generation für Verdruss: Der

medial noch immer präsenste Mujica ist 83 Jahre alt, Amtsinhaber Vázquez ist 78, und auch der 78-jährige Wirtschaftsminister Danilo Astori werkelt bereits seit einer gefühlten Ewigkeit.

Das Tor zu Brasiliens Binnenmarkt

Dass Uruguay in der IT-Branche und bei der Digitalisierung nicht noch schneller ist, wird von den ungedulden jungen Leuten deshalb vor allem jenen „Alten“ vorgeworfen. Dazu einige Skandälchen um staatsnahe Unternehmen und ein Raubmord in den Außenbezirken der geruhsameren Hauptstadt, der die aufgeschreckte Öffentlichkeit seit Wochen beschäftigt. Auch die Diversifizierung der auf Agrarexporte konzentrierten Wirtschaft lässt auf sich warten – kurz: Das seit 2005 regierende Parteienbündnis Frente Amplio, mit Christdemokraten und moderaten Kommunisten, ist in die Jahre gekommen und bräuchte dringend neuen Anschub, weibliche Führungskräfte inklusive.

Dennoch: Der Staat ist nicht überschuldet, die Sozialausgaben sind nicht auf Pump finanziert, auch werden von der Frente weder Presse und Institutionen noch die freie Wirtschaft gegängelt. Auch deshalb ist die Kritik an der Regierung konkret anstatt alarmistisch, und selbst einflussreiche liberale Ökonomen stellen das uruguayische Modell nicht infrage. Dabei hatte doch, zumindest aus puristischer Sicht à la Hayek und Friedman, bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter Batlle y Ordóñez alles mit einer vermeintlichen Todsünde begonnen: Um die einheimische Wirtschaft aufzubauen und neben der Landwirtschaft auch Industrie Gründungen als Einkommensquelle zu generieren, hatte es anfangs sehr

wohl Importzölle und temporären Protektionismus gegeben – Uruguay sollte nicht von ausländischen Großkonzernen überrannt und zur billigen Produktionsstätte gemacht werden.

Das Erfolgsmodell des Landes über ein ganzes Jahrhundert: untauglich für Ideologen jedweder Couleur. In der deutsch-uruguayischen Handelskammer vis-à-vis der sonnenhellen Plaza Independencia versucht man derweil, Deutschland und der EU zu vermitteln, dass der moderne Hafen von Montevideo das Tor ist für den riesigen brasilianischen Binnenmarkt, der von hier aus auf dem Schienenweg zu erreichen ist. Das sind die Hard Facts des Ökonomischen. Und die Soft Power des Lebensweltlichen: Im Hafenviertel Montevideos kann man gefahrlos durch eine sozial ausbalancierte Nachbarschaft spazieren.

„Entweder der Westen wacht auf oder China macht den Schnitt“, heißt es in der Handelskammer lapidar, denn schon jetzt sind die Lobbys der Hauptstadtshotels voll chinesischer Geschäftsleute. Zu beobachten ist jedoch auch dies: verdutzte Mienen bei den Parteikapitalisten, denn bereits hier läuft ihr autoritäres Gebaren ins Leere – Uruguays Rezeptionisten, Kellner und Zimmermädchen sind kein zu kujonierendes „Personal“, sondern freundlich-selbstbewusste Staatsbürger.

**Das Erfolgsmodell:
untauglich für Ideolo-
gen jedweder Couleur**



Marko Martin lebt, sofern nicht auf Reisen, als Schriftsteller in Berlin. Im Frühjahr erschien sein jüngstes Buch, die Monographie „Nelson Mandela“ (Reclam).

Bild nur in Printausgabe verfügbar

„Unsere Eliten schlagen um sich“

Polens Medien blicken sorgenvoll auf das Verhältnis zu Deutschland

Reinhold Vetter | Schroffe Widersprüche zwischen West und Ost prägen die Situation in der EU, auch und gerade zwischen Deutschland und Polen. In Deutschland betrachtet man vor allem den drastischen politischen Zugriff der in Warschau regierenden Nationalkonservativen der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) auf die Judikative, der die Dreiteilung der Staatsgewalt aus den Angeln hebt. Kritisch sieht man auch die wenig kooperative Haltung Warschaus bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, die nationalistische Geschichtspolitik der PiS und die diskriminierenden Äußerungen polnischer Nationalkonservativer über Muslime und andere Menschen, die nicht katholischen Glaubens sind.

Dieses Vorgehen ruft aber auch in Polen kritische Reaktionen hervor. So veröffentlichten die linksliberale Wochenzeitung *Polityka* (1. Juni) und andere Medien kurz vor dem Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Warschau eine Erklärung von 30 ehemaligen polnischen Botschaftern, in der die Politik der Regierung scharf verurteilt wurde. Darin hieß es: „Das Handeln der gegenwärtigen Regierung, welches gegen

die Grundsätze des Rechtsstaats verstößt, fördert Xenophobie sowie Antisemitismus und gefährdet die demokratische Struktur des Staates. So entsteht auch Schaden für den Status, die Glaubwürdigkeit und die Position Polens in der Welt.“

Am ersten Besuchstag des Bundespräsidenten veröffentlichte die linksliberale Tageszeitung *Gazeta Wyborza* (5. Juni) einen Appell von 120 polnischen Nichtregierungsorganisationen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, gegen die geplante Gleichschaltung des Obersten Gerichts einzuschreiten. In dem Appell betonten die Unterzeichner, ein Urteilsspruch des Gerichtshofs „wäre äußerst wichtig für die Zukunft des Rechtsstaats in Polen, da die Regierung per Parlamentsbeschluss am 3. Juli annähernd 40 Prozent der Richter des Obersten Gerichts zwangsweise in vorgezogenen Ruhestand schicken will“.

Andererseits kritisieren die in Polen regierenden Nationalkonservativen eine angebliche Russland-Hörigkeit westlicher Eliten, eine Vorherrschaft Deutschlands in der Europäischen Union sowie Großprojekte wie

die geplante Erdgaspipeline Nord Stream 2, die ihrer Meinung nach die Energiesicherheit in Europa und auch den Transit russischen Gases durch die Ukraine gefährde.

Vergleichsweise moderat

In dieser Situation fand der Besuch des Bundespräsidenten große Beachtung in den polnischen Medien. Steinmeiers Rede zum 100-jährigen Jubiläum der Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit im November 1918, das in diesem Jahr umfangreich begangen wird, fiel vergleichsweise moderat aus. Der Bundespräsident warb für ein gemeinsames Europa und ermahnte Polen gleichzeitig, Demokratie und Rechtsstaat zu achten. Dass Polen und Deutschland heute Partner in der EU seien, sei ein „Wunder“, das angesichts der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg lange unvorstellbar gewesen und nur durch die „aktive Bereitschaft Polens zur Versöhnung“ möglich geworden sei.

Ein gemeinsames Europa, betonte der Bundespräsident, sei die Voraussetzung dafür, wirtschaftlich und politisch handlungsfähig zu bleiben und international „überhaupt noch Einfluss nehmen zu können“. Aber er fügte hinzu, die Souveränität nach außen habe „Voraussetzungen im Inneren: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Souverän sind wir Europäer ja nicht, weil wir uns, wo es gerade passt, willkürlich zusammenraufen, sondern weil wir nach Werten und Regeln handeln, die wir uns selbst gegeben haben. Innerhalb dieser Grundregeln gestaltet jede Nation ihre Demokratie und ihren Rechtsstaat selbst – aber wo die Grundregeln infrage stehen, sind alle anderen betroffen.“

Konkreter wurde Steinmeier nicht. Aber deutsche Diplomaten bestätigten, dass der Bundespräsident im persönlichen Gespräch mit seinem Amtskollegen Andrej Duda deutlicher geworden sei.

Duda betonte seinerseits, dass Polen und Deutschland einander respektieren und zuhören müssten. Als Replik auf Steinmeier formulierte er:

„Aber wir werden nur in der Lage sein, die europäischen Errungenschaften des Friedens und der Kooperation zu bewahren, wenn wir die Bürger sowie deren Wahl und Bedürfnisse achten. Wenn Institutionen der EU statt zu kooperieren vielmehr bestrafen, anprangern und ausschließen, dann bereiten sie damit den Boden dafür, dass die gewinnen, die die EU zerschlagen wollen.“ Duda meinte damit die „antieuropäischen Populisten, die in vielen Ländern Westeuropas ihre Chance wittern“. Polen, so der Präsident, liege an einer Diskussion über die Zukunft Europas – einer Zukunft, in der aber niemand dominieren dürfe.

In seiner Bewertung des Steinmeier-Besuchs schrieb der außenpolitische Kommentator der liberal-konservativen Tageszeitung *Rzeczpospolita* (6. Juni) Jerzy Haszczyński, auf der pragmatischen Ebene seien Polen und Deutschland eng miteinander verbunden, etwa bei den Wirtschaftsbeziehungen. Schwieriger sei es auf der psychologischen Ebene: „Die polnischen Eliten schlagen um sich. Die einen verfallen in antideutsche Hysterie, die anderen lassen postkoloniale Abhängigkeit von Berlin erkennen. Die Deutschen wiederum tun sich schwer, sich mit den polnischen Wahlen (von 2015, als die Nationalkonservativen

Im Gespräch mit Duda wurde Steinmeier deutlicher

gewannen) abzufinden, während sie für Wahlergebnisse im alten Europa ein gewisses Verständnis zeigen.“

An anderer Stelle zitierte das Blatt einen namentlich nicht genannten deutschen Diplomaten: „Es kann keine Rede davon sein, dass sich in Berlin die negativen Urteile über die ge-

genwärtige Regierung in Warschau geändert hätten. Aber in einer Situation, in der sich große Herausforderungen für die EU im Süden Europas zei-

gen, ist Berlin nicht daran interessiert, die Spannungen in den Beziehungen zu Polen zu erhöhen.“ Der Diplomat, so heißt es weiter, sei davon überzeugt, dass die Strategie der Regierung Merkel gegenüber Polen zunächst einmal auf Abwarten basiere.

In derselben Ausgabe veröffentlichte die *Rzeczpospolita* ein Interview mit dem Berliner Politologen Kai-Olaf Lang. Die deutsch-polnischen Beziehungen seien noch weit von einer Idylle entfernt, so Lang, aber man habe die Phase der Konfrontation überwunden; es gebe eine gewisse Dialogbereitschaft. Es mange allerdings an gemeinsamen politischen Projekten.

Im Rahmen der Diskussion über die zukünftige Gestalt der Europäischen Union erklärte der polnische Außenminister, Jacek Czaputowicz, in einem Interview mit der *Rzeczpospolita* (14. Mai), seine Regierung befürworte eine breite Debatte über die Zukunft der EU, von der aber niemand ausgeschlossen werden dürfe, auch nicht EU-skeptische Kräfte. Czaputowicz: „Frankreich ist Anhänger der Vision einer souveränen EU. Wir verteidigen das liberale Europa, das Konkurrenz untereinander zulässt.

Unserer Meinung nach muss Europa in kultureller Hinsicht pluralistisch sein. Jeder Staat soll die Möglichkeit haben, seinen eigenen Weg einzuschlagen, wenn es um die Frage geht, welche Werte für ihn wichtig sind.“

Deutschland, so Czaputowicz weiter, vertrete eine andere Position als die Franzosen. „Wir als Polen sind für Deutschland wichtig, wenn es darum geht, ein Gegengewicht zu den französischen Überlegungen zu bilden.“ Konkrete Vorschläge für die künftige politische und ökonomische Gestalt der EU blieb Czaputowicz schuldig. Überhaupt gibt es bislang keine diesbezüglichen Überlegungen der polnischen Regierung – zumindest keine, die man der Öffentlichkeit mitgeteilt hätte.

Zur Debatte über den künftigen EU-Finanzrahmen betonte Czaputowicz, sein Land werde in der Visegrad-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) dafür kämpfen, das Ausmaß der Finanzhilfe im Rahmen der Kohäsionsfonds der EU an diese Länder so weit wie möglich zu erhalten. Die *Gazeta Wyborcza* (28. Mai) schrieb in diesem Zusammenhang, dass Polen mit einem Einschnitt zwischen 11 und 23 Prozent rechnen müsse. In Berlin dagegen, spekulierte das Blatt, befürworte man eine Vergabe der Kohäsionsfonds nach dem jeweiligen Pro-Kopf-Einkommen in den Regionen. „Das würde für Polen einen Einschnitt von 23 Prozent bedeuten, für Süditalien dagegen einen Zuwachs von 20 Prozent.“

Pipeline als Waffe

Rund um den Besuch des Bundespräsidenten in Polen geriet auch das Projekt der Nord Stream 2 wieder in den Fokus der Diskussion. Durch diese

Berlin will das deutsch-polnische Verhältnis beruhigen

Röhre sollen noch größere Mengen russischen Gases nach Deutschland und nach Mittel- bzw. Westeuropa geleitet werden. Zugleich würde die Ukraine mit dieser zweiten Leitung durch die Ostsee als Transitland weitgehend überflüssig. Das ökonomisch schwache Land verlöre dadurch seine Einnahmen aus den Durchleitungsgebühren, die mit etwa drei Milliarden Euro pro Jahr einen beträchtlichen Teil des Staatshaushalts ausmachen. Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bezeichnete den Bau der Pipeline als „Bedrohung für die Energiesicherheit und Solidarität Europas“ sowie als „neue hybride Waffe Russlands“ (so die national-konservative *Gazeta Polska Codzienna* am 29. Mai).

Aufmerksam betrachtete man in Warschau in diesem Zusammenhang die veränderte Tonlage in Deutschland. Hatte Bundeskanzlerin Merkel bis vor einigen Wochen noch regelmäßig betont, das Projekt sei rein ökonomischer Natur, weshalb sich die Bundesregierung nicht einmischen werde, so erklärte sie in einem Gespräch mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin in Sotchi, dass der Bau der Pipeline kein Ende des Gastransits durch die Ukraine bedeuten dürfe (*Gazeta Polska Codzienna*, 22. Mai). Schon zuvor hatte Wirtschaftsminister Peter Altmaier im Rahmen von Gesprächen in Washington betont, die Europäische Union müsse dafür sorgen, dass die Ukraine auch weiterhin Einnahmen aus dem Gastransit erhalte (so die liberale *Gazeta Prawna.pl* vom 18. Mai).

Hintergrund dieses Sinneswandels ist die Tatsache, dass das Pipelineprojekt auch ins Fadenkreuz des

US-Präsidenten Donald Trump geraten ist und damit die Gefahr besteht, dass Unternehmen wie BASF, Wintershall und ÖMV, die am Bau der Gasleitung beteiligt sind, mit amerikanischen Sanktionen belegt werden. So war Nord Stream 2 auch das wichtigste Thema des Gesprächs, das Außenminister Czaputowicz am 22. Mai in Washington mit seinem Amtskollegen Mike Pompeo führte. Das Treffen kommentierte die *Gazeta Polska Codzienna* (23. Mai) mit den Worten: „Auch die USA halten Nord Stream 2 für ein politisches Projekt, das Europa bedroht. Sanktionen gegen die beteiligten Firmen schließen die USA nicht aus.“

Die *Rzeczpospolita* (5. Juni) publizierte ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei in EU-Parlament, Manfred Weber, in dem dieser die Zustimmung der Bundesregierung zum Bau von Nord Stream 2 als Fehler bezeichnete: „Das ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Projekt, das Russland dazu dient, die Abhängigkeit Europas von russischem Gas zu erhöhen. Das aber widerspricht den Interessen der Europäischen Union. Eine Entscheidung über das Projekt muss auf europäischer Ebene getroffen werden.“

Auch die USA halten Nord Stream für ein Politikum



Reinhold Vetter
lebt als Publizist in
Berlin und Warschau.

Die Macht der Narrative

Drei Neuerscheinungen zur Frage, was in der arabischen Welt schiefläuft

Jan Kuhlmann | **Falsche Weichenstellungen in der Vergangenheit, gemixt mit schlechter Regierung und verhängnisvollen Eingriffen von außen: Die Gründe für die verfahrenere Lage im Nahen und Mittleren Osten sind vielfältig. Im Kampf um die Deutungshoheit wird jedoch vereinfacht und zugespitzt. Wer die Konflikte verstehen und lösen will, muss diese Lesarten dekonstruieren.**

Im Mai gab Syriens Staatschef Baschar al-Assad wieder eines seiner Interviews, die er seit einiger Zeit regelmäßig ausländischen Journalisten gewährt. Nach außen gewohnt selbstsicher, saß der Machthaber aus Damaskus diesmal einem Reporter des Putin-treuen russischen Senders RT gegenüber. Wie so oft in der Vergangenheit hatte Assad wenig Mühe, sein Narrativ zu verbreiten, zu dessen Kern gehört: Der blutige Bürgerkrieg in Syrien ist das Werk einer ausländischen Verschwörung, an deren Spitze die USA stehen. Auch in Deutschland ist eine derartige Sichtweise populär geworden, das zeigen die Verkaufszahlen der Bücher des Publizisten Michael Lüders, der mit dem Finger – durchaus zu Recht – auf jahrzehntelange Verfehlungen amerikanischer Nahost-Politik zeigt, dabei aber gegenüber dem grausamen Werk des syrischen Regimes weitestgehend blind bleibt.

William Harris, Politikprofessor aus Neuseeland, schaut aus der exakten Gegenperspektive auf die Kri-

sen in Syrien und im Irak. In seinem knapp 230 Seiten dicken Buch „Quicksilver War“ sieht er die beiden Länder als miteinander verbundene Kriegszone, in der sich die beiden Konflikte gegenseitig befeuern und so nicht nur einer Regionalisierung und Internationalisierung, sondern auch dem so genannten Kalifat der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mit all seinen Gräueltaten den Weg bereiteten.

Als „Impressario des Feuersturms“ bezeichnet Harris Baschar al-Assad, der für den Politikprofessor die wesentliche Verantwortung dafür trägt, dass sich Straßenproteste für Reformen und mehr Freiheit in einen Bürgerkrieg verwandelten. Schließlich waren es Assads Sicherheitskräfte, die gegen die Demonstranten – sogar gegen Kinder – mit rücksichtsloser Gewalt vorgingen.

Im Laufe des Konflikts ließ das Regime reihenweise Dschihadisten aus den berüchtigten syrischen Gefängnissen frei, um das Narrativ zu untermauern, bei den Assad-Gegnern

handele es sich um islamistische Terroristen, denen Damaskus nun die Stirn biete. Assad inszenierte sich erfolgreich als Schutzherr des Säkularismus; dabei war es sein Regime, das entscheidend zur Konfessionalisierung des Konflikts beitrug, indem es etwa schiitische Milizen aus dem Irak zur Unterstützung ins Land ließ.

In dieser Gemengelage gelang es dem IS, in einer Art Ping-Pong-Bewegung so stark zu werden, dass er ein umfangreiches Territorium einnehmen konnte. Die Terrormiliz stammt aus dem Irak, fand aber im Osten Syriens aufgrund des Bürgerkriegs die geografische Tiefe, um ungehindert wachsen zu können. Im Sommer 2014 überrannte sie schließlich überfallartig große Teile des Irak. Assads Regime, so Harris, sei sogar ein Bündnis mit den „apokalyptischen Dschihadisten“ eingegangen. Den IS in dieser Form hätte es ohne Assads „militärischen Feuersturm“ nie gegeben.

Harris schärft in seiner prägnanten Analyse den Blick dafür, dass die Krise des eines Landes ohne Lösung des Konflikts im anderen kein Ende finden wird. Das Buch lässt sich auch als Warnung an alle diejenigen verstehen, die angesichts der militärischen Erfolge der regierungstreuen syrischen Truppen meinen, mit Assad dauerhafte Stabilität erreichen zu können. Schließlich habe das Regime der Baath-Partei in Syrien einen „paranoiden mafiösen Sicherheitsapparat“ geschaffen, von dem keine Besserung zu erwarten sei. Sollte es beispielsweise eine von Russland und dem Iran diktierte Abmachung geben, werde Assad einfach weitermachen wie bisher.

Allzu einfach macht es sich Harris mit den fatalen Folgen der britischen und französischen Kolonialpo-

litik nach dem Ersten Weltkrieg, wenn er behauptet, von den dort geschaffenen „künstlichen“ Grenzen sei zu viel Aufgehoben gemacht worden. Andererseits hat er recht, wenn er schreibt, dass für die schlechte Regierung arabischer Autokraten in den späteren Jahrzehnten nicht allein Europa verantwortlich gemacht werden könne.

Düstere Prognose

Dieser Ansicht dürfte auch Rainer Hermann zustimmen, dem es in seinem Buch „Arabisches Beben“ darum geht, die Komplexität der verfahrenen Lage in der Region darzustellen, was ihm erfolgreich gelingt. Der *FAZ*-Redakteur und langjährige Korrespondent der Zeitung im Nahen Osten nimmt dabei die Mittelposition zwischen Lüders und Harris ein. Er spricht weder die USA und Europa von ihren Verfehlungen frei, legt aber auch das Versagen der lokalen Eliten dar, die Fehlentwicklungen unter den Kolonialherren nicht korrigiert, sondern verstärkt hätten.

Hermanns Prognose fällt düster aus. Er sieht die Region am Beginn einer Zeitwende zu weiteren, lang anhaltenden Konflikten. Einen besonderen Schwerpunkt legt er auf die regionalen Dynamiken, die sich gegenseitig befeuern. Über allem schwebt der „große Konflikt“ zwischen dem sunnitischen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran, der Auswirkungen auf Syrien, den Irak, den Jemen und Bahrain hat. „Die Schutzmächte lösen keine Probleme, sie gießen Öl ins Feuer“, schreibt Hermann.

Zudem zerrieben sich die sunnitischen Länder wie im Katar-Konflikt selbst. Gleichzeitig gefährdet der dschihadistische Salafismus die arabischen Länder. Und schlussendlich



William Harris:
Quicksilver War. Syria, Iraq and the Spiral of Conflict. London: Hust & Company 2018. 230 S., 20,10 \$



Rainer Hermann: **Arabisches Beben. Die wahren Gründe der Krise im Nahen Osten.** Stuttgart: Klett-Cotta 2018. 367 S., 16,95 €

laste der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern „wie ein Damoklesschwert“ über der Region. Hermanns Warnung lautet: „Eine regionale Ordnung kann nur dann geschaffen und stabil gehalten werden, wenn alle vier (Konflikte) gelöst werden.“

Große Hoffnung, dass das gelingen könnte, lässt sich aus seinem Buch nicht herauslesen. Das liegt vor allem an den unversöhnlichen Positionen Saudi-Arabiens und des Iran. Letztlich gehe es darum, „ob im arabischen Osten und auf der Arabischen Halbinsel eine ‚Pax Saudica‘ herrscht oder aber eine ‚Pax Iranica‘.“ Indem die regionalen Akteure die Konflikte konfessionalistisch aufheizten, rücke ein Kompromiss in weite Ferne.

Hermann sieht in Saudi-Arabien die letzte Ordnungsmacht in der Region und damit Riad als Teil der Lösung. Das lässt sich nicht bestreiten – doch auch ohne Einbindung des Iran dürften die Konflikte kein Ende finden. US-Präsident Donald Trump hat sich einseitig auf die Seite der Saudis geschlagen – das verheißt wenig Gutes für die Zukunft der Region.

Bei der Bewertung der Ursachen für den Aufstieg des IS liegen Harris und Hermann auf einer Linie: Die Terrormiliz sei das „Krebsgeschwür“, aber nicht die Krankheit selbst, schreibt der *FAZ*-Redakteur: „Die eigentliche Krankheit liegt tiefer: im Versagen der arabischen Moderne. Ausgelöst wird das Krebsgeschwür durch die autoritären Diktaturen.“

Vor diesem Hintergrund erscheint gerade die Entwicklung in Ägypten besorgniserregend. Die demografische Zeitbombe tickt, die ungezügelt Urbanisierung treibe die Städte in den Kollaps, warnt Hermann – was jeder erleben kann, der in diesen Ta-

gen Kairo besucht. Unter Führung des früheren Generals Abdel Fattah as-Sisi und des Militärs habe sich über Ägypten eine „bleierne Ruhe“ gelegt, doch tatsächlich regierten „Staatsterror und Repression“. Menschenrechtler schätzen die Zahl der politischen Gefangenen auf 60 000. Das stellt selbst die autoritäre Herrschaft Hosni Mubaraks in den Schatten.

Zugleich haben die Regime in der Region die Probleme, die die Menschen 2011 zu Protesten trieben, nicht einmal ansatzweise gelöst. Der nächste große Knall dürfte nur eine Frage der Zeit sein, so Hermann. Vorbote könnten die Demonstrationen gegen die schlechte wirtschaftliche Lage sein, die zuletzt die Menschen in mehreren arabischen Ländern auf die Straße brachten.

In seiner schlüssigen und präzisen Analyse sieht Hermann im Westfälischen Frieden ein mögliches Vorbild für die Konfliktlösung im Nahen Osten. Als Denkmodell ist dieser Ansatz interessant, doch er birgt Gefahren. Etwa die, dass sich Europa als Modell für den Nahen Osten aufschwingt und seinen eigenen Weg, der über die Aufklärung in die Moderne führte, als den einzig wahren für die Nachbarregion sieht. Dieses Narrativ schwingt bei Hermann mit, wenn er schreibt, dass die arabische Welt heute mehrere historische Prozesse nachhole, die Europa nacheinander erschüttert hätten.

Wider die „Ideologie des Westens“

Es sind Narrative wie dieses, an denen sich der Islamwissenschaftler, Übersetzer und Autor Stefan Weidner in seinem Buch „Jenseits des Westens“ abarbeitet. Er hält Europa und den USA in einem stark philosophisch geprägten Essay radikal

den Spiegel vor. Ausgangspunkt sind Francis Fukuyamas Theorie vom „Ende der Geschichte“ und Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen“. In ihnen sieht Weidner Ausformulierungen der „Ideologie des Westens“, in der sich die kapitalistischen liberalen Demokratien zum Maß aller Dinge erklärten, dem sich der Rest der Welt anschleße. Das führe etwa dazu, dass in kolonialistischer Tradition eine „Dialektik von Herr und Knecht“ auf den Islam und die Muslime projiziert werde.

Banal gesagt laute die Ansage an die Muslime: Ihr seid nur dann gut, wenn ihr so werdet wie wir. Der Westen nehme für sich eine hegemoniale Diskursmacht in Anspruch: „Die Verwestlichung ist selten bis nie eine Frage der Wahl (...) In der realen Welt lautet der Spruch: Westernize or perish!“ Diese Überheblichkeit spiegelt sich laut Weidner in der Behauptung wider, der Islam habe „noch“ keine Aufklärung erlebt.

Der Autor hält die „Ideologie des Westens“ angesichts der Weltlage für „apokalyptisch“ und will sie abwickeln. Dabei geht es ihm nicht darum, die „Errungenschaften“ oder „Werte“ der Aufklärung abzuschaffen, sondern die „selbstgefällige Annahme“ zu überwinden, diese gehörten dem Westen wie ein Eigentum. Er will herausfinden, was „nützlich und zukunftsfähig scheint“, und das „entsorgen, was offensichtlich problematisch geworden ist“. Sein Buch ist ein dringender Appell, den Blick „jenseits des Westens“ zu richten und einen neuen Kosmopolitismus zu schaffen, der „Kulturen‘ osmotischer, durchlässiger, weniger abgegrenzt“ definiere und sich von Huntingtons „latenter Aggressivität“ unterscheide.

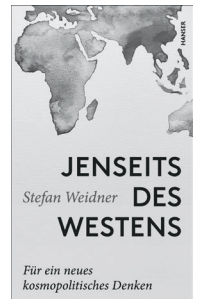
Weidner will das denken, „was im Westen ungedacht geblieben ist“, das eigene Narrativ aufreißen, Wahrheitsansprüchen und Wahrheitszwängen entkommen, und zwar im „Bewusstsein von der Relativität, Beschränktheit und geschichtlichen Konstruiertheit jedes Narrativs“. Sein Ziel ist „Freiheit von diesen Einrahmungen“. Als Ansatzpunkt sieht er Gandhis Askese, die für ihn den Verzicht darauf bedeutet, „den Besitz absoluter Wahrheit für sich zu beanspruchen“.

Weidners Essay liest sich wie eine lange Diskussion mit sich selbst. Er zitiert, argumentiert, räsoniert, schweift ab, kommt aber immer wieder zum Kern zurück. Am Ende steht kein fertiges Denkmodell, aber ein aufwühlendes und inspirierendes Buch, eine Pflichtlektüre für jeden, der sich tiefergehend mit den Beziehungen zwischen dem Westen und dem Rest der Welt, insbesondere der muslimischen, auseinandersetzen möchte.

Im Internetzeitalter manifestieren sich die Konflikte im Nahen Osten auch in einem in dieser Weise bisher nie gekannten „Kampf der Narrative“, die in einer solchen Fülle verbreitet werden, dass sich Wahrheit und Lüge kaum noch voneinander unterscheiden lassen. Diese Narrative zu entschlüsseln und letztlich zu dekonstruieren, ist entscheidend nicht nur, um die Krisen zu verstehen, sondern auch, um sie langfristig zu lösen.



Jan Kuhlmann ist Regionalbüroleiter der dpa für die Arabische Welt und Israel mit Sitz in Istanbul.



Stefan Weidner: **Jenseits des Westens. Für ein neues kosmopolitisches Denken.** München: Carl Hanser 2018. 368 S., 24,00 €

Black Box Nordkorea

Drei Neuerscheinungen über eine Terra incognita

Denise Feldner | **Das Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un hat ein Land ins Bewusstsein gerufen, über das die Welt wenig weiß. Die Journalisten Thomas Reichart und Matthias Naß und der Wissenschaftler Rüdiger Frank kennen Nordkorea. Und sie wissen: Zu Verhandlungen mit dem Regime gibt es keine Alternative.**

In Korea lautet ein Sprichwort: Beim Kampf der Wale wird die Garnele zerquetscht. Kein Wunder, war die Halbinsel doch in ihrer über 1000-jährigen Geschichte nur sehr selten frei von Fremdherrschaft. Oft lebte das koreanische Volk unter der Kontrolle der Chinesen oder der Japaner. Kaum befreit von der Besetzung Japans, teilten die Sowjetunion und die USA das Land 1948 unter sich auf. Der Überfall des Nordens auf den Süden 1950 führte drei Jahre später zu einem Waffenstillstand, der bis heute gilt, auch wenn völkerrechtlich kein Frieden geschaffen wurde.

Nach der Teilung des Landes entlang des 38. Breitengrads begann die nordkoreanische Kim-Dynastie, mit der „Chuch'e-Ideologie“ eine autarke Gesellschaft zu prägen. Das Volk zahlte dafür einen hohen Preis. Dazu gehören das Abgeschottetsein, die rückständige technologische Entwicklung, die Gulags, das Kastensystem „Songbun“, wiederholte wirtschaftliche und Ernährungskrisen

sowie ein veraltetes Bildungssystem. Hinzu kommt die Trennung von Familien durch die Teilung Koreas. Die starke wirtschaftliche Abhängigkeit von China und Russland wird von Pjöngjang zwar verschwiegen, stellt aber die bittere Realität der selbstgewählten Autarkiepolitik dar.

Viel lernen, aber wenig verstehen

Rüdiger Frank gehört zu den renommierten Korea-Kennern. Der Professor für Wirtschaft und Gesellschaft Ostasiens und Leiter des Instituts für Ostasienwissenschaften an der Universität Wien hat einige Zeit im Land gelebt. Nun hat er „Unterwegs in Nordkorea“ publiziert, ein Buch, das er nicht als klassischen Reiseführer verstanden wissen will. Reisen durch Nordkorea sind für ihn bis heute eine Gratwanderung, bei der man viel lerne, aber wenig verstehe. Da Frank im Sozialismus der DDR und der Sowjetunion aufgewachsen ist, kann man annehmen, dass ihm diese Facette Nordkoreas nicht ganz

fremd ist. Er stellt fest, dass das Land bald länger Bestand haben wird als die Sowjetunion. Den Marxismus als leitende Ideologie hatte schon Kim Il-sung 1955 durch seine „Chuch’e-Ideologie“ ersetzt.

Das Land macht es dem Besucher schwer, ein klares Bild zu gewinnen. Auf einer Reise wird man gezielt isoliert; die Überwachung ist stärker als in China. Ein individuelles Reisen durch Nordkorea erscheint unmöglich. Wer nicht, wie Frank, Koreanisch spricht, hat keine Chance, andere als die offiziellen Informationen zu erhaschen. Ein Abweichen von geplanten Reiserouten wird durch die rationierten Tankvorräte für Reisebusse erschwert. Frank besucht das Land ein- bis zweimal im Jahr mit organisierten westlichen Reisegruppen, für die Einreisen meist nur über China ermöglicht werden, da die Route über Wladiwostok in Russland machbar, aber nicht üblich ist.

Dieser Zugang über Touristenreisen nach Nordkorea ist auch für den Forscher Frank ein ungewöhnlicher Weg zu Erkenntnissen. Das hat damit zu tun, dass Stipendien und Fördergelder wie die, mit denen Frank noch 1991 an der Universität Pjöngjang forschen konnte, nicht mehr angeboten werden. Die politische Lage ist zu brisant.

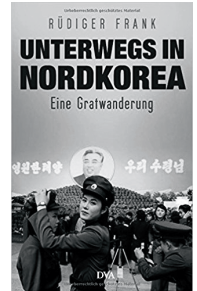
Ausgesprochen schlechter Ruf

Unter Forschern üblich wäre es, eine Forschungsk Kooperation anzubahnen und nach Pjöngjang zu reisen. Diese Kooperationen sind oft eine Art Türöffner. In Nordkorea ist das anders. Das Atomprogramm startete in den 1950er Jahren mit Forschungs- und Technologieverträgen zwischen Moskau und Pjöngjang. Dies entspricht

auch dem heutigen Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen: Die friedliche Nutzung der Atomtechnologie wird gefördert. Jedoch hat dies in Nordkorea zum Gegenteil des Erstrebtens geführt. Das Land hat seit dem Korea-Krieg ein besonderes Verhältnis zur Atombombe, mit deren Einsatz die Amerikaner damals gedroht hatten. Seit 2017 kämpft die Staatengemeinschaft mit der inzwischen dritten Nuklearkrise.

Frank interessiert die Motivation, die Reisende in das Land treibt, das nach wie vor einen ausgesprochen schlechten Ruf hat. Einen Großteil der Neugier schreibt er den nordkoreanischen Geheimnissen zu, auch den Legenden von Drachen, Geistern, Feen und Helden, die sich über westliche Medien nur unvollkommen erschließen lassen. Zur Anziehungskraft gehören für ihn einsame Sandstrände, Monumente sowie die Sonderwirtschaftszonen, die neuen Kleinmärkte neben den alten revolutionären Städten im Norden. Von hier stammt der Gründer und „Ewige Präsident“ des Landes. Diese Position wird seit dem Tod Kim Il-sungs nicht mehr besetzt.

Das Dreiländereck im Norden ist die Wiege der Revolution. Allerdings wurden über Jahrhunderte Oppositionelle hierhin abgeschoben. Daher gelten die Menschen dort als schwer zugänglich. Am nördlichen Verlauf des Yalu-Grenzflusses, auf chinesischer Seite, in Yanbian, sprechen sie dann überraschend offen. Die Verbindungen zu den Verwandten hinter der Grenze sind stark. Hier hört Frank, dass in Nordkorea ein starker zweiter Mann fehle, ein nordkoreanischer Deng Xiaoping. Der Chinese war Wegbegleiter Mao Zedongs und hatte diesen bei seinem Aufstieg un-



Rüdiger Frank:
Unterwegs in Nordkorea. Eine Gratwanderung.
München: Deutsche Verlags-Anstalt
2018. 352 Seiten,
20,00 €

terstützt. Die chinesischen Nachbarn sehen einen solchen für einen Wandel in Nordkorea als notwendig an.

Inzwischen werde das Dreiländereck von nordkoreanischen Gastarbeitern bevölkert. Sogar hier gebe es einen Brain drain. Die Chinesen, die in der Region leben und ausgebildet werden, haben einen Vorteil auf dem südkoreanischen Arbeitsmarkt: Sie sind zweisprachig und erhalten daher gute Gehälter. Ihren Platz daheim nehmen wiederum Kräfte aus Nordkorea ein, die für Devisenzuwächse in Pjöngjang sorgen. Wie Frank berichtet, findet man sie auch auf russischem Territorium, wo sie Hilfsarbeiten übernehmen.

Der gefährlichste Konflikt der Welt

Das Land, dessen innere Rückständigkeit im 21. Jahrhundert fast nicht zu glauben ist, ist in den Augen von Matthias Naß der gefährlichste Konflikt herd der Welt. Hier treffen aus Sicht des Internationalen Korrespondenten der *ZEIT* die geopolitischen Interessen der Atommächte USA, China und Russland sowie Japans aufeinander. Die heutigen Fronten verlaufen für ihn aber nicht so deutlich wie im Kalten Krieg zwischen Ost und West. Hier stießen vielmehr die Interessen dreier Atommächte aufeinander, von denen jede ihre ganz eigenen Pläne für die Halbinsel habe.

Naß bereist Korea seit 30 Jahren. Seiner Ansicht nach ist das Kim-Regime ein rational handelndes Herrscherhaus, in mittlerweile dritter Generation. Zugleich habe Kim Jong-un die bösartigste Despotie der Gegenwart hervorgebracht. Naß vergleicht die Entwicklung der koreanischen Länder und hält dem Kim-Regime vor, Millionen von Bürgern ihr

Leben gestohlen zu haben, während Südkorea sich aus einer Militärdiktatur in einen demokratischen Staat verwandelt habe.

Donald Trump steckt nach der Analyse von Naß mit dem Korea-Konflikt im gleichen Dilemma wie seine Vorgänger: Ein militärischer Schlag hätte Zerstörungen größten Ausmaßes auch in Südkorea zur Folge. Die damit verbundene Angst vor dem Einsatz der Atombombe, der auch umliegende Regionen betreffen würde, mache den Konflikt noch brisanter. Hinzu kommt, dass Nordkorea inzwischen mit Interkontinentalraketen auch das amerikanische Festland bedrohe.

Naß berichtet von Gesprächen mit renommierten Wissenschaftlern und Chefstrategen, die oft die Seiten zwischen Politik und Denkfabriken in Washington wechseln. Einer von ihnen, Robert Galucci, kennt als Chefverhandler die Nordkoreaner zwar gut, aber auch nach Jahrzehnten überraschen sie ihn. Im Kalten Krieg hatten es die Amerikaner mit über 30 000 Atombomben auf sowjetischer Seite zu tun. Damit hätten sie beinahe 50 Jahre gelebt und sich an das sicherheitspolitische Instrument der Abschreckung gewöhnt. Galucci wundert sich daher, dass die Koreaner glaubten, die wenigen Raketen, die sie besäßen, hätten bereits „Game Changer“-Qualität.

Galucci gehört laut Naß zu den stärksten Kritikern von Obamas Nordkorea-Strategie, die aufgrund der Annahme geringer Erfolgsaussichten Gespräche ausschloss. Denn diese Annahme, dass man mit Nordkorea nicht sprechen könne, sei falsch. Auch liege die Verantwortung nicht allein bei den Chinesen, denn das



Matthias Naß: **Countdown in Korea. Der gefährlichste Konflikt der Welt und seine Hintergründe.**

München: C. H. Beck Verlag 2017. 192 S. 14,95 €

nordkoreanische Regime wolle von den Vereinigten Staaten anerkannt werden. Daher müssten direkte Gespräche geführt werden.

Nordkorea hatte die USA schon im Krieg 1950–1953 als Hauptfeind betrachtet, obgleich an diesem Konflikt über 20 Staaten beteiligt waren. Doch die Befehlsgewalt des „Unified Command“ der Vereinten Nationen lag von Beginn an in den Händen der Amerikaner. Das hat Pjöngjang Washington bis heute nicht verziehen. Auch die Bürger auf den Straßen der nordkoreanischen Hauptstadt sprechen von „US-Imperialismus“, wenn sie von ausländischen Journalisten hierzu befragt werden.

Kampf um die Vormacht in Asien

Die USA spielen nach Auffassung Thomas Reicharts, in Peking Leiter des ZDF-Ostasiensstudios, im Pazifikraum noch eine weitere Rolle, die die Lage verkompliziert: Auf der koreanischen Halbinsel gehe es auch um die Zukunft der internationalen Ordnung. Der Kampf um die Vormacht in Asien zwischen China und Amerika begründet nach Reicharts Auffassung die reale Gefahr, dass ein neuer Kalter Krieg beginne. Bevor der Konflikt in Korea gelöst werden könne, müsse also das Kräfteverhältnis zwischen den USA und China geklärt werden. Hierfür könnte es nach Reichart hilfreich sein, dass die Amerikaner über ihren Schatten springen und China als zweite Supermacht anerkennen. Diesem Schritt wiederum müsse die Anerkennung Nordkoreas als neunter Atomwaffenstaat folgen.

Der Hebel zur Lösung der Nordkorea-Krise liegt für Reichart allerdings eher in China: Etwas außerhalb von Dandong, am südlichen

Verlauf des chinesisch-nordkoreanischen Grenzflusses Yalu, auf einem abgeschotteten Güterbahnhof, werden die Ölimporte Nordkoreas zwischengelagert. Würde China die Ausfuhr stoppen, bräche in Pjöngjang einiges zusammen. Reichart hat in seinen Gesprächen mit Praktikern und Experten, aber auch mit Flüchtlingen einen weiteren Hebel entdeckt: die Menschen. Wie 1989 Ungarn konnte heute China seine Grenze öffnen und den Menschen den Weg in die Freiheit ermöglichen.

Allerdings verfolge das immer mächtiger werdende „Reich der Mitte“ mit seinen 1,4 Milliarden Menschen in der Region vollkommen andere Pläne. Daher könnten die Nordkoreaner weiter ohne Beeinträchtigung mit ihrer Cyberarmee von chinesischem Territorium aus auf Raubzüge auschwärmen und dabei Daten, Informationen und Geld stehlen. Derweil bleibe ihr Land aufgrund rückständiger Technologie und rudimentärer Internetanbindungen digital wenig angreifbar. Dies gelte, so Reichart, auch für die Nuklearanlagen. Sie sind sicher vor Cyberattacken. Das für die Herstellung der Bombe nötige Know-how ist aber im Land. Die Gefahr für die Nichtverbreitung ist daher der Wissenstransfer. Das Dilemma aufzulösen, ist nach dem Trump-Kim-Gipfel Sache der Diplomatie.



Thomas Reichart: **Der Wahnsinn und die Bombe. Wie Nordkorea und die Großmächte unsere Sicherheit verspielen.** Berlin: Econ Verlag 2018. 223 S. 16,00€



Denise Feldner
ist Juristin, Technologieberaterin sowie Lehrbeauftragte an der Deutschen Universität Speyer.

INTERNATIONALE POLITIK ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2600 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten www.dgap.org, www.internationalepolitik.de und www.berlinpolicyjournal.com bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift **INTERNATIONALE POLITIK**, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen „Europa-Archiv“ gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Vorstand der DGAP

Dr. Arend Oetker, *Präsident*; Dr. Volker Stanzel, *Vizepräsident*; Dr. Tessen von Heydebreck, *Schatzmeister*; Jutta Freifrau von Falkenhausen, *Syndika*; Dr. Michael J. Inacker, Hagen Graf Lambsdorff, Dr. Daniela Schwarzer, *Otto Wolff-Direktorin der DGAP*; Dr. Thorsten Kläßen, *Verwaltungsdirektor, Director Strategic Partnerships*, Dr. Sylke Tempel†, *Chefredakteurin Internationale Politik (IP) und Berlin Policy Journal (BPJ)*; Johann Voss, *Sprecher der Jungen DGAP*

Präsidium

Niels Annen, Dr. Stefanie Babst, Dr. Thomas Bagger, Prof. Dr. h.c. Roland Berger, Elmar Brok, Sevim Dagdelen, Dr. Thomas Enders, Jürgen Fitschen, Dr. Stephan Goetz, Ulrich Grillo, Eric Gujer, Jürgen Hardt, Matthias Höhn, Prof. Dr. h.c. Wolfgang Ischinger, Dr. Christian Jacobs, Bertram Kawlath, Eckart von Klaeden, Prof. Dr. Joachim Krause, Prof. Dr. Kurt Joachim Lauk, Walter Lindner, Prof. Dr. Klaus Mangold, Hildegard Müller, Christopher Freiherr von Oppenheim, Prof. Dr. Thomas Risse, Herbert J. Scheidt, Nils Schmid, Dr. Frithjof Schmidt, Karsten D. Voigt, Georg Graf von Waldersee, Dr. Heinrich Weiss, Prof. Dr. Michael Zürn

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:
Prof. Dr. Joachim Krause
Dr. Arend Oetker
Dr. Daniela Schwarzer

Chefredakteurin

Dr. Sylke Tempel †

Redaktion

Dr. Henning Hoff (Vi.S.d.P.),
Uta Kuhlmann, Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Christine Krüger
Redaktionelle Mitarbeit:
Bettina Vestring,
Simon Specht (Praktikant)

Layout

Thorsten Kirchhoff

Beirat

Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University
Dr. Guido Goldman, Harvard University
Dr. Richard Herzinger, Welt-Gruppe
Dr. Michael J. Inacker, WMP-EuroCom AG
Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University
Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University
Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung
Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Günther Nonnenmacher,
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Prof. Dr. Volker Perthes,
Stiftung Wissenschaft und Politik
Prof. Dr. Helmut Reisen, Berlin
Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung
Prof. Angela Stent, Georgetown University
Daniel Vernet †
Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam

Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46
Fax: +49 (0)30 25 42 31-67
ip@dgap.org

Marketing und Anzeigen

DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Druckerei

Media-Print Informationstechnologie GmbH
Eggertstraße 30 | 33100 Paderborn

Pressevertrieb

DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise

sechs Mal jährlich (davon drei Mal mit
IP-Länderporträt als Beilage)

Bezugspreise

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Wirtschaft	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studentenabonnement	73,00 €
Studentenabonnement Ausland	83,00 €
(Nachweis erforderlich)	
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

www.internationalepolitik.de

ISSN 1430-175X

Service

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten rund um
Ihr Abonnement der Zeitschrift IP erreichen
Sie uns unter:

IP Abonnentenservice

interabo GmbH
Postfach 103245
20022 Hamburg
Tel.: +49 (0)30 61 10 55 49 05
Fax: +49 (0)30 61 10 55 49 06
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?

Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die
Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist,
erreichen Sie unter:

DGAP e.V.

Mitgliederbetreuung / Evelyn Rehm
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 40
Fax: +49 (0)30 25 42 31 16
rehm@dgap.org

Hass der Hymnen

Schwer zu begreifen, warum die Zivilisationsmaschine EU zu laute Staubsauger verbietet, aber sowas nicht: „Zu den Waffen, Bürger! / Schließt die Reihen, / Vorwärts, marschieren wir! / Das unreine Blut / Tränke unserer Äcker Furchen!“

Auf Twitter würde solcher Rassismus als Hatespeech geblockt. In Frankreich singt man es als Nationalhymne. Gut, möchte man zur Rechtfertigung vorbringen, der Zweck heiligt im historischen Kontext die Mittel; wo schließlich hätte die Französische Revolution ohne ein paar abgeschlagene Köpfe hingeführt, und wo wäre Europa gelandet ohne Französische Revolution?

Aber warum müssen auch die Belgier nach Bluttränke rufen? Sie singen: „O liebes Land, o Belgiens Erde, (...), / Dir unser Blut, dem Heimatherde.“ Und wessen Herzen glauben die Portugiesen zu erobern mit: „An die Waffen, die Waffen, / Zu Land und zur See“?

Gewaltfantasien aus vermutlich homerischem Erbe frönt bis heute die griechische Hymne: „Ich erkenn’ dich an der Klinge / deines Schwerts, der furchtbaren.“

Laut der ungeschriebenen EU-Kulturgrundverordnung unterscheidet sich (erlaubter) Patriotismus vom (verbotenen) Nationalismus dadurch, dass der Patriot die Liebe anderer Bürger zu einem anderen Land durchaus anerkennt, während der Nationalist sich durch Herabsetzung abgrenzt.

Das kriegen auch die ansonsten durchgezähmten Iren noch nicht ganz hin. Keine Frage, sie sind gebeutelt und haben allen Grund, schwere Melancholiker zu sein. Aber seien wir froh, dass sie in WM-Stadien eher zum romantischen „Fields Of Athenry“ neigen als zu ihrem offiziellen Nationallied, dem märtyrerverliebten „Soldier’s Song“: „Soldaten sind wir, unser Leben gehört Irland!“ Und in der dritten (meist ungesungenen) Strophe: „Out yonder waits the Saxon foe“ (da draußen wartet der angelsächsische Feind).

Kelten und Romanen sind offenbar Geistesverwandte in nationaler Opferbereitschaft. Wir hören Italien: „Wir sind bereit zum Tod, / Italien hat gerufen!“ Und Rumänien: „Priester, geht voraus, mit den Kreuzen, denn das Heer ist christlich, / Die Devise heißt Freiheit, und der Zweck ist hochheilig, / Lieber glorreich in der Schlacht sterben, / Als wieder Sklaven auf unserem alten Boden zu sein!“ Beim Eurovision Song Contest hätte all das wenig Chancen.

Wir lernen: Im EU-Hymnen-Kapitel ist noch reichlich Harmonisierungsplatz nach oben. Irgendwann, wenn der letzte Staubsauger runtergeregelt ist, wird ein unterbeschäftigter EU-Kommissionsbeamter die Sache entdecken – und schaudern.

Jochen Bittner ist Redakteur der ZEIT.